This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

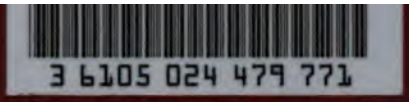
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


3 6105 024 479 771

E 268 F 3

Uebersicht

der

Verträge Oesterreichs

mit den

auswärtigen Staaten,

von dem

Regierungs-Antritte Maria Theresia's angefangen

bis

auf die neueste Zeit.

Von

Johann Vesque von Püttlingen,

k. k. Hof- und Ministerial-Rathe im Ministerium des Aeussern und des kaiserlichen Hauses,
Mitgliede des Doctoren-Collegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät
an der k. k. Universität zu Wien.

Wien 1854.

Verlag und Druck von Carl Gerold & Sohn.

Vorwort.

Das positive österreichische Staats- und Völkerrecht ist ein bisher noch unbebautes Feld, dessen hoffentlich bald zu gewärtigender Bearbeitung die Sammlung des Materials vorangehen muß. Als ein vorläufiges Hilfsmittel hierzu erscheint eine Zusammenstellung der bestehenden Staatsverträge Oesterreichs mit dem Auslande. Aber nicht allein dem Rechtsgelehrten, auch dem Geschäftsmanne dürfte eine solche Uebersicht willkommen sein, die ihm zur Orientirung bei dem täglich sich erweiternden Verkehr unter den Nationen dienen kann.

Zu diesem doppelten Zwecke, einer Vorarbeit für die Wissenschaft und eines Repertoriums für die Praxis, habe ich bereits in den Jahrgängen 1847 — 1849 der österreichischen Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, die chronologische Reihenfolge der von den österreichischen Regenten mit den deutschen Staaten, mit dem Hause Savoyen und mit der ottomanischen Pforte geschlossenen Staatsverträge zusammengestellt, und übergebe nun hiemit der Oeffentlichkeit eine Uebersicht der Staatsverträge Oesterreichs mit allen fremden Staaten.

Ich habe den Regierungsantritt der großen Kaiserin (20. October 1740) zum Ausgangspunkte gewählt, da nur wenigen Staatsverträgen der früheren Zeit noch heute praktische Wirksamkeit zukommt, mit dem Erlöschen

des habsburgiſchen Mannsſtammes aber der neue Abſchnitt der öſterreichiſchen Geſchichte beginnt: dieſe denkwürdige Epoche, von welcher das babenbergiſche Erbe — (unter Rudolf I. an die Familie Habsburg gekommen und durch Gruppirung anderer Länder um den urſprünglichen Kern der alten Oſtmark allmählig vergrößert, bis es unter Ferdinand I. durch die dauernde Erwerbung Böhmens und Ungarns, zwar in ſeinem Innern noch loſe verbunden, ſchon zu einer ſelbſtſtändigen Weltmacht angewachſen, und durch die pragmatiſche Sanction Carl des VI. zu einem Bundesſtaate geſtaltet), — an die noch heute regierende habsburg-lothring'ſche Dynaſtie überging, um unter derſelben zu geſteigerter Macht emporzublühen: von Kaiſer Franz II. im Jahre 1804 zu einem Erbkaiſerthum erklärt, im Jahre 1815 durch Arrondirung ſeines Ländergebietes neu befeſtigt, endlich unter der Regierung Sr. k. k. apoſtoliſchen Majeſtät Franz Joſef I. zu einer untheilbaren und unauflösbaren Erbmonarchie mit allen ſeinen Kronländern erwachſen.

Der gegenwärtigen Ueberſicht iſt der heutige Beſtand des Staatenſyſtems in und außer Europa zum Grunde gelegt; ſie enthält daher nur die Staatsverträge jener Länder, welche dermalen als ſelbſtſtändige Staaten völkerrechtlich anerkannt ſind.

Das Wort Staatsvertrag wird übrigens hier in ſeiner weiteſten Bedeutung genommen; es begreift alſo alle vertragsmäßig erworbenen Rechte und eingegangenen Verbindlichkeiten Oeſterreichs gegenüber des Auslandes, ſie mögen durch den Abſchluß von Tractaten (Verträge mit beſonderer Feierlichkeit) oder Conventionen (minder wichtige und feierliche Verträge), oder nur in der Form von offiziellen Erklärungen (mittelſt gegenſeitig ausgewechſel-

ter förmlicher Ministerial-Erklärungen oder im Wege der gewöhnlichen Correspondenz), oder endlich durch Protocolle gewonnen oder übertragen worden sein. Selbst nur einseitig erlassene Verfügungen einer Regierung (Gesetze, Verordnungen, Erklärungen) finden der Vollständigkeit wegen in dieser Darstellung Raum, wenn dieselben auf das gegenseitige rechtliche Verhältniß Einfluß nehmen, und aus demselben Grunde wurden auch Verträge dritter Staaten unter sich, theils in besonderen Anmerkungen, theils durch kleineren Druck angedeutet, wenn aus denselben wichtige rechtliche Folgen für Oesterreich hervorgegangen sind.

Zur Aufklärung des Zusammenhanges sind bei jedem Staate die bezüglichen geschichtlichen Daten in Kürze angeführt.

Bei jedem einzelnen Staatsacte werden die Werke citirt, in welchem das hier nur summarisch Angeführte seinem ganzen Inhalte nach aufgefunden werden kann. Bei diesen Citationen wurde hauptsächlich das Bedürfniß des österreichischen Juristen berücksichtiget, und daher vorzugsweise auf die demselben am leichtesten zugänglichen Werke hingewiesen, nämlich auf die einheimische Literatur, auf die hierländigen Gesetzquellen und die ohnehin allgemein verbreiteten Sammlungen von Wenck, Martens, Meyer u. a. m.

Nachstehendes Verzeichniß enthält die Angabe der citirten Werke: *)

---

*) Eine vollständigere Literatur des Völkerrechtes sehe man übrigens bei: Martens, guide diplomatique, T. II. p. 1261. — Martens, supplément au recueil des traités, T. I. discours préliminaire. — de Hoffmanns, guide diplomatique, Paris, 1837. — Died. Heinr. Ludw. Freiherr von Ompteda, Literatur des gesammten, sowohl natürlichen als positiven Völkerrechtes; Regensburg, 1785, 2 Bde.; (ein dritter Band hiezu erschien unter dem Titel: Neue Literatur des Völkerrechtes seit dem J. 1784, als Ergänzung und Fortsetzung des Werkes des Gesandten von Ompteda, von Carl Albert von Kamptz, Berlin, 1817). — Miruß, das europäische Gesandtschaftsrecht ꝛc. nebst einer Bücherkunde des Gesandtschaftsrechtes, Leipzig, 1847.

Acta in Sachen Berchtesgaden contra Salzburg, Folio.

Colleccion de los tratados de paz, alianza, neutralidad etc. hechos por los pueblos, reyes y principes de Espanna con los pueblos, reyes, principes, republicas y demas potencias de Europa y otras partes del mundo etc., por D. Joseph Antonio de Abreu y Bertodano. Madrid, 1740 bis 1752. 12. Bde. Fol.

Johann Christ. Adelung's pragmatische Staatsgeschichte Europens, von dem Ableben Carls VI. an, bis auf die gegenwärtigen Zeiten, aus sicheren Quellen und authentischen Nachrichten. Gotha. 1762—1769. 9. Bd. 4.

Chronologisches Verzeichniß der baierischen Staatsverträge, von C. M. Freiherrn von Aretin, königlich baierischem Rittmeister à la suite der Armee, Oberstlieutenant und Districts-Inspector der Landwehr des Unter-Donaukreises. Passau, 1838. 8.

Kurz gefaßte Geschichte der Herzoge von Baiern, von Joseph Anton Aettenkhover, churbaierischem wirklichem Rath und äußerem Archivario. Regensburg, 1767. 8.

Austria, Zeitung für Handel und Gewerbe, öffentliche Bauten und Verkehrsmittel. Wien, angefangen 1849.

Beweis, daß der Vorrang in baierischen Kreissachen den Churfürsten und Herzögen von Baiern vor den Erzbischöfen von Salzburg gebührt. 1729. Fol.

Hauptschluß der außerordentlichen Reichs-Deputation vom 25. Februar 1803, nebst dem Reichsgutachten vom 24. März und dem kaiserlichen Ratifications-Decrete vom 28. April des nämlichen Jahres, nach den Original-Acten, von Lt. J. B. Cämmerer, Legationsrath, vormals Reichs-Directorial-Gesandtschafts-Registrator. 2. verbesserte Auflage. Frankfurt, 1814.

Codex austriacus d. i. eigentlicher Begriff und Inhalt aller unter des durchlauchtigsten Ertzhauses zu Oesterreich, fürnemblich aber der aller glorwürdigsten Regierung Leopoldi I., ausgegangenen und publicirten Generalien, Patenten, Ordnungen u. s. w. Wien, 1704. 2 Thle. Fol.

Corps universel diplomatique du droit des gens, contenant un recueil des traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité, de commerce, d'échange, de protection et de garantie; de toutes les conventions, transactions, pactes, concordats et autres contrats qui ont été faits en Europe depuis le règne de Charlemagne jusques à présent, avec les capitulations impériales et royales, les sentences arbitrales et souveraines dans les causes imp rtantes etc. — le tout tiré des archives de la T. A. maison d'Autriche etc. par J. Du Mont, écuyer, conseiller et historiographe de S. M. impériale et catholique. Amsterdam et La Haye, 1726 bis 1731. 8. Bde. Fol.*).

---

*) Im Jahre 1739 erschienen zu Dumont's Sammlung 5 Supplementbände. Der I. Band, herausgegeben von Barbeyrac, enthält die alten Verträge bis zum Tode Carl des Großen (814); der II. und III., her-

Europäiſche Staats-Canzley, in ſich haltend allerhand nützliche Staats-, Juſtiz-, Polizei-, Cameral-, Militär- und andere uff Reichs- und Creyßtagen paſſirte merkwürdige Materien. Durch Antonium Fabrum (Chr. L. Leucht) Hiſtoriographum. 1697—1760. 115 Bde. 8.

Handbuch der Geſchichte der Mark Brandenburg, von Friedrich Förſter. Berlin, 1822.

Der Deputations-Receß mit Erläuterungen, von A. Gaspari. Zwei Theile. Hamburg, 1808.

Melchiors von Haiminsfeld, genannt Goldaſt, Copeylicher Begriff verſchiedener Reichs-Satzungen und Reichs-Handlungen. Frankfurth a/M., 1712, 1713. 3 Bde. Fol.

Dr. Franz Dom. Häberlins neueſte Reichsgeſchichte, vom Anfange des Schmalkaldiſchen Krieges bis auf unſere Zeiten. (Fortgeſetzt von Renatus Freiherrn von Senkenberg.) Halle und Frankfurth 1774—1791. 27 Bde. 8.

Kurze, doch gründlich- und actenmäßiger Begriff der zwiſchen Cur-Bayern, und dem Erzſtift Salzburg obwaltenden Halleiniſchen Salz-Irrungen. (Die einzelnen Streitſchriften hierüber ſind: die hochfürſtlich Salzburgiſche erſte, und reſpective Klageſchrift; die Curbayeriſche rechtsbeſtändige Beantwortung der hochfürſtlich Salzburgiſchen Klageſchrift; die hochfürſtlich Salzburgiſche zweite und Replick-Schrift; die Kurbayriſche zweite und Duplick-Schrift; die hochfürſtlich Salzburgiſche dritte und Triplic- auch Concluſions-Schrift; die Kur-bayeriſche Quadruplic- und Concluſions-Schrift); ſämmtlich gedruckt zu Salzburg bei J. J. Mayr im J. 1761. Fol.

Geheime Geſchichte der Raſtädter Friedensverhandlungen in Verbindung mit den Staatshändeln dieſer Zeit, von einem Schweitzer (v. Haller?). Germanien, 1799. 5 Bde. 8.

Geſchichte des osmaniſchen Reiches, von Joſef Freiherrn von Hammer-Purgſtall. Peſth, 1827—35. 10 Thle. 8.

Recueil des traités de commerce et de navigation, par Mr. le Comte de Hauterive et Mr. le Chr. F. de Cussy. Paris, 8. II parties en 4 tomes.

Joh. Gottf. Haymann's neueröffnetes Kriegs- und Friedensarchiv über die nach Ableben K. Carl VI. entſtandenen Kriege. Leipzig, 2744—54. 8 Bde. 8.

Recueil des déductions, manifestes, déclarations, traités, antres actes et écrits publics, qui ont été rédigés et publiés par la cour de Prusse depuis l'année 1756 jusqu'à l'année 1778; par le ministre d'état Comte de Hertzberg. Berlin, 1789—91. 3 Bd. 8.

---

ausgegeben von Rouſſet, bilden das eigentliche Supplement zur Dumont'ſchen Sammlung. Sie führen den Titel: Supplément au corps universel diplomatique, contenant un recueil des traités etc. qui ont échapé aux premières recherches de Mr. Dumont, continué jusqu' à présent par Mr. Rousset, membre des académies des Sciences de St. Petersbourg et de Berlin; 2 T. à Amsterdam et à La Haye, 1739. Jeder Band hat 2 Theile. Der IV. und V. Band des Supplements endlich, ebenfalls von Rouſſet herausgegeben, handeln über das Ceremoniell an den europäiſchen Höfen.

Histoire des traités de paix et autres négociations du dix-septième siècle depuis la paix de Verviers jusqu'à la paix de Nimègue. Amsterdam et La Haye, 1725. 2 Bd. Fol.

Hiſtoriſche Beſchreibung von den Urſachen des teutſchen Krieges im XV. Saeculo, von Friedrich Hortledern, fürſtlich Sächſiſchem Hofrath zu Weimar. Frankfurt, 1617. 2 Bde. Fol. (Spätere Auflage, Gotha, 1645. 2 Bde. Fol.)

Ehrenrettung, oder kurze jedoch actenmäßige Anzeige, was der ch. geh. Rath, Freiherr von Ickſtatt, durch den zwiſchen Böhmen und Bayern abgeſchloſſenen Hauptvergleich vom 3. März 1764 denen bayeriſchen Landen für erſprießliche Dienſte geleiſtet. 1769. 4.

Die Kriegsverfaſſung des deutſchen Bundes nach den Bundesbeſchlüſſen des Jahres 1821 und 1822. Mit Hinzuziehung der dieſelben betreffenden Bundesbeſchlüſſe bis zum Julius 1853. Frankfurt, gedruckt in der Bundes-Präſidial-Druckerei. 1853.

Acten des Wiener Congreſſes in den Jahren 1814 und 1815. Herausgegeben von Dr. Joſ. Ludwig Klüber. Erlangen, 1815—1835. 9 Bde. 8.

Klübers Nachlaß, (wichtige Urkunden für den Rechtszuſtand der deutſchen Nation) herausgegeben von Welcker.

Erklärung des Strafgeſetzbuches über ſchwere Polizei-Uebertretungen, von Dr. Joſef Kudler. Wien, 2. Bd. Letzte Auflage 1850.

Table des traités entre la France et les puissances étrangères depuis la paix de Westphalie jusqu' à nos jours, suivie d'un recueil de traités et actes diplomatiques qui n'ont pas encore vu le jour, par Chr. Koch, Bâle, 1802. 2 vol. 8.

Abrégé de l'histoire des traités de paix depuis la paix de Westphalie, par Chr. W. Koch. Bâle, 1796. 4 vol. (Nouvelle édition par Schöll; Paris, 1817. 15 Vol.)

Tableau des révolutions de l'Europe, par Chr. Koch. Nouvelle édition, Paris 1823. 3 vol.

Geſchichte des Fürſtenthums Berchtesgaden und ſeiner Salzwerke; in drei Büchern, von R. Joſ. Ernſt von Koch-Sternfeld. Salzburg, München, 1815. 8.

Grundriß der neueſten politiſch-militäriſchen Geſchichte Europa's von 1789 bis 1823. Von Friedrich Kortum. Heidelberg, 1845.

Freiherrn von Kreittmayr's Grundriß des allgemeinen, deutſchen und bayriſchen Staatsrechtes. Zweite Auflage. München, 1789. 8.

Teutſche Kriegscanzlei ſeit 1755—1763. T. I—XVIII. 4.

Das Abfahrtsgeld mit Rückſicht auf die beſtehenden Freizügigkeits-Verträge, von Dr. Joſ. Linden. Wien, 1827.

Acta publica des deutſchen Reiches, von Mich. Caſp. Londorp. Frankfurth, von 1668—1721. 19 Bde. Fol.

Sammlung des bayerischen Bergrechtes, mit einer Einleitung in die bayerische Bergrechts-Geschichte, von Johann Georg Lori, kurfürstlichem Hof-, Münz- und Bergrath. München, 1764. Fol.

(Derselbe) Sammlung des bayerischen Kreisrechtes. München, Fol.

(Derselbe) Sammlung des bayerischen Münzrechtes. München, Fol.

(Derselbe) Die Geschichte des Lechrains; zweiter Band, Urkunden enthaltend. (Der erste Band ist nicht erschienen.)

Codex Germaniae diplomaticus. Instruxit J. Chr. Lünig. Francofurti, 1732—1733. 2 Bde. Fol.

Das teutsche Reichs-Archiv von Johann Christian Lünig. Leipzig, 1713 — 1722. 22 Bde., Fol. (4 Bd. pars generalis, 10 Bde.; pars specialis, 7 Bde. Spicilegium ecclesiasticum, 2 Bde. Spicilegium seculare, 1 Bd. Register.)

Politischer Codex oder wesentliche Darstellung sämmtlicher die k. k. Staaten betreffenden Gesetze und Anordnungen im politischen Fache, von Ignatz de Luca. Wien, 1789 u. f. f. 14. Bde. 8.

Grundriß einer diplomatischen Geschichte der europäischen Staatshändel und Friedensschlüsse, von Fr. v. Martens. Berlin, 1807.

Guide diplomatique ou répertoire 1. des principales loix des puissances de l'Europe et des états unis de l'Amérique, relatives au commerce et aux droits des étrangers, 2. des traités et autres actes publics etc., par G. Fréd. de Martens. Berlin, 1801. 3 Bde. 8. (Der dritte Band hat den Separat-Titel: Tableau des relations extérieures des puissances de l'Europe, tant entre elles qu'avec d'autres états dans les diverses parties du globe. A Berlin, chez Auguste Mylius; à Paris et Strasbourg, chez les frères Levrault, 1801.)

Recueil des principaux traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité, de commerce, de limites, d'échange etc. conclus par les puissances de l'Europe tant entre elles qu'avec les puissances et états dans d'autres parties du monde. Depuis 1761 jusqu'à présent. Par M. de Martens, conseiller de cour de S. M. Britannique etc. Göttingen, 1791 — 1801. 7. Bd. 8.

Supplément au recueil des principaux traités etc. Göttingen, 1802 — 1808. 4. Bde. 8. *)

Nouveau recueil des traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité etc. Depuis 1808 jusqu'à présent. Par G. Fréd. de Martens. Göttingen, 1817—1833. 9 Bde. 8.

(Der VI. Band dieses nouveau recueil besteht aus 2 Abtheilungen und zum V. Band ist ein eigener Supplementband erschienen. Die drei ersten Bände wur-

*) Von dieser Sammlung erschien 1817—1835 eine zweite vermehrte Auflage unter dem Titel: Recueil de traités etc. in 8 Bänden, wovon die ersten 4 von G. F. von Martens selbst, die 4 anderen aber nach seinem Tode von seinem Neffen, dem Baron Carl von Martens, besorgt wurden.

den von G. Fr. von Martens selbst, der V. vom Baron C. v. Martens, der VI. — XI. von Friedrich Saalfeld besorgt. Die vier ersteren führen auch noch den Titel: Supplément au recueil des principaux traités etc. T. V. à IX.

Unter dem doppelten Titel: Supplément au recueil principal etc. und: Nouveau recueil de traités etc. fängt sohin mit dem X. Bande eine neue, von Friedrich Murhard redigirte Serie an. Diese erschien 1837 — 1842 und besteht aus 7 Bänden, wovon der letzte 2 Theile hat. An dieses reiht sich an:

Nouveaux Supplémens au recueil de traités etc. fondé par G. Fr. de Martens, par Fréderic Murhard, 1839—1842. 3 Bände.

Zu dem I.—XVI. Bande des Martens'schen „nouveau recueil", dann zu dem I.—III. Bande der „nouveaux suppléments", erschien eine: Table générale chronologique et alphabétique du recueil des traités etc. Göttingen, 1. Bd. 1837, 2. Bd. 1843.

Endlich erscheint seit 1843: Nouveau recueil général de traités etc., continuation du grand recueil de feu M. de Martens, par Fréderic Murhard, bisher 11 Bände, Göttingen).

Recueil manuel et pratique de traités, conventions et autres actes diplomatiques etc. par le Baron Ch. de Martens et le Baron Ferdinand de Cussy. Leipzig, 1846—1849, 5 Bde. 8.

Causes célèbres du droit des gens, par le Baron Ch. de Martens. Leipzig, 1827. 4 Bde; nouvelles causes célèbres, Leipzig, 1843. 2 Bde.

Sammlung der Curpfalz-Bayerischen allgemeinen und besonderen Landesverordnungen. Herausgegeben von G. K. Mayr, kurfürstl. Hofraths-Secretär und Registrator. München, 1784—1802. 10 Bde. Fol.

Mercure historique et politique de La Haye. 1686—1782. 187 vol. 12.

Staats-Acten für Geschichte und öffentliches Recht des deutschen Bundes (Corpus juris confoederationis germanicae). Nach officiellen Quellen herausgegeben von Philipp Anton Guido von Meyer, großherzoglich mecklenburgischem Legationsrath. Frankfurt am Main, zweite Auflage, 1833. (Eine dritte Auflage unter dem Titel: Corpus constitutionum Germaniae, erschien zu Frankfurt bei Brönner 1847.)

Diplomatisches Archiv für die deutschen Bundesstaaten, größtentheils nach officiellen Quellen, mit erläuternden Anmerkungen herausgegeben von Alexander Miruß. Leipzig, 1846.

Das europäische Gesandtschaftsrecht nebst einem Anhange vom Gesandtschaftsrecht des deutschen Bundes ꝛc., von A. Miruß. Leipzig, 1847.

Teutsches Staatsarchiv, von J. J. Moser. Hanau und Frankfurth, 1751—1757. 3. Bd. 8.

Reichsstaatshandbuch auf die Jahre 1769—1775, von J. J. Moser. 3 Bde. 8.

Versuch des neuesten europäischen Völkerrechtes, vornehmlich aus den Staatshandlungen seit 1740, von J. J. Moser. 1777—80. 10. Bde. 8.

Beiträge zu dem neuesten europäischen Völkerrechte in Friedenszeiten, von

J. J. Moſer, 1777—1780. 3 Bde. 8; item in Kriegszeiten 1779—1781. 3 Bde. 8.

Protokolle der Reichsfriedens-Deputation zu Raſtadt, ſammt allen Beylagen, vom Hofrath Freiherrn von Münch-Bellinghauſen. Raſtadt, 3 Bände Text und 3 Bände Beylagen. 1798. 4.

Négociations secrètes touchant la paix de Munster et d'Osnabrug. La Haye, 1725. 4 Bde. Fol.

Geſchichte des Interregni nach Abſterben Kaiſer Carl's VII., von Joh. Dan. Olenſchläger. Frankfurth a. M., 1742—1746. 4.

Geſchichte des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates von Carl Heinrich Ludwig Pölitz. Wien, 1818. 8.

Europäiſche Annalen von Poſſelt. Tübingen, 1795 — 1804; nach Poſſelt's Tode von Verſchiedenen, ſeit 1821 von Murhard, ſeit 1830 von Rotteck fortgeſetzt.

Relation über die Salzburger Differenzen, vom Geheimenrath von Prielmayr. (Manuſcript, angeführt in Aretin's „bairiſche Staatsverträge.")

Oeuvres posthumes du Roi de Prusse. Berlin, 1788, 45 vol., auch in Straßburg, 46 vol. in 8. Eine neue Ausgabe ſeit 1846 im Auftrage des Königs von der Academie beſorgt, im Erſcheinen.

Teutſche Staatskanzlei. Von Dr. Joh. Aug. Reuß, herzogl. württembergiſchem Hofrath ꝛc. Ulm 1783 — 1803. 55 Bde. 8. (Fortſetzung der Fabriſchen Staatskanzlei.)

Quellenſammlung zum deutſchen öffentlichen Rechte ſeit 1848, von Paul Roth und Heinrich Merck. Erlangen, 1851. 1. Bd.

Die ſerbiſche Revolution, von Leopold Ranke. 2. Ausgabe, Berlin, 1844. 8.

Recueil historique d'actes, négociations, mémoires et traités, depuis la paix d'Utrecht jusqu'au second congrès de Cambray inclusivement. Par M. Rousset. 1728—1755. 21 Bde. 12.

Sammlung aller Staats-, Hof- und Geſandtſchaftsſchriften, auch anderer rechtlichen und hiſtoriſchen Abhandlungen, welche die bayeriſche Erbfolge und den darüber entſtandenen Krieg betreffen; mit Anmerkungen einer Geſellſchaft von Staatsrechtsgelehrten. Wien, 2778—1781. 4 Bde., jeder zu 4 Theilen. 4.

Chr. Friedr. Sattler's, herzogl. Würtemb. Geheimbden Archivarii, Geſchichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen. Tübingen, 1769—1783. 13 Bde. 4.

Corpus juris gentium academicum etc. von Joh. Jac. Schmauß, bad. geh. Hofrath. Leipzig, 1730. 2 Bde. gr. 8.

Von demſelben: Corpus juris publici S. R. Imperii academicum. Neue vermehrte Auflage durch H. G. Franken und S. Schumann. Leipzig, 1774. gr. 8.

Fr. Wilh. Sommer a Sommerberg, rerum Silesiacarum scriptores aliquot adhuc inediti. Vratisl. 1729—1831. III. T. Fol.

Sammlung einiger Staatsſchriften nach Carls VI. Ableben, 1741—1743, 4 Bde.

Sammlung (vollſtändige) von actis publicis unter Carl VII. 1744 — 1747. 3 Bde.

Staatsſchriften unter Kaiſer Franz I. 1749—1754. 8 Bände. 8.

La Storia degli anni 1731—1789. Amſterdam, jährlich ein Band. 8.

Handbuch der öſterreichiſchen Verwaltungs-Geſetzkunde, von Dr. Moriz von Stubenrauch. Wien, 1852.

Bayerns politiſche Geſchichte, von And. Seb. Stumpf, k. bayriſchen Legationsrath, Staatsarchivar ꝛc. München, 1816.

Traités publics de la royale maison de Savoye avec les puissances étrangères, depuis la paix de Château-Cambresis (1559) jusqu'à nos jours, publiés par ordre du Roi et présentés à S. M. par le Comte Solar de la Marguerite, premier secrétaire d'état pour les affaires étrangères. Turin, de l'imprimerie royale, 1836—1844. 6 vol. 4.

Darſtellung der Literatur des öſterreichiſchen allgemeinen bürgerlichen Geſetzbuches. Von Dr. Johann Vesque von Püttlingen. Wien, 1827. 8.

Darſtellung der Literatur des öſterreichiſchen Strafgeſetzes über Verbrechen und ſchwere Polizei-Uebertretungen. Von demſelben. Wien, 1833. 8.

Die geſetzliche Behandlung der Ausländer in Oeſterreich, nach den daſelbſt giltigen Civilrechts-, Straf-, Commerzial-, Militär- und Polizei-Normen. Von demſelben. Wien, 1842. 8.

Oeſterreichs Staatsverträge mit ſeinen deutſchen Nachbarſtaaten: Preußen, Bayern und Sachſen, von Ferdinand I. angefangen. Von demſelben (in der öſterreichiſchen Zeitſchrift für Rechts- und Staatswiſſenſchaft, Jahrgang 1847. I. Band, S. 325. 351. 439.)

Oeſterreichs Staatsverträge mit den Staaten des deutſchen Bundes, von der Epoche der erſten franzöſiſchen Revolution angefangen. Von demſelben. (Ebenda, Jahrgang 1847. II. Band, S. 200.)

Ueberſicht der Staatsverträge zwiſchen den regierenden Häuſern von Oeſterreich und Savoyen, vom Jahre 1630 angefangen. Von demſelben. (Ebenda, Jahrgang 1848. II. Band. S. 248.)

Ueberſicht der Staatsverträge Oeſterreichs mit der ottomaniſchen Pforte, von Ferdinand I. angefangen. Von demſelben. (Ebenda, Jahrgang 1849. I. Band, S. 225.)

Geſchichte Frankreichs im revolutionären Zeitalter, von Wachsmuth. Leipzig, 1840.

Quellen und Actenſtücke zur deutſchen Verfaſſungsgeſchichte. Von der Gründung des deutſchen Bundes bis zur Eröffnung des Erfurter Parlamentes und dem Vierkönigs-Bündniſſe. Von Dr. Carl Weil. Berlin, 1850. 8.

Frid. Aug. Wenckii, Ser. Sax. principi electori a consiliis etc., Codex juris gentium recentissimi. Lipsiae, 1781—1795. 3 Bde. 8.

Der Rheinische Bund, Zeitschrift herausgegeben von P. A. Winkopp, Hofkammerrath. Frankfurt a. M. — Aschaffenburg, 1806 bis 1812. 23 Bde.

Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit, von Peter Philipp Wolf. (Fortgesetzt von C. W. Fr. Breyer.) München, 1800—1811. 4 Bde. 4.

Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit und politische Gesetzkunde. (Gegründet im J. 1825 vom k. k. Regierungsrathe Wagner, nach dessen Tode (1833) redigirt von den k. k. Professoren Dolliner (1834 — 38), Kudler (1834—49), Fränzl (1838—39), von Stubenrauch (1840—49) und Tomaschek (1847—49). Von 1846 bis zu deren Aufhören (1849) unter dem Titel: Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft.

Sammlung der wichtigsten, die Staatsverfassung des Erzstifts Salzburg betreffenden Urkunden, von Judas Thaddäus Zauner. Salzburg, 1762. 9.

Zeitschrift für Bayern und die angränzenden Länder. München, 1816, 1817. 8 Bde. 8.

Handbuch für Richter, Advocaten und Justizbeamte. Von J. M. Edlen von Zimmerl. 8. Auflage. Wien, 1830. 2 Thle.

Oesterreichische officielle Gesetzsammlungen:

Ihrer Majestäten der Kaiser Josef II., Leopold II., Franz II. und Ferdinand I. Gesetze und Verfassungen im Justizfache. (Officielle Justizgesetzsammlung = J. G. S.) Wien, 1780 bis 1848. Fol.

Ihrer Majestäten der Kaiser Leopold II., Franz II. und Ferdinand I. politische Gesetze und Verordnungen. (Officielle politische Gesetzsammlung — P. G. S.) Wien, 1793 bis 1848. 8. 76 Bände.

Sammlung der kaiserlich-königlichen landesfürstlichen Gesetze und Verordnungen in publico-Ecclesiasticis, vom J. 1767 bis Ende 1782. Wien, 1784. Fol.

Alphabetisch-chronologische Uebersicht der k. k. Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1740 (s. oben: Codex austriacus) bis zum Jahre 1821, als Haupt-Repertorium über die, theils mit höchster Genehmigung, theils unter Aufsicht der Hofstellen erschienenen politischen Gesetzsammlungen. Bearbeitet und unter Aufsicht der k. k. Hofkanzlei herausgegeben von J. N. Fr. von Hempel-Kürsinger. Wien, gr. 8. 1825.

Allgemeines Reichsgesetz- und Verordnungsblatt für das Kaiserthum Oesterreich. Angefangen 1849. Wien, 4. (Der Ergänzungsband 1849 enthält auch die Sammlung der Gesetze und Verordnungen vom Regierungsantritte Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. an, nämlich vom 2. December 1848.)

Sammlung der im Fache der Militärverwaltung ergangenen Gesetze und Normal-Verordnungen. Herausgegeben auf allerhöchsten Befehl (Militär-Gesetzsammlung — M. G. S.) Wien, 1818 bis 1849 einschließig. 4. 32 Jahrgänge.

Militär-Verordnungsblatt, vom 1. Jänner bis Ende October 1850. 20 Hefte (Stücke).

K. k. Armee-Verordnungsblatt. Vom 1. November 1850 angefangen.

Verordnungsblatt für Posten, Eisenbahnbetrieb und Telegrafen. Redigirt vom k. k. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten. Wien, 1849—1850.

Verordnungsblatt für die Verwaltungszweige des k. k. Handels-Ministeriums. Wien, vom Jahr 1851 angefangen.

Provinzial-Gesetzsammlungen für die verschiedenen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates. (Seit 1849 als Landes- und Regierungsblätter für die verschiedenen Kronländer. *)

Oesterreichische officielle Tractaten-Sammlung:

Raccolta dei trattatti e delle principali convenzioni concernenti il commercio e la navigazione dei sudditi Austriali negli stati della Porta ottomana. Vienna, dall' imp. reg. Stamperia di corte e di stato. 1844. 8.

---

*) Eine ausführlichere Angabe der österreichischen Gesetzsammlungen (sowohl der officiellen, als der von Privaten veranstalteten) sehe man im „Handbuch der österreichischen Verwaltungs-Gesetzkunde" von Stubenrauch, (Wien, 1852, I. Bd. S. 5.) dann in meinen „Darstellungen der Literatur des allg. bürg. Gesetzbuches und des österreichischen Strafgesetzbuches über Verbrechen und schwere Polizei-Uebertretungen."

Inhalts-Verzeichniß.

	Seite
Anhalt-Bernburg	1
Anhalt-Deſſau	—
Baden	2
Baiern	7
Belgien	31
Braſilien	34
Braunſchweig	35
Bremen	36
Chili	37
Dänemark	38
Deutſchland	42
Egypten (ſ. Türkei)	243
England (ſ. Großbritannien)	106
Frankfurt	82
Frankreich	84
Griechenland	104
Großbritannien	106
Hamburg	114
Hannover	115
Heſſen-Caſſel	118
Heſſen-Darmſtadt	121
Heſſen-Homburg	123
Holland (ſ. Niederlande)	143
Holſtein (ſ. Dänemark)	38
Joniſche Inſeln	124
Kirchenſtaat	—
Knyphauſen (ſ. Oldenburg)	153
Liechtenſtein	129
Limburg (ſ. Niederlande)	143
Lippe-Detmold	130
Lippe-Schaumburg	—
Lübeck	131
Luxenburg (ſ. Niederlande)	143
Marocco	132

	Seite
Mecklenburg-Schwerin	132
Mecklenburg-Strelitz	—
Mexiko	134
Modena	135
Moldau (ſ. Türkei)	243
Montenegro	140
Naſſau	141
Neapel (ſ. Sicilien)	227
Niederlande	143
Nordamerika	151
Oldenburg	153
Parma	156
Portugal	161
Preußen	162
Reußiſche Fürſtenthümer	181
Rußland	182
Sachſen (Königreich)	192
Sachſen (Nebenlinien)	201
Sardinien	204
Schaumburg (ſ. Lippe)	130
Schleswig (ſ. Dänemark)	38
Schwarzburg-Rudolſtadt	215
Schwarzburg-Sondershauſen	—
Schweden	216
Schweiz	219
Serbien (ſ. Türkei)	243
Sicilien	227
Spanien	235
Toscana	238
Türkei	243
Waldeck	256
Walachei (ſ. Türkei)	243
Württemberg	257

Anhalt

(dermalen zwei Herzogthümer: Anhalt-Deſſau-Cöthen und Anhalt-Bernburg).

Das alte Anhalt'ſche Fürſtenhaus theilte ſich in mehrere Linien, von denen bis in die neueſte Zeit noch drei beſtanden, nämlich: Anhalt-Bernburg, Anhalt-Deſſau und Anhalt-Cöthen, bis durch ein Patent vom 22. Mai 1853 Cöthen, deſſen Dynaſtie im J. 1847 ausſtarb, in Gemäßheit eines beſtehenden Haus- und Familien-Vertrages mit Deſſau vereinigt wurde. — Die Anhalt'ſchen Fürſten traten, unter Annahme des Herzogtitels, dem Rheinbunde bei (1807); ſodann der großen Allianz wider Frankreich (1815) und dem deutſchen Bunde (1815—1820). Als Angrenzer der Elbe ſind ſie Mit-Contrahenten der Acten über die freie Schifffahrt auf dieſem Strome (1821, 1824, 1836, 1844, 1846, 1851, 1852). Da die in den Herzogthümern Anhalt beſtehenden Poſtämter preußiſch ſind, kommen ihnen die zwiſchen Oeſterreich und Preußen geſchloſſenen Poſt-Conventionen zu Gute (1844, 1850, 1851); auch ſind ſie Theilnehmer des öſterreichiſch-preußiſchen Handels-Vertrages (1853) und des Uebereinkommens wegen Verpflegung erkrankter Unterthanen (1853). Endlich beſteht zwiſchen Oeſterreich und Anhalt-Bernburg ein eigenes Uebereinkommen bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit (1847).

1807. Tractat zwiſchen dem Kaiſer der Franzoſen und den Herzogen von Anhalt-Deſſau, Bernburg und Cöthen, über den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde. Warſchau, 18. April 1807 (ſ. bei Deutſchland die Rheinbund-Acte vom 12. Juli 1806).

(Meyer, Staatsacten I. 126. — Martens, S. IV. 391.)

1815. Beitritt der Anhalt'ſchen Herzogthümer zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815, wegen Aufrechthaltung der Beſtimmungen des Pariſer Friedens vom 30. Mai 1814 (ſ. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1821. Acte über die freie Schifffahrt auf der Elbe.

1824. Ergänzende Beſtimmungen hiezu.

1836. Oeſterreichiſche Verordnung wegen Anwendung des Strafgeſetzes über Gefälls-Uebertretungen auf die Artikel 25 und 26 der Elbeſchifffahrts-Acte.

1844. Vertrag der k. k. öſterreichiſchen mit der königlich preußiſchen Poſt-Adminiſtration wegen vollſtändiger Frankirung der Corre-

frondenz zwischen Oesterreich, Preußen und einigen deutschen Bundesstaaten, deren Correfrondenz mit Oesterreich über Preußen versendet wird.

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte.

1844. Kundmachungen, die, in Folge der Additional-Acte eintretenden Elbezoll-Ermäßigungen und Befreiungen vom Elbezolle betreffend.

1846. Kundmachung über die Amtswirksamkeit der Elbezoll-Richter und der Behörden in Elbeschifffahrts-Angelegenheiten. — (S. Preußen.)

1847. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der herzoglich Anhalt-Bernburgischen Regierung wegen Ausdehnung der bundesmäßigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Bernburg, 7. Januar; Wien, 26. Januar 1847.

(Hofkanzleidekret vom 20. Februar 1847: P. G. S. Bd. 75. S. 26. — J. G. S. 1847. Nr. 1035, S. 422. — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1847, Gesetzchronik S. 70.)

1850—1851. Oesterreichisch-preußischer Postverein (s. Deutschland).

1851. Schlußprotocoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission.

1852. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, womit die bei der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission in Magdeburg verabredeten Ermäßigungen des Elbezolles kundgemacht werden. — (S. Preußen.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf das Gebiet der Herzogthümer Anhalt-Cöthen, Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853, 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Baden

(Großherzogthum).

Das bereits unter Rudolf I. von Habsburg als ein zusammenhängendes Fürstenthum unter dem Namen einer Markgrafschaft erscheinende Baden wuchs in Folge der mit der französischen Republik abgeschlossenen Friedenstractate (1796, 1801) und der Stipulationen des Preßburger Friedens (1805), zu einem so abgerundeten Gebiets-Complexe heran, daß der Markgraf Carl Friedrich, (welcher die beiden Linien des Baden'schen Hauses: Baden-Baden und Baden-Durlach, über das 1771 erfolgte Aussterben der ersteren vereinigte) nachdem er laut des Art. 31 des letzten Reichsdeputations-Schlusses (1803) bereits mit der Churfürstenwürde bekleidet worden war, bei

seinem Beitritte zum Rheinbunde (1806) den Titel eines Großherzogs an nahm. Die successiven Gebiets-Erwerbungen und Veränderungen veranlaßten mehrfache Uebereinkommen mit Oesterreich über die Freizügigkeit der Pensionen (1806) und des Vermögens (1807, 1808, 1816, 1825), sowie über den Genuß der Stiftungen (1808). Baden erscheint auch als Mit-Contrahent des Wiener Friedens (1809); später tritt es der Coalition wider Napoleon bei (1813, 1815) und wird Mitglied des deutschen Bundes (1815). Die neuen Territorial-Verhältnisse des Großherzogthums wurden durch besondere Conventionen zu Mergentheim und Frankfurt (1813, 1815, 1819), und ebenso die Schifffahrt auf den Flüssen im Westen von Deutschland durch eigene Artikel geregelt (1815). Baden erhielt einen Antheil an den französischen Entschädigungsgeldern (1818), und trat der Wiener Schluß-Acte bei (1820). In administrativer Beziehung schloß Oesterreich mit Baden Verträge über die gegenseitige Execution der gerichtlichen Erkenntnisse (1819, 1837), die Verpflegung der durchmarschirenden Truppen (1822), die Auslieferung der Militärpflichtigen (1829) und die Aufhebung des Frankirungs-Zwanges (1842); wie denn auch Baden dem deutsch-österreichischen Postvereine (1850) und dem österreichisch-preußischen Handelsvertrage (1853) beigetreten ist. Ueber die Bedingungen, unter denen Baden'sche Unterthanen in Oesterreich Ehen schließen dürfen, erfolgte eine besondere Kundmachung (1853).

1796. Friedenstractat zwischen der französischen Republik und dem Markgrafen von Baden. Paris, 22. August 1796.
(Martens, VI. 679, 684.)

1801. Lüneviller Frieden mit Abtretung des deutschen linken Rheinufers an Frankreich (s. Deutschland).

1803. Entschädigung des Markgrafen von Baden durch den Reichs-Deputations-Haupt-Receß, für seine an Frankreich gekommenen Besitzungen am linken Rheinufer (s. Deutschland).

1804. Vermögens-Freizügigkeits-Vertrag zwischen Oesterreich und Baden. Carlsruhe, 20. Dezember 1804 (österreichische Ratification: Wien, 9. Jänner 1805).
(Justiz-Gesetzsammlung 1804. Nr. 706. S. 33, worin dieser Vertrag irrig als „österreichisches Patent vom 20. Dezember 1804" angeführt wird, während das Patent unter dem Datum des 9. Jänner 1850 zu Wien besonders abgedruckt erschienen ist (s. auch P. G. S. 24. Bd. S. 3).

1805. Preßburger Friede zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Frankreich), wobei der Markgraf von Baden als souveräner Fürst anerkannt und als Mit-Contrahent erklärt wird, und von Oesterreich das Breisgau nebst der Ortenau, Constanz und Meinau erhält.

1806. Beitritt des Churfürsten von Baden zum Rheinbunde mittelst der Rheinbund-Acte (s. Deutschland).

1806. Edict über die Annahme der herzoglichen Würde von Seite des bisherigen Markgrafen von Baden. Baden, $\frac{12}{14}$. August 1806.
(Martens, S. IV. 336.)

1806. Vertrag zwischen Oesterreich und Baden, wegen wechselseitiger Freizügigkeit der Pensionisten. Günsburg, 1. Sept. 1806.
(Oesterreichisches Patent vom 24. October 1806: P. G. S. Bd. 27. S. 171.)

1807. Oesterreichische Kundmachung über die Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages vom Jahre 1804 auf die von Baden neu acquirirten Länder. Wien, 17. Jänner 1807.
(Hofdecret vom 6. Februar 1807: J. G. S. Nr. 800. S. 94.)

1808. Erneuerter Freizügigkeits-Vertrag zwischen Oesterreich und Baden. Wien, 17. September 1808.
(Martens, 5, VIII. 41. — P. G. S. Bd. 31. S. 60. — J. G. S. Nr. 859. S. 127.)

1808. Vertrag zwischen Oesterreich und Baden wegen Zulassung der gegenseitigen Unterthanen zum Genusse der Stiftungen in den beiderseitigen Ländern. Wien, 17. September 1808.
(Martens, S. VIII. 21. — J. G. S. 1808. Nr. 860. S. 129. — P. G. S. Bd. 31. S. 64.)

1813. Convention zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Rheinbundes und Sr. k. Hoheit dem Erzherzog Anton, Großmeister des deutschen Ordens. Mergentheim, 15. August 1813; ratificirt durch den Hauptvertrag vom J. 1815 (s. unten).
(Martens, S. VII. 287.)

1813. Convention geschlossen zwischen S. M. dem König von Preußen und Sr. k. Hoheit dem Großherzog von Baden, wegen des Beitritts Badens zur großen Allianz zwischen Oesterreich, Preußen, Rußland und Großbritannien gegen Frankreich (s. Großbritannien und Würtemberg). Frankfurt, 20. November 1813.
(Martens, S. V. 649.)

1815. Beitritt Badens zur Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 11. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 146.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheiligten Höfe, über die Auseinandersetzung der darauf sich beziehendeu Verhältnisse. Mergentheim, den 18. Mai 1815. (Ratification von Baiern: München, 17. Juni; von Würtemberg: Ludwigsburg, 16. Juni; von Baden: Carlsruhe 12. Juni; von Hessen: Darmstadt, den 22. Juni; von Nassau: Bieberich, 4. August; von Ysenburg: Birstein, 10. Juli; von dem, dem

Vertrage beigetretenen k. k. österr. General-Gouvernement zu Frankfurt am Main: Frankfurt, 19. Juni 1815.)

(Martens, S. VI. 491; S. VII. 287.)

1815. Artikel über die Rheinschifffahrt, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens, Baierns, der Niederlande, Badens und Nassau's; und Artikel über die Nekar-, Main-, Mosel-, Maas- und Schelde-Schifffahrt, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Niederlande, Baierns, Würtembergs, Badens, Churhessens, Nassau's und der freien Stadt Frankfurt.

XVI. Anhang der Wiener Congreßacte; s. Deutschland.

(Martens, S. VI. 429. — Meyer, I. 207.)

1816. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baden, wegen Ausdehnung der bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf sämmtliche neu acquirirte Länder beider Staaten. Carlsruhe, 4. Jänner 1816.

(Hofdecret vom 13. Mai 1816: J. G. S. Nr. 1244. S. 357. P. G. S. Bd. 44. S. 170.)

1819. Vereinbarung zwischen Oesterreich und Baden wegen wechselseitiger Execution der richterlichen Erkenntnisse. Carlsruhe, 5. Jänner 1819.

(Hofdecret vom 14. Mai 1819: J. G. S. Nr. 1561. S. 87.)

1819. Territorial-Convention zwischen Oesterreich und Baden. Frankfurt, 10. Juli 1819.

IX. Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819; s. Deutschland.

(Martens, S. VIII. 626.)

1819. Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen, Rußland und dem Großherzogthume Baden, wegen Modificirung der Frankfurter Convention vom 20. November 1813 zu Gunsten Badens. Frankfurt, 10. Juli 1819.

X. Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 20. Juli 1819; s. Deutschland.

(Martens, S. VIII. 634.)

1819. Hauptreceß der Territorial-Commission zu Frankfurt, wegen Ausführung der im zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebietsabtretungen (s. Deutschland).

1822. Convention zwischen Oesterreich, Baiern, Würtemberg und Baden, wegen der an die österreichischen Truppen während ihres Durchmarsches nach oder aus der Festung Mainz zu verabreichenden Verpflegung und Transporthilfe.

(Hofkriegsräthliche Verordnung vom 25. Mai 1822: Mil. G. S. 1822. Nr. 75. S. 89.)

1825. Badische Erklärung über die zwischen Oesterreich und Baden bestehende Vermögens-Freizügigkeit. Carlsruhe, 7. Juli 1825.
(Martens, S. X. 774.)

1829. Cartell zwischen Oesterreich und Baden, wegen Auslieferung der Deserteure und Conscriptionsflüchtlinge. Wien, 30. Juli 1829 (die Ratificationen ausgewechselt am 6. Dez. 1829).
(Martens, S. II. 135. — Oesterreichisches Patent vom 30. November 1829: R. G. S. 1830. Nr. 31. S. 39. — P. G. S. Bd. 57. S. 736. Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1830, Notizenblatt 229.)

1832. Beschluß des deutschen Bundes wegen Aufhebung des badischen Preßgesetzes (s. Deutschland).

1837. Vereinbarung zwischen Oesterreich und Baden über den wechselseitigen Vollzug richterlicher Erkenntnisse, zur näheren Bestimmung der Vereinbarung vom Jahre 1819. Carlsruhe, 15. Dezember 1837.
(Hofdekret vom 28. Mai 1838: J. G. S. Nr. 272. S. 181.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baden hinsichtlich der Verpflegungskosten-Bestreitung für die beiderseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.
(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 345.)

1842. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baden wegen Aufhebung des Francaturzwanges bei der wechselseitigen Correspondenz, und Anwendung eines gemeinschaftlichen Posttarifs. Wien, 18. October 1842.
(Hofkammer-Präsidialdecret vom 19. Februar 1843: P. G. S. Bd. 71. S. 12. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1843. Notizenblatt S. 94. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 3. Bd. S. 259.)

1850. Beitritt Badens zu dem österreichisch-deutschen Postverein (s. Deutschland).
(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850. 2. Band S. 442; 3. Bd. S. 191; 1851. 2. Bd. S. 225.)

1853. Verordnung der kais. Ministerien des Innern, der Justiz und des Cultus, über die Bedingungen, unter denen männliche großherzoglich badensche Unterthanen in den österreichischen Staaten Ehen schließen können. Wien, den 9. October 1853.
(Reichsgesetzblatt 1853. 205. S. 1082.)

1853. Beitritt Badens zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen).
(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

Baiern

(Königreich).

Baiern, früher ein deutſches Herzogthum, ſeit 1623 durch Uebertragung der pfälziſchen Churwürde, welche der weſtphäliſche Friede (1648) beſtätigte, ein Churfürſtenthum, nahm in Folge des Preßburger Friedens die königliche Würde an (1805, 1806).

Nach dem Ausſterben des habsburgiſchen Mannsſtammes durch den Tod Carl VI. (20. Oct. 1740) machte der Churfürſt Carl Albrecht von Baiern als Abſtämmling von Ferdinand des I. älterer Tochter und als Gemal der zweiten Tochter Joſef I. (Bruders Carl VI.), ſein Erbrecht auf Oeſterreich geltend. Der hierwegen gegen die einzige Tochter Carls VI., Maria Thereſia, geführte öſterreichiſche Erbfolgekrieg wurde von Preußen durch die Beſetzung Schleſiens begonnen; Frankreich, Spanien, Heſſen-Caſſel, Pfalz und Cöln ſtanden dabei mit dem als Carl VII. zum römiſchen Kaiſer gewählten Churfürſten Carl Albrecht von Baiern; dagegen Sachſen und Sardinien, welche anfänglich gleichfalls Anſprüche auf die öſterreichiſche Erbſchaft erhoben hatten, mit Maria Thereſia im Bunde; ebenſo Großbritannien und die Niederlande. Carl VII. ſtarb zu München (20. Jänner 1745), worauf ſein Sohn Maximilian Joſef im Frieden zu Füſſen (22. April 1745) die pragmatiſche Sanction *) anerkannte und hiefür von Oeſterreich in Baiern wieder hergeſtellt wurde, Maria Thereſiens Gemal, Franz I. von Lothringen, aber zum römiſchen Kaiſer (15. September 1745) erwählt ward. Seinen gänzlichen Abſchluß, nach achtjährigem Kampfe, erhielt der gegen die Beſtimmungen der pragmatiſchen Sanction geführte öſterreichiſche Erbfolgekrieg erſt durch den zwiſchen Oeſterreich und Preußen abgeſchloſſenen Dresdner Frieden (25. December 1745), und den zwiſchen den übrigen europäiſchen Mächten (Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Sardinien, Spanien und den Niederlanden ſammt ihren Verbündeten) zu Stande gekommenen Aachner Friedensſchluß (18. October 1748), in welchem Maria Thereſia das väterliche Erbe behielt, mit Ausnahme des an Preußen überlaſſenen Schleſiens, dann einiger mailändiſcher Landſchaften, die an Sardinien kamen, und der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guaſtalla, die der ſpaniſche Infant Don Philipp erhielt. — Oeſterreich und Baiern ſchloſ-

*) Die pragmatiſche Sanction, nämlich das Hausgeſetz des Kaiſers Carl VI., nach welchem die geſammten öſterreichiſchen Staaten ungetheilt vererben, und in Ermanglung männlicher Nachkommenſchaft zunächſt auf ſeine Töchter, nach deren Abgang aber auf die Töchter ſeines Bruders Joſef I., dann auf ſeine Schweſtern, und nach dieſen auf die nächſten Abkömmlinge des Hauſes, doch jedesmal nach dem Rechte der Erſtgeburt im männlichen und weiblichen Stamme übergehen ſollen — (vom 19. April 1713; kundgemacht zu Wien am 6. December 1724; vom deutſchen Reiche unterm 13. Juli 1731, und auch von den meiſten europäiſchen Staaten anerkannt) — iſt einzuſehen bei Schmauss, corpus jur. publ. p. 1400.

sen noch einen besonderen Garantie- und Ausgleichungs-Vertrag (1757, 1764). Die Ansprüche des letzteren auf das Herzogthum Mirandola und die Markgrafschaft Concordia wurden durch eine eigene Convention geregelt (1750).

Mit dem Tode des Churfürsten Maximilian Josef von Baiern (30. December 1777) erlosch der Wittelsbacher Mannsstamm in Baiern, während noch zwei Linien des älteren (pfälzischen) Zweiges des Hauses Wittelsbach, nämlich die Linie Neuburg-Sulzbach und die von Zweibrücken-Birkenfeld blühten; die erstere freilich nur noch durch die einzige Person Carl Theodors repräsentirt. Dieser nahm als nächster Verwandter die durch den Tod Maximilian Josefs erledigten Länder in Besitz, auf welche jedoch Oesterreich Ansprüche erhob. Diese Ansprüche erkannte Carl Theodor in der Wiener Convention (vom 3. Jänner 1778) an, worin er Niederbaiern, Schärding, Mindelheim und andere Orte an Oesterreich überließ, und den übrigen Theil von Baiern gegen Entschädigung gleichfalls an Oesterreich zu vertauschen versprach. Allein König Friedrich II. von Preußen trat dieser Verstärkung der österreichischen Staatskraft entgegen; es kam zu dem bairischen Erbfolgekriege, der mit dem Frieden zu Teschen (13. Mai 1779) endete, worin die Wiener Convention aufgehoben, Carl Theodor, Pfalzgraf und Churfürst, zugleich Chef des älteren Zweiges des Hauses Wittelsbach, in den Besitz Baierns gesetzt, an Oesterreich aber das Innviertel mit Braunau abgetreten wurde.

In gleicher Weise scheiterte der Plan Josefs II., die österreichischen Niederlande (mit Ausnahme von Namur und Luxemburg) gegen den Erwerb von Baiern an den Churfürsten Carl Theodor als ein Königreich von Austrasien oder von Burgund zu vertauschen, an dem Entgegenwirken Friedrichs II. von Preußen, der von Neuem die Rechte des Herzogs von Zweibrücken vertrat, und den Fürstenbund (23. Juli 1785) gegen das österreichische Project stiftete.

Carl Theodor starb 1799 kinderlos, und es vereinigte Max Josef von der Zweibrücken-Birkenfeld'schen Linie sämmtliche Besitzungen des Hauses Wittelsbach, dieß- und jenseits des Rheines. Letztere gingen zwar in Folge des Lüneviller Friedens (1801) an Frankreich über, doch erhielt Baiern, welches sich an der Spitze der süddeutschen Staaten durch den Eintritt in den Rheinbund vom deutschen Reichsverbande lossagte (1806), durch den Reichsdeputations-Receß (1803), den Preßburger Frieden (1805), die Rheinbund-Acte (1806) und den Wiener Frieden (1809) bedeutende Vergrößerungen, bis dasselbe durch die Verträge von Ried und München (1813, 1816) und die Wiener Congreßacte (1815), auf seinen heutigen Bestand, zu dem nun auch Rheinbaiern wieder gehört, gebracht wurde, nachdem es sich an Oesterreich und seine Verbündeten zur Abschüttelung der Napoleonischen Herrschaft angeschlossen hatte (1813, 1815).

Zahlreiche eheliche Verbindungen zwischen dem österreichischen und bairischen Regentenhause haben von jeher statt gefunden; bis in neueste Zeit wird durch solche das engste Freundschaftsbündniß zwischen beiden Staaten bekräftiget.

Dem deutschen Bunde beigetreten (1815, 1820), nahm Baiern

gleichfalls Antheil an den Bestimmungen über die Schifffahrt am Rhein dem Neckar und Main, der Mosel, Maas und Schelde (1815), und Antheil an der französischen Entschädigung (1818). Die häufigen Gebietsveränderungen zogen zahlreiche Conventionen zur Berichtigung der gegenseitigen Kirchensprengel (1774, 1776), dann der Grenz- und sonstigen Territorial-Verhältnisse nach sich (1745, 1760, 1764, 1767, 1779, 1784, 1806, 1810, 1813, 1815, 1816, 1818, 1819, 1828, 1844, 1850, 1851), wobei Baiern für den Abgang der Contiguität durch eine österreichische immerwährende Rente entschädigt wurde (1816, 1819). Ebenso mußten die gegenseitigen Ansprüche bezüglich der Arreragen (1828), der Activen und Passiven der abgetretenen Länder (1828) und der Forst- und Salinen-Verhältnisse (1807, 1829) durch besondere Uebereinkommen ausgeglichen werden. Für den Genuß der Stiftungen (1807, 1808), und der Pensionen (1807) wurde gleichfalls durch Verträge vorgesorgt.

Aus älterer Zeit sind noch die zwischen Oesterreich und Baiern geschlossenen Cartel- (1745, 1753), Münz- (1753) und Wasserbauten-Conventionen (1790, 1791), sowie Anordnungen bezüglich der Freizügigkeit (1768, 1776) und ein Handelsvertrag (1777) zu bemerken.

In diesem Jahrhundert erheischten die sich mehrenden nachbarlichen Beziehungen gegenseitige Bestimmungen über den Vollzug gerichtlicher Erkenntnisse (1807, 1812, 1842), die Freizügigkeit des Vermögens (1807, 1811, 1814, 1816, 1817, 1827, 1829), die Entrichtung der Militär-Redimirungs-Taxe (1821, 1829, 1835), die Auslieferung der Deserteure (1817, 1818, 1820, 1822, 1823, 1826, 1827, 1831, 1832, 1833), den Eintritt in geistliche Institute (1807, 1829), den Geldverkehr (1811, 1818), die Verpflegung der österreichischen Truppen (1822, 1851), die Verzollung (1827), die Verehlichungen (1808, 1827, 1842), die Ein- und Auswanderungen (1819, 1825, 1830, 1831, 1832), die Verpflegung der Kranken und Irrsinnigen (1833, 1834, 1851, 1853, 1854), die Behandlung der Schüblinge (1835), die Mittheilung von Criminal-Acten (1835), die Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel (1839, 1844, 1847), die Aufnahme von Studirenden (1848), die Ausfertigung von Tauf-, Trau- und Todesscheinen (1851), die Vergütung von Gerichtskosten (1840, 1850), das Gerichtsverfahren (1841), das Einschreiten der Gendarmerie (1851), die Behandlung der Wallfahrter (1853) und der Ausgewanderten (1853), dann die Bestrafung von Ehrenbeleidigungen (1853). — Zur Beförderung des gegenseitigen Verkehres schlossen Oesterreich und Baiern Conventionen über das Postwesen (1842, 1851), die Schifffahrts-Verhältnisse auf der Donau und den Nebenflüssen (1851, 1852), den Anschluß der beiderseitigen Eisenbahn- (1851) und Telegrafen-Linien (1850, 1851), dann eine Vereinbarung über die Radfelgen-Breite (1851) ab; endlich trat Baiern dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (1853) bei.

1741. Allianz-Vertrag zwiſchen Frankreich und Baiern, die öſterreichiſche Erbfolge betreffend. Nymphenburg, 18. (oder 22.) Mai 1741 (franzöſiſche Ratification: Verſailles, 3. Junius oder 4. Julius).

(Die Beſtreitung der Echtheit dieſes Vertrages ſehe man bei Aretin, S. 63.)

1741. Allianz-Vertrag zwiſchen Spanien und Baiern (mit dem Beitritte Frankreichs). Nymphenburg, 28. Mai 1741.

(Aretin, Anhang Nr. 71.)

1741. Verabredung zwiſchen Frankreich und Baiern, den Marſch und die Verhältniſſe der franzöſiſchen Hilfsvölker betreffend. München, 16. Auguſt 1741.

(Koch, VI. I. 35.)

1741. Vertrag zwiſchen dem König von Polen, Churfürſten von Sachſen, und dem Churfürſten von Baiern, über die beiderſeitigen Anſprüche auf die öſterreichiſche Erbfolge. Frankfurt, 19. September 1741.

(Aretin, Anhang Nr. 72.)

1741. Beitritt Preußens hiezu (ſ. Preußen).

1741. Neutralitäts-Vertrag zwiſchen dem Churfürſten von Baiern nebſt ſeinen Alliirten einerſeits, und dem ſchwäbiſchen Kreiſe andererſeits. . . ., 27. September 1741.

(Fabri Staatskanzlei, Th. 80. S. 568. — Olenſchläger, B. III. S. 24.)

1741. Acceſſion des Churfürſten von der Pfalz zu vorſtehendem Vertrage zwiſchen Baiern und Sachſen. Mannheim, 21. October 1741.

(Aretin, Anhang Nr. 73. — Koch, I. 35.)

1741. Beitritt des Königs von Preußen zu demſelben Vertrage, durch Acte vom 1. November 1741 (ratificirt den 8. desſelben Monats).

(Rousset, XXI. 52.)

1741. Allianz-Vertrag zwiſchen dem König von Preußen und dem Churfürſten von Baiern. Breslau, 4. November 1741; nebſt einem geheimen und Separat-Artikel von demſelben Datum.

(Aretin, S. 63.)

1741. Geheime Convention zwiſchen Preußen und Churbaiern wegen der Kaiſerwahl. Breslau, 4. November 1741.

(Aretin, S. 64.)

1741. Verhandlungen über den Streit zwiſchen der Königin von Ungarn und Böhmen und dem Churfürſten von Baiern, betreffend die Erbfolge in den öſterreichiſchen Staaten.

(Rousset, XIV. 122, 306; XV. 376, 546; XVI. 3. — Olenſchläger, Geſchichte des interregni nach Abſterben Kaiſers Karl VI. — Sammlung einiger Staatsſchriften nach dem Ableben Kaiſers Carl VI.).

1742—1744. Allianz zwiſchen dem Kaiſer Carl VII. und dem

König Friedrich von Schweden, als Landgrafen von Heſſen-Caſſel (ſ. Heſſen-Caſſel).

1742. Berliner Frieden zwiſchen Oeſterreich und Preußen (ſ. dieſes).

1743. Waffenſtillſtands- und Neutralitäts-Convention zwiſchen den Generalen der Königin von Ungarn und dem Feldmarſchall Grafen von Seckendorff, Oberbefehlshaber der Truppen Kaiſers Carl VII. Kloſter Nieder-Schönenfeld, 27. Juni 1743.

(Staatsſchriften unter Carl VII., Th. 3. S. 41.)

1743. Separat-Artikel zu vorſtehender Convention. Kloſter Nieder-Schönenfeld, 27. Juni 1743.

(Aretin, Anhang Nr. 75.)

1744. Allianz zwiſchen Carl VII., dem König von Preußen, als Churfürſten von Brandenburg, dem Churfürſten von der Pfalz, und dem König von Schweden, als Landgrafen von Heſſen-Caſſel. Frankfurt a. M., 22. Mai 1744; nebſt geheimen und Separat-Artikeln, unter dem Beitritte Frankreichs.

(Aretin, S. 64, 65.)

1745. Vertrag zwiſchen Churbaiern und Churpfalz wegen wechſelſeitiger Führung des Reichs-Vicariates. München und Mannheim, 26. März 1745 (im Jahre 1752 vom deutſchen Reiche ratificirt).

(Aretin, S. 66.)

1745. Präliminar-Friedensvertrag zwiſchen der Königin Maria Thereſia von Ungarn und Böhmen und dem Churfürſten Maximilian Joſef von Baiern. Füßen, 22. April 1745 (die Ratificationen den 2. Mai zu Salzburg ausgewechſelt).

(Wenck, II. 180.)

1745. Geheime und Separat-Artikel zu vorſtehendem Präliminar-Vertrage. Füßen, 22. April 1745.

(Aretin, Anhang Nr. 76.)

1745. Militär-Convention zur Ausführung der Füßner Friedens-Präliminarien. Hauptquartier Pöttmes, 26. April 1745.

(Aretin, Anhang Nr. 77.)

1745. Cartell zwiſchen der Königin Maria Thereſia von Ungarn und Böhmen und dem Churfürſten Max Joſef von Baiern, die gegenſeitige Auslieferung der Deſerteure und anderer militäriſcher Miſſethäter betreffend. München, 28. Auguſt 1745 (bairiſche Ratification: München, 1. September 1745).

(Codex austr. T. V. p. 179, 182. — Staatsſchriften nach Ableben Carl VII., Bd. II. S. 728.)

1745. Dresdner Frieden zwiſchen Oeſterreich und Preußen (ſ. dieſes).

1746. Interims-Convention zwischen den Höfen von **Wien** und **München**. München, 17. Juni 1746; nebst einem **geheimen** Separat-Artikel von gleichem Datum.

(Aretin, Anhang Nr. 78.)

1746. Convention zwischen der Kaiserin, Königin von **Ungarn** und **Böhmen**, und dem Churfürsten von Baiern, in Verfolg der zu Füßen geschlossenen Präliminarien. München, 21. Juli 1746.

(Wenck, II. 229.)

1746. Geheimer Separat-Artikel zu vorstehender Convention. München, 21. Juli 1746.

(Aretin, Anhang Nr. 79.)

1748. Friedensschluß zu Aachen (s. Frankreich).

1750. Convention zwischen dem Wiener Hofe, den Seemächten England und Holland, und dem Churfürsten von Baiern, wegen Mirandola und Concordia (s. Großbritannien).

1753. Cartell zwischen Oesterreich und dem Churfürsten von der Pfalz. . . ., 1. Juli. 1753.

(Codex austr. T. V. p. 773.)

1753. Convention in Münzsachen zwischen Oesterreich und Baiern. Wien, 21. September 1753 (österreichische Ratification: Wien, 29. September 1753; Auswechslung der Ratificationen: Wien, 17. October 1753).

(Lori, Sammlung des bairischen Münzrechtes, Bd. III, p. 251.)

1757. Vertrag einer gegenseitigen Garantie zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von Pfalzbaiern, sammt besonderer Erklärung der Kaiserin Königin. Wien, 30. October 1757.

(Wenck, III. 157. — Koch, II. 97.)

1760. Uebereinkunft zwischen Churbaiern und Tirol wegen Eröffnung einer Straße bei Hohenschwangau. Oesterreichische Verordnung deßhalb: Wien, 9. August 1760.

(Lori, Geschichte des Lechrains, Bd. II. S. 557.)

1764. Haupt-Grenz- und Berichtigungsvertrag mit dem Königreich Böhmen. . . ., 3. März 1764.

(Angeführt in der Rechtfertigungsschrift des bairischen geh. Raths, Freiherrn von Ickstatt, vom Jahre 1769. 4. — s. Aretin, S. 71.)

1764. Ausgleichungs- und Allianz-Vertrag zwischen der Kaiserin Maria Thereſia, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von der Pfalz, Carl Theodor. Mannheim, 27. April 1764 (kaiserliche Ratification: Wien, 22. Mai 1764).

(Koch, II. 174.)

1767. Nachträglicher Vergleich zu dem Grenz-Berichtigungs-Vertrag mit dem Königreiche Böhmen vom 3. März 1764. . . . ., 20. Auguſt 1767.

(Rechtfertigungsſchrift des geh. Rathes von Ickſtatt; Aretin, S. 72.)

1768. Kaiſerliche Verordnung wegen Aufhebung der ſeit dem Receß von 1667 zwiſchen Tirol und Baiern beſtandenen Freizügigkeit. Innsbruck, 22. März 1768. (Churbaieriſche Verordnung desſelben Inhalts: München, 23. Mai 1769.)

(Mayr, Generalien-Sammlung, Bd. I. S. 41.)

1774. Vergleich mit ſämmtlichen Ordinariaten, deren Kirchenſprengel ſich in die bairiſchen Lande erſtrecken, in Betreff der Prälaten- und anderer Kloſterwahlen. München, 6. Oct. 1774.

(Mayr, Generalien-Sammlung, Bd. IV. S. 779.)

1776. Churbairiſche Verordnung wegen gegenſeitiger Freizügigkeit zwiſchen Baiern und Böhmen. München, 4. Febr. 1776.

(Mayr, Generalien-Sammlung, Bd. I. S. 371.)

1776. Vergleich mit den Ordinariaten, deren Sprengel ſich in die bairiſchen Lande erſtrecken, die Sponſalien betreffend. München, 15. December 1776.

(Münchner Intelligenzblätter für 1779. S. 277.)

1777. Handelsvertrag zwiſchen Oeſterreich und Baiern.

(Angeführt von Aretin, S. 74.)

1778. Vergleich wegen der bairiſchen Erbfolge zwiſchen der Kaiſerin Maria Thereſia und dem Churfürſten Carl Theodor von der Pfalz. Wien, 3. Jänner 1778 (vom Churfürſten ratificirt den 14. Jänner 1778).

(Martens, I. 673.)

1779. Friedens-Tractat zwiſchen J. Maj. der Kaiſerin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majeſtät dem König von Preußen, zur Beendigung des bairiſchen Erbfolgekrieges. Mit einem Separat-Artikel und den dazu gehörigen Conventionen und Beitrittserklärungen der Churfürſten von Sachſen und von der Pfalz, des Herzogs von Zweibrücken und Sr. Maj. des Kaiſers Joſef II., als Mitregenten und Erben der öſterreichiſchen Erbſtaaten, endlich ſammt Beitritt und Einwilligung des deutſchen Kaiſers und Reichs. Teſchen, 13. Mai 1779.

(Martens, II. 1–28, 68—73.)

1779. Garantie Frankreichs und Rußlands zum Teſchner Frieden (ſ. dieſe Staaten).

1784. Vertrag zwiſchen dem Kaiſer und dem Churfürſten von Pfalzbaiern, die Berichtigung der Grenzen des im Teſchner

Frieden an Oesterreich abgetretenen Innviertels betreffend. München, 31. August 1784 (bairische Ratification: München, 5. Jänner 1785).

(Koch, II. 469.)

1784. Particular-Convention zwischen dem kaiserl. Ober-Kriegscommissariat im Reich und dem pfalzbairischen Land-Commissär, über die Verpflegung der nach den Niederlanden marschirenden kaiserlichen Truppen. Frankfurt, 22. December 1784.

(Officieller Abdruck: Aretin, S. 77.)

1790. Vergleich zwischen Oesterreich und Baiern über die Wasserbauten an der Salzach. . . . ., 1790.

(Aretin, S. 79.)

1791. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baiern, die in Folge vorstehenden Vergleichs an der Salzach vorzunehmenden Bauten betreffend. Braunau, 11. April 1791.

(Murhard, I. 251. — Aretin, Anhang Nr. 90.)

1795. Heiraths-Vertrag des Churfürsten Carl Theodor mit der Erzherzogin Maria Leopoldina Anna Josefa Johanna, Tochter Sr. königl. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ferdinand Carl Anton.

(Murhard, I. 275. — Aretin, Anhang Nr. 91.)

1801. Lüneviller Frieden (s. Frankreich).

1803. Churpfalz-bairische Entschädigung durch den Reichsdeputations-Hauptreceß vom 25. Februar 1803 (s. Deutschland).

1804. Freizügigkeits-Vertrag zwischen Sr. k. k. apost. Majestät und dem Churfürsten von Pfalzbaiern. München, 4. Juni 1804.

(Oesterreichisches Patent vom 26. Juni 1804: J. G. S. Nr. 670. S. 17. — Hofkanzlei-Decret vom 4. August 1804: P. G. S. Bd. 22. Nr. 19. S. 67. — Hofkanzlei-Decret vom 29. September 1804 mit Bekanntgebung der Besitzungen des churpfälzischen Hauses: P. G. S. Bd. 22. Nr. 34. S. 138.)

1805. Preßburger Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, worin der Churfürst von Baiern als Mit-Contrahent genannt, die von demselben angenommene Königswürde anerkannt, im Artikel VIII die Abtretung der Markgrafschaft Burgau, der bisherigen Salzburgischen Antheile an Passau und Eichstädt, der Grafschaft Tirol mit Trient und Brixen, der sieben Vorarlbergischen Herrschaften, der Herrschaften Tettnangen und Argen, dann der Stadt und des Gebietes von Lindau an Baiern, und dagegen die Einverleibung des Churfürstenthumes Salzburg nebst Berchtesgaden mit Oesterreich bestimmt wurde, während der bisherige Churfürst von Salzburg das Großherzogthum Würzburg erhielt (s. Frankreich).

1806. Proclamation über die Annahme der Königswürde in Baiern und Cirkular-Note hierüber an die fremden Gesandten. München, 1. Jänner 1806.

(Martens, VIII. 399.)

1806. Protocoll der Uebergabe der Grafschaft Tirol und der Fürstenthümer Brixen und Trient durch den Bevollmächtigten des Kaisers der Franzosen an die Krone Baiern. Innsbruck, 11. Febr. 1806.

(Archiv des rheinischen Bundes, Nr. 11. S. 2.)

1806. Oesterreichisch kaiserliches Besitzergreifungs-Patent der Länder Salzburg und Berchtesgaden; in Folge des Preßburger Friedens vom 26. December 1805. Wien, 12. Februar 1806.

(Martens, S. IV. 247.)

1806. Vertrag zwischen Frankreich und Baiern, die tirolische Grenze betreffend. München, 25. Mai 1806.

(Martens, S. IV. 278.)

1806. Tractat zwischen Napoleon I, Kaiser der Franzosen, König von Italien, einerseits, und den Königen von Baiern und Würtemberg, dann mehreren anderen Reichsständen andererseits, wegen Errichtung des Rheinbundes (s. Frankreich).

1807. Königlich bairische Declration, die Bestimmung der künftigen Verhältnisse der, der königlichen Souveränität unterworfenen Fürsten, Grafen und Herren, zu den verschiedenen Zweigen der Staatsgewalt betreffend. München, 19. März 1807*).

(Meyer, II. 16. — Königlich bairisches Regierungsblatt 1807. XIII. S. 465 bis 490.)

1807. Bairische Verordnung, das Eintreten in ein ausländisches Kloster betreffend. München, 4. April 1807.

(Angeführt in der österreichischen Verordnung vom 26. Mai 1829; s. unten).

1807. Erneuerter Freizügigkeits-Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern. München, 24. Mai 1807 (österreichische Ratification: Wien, 4. Juli 1807).

(Oesterreichisches Patent vom 4. Juni 1807: P. G. S. Bd. 28. S. 148. — Linden, das Abfahrtsgeld, S. 45.)

1807. Bairische Verordnung, welche die Vollstreckung fremdrichterlicher Erkenntnisse gegen bairische Unterthanen ganz verbietet. München, 9. October 1807.

(Erwähnt in der österreichischen Verordnung vom 4. November 1812; s. unten.)

---

*) Wurde als ergänzende Beilage in die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815 aufgenommen (s. Deutschland).

1807. Verabredung zwischen Oesterreich und Baiern, die Aufhebung des in beiden Staaten auf das Vermögen von Privaten und bestehenden Stiftungen gelegten Sequesters betreffend. München, 5. November 1807.

(J. G. S. 29. Bd. Nr. 58. S. 135. — Martens, S. IV. 472.)

1807. Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern wegen gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionisten. München, 5. November 1807 (österreichische Ratification: Wien, 12. November; bairische: München, 20. November 1807).

(Oesterreichisches Patent vom 12. November 1807: P. G. S. 29. Bd. Nr. 60. S. 139. — Aretin, S. 88.)

1807. Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern, die Salinen von Berchtesgaden und Hallein und den Transitozug von und nach Salzburg betreffend. München, 3. October 1807 (bairische Ratification: München, 25. Jänner 1808).

(Koch-Sternfeld's Geschichte von Berchtesgaden, III. Buch. S. 119.)

1808. Oesterreichische Verordnung über die Erfordernisse bei Vermögens-Reclamationen ausgewanderter bairischer Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 21. April 1808: P. G. S. Bd. 30. S. 188; und vom 3. August 1808, ebenda Bd. 31. S. 27.)

1808. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern wegen gegenseitiger freier Benützung der Familien- oder Local-Stiftungen, sowohl von bairischen als österreichischen Unterthanen. München, 10. Mai 1808.

(P. G. S. Bd. 30. S. 205.)

1808. Bairische Verordnung, durch welche den bairischen Unterthanen verboten wird, Ehen im Auslande einzugehen. München, 12. Juli 1808.

(Angeführt in der österreichischen Verordnung vom 30. October 1827.)

1809. Wiener Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, mit der Abtretung von Salzburg, Berchtesgaden und einem Theile von Oberösterreich (Innviertel und Hausruckviertel) an den Kaiser der Franzosen zu Gunsten des Rheinbundes (Baierns) — (s. Frankreich).

1810. Staatsvertrag zwischen Frankreich und Baiern, Baierns Abtretungen und Erwerbungen in Folge des Wiener Friedens betreffend. Paris, 28. Februar 1810. Mit sechs Separat- und geheimen Artikeln (bairische Ratification: Straßburg, 3. März 1810).

(Martens, S. IX. 16.)

1810. Bairisches Patent über die vom italienischen Tirol an

Frankreich abgetretenen Gebietstheile, in Folge des Vertrages vom 28. Februar 1810. München, 23. Juni 1810.

(Martens, S. VIII. 30.)

1810. Protocoll zur Bestimmung der neuen Landesgrenze zwischen den Königreichen Italien und Baiern. Botzen, 7. Juni 1810.

(Bairisches Regierungsblatt 1810, S. 602.)

1811. Bekanntmachung wegen Beobachtung der Freizügigkeits-Verträge mit Baiern und der Reversalien-Abforderung gegen die neuerlangten Territorien Baierns. Wien, 24. Jän. 1811.

(Hof-Decret vom 15. Februar 1811: J. G. S. 1811. Nr. 828. S. 253. — Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1811: P. G. S. Bd. 36. S. 89.)

1811. Allgemeine Abstellung der Reversalien de observando reciproco bei Vermögens-Exportationen nach Baiern. Wien, 4. April 1811.

(Hof-Decret vom 26. April 1811: J. G. S. 1811. Nr. 934. S. 273. — Linden, S. 48.)

1811. Beschränkung der aus Baiern nach Oesterreich zu leistenden Geldzahlungen, in Folge des österreichischen Finanzpatentes vom 20. Februar 1811. München, 12. April 1811.

(Meine „Behandlung der Ausländer", S. 104.)

1811. Verordnung über die Erforderniſſe der Päſſe zur Reiſe nach Baiern.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. September 1811: P. G. S. Bd. 37. S. 2.)

1811. Oesterreichische Verordnung über die Erforderniſſe bei Erb-Reclamationen der Ausgewanderten aus Baiern und den übrigen Bundesstaaten.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1811: P. G. S. Bd. 37. S. 50.)

1811. Vorschrift wegen Niederlaſſung kön. bairischer Unterthanen in den österreichischen Staaten.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Nov. 1811: P. G. S. Bd. 37. S. 176.)

1812. Vorschriften über die Execution in Oesterreich eines in Baiern gefällten Urtheiles (Modificirung der bairischen Verordnung vom 9. October 1807), und über die Ausdehnung des Gerichtsstandes in Concurs-Fällen. Wien, 4. November 1812.

(Hof-Decret vom 4. Sept. 1812: J. G. S. 1812. Nr. 1010. S. 36. — Meine „Behandlung der Ausländer", S. 151 u. 159.)

1813. Uebereinkommen, wornach eine Legaliſirung der bairischen ämtlichen und gerichtlichen Urkunden durch die österreichische Gesandtschaft nicht mehr erforderlich sein soll. Wien, 22. Juni 1813.

(Hof-Decret vom 2. Juli 1813: J. G. S. Nr. 1058. S. 164.)

1813. Präliminar- Friedens- und Allianz-Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern. Ried, 8. October 1813 *) (bairische Ratification: München, 12. October 1813; dießfällige Ratifications-Auswechslungs-Instrumente dd. Braunau, 15. October; und Frankfurt a. M., 18. November 1813).

(P. G. S. Bd. 41. S. 87. — Martens, S. V. 610.)

1813. Geheime Artikel zu vorstehendem Allianz-Vertrage. Ried, 8. October 1813.

(Martens, S. V. 612.)

1813. Convention zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Rheinbundes und Sr. k. Hoheit dem Erzherzog Anton, Großmeister des deutschen Ordens (s. Baden).

1814. Erster Pariser Frieden, vom 30. Mai 1814 (s. Frankreich).

1814. Convention zwischen Oesterreich und Baiern wegen näherer Auslegung des Rieder Vertrages vom 8. October 1813. Paris, 3. Juni 1814; nebst drei Zusatzartikeln von demselben Datum.

(Martens, S. VI. 18.)

1814. Protocoll der Bevollmächtigten Oesterreichs und Baierns über die Uebergabe des Fürstenthums Aschaffenburg an die Krone Baiern. Aschaffenburg, 26. Juni 1814.

(Aretin, Anhang Nr. 94. — Murhard, I. 331.)

1814. Bekanntmachung über die Befreiung jedes nach Baiern abziehenden Vermögens von dem landesfürstlichen Abfahrtsgelde. Wien, 27. October 1814.

(Hofkammer-Decret vom 27. October 1814, intimirt 8. November 1814. — Linden S. 48 und 49.)

1815. Beitritt Baierns zu der zwischen Oesterreich, England und Frankreich am 3. Jänner 1815 geschlossenen Defensiv-Allianz (s. Frankreich). Wien, 6. Jänner 1815.

(Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. IV. S. 331.)

1815. Vertrag der vier verbündeten Mächte (Oesterreich, Rußland, England und Preußen) mit Baiern, die Mitwirkung der bairischen Armee im Kriege gegen Napoleon betreffend. Wien, 2. April 1815.

(Martens, S VII. 313.)

*) In Folge der Territorial-Verträge vom J. 1813, 1814 und 1816, wurden die meisten der, nach dem Preßburger Frieden vom J. 1805 und dem Wiener Frieden vom J. 1809, von Oesterreich an Baiern gekommenen Länder, als: Tirol, Vorarlberg, das Innviertel, das Hausruckviertel und Salzburg — (bis auf ein kleines Stück zwischen der Salzach und Saale) — an Oesterreich zurückgestellt.

1815. Einverständniß zwischen Oesterreich und Baiern, die von letzterem zu leistenden Abtretungen und zu erhaltenden Entschädigungen betreffend. Wien, 11. April 1815. (Grundlage des Vertrages vom 23. April.)

(Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. VIII. S. 149.)

1815. Beitritt des Königs von Baiern zum Wiener Allianz-Vertrage vom 25. März 1815, zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen, gegen Napoleon Buonaparte (s. Großbritannien). Wien, 15. April 1815.

(Martens, S. VI. 112 und 134.)

1815. Vertrag zwischen den großen Mächten (Oesterreich, Rußland, England und Preußen) und Baiern, die von Baiern an Oesterreich zu machenden Abtretungen und dafür zu erhaltenden Entschädigungen betreffend. Wien, 23. April 1815. (Wurde nicht ratificirt.)

(Martens, S. IV. 451.)

1815. Protocoll, Baierns Beitritt zu der von den großen Mächten am 21. und 24. April vorgeschlagenen Verpflegungs-Convention betreffend. Wien, 29. April 1815.

(Aretin, S. 95.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheilten Höfe, geschlossen zu Mergentheim (s. Baden).

1815. Conventionen zwischen den Bevollmächtigten Rußlands und mehrerer deutscher Höfe, die Bildung eines Parkes für den russischen Rayon und die Verwaltung der Militärspitäler in dem russischen Rayon betreffend (s. Rußland). Wien, 19. Mai 1815 *).

(Martens, S. VII. 313 und 317.)

1815. Bekanntmachung der österreichisch-bairischen Commission zu Creutznach, über die Abtretungen an Preußen (s. Preußen).

1815. Convention über Baierns Beitritt (unter Modificationen) zu der von den großen Mächten am 21. und 24. April vorgeschlagenen Verpflegs-Convention. Wien, 30. Mai 1815.

(Aretin, S. 96.)

1815. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Verbotes des Ankaufes der Aerarial-Effecten von Deserteuren.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Juli 1815: P. G. S. Bd. 43. S. 278.)

1815. Deutsche Bundes-Acte und Wiener Congreß-Acte, worin Würzburg und Aschaffenburg an Baiern zugewiesen werden (s. Deutschland).

*) Der bairische Bevollmächtigte unterzeichnete diese Verträge nur vorbehaltsweise. (Aretin, S. 95.)

1815. Zweiter Pariser Frieden, vom 20. November 1815 (s. Frankreich).

1816. Tractat zwischen Oesterreich und Baiern, die definitive Festsetzung der Grenzen und Verhältnisse der beiden Staaten betreffend. München, 14. April 1816 (österreichische Ratification: Conegliano, 22. April 1816; bairische Ratification: München, 20. April 1816).

(Martens, S VII. 11. — Hofkanzlei-Decret vom 14. Sept. 1819: P. G. S. Bd. 47. S. 328.)

1816. Geheime Artikel zu vorstehendem Vertrage. München, 14. April 1816.

(Martens, S. VII. 19.)

1816. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Baiern bestehenden Freizügigkeit auf die neuerlangten Provinzen, in Gemäßheit des Tractates vom 14. April 1816.

(Hof-Decret vom 8. Juni 1816: J. G. S. Nr. 1254. S. 375. — P. G. S. Bd. 44. S. 188. — s. auch die Hof-Decrete vom 4. März und 23. Mai 1816, bei Linden, S. 49.)

1816. Kaiserliches Patent über die Besitznahme von Salzburg, dem Innviertel und einem Theile des Hausruckviertels, in Gemäßheit des Münchner Tractates vom 14. April 1816. Wien, 1. Mai, 1816.

(P. G. S. Bd. 44. S. 165.)

1817. Cartell-Convention zwischen Oesterreich und Baiern, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Wien, 24. Mai 1817 (bairische Ratification: München, 10. Juni 1817).

(P. G. S. Bd. 45. S. 193. — Martens, S. IX. 146.)

1818. Concurrenz-Vergleich zwischen Oesterreich, Preußen und Baiern, in Betreff der neu erworbenen Gebietstheile des Großherzogthums Frankfurt. Fulda, 11. April 1818.

(Angeführt in dem Hauptvertrage über die Vertheilung der Lasten des Großherzogthums Frankfurt, vom 2. Juli 1828.)

1818. Convention zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits, und Frankreich andererseits, über die Privat-Reclamationen an Frankreich, worin im Artikel VII. auch für Baiern stipulirt wird (s. Frankreich).

1818. Modificirung der Beschränkungen im Geldverkehr zwischen Oesterreich und Baiern, bei Erfolglassung von Verlassenschaften und bei Privat-Contracten. Wien, 9. Juni 1818.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Mai 1818: P. G. S. Bd. 46. S. 153. — Hof-Decret vom 9. Juni 1818, bei Linden, S. 49.)

1818. Grenzvertrag zwischen Oesterreich und Baiern in

Folge der Abtretungen von 1816. Salzburg, 30. September 1818.

(Aretin, S. 100.)

1819. Vorschrift über die Berichtigung der im Cartell von 1817 festgesetzten Gebühren im 24 fl. Münzfuße.

(Verordnung des kais. Hofkriegsrathes an sämmtliche General-Commanden vom 26. Februar 1819: Mil. Ges. S. 1819. Nr. 46. S. 73. — Hofkanzlei-Decret vom 15. März 1819: P. G. S. Bd. 47. S. 75.)

1819. Territorial-Receß zur Ausführung der nach dem zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebietsabtretungen. Frankfurt, 20. Juli 1819 (s. Deutschland).

1819. Protestation Sr. Majestät des Königs von Baiern gegen die, die bairischen Entschädigungen betreffenden Bestimmungen des am 20. Juli 1819 zu Frankfurt von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Großbrittaniens, Preußens und Rußlands abgeschlossenen Territorial-Recesses. München den ... 1819.

(Aretin, S. 100.)

1819. Vorschriften bei Einbürgerung bairischer Auswanderer in Oesterreich, in Folge der k. bairischen Verordnung vom 27. März 1819.

(Hofkriegsraths-Verordnung vom 22. Mai 1819: Mil. Ges. S. II. Bd. — Hofkanzlei-Decret vom 26. Juli 1819: P. G. S. Bd. 47. S. 261.)

1820. Nachträgliche Uebereinkunft zwischen der österreichischen und bairischen Regierung, wornach die im Cartell vom J. 1817 stipulirte Taglia nur für Deserteure, nicht aber für Conscriptions-Flüchtlinge zu entrichten ist.

(Hofkriegsräthliches Circular vom 20. Juni 1820: Mil. Ges. S. 1820. Nr. 89. S. 74. — Hofkanzlei-Decret vom 14. October 1820: P. G. S. Bd. 48. S. 345.)

1821. Gänzliche Aufhebung der durch die Retorsions-Maßregel vom 22. October 1811 angeordneten Beschränkung im Geldverkehr zwischen Oesterreich und Baiern; Zurückstellung der zurückbehaltenen Depositen königlich bairischer Beamten. Wien, 18. April 1821.

(Hof-Decret vom 20. Mai 1821: Linden, S. 50. — Milit. Ges. Samml. 1822. Nr. 40. S. 36. — P. G. S. Bd. 49. S. 148.)

1821. Beschränkung der Militärpflichtigkeits-Reluition zwischen Oesterreich und Baiern. Wien, 10. Mai 1821.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. Mai 1821; bairische Verordnung vom 3. April 1821: P. G. S. Bd. 49. S. 131. — Linden, S. 51.)

1822. Nachträgliche Belehrung [illegible] die Taglia für bairische Deserteure anzusprech[illegible] 1822.

(Hofkriegsräthliche Verord[illegible] S. 80.)

1822. Convention wegen Verpflegung der nach oder aus Mainz marschirenden österreichischen Truppen (s. Baden).

1822. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern wegen Erneuerung des Militär-Cartells vom J. 1817 und einstweiliger Fortdauer desselben.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. August 1822: P. G. S. Bd. 50. S. 593. — Martens, S. X. 50.)

1823. Deserteure-Auslieferungs-Cartell zwischen Oesterreich und Baiern. München, 30. Juni 1823.

(Im Jahre 1826 ratificirt und kundgemacht; s. unten den Staatsvertrag vom 27. Februar 1826.)

1823. Kundmachung einer k. bairischen Verordnung vom 21. Mai 1822, über die erforderlichen Nachweise der Heimatsrechte bei Abschiebung der Vaganten.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. August 1823: P. G. S. Bd. 51. S. 199.)

1825. Oesterreichische Verordnung über die Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft von Seite königlich bairischer Unterthanen. Wien, 8. October 1825.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. October 1825: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1825, Notizenblatt S. 411.)

1826. Staatsvertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Wien, 27. Jänner 1826 (bairische Ratification: Bad Brückenau, 17. Juli 1826*).

(Oesterreichisches Patent vom 27. Februar 1826: P. G. S. Bd. 54. S. 30. — Mil. Ges. Samml. 1826. Nr. 142. S. 382. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 143.)

1827. Ergänzende Bestimmung zu diesem Cartell, bezüglich der gegenseitigen Anrechnungen für Vorspann, Arzeneien 2c. Wien, 12. November 1826.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1827, Z. 752: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 143.)

1827. Oesterreichische Verordnung wegen Abschiebung der Vaganten nach Baiern.

(Hofkanzlei-Decret vom 19. April 1827: P. G. S. Bd. 55. S. 75.)

1827. Vorschrift über die ehelichen Trauungen bairischer Unterthanen in Oesterreich.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1827, Zahl 28.224: P. G. S. Bd. 55. S. 181. — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenbl. S. 487; und 1828, Notizenbl. S. 69; — ferner das erläuternde Hof-Decret vom 10. Juni 1828: Zeitschrift 2c. 1828, Notizenblatt S. 350.)

*) Dieser Staatsvertrag ist eigentlich die Ratificirung des Cartells vom 30. Juni 1823.

1827. Oesterreichische Verordnung über den zollfreien inneren Verkehr der im allgemeinen Zollverbande befindlichen Provinzen der österreichischen Monarchie auch in den über das kön. bairische Gebiet gehenden Richtungen. Wien, 31. October 1827.

(Hofkammer-Decret vom 31. October 1827: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1828, Notizenblatt S. 17.)

1828. Verordnung wegen Erleichterung des commerziellen Verkehres an der österreichisch-bairischen Grenze.

(Hofkammer-Decret vom 23. Jänner 1828: P. G. S. Bd. 56. S. 24.)

1828. Hauptvertrag wegen der Centralschulden des gewesenen Großherzogthums Frankfurt und der Ausgaben und Departementschulden von Fulda (s. Frankfurt).

1828. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, über die in Folge der in den Jahren 1814 und 1816 geschehenen Territorial-Veränderungen zu treffende Ausgleichung der gegenseitigen Aerarial-Ansprüche, der Arreragen und der damit verwandten Gegenstände. Wien, 13. December 1828.

(Martens, S XIII. 68. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 271 und 466.)

1828. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, über die Activen und Passiven der gegenseitig abgetretenen Länder. Wien, 13. December 1828.

(Martens, S. XIII. 68. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 271 und 466.)

1829. Convention zwischen Oesterreich und Baiern über die Forst- und Salinen-Verhältnisse. Wien, 18. März 1829.

(Martens, S. XIII. 124. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt S. 362.)

1829. Ausnahme von der allgemeinen Vermögens-Freizügigkeit in Ansehung österreichischer Unterthanen, die in ein bairisches Kloster treten, als Reciprocität wegen der bairischen Verordnung dd. München, 4. April 1807. Wien, 26. Mai 1829.

(Hofkanzlei-Dekret vom 2. Juni 1829: P. G. S. Bd. 57. S. 347. — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1829, Notizenblatt 270.)

1829. Oesterreichische Verordnung über die Abnahme einer Militärpflicht-Redimirungs-Taxe von den nach Baiern auswandernden österreichischen Unterthanen. Wien, 29. November 1829.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1829: Mil. Ges. S. 1830. Nr. 53. S. 72. — P. G. S. Bd. 57. S. 732. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1830, Notizenblatt S. 54.)

1830. Vorschrift wegen Beibringung der Entlassung aus

dem bairischen Staatsverband bei Einbürgerungen in Oesterreich. Wien, 10. December 1830.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. December 1830: P. G. S. Bd. 10. S. 519.)

1831. Uebereinkommen wegen Bestättiguug der, bei Entlassung eines österreichischen Unterthans nach Baiern und umgekehrt, beizubringenden Aufnahms-Zusicherungen durch die k. k Kreisämter *).

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Juni 1831: P. G. S. Bd. 59. S. 94. und vom 8. December 1831, ebendaselbst S. 217; — dann Hofkanzlei-Decret vom 27. Juli 1831: Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1831, Notizenblatt S. 388.)

1831. Vorschrift, daß bei Verleihung von Meisterrechten an bairische Unterthanen die Auswanderungs-Bewilligung der königlich bairischen Regierung ausgewiesen sein müsse. Wien, 18. August 1831.

(Hofkanzlei-Decret vom 18. August 1831, Zahl 18.672: Mil. Ges.-Samml. 1831. Nr. 8. S. 7. — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1831, Notizenblatt S. 437.)

1832. Vorschriften bei Einbürgerung bairischer Einwanderer in Oesterreich.

(Hofkanzlei-Decret vom 1. März 1832: J. G. S. 1832. Nr. 2550.)

1833. Bairische Verordnung, das Erlöschen der Forderungen an die königlichen Cassen und der Rückstände an königlichen Staatsgefällen betreffend. München, 20. März 1833.

(Hofkanzlei-Erlaß vom 22. April 1833: Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1833, Notizenblatt S. 194.)

1833. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern wegen Heilung und Verpflegung der in den beiden Staaten erkrankten oder verunglückten, unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. November 1833, Z. 24.458: P. G. S. Bd. 61. S. 241. — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1833, Notizenblatt S. 443.)

1834. Ausdehnung dieses Uebereinkommens auf Irrsinnige.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. April 1834, Z. 6331: Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1834, Notizenblatt S. 131.)

1834. Vorschrift wegen Ausfertigung der Pässe für die nach Baiern reisenden Oesterreicher.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. März 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 81.)

1834. Oesterreichische Verordnung wegen Beschränkung der

---

*) An deren Stelle sind in neuerer Zeit die k. k. Bezirkshauptmannschaften getreten.

Abnahme der Militär-Pflichtigkeits-Redimirungs-Taxe von Auswanderern nach Baiern. Wien, 30. Mai 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 19. Juni 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 150.)

1835. Vorschrift hinsichtlich der nach Baiern aus Oesterreich zu transportirenden Schüblinge.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Mai 1835. Z 12.491: meine „Behandlung der Ausländer" S. 357, woselbst auch die verschiedenen speciellen Weisungen über diesen Gegenstand zu ersehen sind.)

1835. Aufhebung der Redimirungs-Taxe für die nach Baiern auswandernden, militärpflichtigen österreichischen Unterthanen. Wien, 24. October 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. November 1835: Mil. Ges. Samml. 1835. Nr. 125. S. 228. — P. G. S. Bd. 63. S. 443. — Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1835, Notizenblatt S. 495.)

1835. Ermächtigung der Stadt- und Landrechte zu Linz und Salzburg zur Mittheilung der Criminal-Acten an bairische Gerichte. Wien, 22. December 1835.

(J. G. S. 1835. Nr. 107. S. 64.)

1837. Königlich bairische Verordnung über das Paßwesen im Königreiche Baiern. München, 17. Jänner 1837.

(Bekanntgemacht in Oesterreich durch das Hofkanzlei-Decret vom 23. März 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 96.)

1837. Nachtrag zu vorstehender k. bairischer Verordnung. München, 15. Juli 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. August 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 457.)

1838. Kön. bairische Verordnung über die Einführung der breiten Radfelgen im Königreiche Baiern. München, 21. April 1838.

(Bekanntgemacht in Oesterreich mittelst Hofkanzlei-Decrets vom 3. August 1838: P. G. S. Bd. 66. S. 321.)

1839. Weitere Bestimmungen hierüber.

(Hofkanzlei-Decrete vom 18. Jänner und 22. October 1839: P. G. S. Bd. 67. S. 19 und 257.)

1839. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, wegen Hintanhaltung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel an der gegenseitigen Landesgrenze. München, 16. Mai; Wien, 25. August 1839.

(Hof-Decret vom 9. September 1839: J. G. S. 1839. Nr. 376. — P. G. S. Bd. 67. S. 166.)

1840. Oesterreichische Verordnung, belangend die Vergütung der Commissionskosten für die auf Ersuchen der bairischen Behörden von dem Wiener Criminal-Senate vorgenommenen Gerichtshandlungen. Wien, 25. Mai 1840.

(J. G. S. Nr. 446. S. 501.)

1840. Bestimmungen hinsichtlich des Grenzverkehres in Gewerbssachen mit dem Königreiche Baiern. Wien, 14. März 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 177.)

1841. Oesterreichische Verordnung über das Verfahren bei den von Unterthanen des Königreiches Baiern gegen österreichische Unterthanen eingebrachten Klagen, im Falle des Gerichtsstandes des Vertrages. Wien, 3. Juli 1841.

(Hof-Decret vom 3. Juli 1841: J. G. S. 1841. Nr. 548. S. 594, — Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 201. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrs. 1842. Notizenbl. S. 442.)

1842. Bekanntgebung einer k. bairischen Circular-Verordnung, hinsichtlich der von bairischen Unterthanen im Auslande und von fremden Unterthanen in Baiern geschlossenen Ehen. Wien, 31. März 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 134. — J. G. S. 1842. Nr. 604. S. 15.)

1842. Hofkanzlei-Decret vom 7. Juli 1842, über den Gerichtsstand des Vertrages in Baiern (s. oben die allerhöchste Entschließung vom 3. Juli 1841).

1842. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und königlich bairischen Regierung wegen Aufhebung des Frankirungszwanges bezüglich der Correspondenz zwischen Oesterreich und Baiern, und Anwendung eines gemeinschaftlichen Briefporto-Tarifs. Wien, 30. Juli 1842.

(Murhard, n. r. III. 428. — Hofkammer-Präsidial-Decret vom 2. September 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 229. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1842, Notizenbl. S. 488. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 3. Bd. S. 167.)

1844. Vertrag zwischen Oesterreich und Baiern über die Berichtigung der tirolisch-bairischen Grenze. München, 30. Jänner 1844 (österreichische Ratification vom 14. September 1844; bairische vom 23. April 1844; ausgewechselt zu München am 24. October 1844).

(Kundgemacht im Reichsgesetzblatte vom J. 1852. Nr. 116. S. 492, und in der k. k. Staatsdruckerei besonders abgedruckt.)

1844. Erneuerung des Uebereinkommens vom Jahre 1839, wegen Hintanhaltung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel. Wien, 3. April; München, 12. April 1844.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. Mai 1844: J. G. S. 1844. Nr. 806. — P. G. S. Bd. 72. S. 110.)

1847. Kundmachung wegen des Vollzuges dieses erneuerten Uebereinkommens. Wien, 18. September 1847.

(J. G. S. 1847. Nr. 1087. S. 471.)

1848. Erlaß des kais. provisorischen Unterrichts-Ministeriums, womit die Modalitäten kundgemacht werden, unter denen die Aufnahme der Wiener Studirenden an der k. Universität in München und an den übrigen k. bairischen Lehranstalten statt findet. Wien, 28. December 1848.

(Reichsgesetzblatt, 1849. 58. S. 69.)

1850. Protocoll zwischen der kaiserl. österreichischen und königl. bairischen Regierung über die Herstellung einer Telegrafen-Verbindung zwischen Wien und München. Wien, 21. Jänner 1850 (österr. Ratification: 31. Jänner; bairische: 2. Febr. 1850).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 2. Bd. S. 81.)

1850. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, womit die provisorischen Bestimmungen über die wechselseitige Benützung der österreichischen und bairischen Staats-Telegrafen durch das Publikum, kundgemacht werden. Wien, 23. April 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 146. S. 809.)

1850. Erlaß desselben, daß die bairische Telegrafen-Linie bis Hof vollendet, und vom 5. Juli angefangen dem Verkehre für Privat-Correspondenz übergeben wird. Wien, 14. Juli 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 274. S. 1232.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern und Sachsen, über die Bildung eines deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereines (s. Deutschland).

1850. Uebereinkunft über die Erhebung und Verrechnung der für die Regierungs-Depeschen zwischen Oesterreich und Baiern erwachsenen Telegrafen-Gebühren. Wien, 12. August (in Folge Protocolls dd. Dresden, 22. Juli) 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 3. Bd. S. 39.)

1850. Verordnung des österreichischen Handels-Ministeriums, wodurch die Bestimmungen über die Benützung der österreichischen Staats-Telegrafen und der Telegrafen in dem Gebiete des deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereines von Seite des Publikums, kundgemacht werden (s. Deutschland).

1850. Verordnung desselben, mit Erläuterungen über die vorgedachten Bestimmungen (s. Deutschland).

1850. Postvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über den Beitritt des Letzteren zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Preußen). Berlin, 6. April 1850 (österreichische Ratification: Wien, 26. April 1850).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850. 2. Bd. S. 144. 409.)

1850. Ergänzungsvertrag zum Grenzberichtigungs-Vertrage zwischen Oesterreich und Baiern vom 30. Jänner 1844, über die Landesgrenze von Tirol mit Vorarlberg einerseits, und dem Königreiche Baiern andererseits. München, 16. December 1850 (österreichische Ratification: 17. Mai 1851; bairische: 29. April 1851; ausgewechselt zu München am 7. Juli 1851).

(Reichsgesetzblatt vom J. 1852. 116. S. 492, und in der k. k. Staatsdruckerei besonders abgedruckt.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, in Betreff der Verpflegung der k. k. österreichischen Truppen auf k. bairischem Gebiete. Wien, 15. März 1851 (in den Ratificationen ausgewechselt zu München 16. April 1851).

(Reichsgesetzblatt 1851. 155. S. 447.)

1851. Erlaß des kais. Ministeriums des Aeußern, womit die zwischen Oesterreich und Baiern geschlossene Uebereinkunft über die kostenfreie Behandlung der im diplomatischen Wege nachgesuchten Tauf-, Trau- und Todesscheine bekannt gemacht wird. Wien, 16. März 1851. (Bairische Ministerial-Erklärung: München, 12. October 1850; österreichische: Wien, 18. Febr. 1851.)

(Reichsgesetzblatt 1851. 63. S. 197.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern, über den Anschluß der auf den beiderseitigen Gebieten zu erbauenden Eisenbahnen. Wien, 21. Juni 1851 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 3. August 1851).

(Reichsgesetzblatt 1852. 31. S. 103. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. III. Bd. S. 445.)

1851. Erlaß des kais. Ministeriums des Innern, über die Ausdehnung des österreichisch-bairischen Uebereinkommens vom J. 1833 bezüglich der Cur- und Verpflegungskosten der beiderseitigen Unterthanen, auf die Beerdigungskosten. Wien, 6. August, 1851. (Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien 21. Juli 1851; bairische Ministerial-Erklärung: München, 27. Juni 1851.)

(Reichsgesetzblatt 1851. 181. S. 515.)

1851. Nachtragsvertrag zu dem deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereinsvertrag vom 25. Juli 1850 (s. Deutschland).

1851. Erlaß des kais. Handels-Ministeriums, wodurch die Vereinbarung der österreichischen mit der bairischen Regierung über die Radfelgen-Breite des Fuhrwerkes im Grenzverkehre, kundgemacht wird. Wien, 1. November 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 241. S. 631. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. IV. Bd. S. 575.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern wegen

Regelung der Schiffahrtsverhältnisse auf der Donau und ihren Nebenflüssen. Wien, 2. December 1851 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Mai 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 158. S. 621.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern zum Zwecke der Regelung und Feststellung der polizeilichen und Zollaufsichts-Maßregeln auf den Grenzflüssen. Wien, 2. December 1851 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Mai 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 129. S. 628.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern zur genauen Feststellung und besseren Regulirung einiger Strecken des die beiderseitigen Staatsgebiete scheidenden Grenzzuges. Wien, 2. December 1851 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Mai 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 130. S. 635.)

1852. Ratifications-Auswechslungs-Protocoll zu den vorstehenden drei Staatsverträgen vom 2. December 1851. Wien, 14. Mai 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 131. S. 639.)

1852. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und bairischen Regierung, womit die gegenseitige Aufhebung des Rückersatzes der Kosten für Requisitionen festgesetzt wird, welche ein Staat an den anderen in civilgerichtlichen Angelegenheiten in Beziehung auf unvermögende Parteien, sowie bei strafrechtlichen oder polizeilichen Untersuchungen richtet. (Oesterreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 4. Jänner 1852; bairische: München, 17. Jänner 1852.)

(Reichsgesetzblatt 1852. 37. S. 137.)

1852. Erlaß des österreichischen Finanz-Ministeriums, womit bekannt gemacht wird, welche Schifffahrtsgebühren auf der Donaustrecke von der bairischen Grenze bis Ungarn und auf den Nebenflüssen dieser Stromstrecke in Folge des Vertrages vom 2. December 1851 aufgehoben sind. Wien, 25. Juni 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 133. S. 643.)

1852. Zollbestimmungen über den Grenzverkehr zwischen Oesterreich und Baiern in Folge des neuen österreichischen Zolltarifs (s. Deutschland).

(Austria, 64. J. 1852.)

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Baiern, betreffend das von der beiderseitigen Gendarmerie bei Einschreiten jenseits der respectiven Landesgrenze zu beobachtende Verfahren

(österreichische Ministerial-Erklärung: Wien, 29. September; bairische: München, 21. August 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 204. S. 893.)

1853. Erlaß des kais. Statthalters in Oberösterreich, über die Maßregeln zur Abstellung der mit den Wallfahrerzügen aus Oberösterreich nach Baiern, und aus Baiern nach Oberösterreich verbundenen Unzukömmlichkeiten. Linz, 18. Jänner 1853.

(Landes-Regierungsblatt für das Erzherzogthum Oesterreich ob der Enns. 1853. II. Abth. Nr. 32. S. 47.)

1853. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und bairischen Regierung, daß jeder dieser Staaten seine ursprünglichen Angehörigen, auch wenn sie diese Staatsangehörigkeit verloren haben, so lange wieder übernehmen wird, als sie nicht diesem anderen Staate angehörig geworden sind. Wien, $\frac{23}{30}$. März 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 88. S. 467.)

1853. Verordnung der kais. Ministerien des Aeußern und der Justiz, wegen Bestrafung der Ehrenbeleidigungen, welche gegen Se. Maj. den König von Baiern, ferner gegen die bei dem österreichischen Hofe beglaubigten Gesandten und andere mit öffentlichem Charakter bekleidete Bevollmächtigte des bairischen Staates begangen werden. Wien, 1. October 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 192. S. 1051. — Regierungsblatt für das Königreich Baiern, Nr. 37. 16. August 1853.)

1853. Beitritt Baierns zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrag (s. Deutschland und Preußen.)

(Reichsgesetzblatt, 1853. 208. S. 1117.)

1853. Königl. bairische Verordnung wegen Anwendung des bairischen Zoll-Strafgesetzes vom 17. November 1837 auf die Uebertretungen der österreichischen Zollgesetze. München, 24. December 1853.

(Regierungsblatt für das Königreich Baiern, 1853. Nr. 72. S. 1848.)

1853. Königl. bairische Verordnung, die Bestrafung der Fälschung der österreichischen Credits-Papiere betreffend, in Vollzug des Beitritts Baierns zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage und Münz-Cartell. München, 24. December 1853.

(Regierungsblatt für das Königreich Baiern, 1853. Nr. 72. S. 1852.)

1854. Beitritt Baierns zur Eisenacher Convention vom 11. Juli 1853, wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener gegenseitiger Staatsangehöriger (s. Deutschland). Berlin, 21. December 1853 und 3. Jänner 1854.

(Verordnung des kais. Ministeriums des Innern vom 28. Jänner 1854: Reichsgesetzblatt 1854. 20. S. 46.)

Belgien

(Königreich).

Die südlichen (oder belgischen) Provinzen der Niederlande, welche von der spanischen Krone durch den Utrechter (1713) und den Rastädter Frieden (1714), und rücksichtlich durch den mit Spanien abgeschlossenen Wiener Tractat (1725)*), an Oesterreich übergegangen waren, wurden durch ein Decret des französischen National-Conventes Frankreich einverleibt (1795), und bildeten, nachdem Oesterreich in den Friedensschlüssen von Campoformio (1797) und Lüneville (1801) auf deren Besitz förmlich Verzicht geleistet, bis zum J. 1814, einen integrirenden Theil des französischen Reiches. Bei der Umgestaltung des europäischen Staatensystemes nach dem Sturze Napoleons, entstand aus sämmtlichen nord- und süd-niederländischen Ländern das Königreich der vereinigten Niederlande (1814—1815) unter dem Hause Nassau-Oranien (s. unten bei den Niederlanden). Der Rückschlag der französischen Julius-Revolution (1830) hatte die belgische Revolution zur Folge, wornach die südlichen und nördlichen Provinzen abermals getrennt, und nach mehrjährigen Unterhandlungen zwischen den europäischen Hauptmächten (1831—1839), zwei selbstständige Königreiche anerkannt wurden: das Königreich der Niederlande (Holland) und das Königreich Belgien, über welch' letzteres zu herrschen der Herzog Leopold von Sachsen-Coburg durch das Grundgesetz vom J. 1831 berufen wurde. Bei dieser Trennung ward mittelst eines Staatsvertrages die Abtragung mehrerer Grenzfestungen zur Wahrung der Neutralität Belgiens festgesetzt (1831).

Seit dem selbstständigen Bestande der beiden Königreiche sind, zwischen Oesterreich und Belgien, ein besonderer Vertrag über die gegenseitige Erbfähigkeit und Vermögens-Freizügigkeit (1839, 1840), dann ein Handels- und Schifffahrts-Tractat (1841) und ein Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher (1853) abgeschlossen worden. Belgien trat auch dem Tractat wider den Negerhandel bei (1848 — 1849), und schloß sich der österreichisch-preußischen Telegrafen-Linie an (1851). Ueber das Verfahren bei Verlassenschafts-Abhandlungen (1837, 1838, 1840) und die Ausfertigung von Todtenscheinen belgischer Unterthanen (1841), dann wegen der Entschädigung fremder Unterthanen in Belgien, in Folge der Revolution vom J. 1830 (1842), erfolgten besondere Kundmachungen. In neuester Zeit wurde zwischen Oesterreich und Belgien ein neues freundschaftliches Band durch die Verehelichung Ihrer kaiserlichen Hoheit der Erzherzogin Marie mit dem Herzog von Brabant geknüpft (1853).

---

*) Die aus dem spanischen Erbfolgekriege hervorgegangenen Friedensschlüsse von Utrecht und Rastadt sehe man bei Dumont, P. VIII. P. I.; den Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Spanien, ebendaselbst, P. VIII. P. II.

1831. Conferenzen der Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland zu London, über die Trennung Belgiens von Holland.

(Martens, S. XIV. 61—297; XV. 209 — 413; XVI. 274 — 534; XVII. 15, 18, 39.)

1831. Tractat zwischen den Bevollmächtigten der oben genannten Mächte einerseits, und dem Bevollmächtigten des Königs von Belgien andererseits, wegen definitiver Trennung Belgiens von Holland. London, 15. November 1831.

(Martens, S. XV. 300.)

1831. Ratification des Königs der Belgier. Brüssel, 22. November 1831.

(Martens, S. XV. 406.)

1831. Convention zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits und Belgien andererseits, über die belgischen Festungen. London, 14. December 1831.

(Martens, S. XV. 410.)

1833 — 1834. Unterhandlungen wegen Luxemburg (s. Niederlande).

1837. Erklärung des k. belgischen Ministeriums über die Eigenthümlichkeiten der Verlassenschafts-Abhandlungen in Belgien. Brüssel, 19. April 1837.

(Hof-Decret der obersten Justizstelle an die Appellations-Gerichte, vom 23. Mai 1827 Nr. 2743, und Hof-Decret des lomb. venet. Justiz-Senates vom 3. Juli 1837, Nr. 1674. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 96.)

1838. Oesterreichische Verordnung wegen Nichtausfolgung jener Erbschaften, deren Anfall vor dem 20. Mai 1837 zu Gunsten belgischer Erben stattgefunden hat, wegen der Schwierigkeiten welche österreichische Erben in Belgien erfahren. Wien, 27. März 1838.

(J. G. S. 1840. Nr. 444. S. 500, Anmerkung.)

1839. Tractat zwischen den Königen von Belgien und Holland, bezüglich der Trennung Belgiens und Hollands. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XX. 773.)

1839. Tractat der verbündeten Mächte (Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland) mit Belgien, wegen Garantie des eben erwähnten Tractates zwischen Belgien und Holland. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XX. 788.)

1839. Tractat der verbündeten Mächte mit dem Könige der Niederlande über die Trennung Belgiens und Hollands (s. Niederlande).

1339. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Belgien, über die Erbfähigkeit der gegenseitigen Unterthanen und über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften. Wien, 9. Juli 1839 (die Ratificationen ausgewechselt zu Wien, 5. October 1839).

(Hofkanzlei-Decret vom 9. Juli 1839: J. G. S. 1839. Nr. 370. S. 344. — P. G. S. Bd. 67. S. 127. — Martens, S. XX. 946.)

1840. Aufhebung der verfügten Einhaltung (1838) mit der Ausfolgung der Erbschaften aus Oesterreich an Erben in Belgien. Wien, 26. Mai 1840.

(J. G. S. 1840. Nr. 144. S. 500.)

1841. Vorschrift über die Ausstellung der Todtenscheine der in Oesterreich verstorbenen belgischen Unterthanen, und umgekehrt. Wien, 9. April 1841.

(J. G. S. 1841. Nr. 521. S. 521. S. 567. — P. G. S. Bd. 69. S. 110.)

1841. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König der Belgier. Wien, 25. October 1841 (ratificirt: Wien, 13.; Brüssel: 22. November 1841; die Ratificirungen ausgewechselt in Wien, 8. Jänner 1842).

(Murhard, n. r. II. 266. — Martens et Cussy, V. 150.)

1842. Belgisches Gesetz wegen Entschädigung auswärtiger Unterthanen, in Betreff der ihnen in Folge der Revolutions-Ereignisse vom J. 1830 zugezogenen Verluste. Brüssel, 1. Mai 1842.

(Bekanntgemacht in Oesterreich durch Hofkammer-Decret vom 3. Juli 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 198.)

1848. Convention zwischen Belgien einerseits, und Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland andererseits, über den Beitritt Belgiens zu dem Tractate vom 20. December 1841, in Betreff der Unterdrückung des Negerhandels (s. Großbritannien). London, 24. Februar 1848.

(Reichsgesetzblatt 1849. 224. S. 263.)

1849. Ratifications-Urkunde Sr. Majestät des Königs der Belgier zu vorstehender Convention. Brüssel, 21. April 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 224. S. 263.)

1851. Erlaß des kais. Handels-Ministeriums über die Eröffnung der belgischen Telegrafen-Linien und die Gebührenbemessung für die österreichisch-belgische Correspondenz. Wien, 3. Februar 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 45. S. 142.)

1851. Erlaß desselben über die Behandlung der telegrafischen Correspondenz aus dem Königreiche Belgien. Wien, 11. Februar 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 47. S. 143. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1821. I. Bd. S. 91; II. Bd. S. 199.)

1853. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Belgien wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Wien, 16. Juli 1853 (die Ratificationen ausgewechselt den 22. September 1853).

(Reichsgesetzblatt 1853. 195. S. 1095.)

Brasilien

(Kaiserthum.)

Von Napoleon aus Portugal vertrieben, kam das königliche Haus Braganza nach Brasilien (1808); der Prinz-Regent (nachmaliger König Johann VI.), welcher wegen Krankheit seiner Mutter, Maria I., die Regierung führte, erklärte die Colonie Brasilien für ein besonderes, mit Portugal vereinigtes Königreich (16. December 1815). Nach seiner Rückkehr nach Europa (1821) wurde sein Sohn Dom Pedro, den er als Vicekönig zurückgelassen hatte, zum constitutionellen Kaiser ausgerufen, und Brasilien als selbstständiges Kaiserreich von Portugal getrennt. Das Kaiserthum Brasilien, der einzige unabhängige erblich-monarchische Staat in Amerika, ist durch die Vermählung der Erzherzogin Leopoldine, Tochter Sr. Majestät des Kaisers Franz, mit dem Kronprinzen und nachmaligen Kaiser Dom Pedro (1817), — (s. Portugal) — sowie durch einen Handels- und Schifffahrts-Tractat (1827), mit Oesterreich in nähere Beziehung getreten. Ueber die Erfordernisse zur Ausschiffung der Ausländer in brasilianischen Häfen erfolgte eine besondere Kundmachung (1832).

1827. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Brasilien. Wien, 16. Juni 1827 (in den Ratificationen ausgewechselt zu Wien, 16. März 1828).

(Martens, S. XI. 225. — Hofkanzlei-Decret vom 6. April 1828 und Hofkammer-Decret vom 12. April 1828: P. G. S. Bd. 56. S. 43. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1828. Notizenbl. S. 222. — Martens et Cussy, IV. 91. — J. G. S. 1828. Nr. 2337. S. 114.)

1832. Bestimmung der Erfordernisse zur Ausschiffung der Ausländer in einem brasilianischen Hafen.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1832: P. G. S. Bd. 60. S. 265.)

Braunschweig

(Herzogthum.)

Das uralte souveräne Haus der Welfen theilte sich im Jahre 1569 in zwei Linien: die ältere oder herzogliche (Braunschweig-Wolfenbüttel), welche das dermalige Herzogthum Braunschweig besitzt, und die jüngere oder churfürstliche, und seit 1815 königliche, welche im Königreich Hannover herrscht und die Braunschweig-Lüneburg'sche oder Hannover'sche Linie heißt. Die Staatsverträge Oesterreichs mit dieser Linie sehe man bei Hannover.

Der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig erließ das bekannte Manifest gegen die französische Revolution (25. Juli 1792), übernahm im J. 1806 das Ober-Commando der preußischen Heeresmacht gegen Napoleon, und wurde in der Schlacht bei Jena tödtlich verwundet. In Folge des Tilsiter Friedens (1807) wurde dann das Herzogthum Braunschweig ein integrirender Theil des neugeschaffenen Königreiches Westphalen. Die Schlacht bei Leipzig hatte die Wiederherstellung des alten Herzogthums und die Rückkehr des Herzogs Friedrich Wilhelm zur Folge (1813), welcher der großen Allianz wider Frankreich beitrat (1815) und in der Schlacht bei Ligny blieb. Als später gegen den Herzog Carl eine Revolution im Herzogthume ausbrach, die ihn aus dem Lande vertrieb, fand sich der deutsche Bund veranlaßt, den Herzog Wilhelm von Braunschweig zu ersuchen, die Regierung des Herzogthums bis auf Weiteres zu führen (1830), was später auch definitiv bestimmt wurde, nachdem in Folge eines Beschlusses des deutschen Bundes und der Agnaten, Herzog Carl für regierungsunfähig erklärt worden war (1831).

Zwischen der kaiserlich österreichischen Regierung und jener des Herzogthums Braunschweig bestehen keine besonderen Staatsverträge. Da die Post in Braunschweig preußisch ist, erscheint es bei den österreichisch-preußischen Postverträgen (1844, 1850, 1851, 1852) betheiligt; auch ist Braunschweig dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853) beigetreten und ist Mit-Contrahent der Verpflegs-Convention bezüglich der erkrankten Unterthanen (1853).

1792. Manifest des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig gegen die französische Revolution. Coblenz, 25. Juli 1792.
(Posselts Annalen, 1792. — Kortum, S. 8. — Wachsmuth, S. 246.)

1803. Entschädigung des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel im Reichsdeputations-Haupt-Recesse (s. Deutschland).

1807. Frieden zu Tilsit (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Herzogs von Braunschweig zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.
(Martens, S. VI. 258.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich des Postverkehrs (s. Preußen).

1844. Kundmachung bezüglich des Frankirungszwanges für das Herzogthum Braunschweig. Wien (Hofkammer-Präsidial-Decret), 26. Juli 1844.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1844. Notizenblatt 477. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung. 4. Bd. S. 255.)

1850. Deutsch-österreichischer Postverein (s. Deutschland).

1852. Beitritt des Herzogthums Braunschweig zu demselben.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1852. Bd. I. S. 18.)

1853. Beitritt des Herzogthums Braunschweig zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschsand).

Bremen

(freie Stadt).

Mit der Auflösung des deutschen Reiches (1806) wurde die alte reichsunmittelbare Hansestadt Bremen, die Beherrscherin des Weserhandels, zu deren Gunsten im Reichsdeputations-Recesse (1803) der Elsflether Zoll aufgehoben ward, ein völlig souveräner Staat. Napoleons Einladung in den Rheinbund zu treten lehnte Bremen ab; später wurde es unter dem Titel einer „bonne ville" Frankreich einverleibt (1810), bis es den verbündeten Mächten sich anschloß und dann in den deutschen Bund trat (1815). Mit Oesterreich hat Bremen ein auf die Schifffahrt bezügliches Uebereinkommen abgeschlossen (1839); auch erscheint es bei dem österreichischen Uebereinkommen mit der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (1843), bei dem deutsch-österreichischen Postverein (1850) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) betheiligt.

1803. Entschädigung der Stadt Bremen durch den Reichsdeputations-Haupt-Receß (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Senats der Stadt Bremen zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens. S. VI. 138.)

1839. Declaration, ausgestellt von Oesterreich und Bremen, in Betreff gegenseitiger Gleichstellung ihrer Flaggen

rücksichtlich der Schiffsabgaben. Bremen, 9. Februar; Wien, 25. März 1839.

(Murhard, n. r. I. 578.)

1843. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen Regierung und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection, wegen Aufhebung des Frankirungszwanges und Anwendung eines gemeinschaftlichen Portotarifs bei der Correspondenz zwischen der österreichischen Monarchie und den Staaten, in welchen jene General-Postdirection die Posten verwaltet *). Frankfurt, 30. Jänner 1843.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 13. April 1843: P. G. S. Bd. 71. S. 97. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1843, Notizenblatt S. 285. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 3. Bd. S. 290.)

1850. Beitritt Bremens zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 2. Bd. S. 309.)

1851. Postvertrag zwischen der k. k. österreichischen und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung, wegen Beitritt der letzteren zum deutsch-österreichischen Postverein. Frankfurt am Main, 31. März; Wien, 13. April 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. II. Bd. S. 209.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Chili

(Republik).

Dieses früher von Spanien abhängige Land an der südlichen Westküste von Südamerika ist seit 1818 eine unabhängige Republik.

1851. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, daß in Folge a. h. Entschließung vom 19. April 1851, im Einklange

---

*) Die Staaten, in welchen die fürstlich Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung besteht, sind: das Königreich Würtemberg, das Churfürstenthum Hessen, die Großherzogthümer Hessen und Sachsen-Weimar-Eisenach, die Herzogthümer Nassau, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meinigen, Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Reuß-Ebersdorf, Reuß-Greitz, Reuß-Lobenstein, Reuß-Schleitz, Lippe-Detmold, Lippe-Schaumburg-Bückeburg, Schwarzburg-Rudolstadt mit Ausnahme der Stadt Frankenhausen und Umgebung, die Landgrafschaft Hessen-Homburg und die jetzt dazu gehörende Grafschaft Meisenheim, das Amt Arnstadt im Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen, die freien Bundesstädte Frankfurt, Bremen, Hamburg, Lübeck, endlich der schweizerische Canton Schaffhausen.

mit der von der Regierung der Republik Chili zu Gunsten der österreichischen Schiffe erlassenen Verfügung, die chilische Handels-Flagge in den österreichischen Häfen als begünstigte Flagge zu behandeln sei. Wien, 10. Mai 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 135. S. 420. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. Bd. S. 267. 335.)

Dänemark

(Königreich).

Das Haus Holstein-Oldenburg zerfällt in den königlichen, älteren, und in den jüngeren, Holstein-Gottorp'schen Zweig. Der jüngere herrschte von 1751 bis 1818 in Schweden, herrscht gegenwärtig in Rußland (seit 1762) und in Oldenburg (seit 1774). Der königliche, bis 1523 auch über Schweden, bis 1814 über Norwegen herrschend, sitzt auf dem Königsthrone Dänemarks, mit welchem Schleswig, Holstein und Lauenburg vereinigt sind, und hat außerdem zwei herzogliche Nebenlinien: die jetzt, durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 zur Succession in die dänischen Gesammtlande berufene Glücksburgische und die Augustenburgische Linie. Oldenburg selbst ward gegen den dem Großfürsten, nachmaligen Kaiser von Rußland, Peter III., gehörigen Antheil an Holstein ausgetauscht. Darauf beziehen sich die älteren Tractate Dänemarks mit dem deutschen Reiche (1758—78).

In den französischen Revolutionskriegen schloß sich Dänemark der ersten Coalition wider Frankreich nicht an (1790, 1792), und gerieth während der napoleonischen Herrschaft mit England in Krieg, was die Vernichtung der dänischen Flotte zur Folge hatte (1807), und worauf Dänemark mit Frankreich ein festes Bündniß schloß. Erst nach dem Sturze Napoleons trat es der großen Allianz der europäischen Mächte, und sohin mit den Herzogthümern Holstein und Lauenburg und der Herrschaft Pinneberg, dann mit der Herrschaft Ranzau und der Stadt Altona, dem deutschen Bunde bei (1815); die Erwerbung von Lauenburg war seine Entschädigung für das im Kieler Frieden (1814) an Schweden abgetretene Norwegen.

Ueber die Successions-Verhältnisse der dänischen Monarchie und über die damit in Verbindung gebrachte Frage der Beziehungen Schleswigs zu Holstein, und somit zu Deutschland, entstand seit dem „offenen Briefe" des Königs Christian VIII. (8. Juli 1846) jener Streit, welcher im Jahre 1848 in offene Gewalt ausbrach, und worein unter dem Einflusse der damaligen allgemeinen Zeitereignisse auch der deutsche Bund verwickelt wurde. Die beiden Feldzüge deutscher Truppen gegen Dänemark in den Jahren 1848 und 1849, an welchen Oesterreich sich nicht betheiligte, wurden durch Waffenstillstands-Verträge (Malmoe: 26. August 1848 und Berlin: 10. Juli 1849) beendigt, welche zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossen wurden, und von welchen der erstere von der damaligen provisorischen Centralgewalt in Deutschland nur mit Modificationen genehmigt ward, der zweite aber, sammt den damit verbundenen Friedens-Präliminarien, eine Bestätigung Ra-

ments des Bundes nicht erhielt, indem die provisorische Bundes-Central-Commission (20. Jänner 1850) sich darauf beschränkte, die königlich preußische Regierung zur Unterhandlung eines Friedensvertrages zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark, vorbehältlich der Ratification der sämmtlichen Bundesstaaten, zu bevollmächtigen. Der hierauf am 2. Juli 1850 zu Berlin zwischen Preußen für sich und im Namen des deutschen Bundes einerseits und Dänemark andererseits abgeschlossene Friedensvertrag wurde in der Plenar-Versammlung der deutschen Bundesversammlung vom 3. October 1850 von Seite des Bundes ratificirt. Da jedoch dieser Vertrag im Wesentlichen neben der Einstellung der Feindseligkeiten nur einen Vorbehalt der beiderseitigen Rechte enthielt, und da die provisorischen Autoritäten und die Armee der Herzogthümer denselben anzunehmen sich weigerten, so wurden in Folge der Olmützer Punktationen (29. November 1850) und kraft der von der Bundesversammlung der kaiserlichen Regierung übertragenen Vollmacht (28. December 1850), erst durch die bewaffnete Intervention Oesterreichs die gesetzlichen Zustände wieder hergestellt, und unter Mitwirkung Preußens nach längeren Verhandlungen, auch die definitive Beilegung der Streitigkeiten zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde herbeigeführt. Letzteres geschah durch das im Einverständnisse mit den beiden deutschen Mächten vom Könige von Dänemark am 28. Jänner 1852 erlassene Manifest, dessen auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg bezügliche Bestimmungen von der deutschen Bundesversammlung durch Beschluß vom 29. Juli 1852 als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend anerkannt wurden.

Während dieser Verhandlungen wurde auch die Thronfolgefrage, welche zu den erwähnten Streitigkeiten den hauptsächlichsten Anlaß gegeben hatte, — nachdem zu London bereits durch ein im August 1850 unterzeichnetes Protokoll ein vorläufiges Einverständniß mehrerer Mächte, über das ihrer Erledigung zu Grunde zu legende Princip der Integrität der dänischen Monarchie bewirkt worden war, — durch den am 8. Mai 1852 zu London zwischen Oesterreich, Frankreich, Preußen, Rußland und Schweden einerseits und Dänemark andererseits abgeschlossenen Tractat geregelt, welchem Vertrage später in Gemäßheit des Artikels IV desselben, noch mehrere deutsche und außerdeutsche Regierungen förmlich beigetreten sind.

Die besonderen vertragsmäßigen Beziehungen Oesterreichs zu Dänemark betreffen die Schifffahrt auf der Elbe (1821, 1844, 1846, 1851, 1852), die Vermögens-Freizügigkeit (1812, 1830), die gegenseitige Bekanntgebung der Todesfälle (1846), den Seehandel (1834, 1851) und die Post (1843, 1850, 1851, 1853).

1758. Tractat zwischen dem König von Frankreich und dem König von Dänemark, wegen Austausches des dem Großfürsten von Rußland gehörigen Antheils von Holstein, gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst. Copenhagen, 4. Mai 1758.

(Koch, II. 125.—140.)

1758. Nachträgliche Erklärung Frankreichs hierüber. Versailles, 13. August 1758.

(Koch, II. 133.)

1758. Beitritt und Garantie Oesterreichs zu diesem Tractat. Copenhagen, 20. October 1758.

(Koch, II. 137. — Schöll, III. 202.)

1760. Erklärung des Wiener Hofes aus Anlaß seines Beitritts zu dem vorstehenden Tractat vom 4. Mai 1758. St. Petersburg, $\frac{1}{12}$. März 1760.

(Martens, S. III. 44.)

1760. Beitritt Rußlands zu vorgedachtem Tractat vom 4. Mai 1758. St. Petersburg, 10. März 1760.

(Koch, II. 125.)

1778. Gutachten der beiden höheren Reichs-Collegien, kaiserliches Commissions-Ratification-Decret und Promemoria, die Uebertragung der fürstlich Holstein-Gottorp'schen Stimme auf die jüngere Linie dieses Hauses und das Herzogthum Oldenburg betreffend. Regensburg, Mai—Juni 1778.

(Martens, I. 726.)

1792. Noten der österreichischen und preußischen Minister an den dänischen Minister, Grafen Bernstorf, über die französischen Angelegenheiten, 12. Mai, und Antwort des dänischen Hofes, 1. Juni 1792.

(Schöll, IV. 239.)

1793. Note der gegen Frankreich kriegführenden Mächte an den Hof von Copenhagen bezüglich der von Dänemark beobachteten Neutralität. Copenhagen, 13. December, und Antwort des Grafen Bernstorf: Copenhagen, 18. December 1793.

(Martens, V. 238—243.)

1806. Einverleibung des Herzogthums Holstein in die dänische Monarchie in Folge der Auflösung des deutschen Reichsverbandes durch den Rheinbund (s. Deutschland). Friedrichsberg, 9. September 1806.

(Martens, S. IV. 347.)

1812. Zusicherung einer reciproken abzugsfreien Ausfolgung der Verlassenschaften zwischen Oesterreich und Dänemark. Wien, 3. April 1812.

(J. G. S. 1812: Nr. 984. S. 14. — P. G. S. Bd. 38. S. 159.)

1813. Waffenstillstand zwischen Dänemark und den verbündeten Mächten. Rendsburg, 15. December 1813.

(Martens, S. V. 617.)

1815. Beitritt des Königs von Dänemark zur großen Allianz gegen Frankreich vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Paris, 1. September 1815.

(Martens, S. VI. 155.)

1815. Tractat zwischen Preußen und Dänemark, durch welchen

Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen an Preußen kommen, gegen Abtretung der am rechten Ufer der Elbe gelegenen Theile von Lauenburg. Wien, 11. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 349.)

1815. Wiener Congreßacte,

1815. Deutsche Bundes-Acte. — (S. Deutschland).

1816. Erklärung des Königs von Dänemark, als Herzogs von Holstein, über die Erwerbung des Herzogthums Sachsen-Lauenburg und dessen Mitvertretung im deutschen Bunde. Frankfurt, 5. November 1816.

(Mayer, II. 31.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1830. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und k. dänischen Regierung wegen Ausdehnung des Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817, bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit, auf alle auch nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder Oesterreichs und Dänemarks. Wien, 12. April; Copenhagen, 2. Juni 1830.

(Martens, S. XII. 360. XIX. 2. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1830. Notizenblatt S. 380, 429, 508. — J. G. S. 1830. Nr. 2473. S. 203. — P. G. S. Bd. 58. S. 160.)

1834. Handels- und Schifffahrts-Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. Majestät dem Könige von Dänemark. Copenhagen, 12. Februar 1834 (ratificirt 1. Juni 1834.)

(Martens, S. XIX. 40. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1834. Notizenblatt S. 249. — P. G. S. Bd. 62. S. 28. — Hof-Decret vom 18. Juli 1834 in der J. G. S. 1834. Nr. 2661. S. 115.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte vom Jahre 1821; dießfällige Elbezoll-Ermäßigungen,

1846. Kundmachung über die Amtswirksamkeit der Elbezoll-Richter u. s. w.; Kundmachung über die Rhederei und Schifferbefugnisse bei der Elbeschifffahrt. — (S. Preußen).

1846. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Dänemark, wegen gegenseitiger Bekanntgebung der Todesfälle ihrer respectiven Unterthanen und Ausfolgung der Todtenscheine. Wien, 9. April 1846.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. Februar 1846: P. G. S. Bd. 74. S. 20. — J. G. S. 1846. Nr. 931. S. 315.)

2850. Beitritt von Schleswig-Holstein zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Preußen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850. 2. Bd. S. 422.)

1851. Behandlung der holsteinischen Handelsflagge gleich der dänischen in den österreichischen Häfen. Wien, 21. März 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. II. Bd. S. 206.)

1851. Beitritt Dänemarks (des Königreichs Dänemark und Herzogthums Schleswig) zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. III. Bd. S. 425; IV. Bd. 527.)

1851. Dritte Elbeschifffahrts-Revision,

1852. Elbezoll-Ermäßigungen. — (S. Preußen.)

1852. Conferenz-Protokoll zwischen Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Rußland und Schweden, wegen Sicherstellung der Succession in der dänischen Monarchie. London, 8. Mai 1852.

(Augsburger Allgemeine Zeitung vom 11. Mai 1852, Nr. 133.)

1853. Postvertrag zwischen Preußen und Dänemark, wegen Behandlung der Correspondenzen zwischen dem dänischen Gesammtstaate und dem deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland) .... 19. December 1853.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1854, Nr. 6. S. 43.)

Deutschland.

Nach dem Aussterben des Mannsstammes des Hauses Habsburg wird Carl Albert von Baiern (1741) als Carl VII. zum Kaiser erwählt (s. Baiern) und die Reihe der Kaiser aus dem Hause Habsburg seit Albert II. (1437), also seit mehr als drei Jahrhunderten, zum ersten Male bis zu Carls Tode (1745) unterbrochen. Nach dem Ableben des hierauf zum Kaiser erwählten Franz I. von Lothringen, Gemals der Habsburgischen Erbin Maria Theresia, gibt dann neuerdings und bis zur Auflösung des Reiches, Oesterreich diesem seine Kaiser in den Söhnen Maria Theresiens, Josef II. und Leopold II., und in des letzterem Sohne Franz II. Doch schon war die Einheit des Reiches gespalten, seit der westphälische Friede *) ein Corpus Evangelicorum und Catholicorum geschaffen, den Reichsständen Landeshoheit und das Recht Allianzen mit dem Auslande zu schließen eingeräumt hatte, und seit Brandenburg-Preußen als protestantische und rivalisirende Macht Oesterreich gegenüber auftrat. Die

*) Den Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser Ferdinand III. und dem deutschen Reiche einerseits, und dem König Ludwig XIV. von Frankreich nebst seinen Verbündeten andererseits (Münster, 24. October 1648); dann jenen zwischen dem Kaiser Ferdinand III. und dem deutschen Reiche einerseits, und der Königin Christine von Schweden nebst ihren Verbündeten anderseits (Osnabrück, ¼. October 1648) — welche Tractate der Westphälische Friede genannt werden — sehe man bei Dumont P. VI. P. I. 450, 469; dann im „Guide diplomatique" von Martens, unter France et Empire, S. 187, und Suède et Empire, S. 946.

französische Revolution (1789) und deren Gegenstoß in ganz Europa brachte auch das morsch gewordene deutsche Kaiserreich zum Einsturze; zu Anfang des 19. Jahrhunderts brach das mehr als tausendjährige „heilige römische Reich" zusammen.

Die Angriffe Frankreichs bestimmten das deutsche Reich, den Reichskrieg gegen Frankreich zu erklären (1792); doch bald trennten sich Preußen und einige andere Reichsstände von der Coalition, und die mit Frankreich abgeschlossene Demarcations-Linie (1795) schied das nördliche Deutschland von dem Interesse des südlichen. Die Franzosen siegten; nach dem zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossenen Frieden von Campoformio (1797) wurde ein Reichsfrieden-Congreß zu Rastadt eröffnet, der jedoch zu keinem friedlichen Resultate gelangte; der von Neuem entbrannte Krieg führte zum Friedensschlusse von Lüneville (1801). In diesem wurde das ganze linke Rheinufer an Frankreich abgetreten; das hierdurch veranlaßte, unter der Vermittlung Frankreichs und Rußlands zu Stande gekommene Entschädigungs-Operat für jene deutschen Fürsten, welche ihre jenseits des Rheins gelegenen Besitzungen an Frankreich abtreten mußten, gründete sich auf die Säcularisation der geistlichen Fürsten (1803). Da bestieg der Consul Buonaparte den neu geschaffenen französischen Kaiserthron (1804), welchem Kaiser Franz als ein Gegengewicht die staatsrechtliche Einigung der, bis dahin wohl in der That, nicht aber dem Namen nach zu einem Ganzen verbundenen österreichischen Erblande, unter dem Namen eines Erbkaiserthums Oesterreich (1804) entgegen setzte. Der Krieg mit dem Kaiser Napoleon beginnt wieder; Oesterreich, von den deutschen Ständen verlassen, unterliegt — (die drei süddeutschen Churfürsten: Baiern, Würtemberg und Baden waren auf Napoleons Seite, und der deutsche Norden blieb neutral) — und es muß im Preßburger Frieden mit Theilen seines Gebietes die in Deutschland neu entstandenen Souveräne in Baiern, Würtemberg und Baden dotiren (1805), welche sich nun förmlich von dem deutschen Reichsverbande lossagen, und im Verein mit den übrigen südlichen und westlichen Staaten Deutschlands, sechzehn an der Zahl, unter Mediatisirung aller übrigen unmittelbaren Reichsstände innerhalb des Bundesgebietes, als Rheinbund sich unter Napoleons Schutz stellen (1806), während Preußen den Churstaat Hannover, gegen die Abtretung von Anspach, Cleve und Neufchatel an Frankreich, eintauschet. Da legt Kaiser Franz die Würde eines deutschen Kaisers nieder (1806), und Preußen trennt seine deutschen Provinzen von dem übrigen Deutschland durch den Tilsiter Frieden (1807); die meisten übrigen deutschen Fürsten sind dem Rheinbunde beigetreten (1807—1808). Von Neuem entbrennt zwischen Oesterreich und Frankreich der Krieg, in welchem die Staaten des Rheinbundes auf Frankreichs Seite kämpfen und Preußen abermals neutral bleibt (1809). Das besiegte Oesterreich muß im Wiener Frieden zu neuen Gebietsabtretungen sich verstehen (1809); Napoleon aber fährt fort Hand an die Umgestaltung Deutschlands zu legen. Ein Königreich Westphalen((1807), ein Großherzogthum Berg (1808) und ein Großherzogthum Frankfurt (1810) werden errichtet, die Hansestädte werden Frankreich einverleibt — bis endlich das Maß der Willkür und des Uebermuthes erschöpft ist. Die deutschen Staaten

fallen von dem französischen Bündnisse ab und gruppiren sich um das wieder ermannte Preußen (1813) und Oesterreich, im Bunde mit Rußland, dem dann auch England beitritt. Napoleon wird besiegt (1813 — 1815), die deutschen Staaten sollen laut des Pariser Friedens (1814) durch ein föderatives Band abermals vereint werden; sie schließen einen völkerrechtlichen Verein, den deutschen Bund, „zur Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten" (1815). Oesterreich tritt diesem Bunde mit allen seinen alten und neu erworbenen deutschen Provinzen bei und erhält das Präsidium auf der Bundesversammlung zu Frankfurt am Main. Die Rückwirkung der letzten französischen Revolution hat die Suspendirung des deutschen Bundestages zur Folge (1848); doch scheitern die Versuche, Deutschland im Wege einer National-Versammlung staatsrechtlich zu reconstituiren; mit Hilfe österreichischer und preußischer Truppen wird der Aufstand in Baden und in Schleswig-Holstein erdrückt, und der Bundestag zu Frankfurt tritt wieder in seine alte Wirksamkeit (Mai 1850); doch befestiget sich die Einigkeit Deutschlands durch die Erweiterung der Verkehrs und Handelsverbindungen der deutschen Bundesstaaten unter einander.

Es zerfällt somit die gegenwärtige Uebersicht in fünf Epochen:

1. die letzten Jahre des heiligen römischen Reiches, vom Tode Carls VI. an (1740—1805);

2. die Auflösung des Reiches unter der französischen Obermacht (1806—1815);

3. die Errichtung und Wirksamkeit des deutschen Bundes (1815—1848);

4. die Suspendirung desselben durch die Revolution (1848—1850);

5. dessen Wiederherstellung (im Mai 1850 bis jetzt).

Bei den seit Jahrhunderten bestandenen engen Verhältnissen zwischen Oesterreich und Deutschland stehen natürlich die meisten staats- und völkerrechtlichen Acte Oesterreichs mit jenen Deutschlands im engsten Zusammenhange. Es werden daher aus der Epoche des deutschen Reiches hier nur die auf letzteres ausdrücklich sich beziehenden Staats-Acten aufgeführt; die übrigen sind bei den anderen Ländern nachzusehen.

Was die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung betrifft, so wird nur jenen in Oesterreich gesetzlich bindende Giltigkeit zugestanden, die hierlands insbesondere kundgemacht werden. Es wurden daher in die gegenwärtige Uebersicht außer jener Bundesschlüsse, die schon an sich von allgemeinem Interesse erscheinen, nur solche aufgenommen, welche durch deren ordnungsmäßig erfolgte Publication in Oesterreich auch für die hierländigen Behörden und Privaten Gesetzeskraft erlangt haben. Hiernach folgt hier die Angabe der Bundesbeschlüsse über die Competenz der Bundesversammlung (1817); die auswärtigen Verhältnisse (1817, 1834); die allgemeinen bundesrechtlichen Principien (1823); die Rechte der Gesandten (1824); die Austrägal-Ordnung des Bundes (1817, 1820); die Executions-Ordnung (1819, 1820); das Kriegswesen (1821 1822, 1833); die Bundesfestungen (1820); die Vermögens-Freizügigkeit (1817, 1820, 1827); die Bundes-Matrikel (1818); das

ehemalige Reichskammergericht (1818, 1821); die Aufrechthaltung der inneren Ordnung und Ruhe nach den Verabredungen zu Carlsbad (1819, 1823, 1824, 1830, 1832, 1834, 1841), insbesondere in Betreff der Rechte der Landstände (1824, 1832, 1834), der Universitäten (1819, 1823, 1824, 1834, 1837), der Presse (1819, 1824, 1831, 1832, 1834, 1835), der Ueberwachung revolutionärer Umtriebe (1832) und der Abstellung der Handwerkerverbindungen (1840); ferner über die an die Bundesversammlung gelangenden Reclamationen und Einsendungen (1823, 1824, 1831, 1832); die Oeffentlichkeit der Bundesverhandlungen (1824, 1832); das Verbot der Annahme von Polizei oder Criminalacten bei Universitäten (1835); die Auslieferung der Deserteure (1821, 1832) und der politischen Verbrecher (1836, 1837, 1839); die Flußschifffahrt (1820) und Brücken (1832); die Verpflegung der Hilfstruppen (1832); die Hintanhaltung des Nachdruckes (1832, 1837, 1841, 1845, 1846); die Ertheilung von Privilegien gegen den Nachdruck (1838, 1840, 1841, 1842); den Titel der deutschen Herzoge (1844).

Auf die Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten beziehen sich sonst noch die österreichischen Verordnungen wegen der dem deutschen Bunde beizuzählenden österreichischen Provinzen (1815, 1818); ferner wegen der mediatisirten Standesherrn (1807, 1815, 1818, 1825, 1837, 1838, 1847); der Besitzfähigkeit in Betreff der Rusticalgründe (1825); wegen der ehemaligen reichshofräthlichen Acten (1836) und der Cpavirungen (1846); dann folgende Tractate und Conventionen, als: die Bundes- und Wiener Congreß-Acte (1815), die heilige Allianz (1815), die Wiener Schluß-Acte (1820), der Frankfurter Territorial-Receß (1819), die Conventionen wegen des Zollvereins (1828, 1853), die Verabredungen wegen der Post (1850), der Telegrafen (1850), der Handels-, Zoll- und Münzverhältnisse (1849, 1851, 1853), der Verpflegung und Beerdigung unbemittelter Unterthanen (1853, 1854), endlich die deutsche Wechselordnung (1850).

I. Deutsches Reich (1740—1806).

1751. Garantie des deutschen Reiches zum Dresdner Frieden zwischen Oesterreich und Preußen (s. dieses). Regensburg 2. Juni 1751.

(Wenck, II. 529—535.)

1770. Kaiserliches Commissions-Decret an die Reichsversammlung, die dem Erzherzog Ferdinand von Oesterreich für den Fall der Erlöschung des herzoglich modenesischen Mannsstammes zu ertheilende Eventual-Investitur auf die von dem herzoglich modenesischen Hause besessenen Reichslehen betreffend. Regensburg, 13. December 1770, nebst Reichsgutachten vom 8. Jänner und kaiserlichem Decret vom 30. Jänner 1771.

(Wenck, III. 810. — Martens, I. 282.)

1779—1780. Beitritt des deutschen Reiches zum Teschner Frieden (s. Baiern).

(Martens, II. 23; 68—73.)

1792. Kaiserliches Hof-Decret an die deutsche Reichsversammlung, die von Frankreich im Elsaß, Lothringen und sonst sich erlaubten Uebergriffe betreffend. Regensburg, 1. September; Reichsgutachten vom 23. November, den Reichswehr- und Vertheidigungsstand betreffend, und kaiserliches Commissions-Decret vom 22. December 1792.

(Besonders gedruckt.)

1792. Kaiserliches mandatum advocatorium et inhibitorium. Regensburg, 19. December 1792.

(Besonders gedruckt.)

1793. Feindselige Acte Frankreichs wider Deutschland (s. Frankreich).

1793. Reichsgutachten auf die ferneren Punkte des Hof-Decrets vom 1. September 1792, und daß der von Frankreich durch die That selbst erklärte Krieg für einen Reichskrieg zu achten sei. Regensburg, 22. März, dann kaiserliches Ratifications-Hof-Decret vom 30. April 1793.

(Besonders gedruckt.)

1795. Basler Friedensschluß zwischen Preußen und Frankreich und Tractat zwischen denselben über die Neutralität eines Theiles des deutschen Reiches und die Festsetzung einer Demarcations-Linie (s. Preußen).

1797. Friedens-Tractat von Campoformio zwischen dem römischen Kaiser und der französischen Republik (s. Frankreich).

1797 — 1799. Acten des Rastädter Friedens-Congresses (s. Frankreich).

1799. Kaiserliches Hof-Commissions-Decret an die deutsche Reichsversammlung über die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich, vom 12. Juli; Zustimmung der deutschen Reichsstände vom 16. September, und kaiserliches Ratifications-Decret vom 31. October 1799.

(Posselts Annalen, 1799. Bd. IV. p. 46, 149, 151.)

1801. Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem römischen Kaiser, Könige von Ungarn und Böhmen, und dem deutschen Reiche einerseits, und der französischen Republik andererseits. Lüneville, 9. Februar 1801.

(Meyers Staats-Acten, I. S. 1. — Martens, VII. 538. — Die dießfälligen Ratificirungen: Martens, S. II. 296; die übrigen Verhandlungs-Acten: Martens, S. III. 219. — Martens et Cussy, II. 220.)

1802. Declaration Frankreichs und Rußlands mit einem Projecte bezüglich der Entschädigungen in Deutschland. Juli und August 1802.

(Martens, S. III. 231. 238.)

1802. Convention zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen einerseits, und dem ersten Consul der französischen Republik andererseits, unter dem Beitritte Rußlands, die Entschädigungen für den Herzog von Modena und den Großherzog von Toscana betreffend. Paris, 26. December 1802.

(Martens, S. III. 228.)

1803. Haupt-Schlußreceß der außerordentlichen Reichs-Deputation, unter Vermittlung von Frankreich und Rußland, über die in Folge des Lüneviller Friedens zu bestimmenden Entschädigungen. Regensburg, 25. Februar 1803.

(Meyer, I. 12. — Martens, S. III. p. 231 bis 335. — Protocoll der außerordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg. 6 Bde. Regensburg 1803. 4. — Gasvari, der Deputations-Receß mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen. 2 Thle. Hamburg 1803. 8. — Kämmerer, Hauptschluß der außerordentlichen Reichs-Deputation.

1804. Convention zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich, über das Rheinschifffahrts-Octroi. Paris, 15. August; Mainz, 1. October 1804.

(Meyer, I. 59. — Martens, S. IV. 36.)

1804. Patent Sr. Majestat des römischen Kaisers Franz II., über die Annahme des Titels eines Erbkaisers von Oesterreich. Wien, 11. August 1804.

(Martens, S. IV. 89. — J. G. S. 1804. Nr. 677. S. 21. — P. G. S. Bd. 22. S. 71.)

1804. Nachträgliche Erläuterungen rücksichtlich der neu regulirten österreichisch-kaiserlichen Titulatur und des Wappens. Wien, 15. December 1804.

(P. G. S. 23. Bd. S. 163.)

1805. Friedenstractat zwischen dem Kaiser von Deutschland und von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, König von Italien. Preßburg, 26. December 1805.

(P. G. S. Bd. 25. S. 165. — Meyer, I. 95. — Martens, S. IV. 212. — Martens et Cussy, II. 317.)

1805. Tractat zwischen Frankreich und Preußen, wodurch dieses den ganzen Churstaat Hannover gegen die Abtretung von Anspach, Cleve und Neufchatel an Frankreich, eintauscht. Wien, 15. December 1805.

(Pölitz, S. 239. — Schöll, VIII. 29.)

1806. Erklärung der Bevollmächtigten des Kaisers von

Oesterreich, bezüglich des deutschen Reiches, bei Auswechslung der Ratificirungen des Preßburger Friedens. Wien, 1. Jänner 1806.
(Martens, S. IV. 220.)

1806. Eröffnung der Comitial-Minister von Böhmen und Oesterreich an den deutschen Reichstag, über den Abschluß des Preßburger Friedens. Regensburg, 15. Februar 1806.
(Martens, S. IV. 221.)

II. Auflösung des deutschen Reiches (1806—1815).

1806. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen, Könige von Italien, einerseits, und den Königen von Baiern und Würtemberg, dem Churfürsten von Baden, dem Herzog von Berg und Cleve, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, den Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, den Fürsten von Salm-Salm und Salm-Kyrburg, dem Fürsten von Isenburg-Birstein, dem Herzog von Arenberg, dem Fürsten von Liechtenstein und dem Grafen von der Leyen, andererseits, — wegen Errichtung des Rheinbundes. Paris, 12. Juli 1806 (französische Ratification: St. Cloud, 19. Juli 1806).
(Meyer, I. 109. — Martens, S. IV. 313.)

1806. Accession des Erzherzogs von Oesterreich, Großherzogs von Würzburg, zur Rheinbund-Acte. Paris, 25. September 1806 *).
(Meyer, I. 123.)

1806. Erklärung des französischen Geschäftsträgers an den Reichstag zu Regensburg, über die Errichtung des Rheinbundes. Regensburg, 1. August 1806.
(Meyer, I. 101.)

1806. Lossagungs-Urkunde mehrerer Reichsstände vom deutschen Reichsverbande. Regensburg, 1. August 1806.
(Meyer, I. 104. — Martens, S. IV. 313—366.)

1806. Patent Sr. Majestät des Kaisers Franz II., über die Niederlegung der deutschen Kaiserwürde und die Aufhebung des Verbandes zwischen den k. k. deutsch-erbländischen Provinzen und dem römisch-deutschen Reiche, in Folge der Errichtung des Rheinbundes. Wien, 6. August 1806.
(Meyer, I. 107. — Hof-Decret vom 21. August 1806 in der P. G. S. Bd. 27. S. 1. — Martens, S. IV. 332.)

*) Die Accessionen der übrigen Rheinbundesglieder sehe man bei den bezüglichen Ländern, nämlich: Anhalt, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Cassel (Königreich Westphalen), Lippe, Liechtenstein, Mecklenburg, Oldenburg, Reuß, Sachsen, Schaumburg und Waldeck.

1806. Kaiserl. österreichisches Patent wegen Fürsorge für das zum Reichshofrath gehörige Personal. Wien, 16. August 1806.
(P. G. S. Bd. 27. S. 8.)

1806. Titulatur und Wappen Sr. österreichisch kaiserlichen und königlich apostolischen Majestät, nach den durch den Preßburger Frieden herbeigeführten Veränderungen und der allerhöchsten Pragmatikal-Verordnung vom 6. August 1806.
(P. G. S. Bd. 27. S. 10.)

1806. Titulatur der durchlauchtigsten Herren Brüder und Frauen Schwestern Sr. Majestät.
(Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1806: P. G. S. Bd. 27. S. 207.)

1806. Bedingungen der Uebergabe der neuen Besitzungen des Rheinbundes durch die Commissäre des Kaisers der Franzosen, Protectors des Rheinbundes.
(Meyer, I. 119. — Winkopp, die Rheinische Conföderations-Acte, S. 114.)

1806. Preußisches Project zur Errichtung eines norddeutschen Bundes. . . . . 21. August 1806.
(Murhard, n. S. I. 318.)

1806. Schreiben des Kaisers Napoleon an den Fürsten Primas. Saint-Cloud, 11. September 1806.
(Meyer, I. 121.)

1807. Kaiserl. österreichisches Patent wegen Einsetzung einer Hof-Commission in Wien, zur Obsorge über die in der reichshofräthlichen Judicial-Registratur und in den Reichslehen- und Gratial-Registraturen aufbewahrt gewesenen Acten, so wie die beim kaiserlichen Reichshofrathe hinterlegt gewesenen Revisions-Sporteln und anderweiten Depositen. Wien, 4. Februar 1807.
(Besonders gedruckt.)

1807. Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen, Könige von Italien, und dem Könige von Preußen (ein gleicher Tractat zwischen Frankreich und Rußland). Tilsit, 9. Juli 1807.
(Martens, S. IV. 444. — Meyer, I. 132.)

1807. Die dem Königreiche Westphalen durch Se. Majestät den Kaiser der Franzosen ertheilte Constitution. Fontainebleau, 15. November 1807 (Kaiserliches Kundmachungs-Decret vom 7. December 1807.)
(Meyer, I. 130. — Winkopp's Zeitschrift „der Rheinische Bund" 12. Heft, S. 474.)

1809. Decret des Kaisers der Franzosen, mit welchem er den deutschen Orden in den Staaten des Rheinbundes aufhebt. Regensburg, 24. April 1809.
(Meyer, I. 131. — Martens, S. V. 201.)

1809. Decret desselben, wegen Sequestrirung der Güter jener durch die Rheinbunds-Acte mediatisirten deutschen Fürsten, die in österreichische Kriegsdienste getreten sind. Regensburg, 24. April 1809.

(Martens, S. V. 202.)

1809. Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, mit Abtretung von Salzburg, Berchtesgaden und eines Theiles von Oberösterreich an den Kaiser der Franzosen zu Gunsten des Rheinbundes (Baiern). Wien, 14. October 1809 (französische Ratification: Schönbrunn, 15. October 1809).

(Martens, S. V. 210. — P. G. S. Bd. 32. S. 117. — Meyer, I. 143. — Martens et Cussy, II. 344.)

1810. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Frankreich, als Anhang zu dem Wiener Frieden vom 14. October 1809, wegen Aufhebung des unterm 24. April 1809 verhängten Sequesters auf die Güter vormaliger deutscher Reichsstände. Paris, 30. August 1810 (französische Ratification: St. Cloud, 6. September; österreichische Ratification: Eisenerz, 21. September; die Ratificationen ausgewechselt in Fontainebleau am 2. October 1810.)

(Meyer, I. 149. — Martens, S. V. 277.)

1813. Allianz der verschiedenen deutschen Regierungen wider Napoleon (s. bei den einzelnen deutschen Staaten; dann bei Frankreich, Rußland, Großbritannien).

1813—1815. Acten über die Central-Verwaltung der verbündeten Mächte, nämlich:

a) Convention wegen Vereinigung aller disponiblen Kräfte Deutschlands. Leipzig, 21. October 1813 (zwischen Oesterreich, Preußen, Rußland, Großbritannien und Schweden);

b) Protocoll der Commission in Frankfurt, über die Concurrenz der, der deutschen Verbindung beitretenden Staaten zur Natural-Verpflegung der großen Armee. Frankfurt, 18. October 1813;

c) Plan zu einer unter den deutschen Fürsten zu schließenden Vereinigung zur Herbeischaffung der Kriegskosten;

d) Festsetzung eines allgemeinen Militärsystemes in Deutschland;

e) Protocoll über die zur Regelung des Vertheidigungs-Systemes von Deutschland abgehaltene Commission. Frankfurt, 24. November 1815;

f) Zusammensetzung des Armeecorps;

g) Regulativ über die Errichtung und Unterhaltung der Lazarethe für die verbündeten Heere in den verbündeten deutschen Staaten;

h) nachträgliche Bestimmungen über die Ausführung dieses Regulativs.

(Martens, S. V. p. 615 bis 638. — Aretin, S. 95. 96.)

1814—1815. Friedensschlüsse von Paris (s. Frankreich).

III. Deutscher Bund (1815—1848).

1815. Deutsche Bundes-Acte oder Grundvertrag des deutschen Bundes. Wien, 8. Juni 1815 (österreichische Ratification: Paris, 15. Juli 1815.*)

(Martens, S. VI. 353. — Meyer, II. 3.)

1815. Wiener Congreß-Acte, gefertigt von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens, Portugals, Preußens, Rußlands und Schwedens. Wien, 9. Juni 1815**).

(Martens, S. VI. 379. — Meyer, I. 162.)

Als integrirende Beilagen der Congreß-Acte werden erklärt:

1. Der Tractat zwischen Oesterreich und Rußland vom 21. April (3. Mai) 1815, in Betreff Polens;
2. der Tractat zwischen Rußland und Preußen, vom 21. April (3. Mai) 1815, in Betreff Polens;
3. der Additional-Tractat zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen vom 21. April (3. Mai) 1815, in Betreff Krakaus;
4. der Tractat zwischen Preußen und Sachsen, vom 18. Mai 1815;
5. die Erklärung des Königs von Sachsen in Betreff der Rechte des Hauses Schönburg, vom 18. Mai 1815;
6. der Tractat zwischen Preußen und Hannover, vom 29. Mai 1815;
7. die Convention zwischen Preußen und dem Hause Nassau, vom 31. Mai 1815;
9. die deutsche Bundes-Acte vom 8. Juni 1815;
10. der Tractat zwischen dem König der Niederlande und Preußen, Großbritannien, Oesterreich und Rußland, über die Errichtung des Königreiches der Niederlande, vom 31. Mai 1815;
11. die Erklärung der Mächte über die Angelegenheiten der

---

*) Hiezu als ergänzende Beilage laut Art. XIV., die königlich baierische Declaration vom 19. März 1807 über die Rechte der Fürsten, Grafen und Herrn (s. Baiern).

**) Die Verhandlungen des Wiener Congresses (1814—1815) sehe man in Klübers Acten des Wiener Congresses, dann bei Murhard, n. S. I. 334—351 und 334—443; ferner VII. 32—48.

Ueber die Ratificationen und die Beitrittserklärungen zu der Congreß-Acte sehe man auch Martens, S. VI. 463—489; VIII. 184.

Schweiz, vom 20. März, und die Beitritts-Acte der Tagsatzung, vom 27. Mai 1815;

12. das Protocoll vom 29. März 1815, über die von Seite Sardiniens geleisteten Abtretungen an den Canton Genf;
13. der Tractat zwischen Sardinien, Oesterreich, England, Rußland, Preußen und Frankreich, das Königreich Sardinien betreffend, vom 20. Mai 1815;
14. der Act über die Bedingungen zur Vereinigung der genuesischen Länder mit dem Königreiche Sardinien;
15. die Erklärung der Mächte über die Abschaffung des Sclavenhandels, vom 8. Februar 1815;
16. die Bestimmungen über die freie Flußschifffahrt;
17. das Reglement über den Rang der diplomatischen Agenten (s. auch unten, 21. November 1818).

(Martens, S. VI. 429. u. f. — Meyer, I. 204.)

1815. Rechtsverwahrung der vormaligen reichsständigen Landesherrn, welche deutschen Souveränen untergeordnet worden sind, wider den sie betreffenden Inhalt der deutschen Bundes-Acte, mit Beziehung auf ihren Rechts- und Besitzstand von 1805. Wien, 13. Juni 1815.

(Martens, S. IV. 463.)

1815. Protestation des Pabstes und des ehemaligen Königs von Schweden gegen die Wiener Congreß-Acte (s. Kirchenstaat und Schweden).

1815. Verzeichniß der zu dem deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie.

(Im Patente vom 2. März 1820, bezüglich der Freizügigkeit: P. G. S. Bd. 48. S. 61. (s. auch unten 1818.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheilten Höfe über die Güter des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Die heilige Allianz, geschlossen zwischen dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen. Paris, 11. September 1815 (mit dem successiven Beitritte der Mitglieder des deutschen Bundes und Sardiniens (1816—1817).

(Martens, S. VI. 659. — Meyer, I. 221.)

1816. Schiedsrichterliche Entscheidung über die auf den Rheinschifffahrts-Octroi gelegten directen Renten. Wien, 26. März 1816.

(Meyer, I. 258.)

1817. Bundesbeschluß über die Competenz-Bestimmung der deutschen Bundesversammlung. Frankfurt, 12. Juni 1817.

(Meyer, II. 52.)

1817. Bundesbeschluß, die auswärtigen Verhältnisse des deutschen Bundes betreffend. Frankfurt, 16. Juni 1817.
(Meyer, II. 59.)

1817. Austrägal-Ordnung des deutschen Bundes. Frankfurt, 16. Juni 1817.
(Meyer, II. 64.)

1817. Beschluß des deutschen Bundes, wegen Abschaffung des Abfahrtsgeldes und der Emigrations-Taxe in allen zum deutschen Bunde gehörigen Ländern. Frankfurt, 23. Juni 1817*).
(Martens, S. VII. 130. — Meyer, II. 68.)

1817. Convention zwischen Oesterreich und Preußen, die Besatzung von Mainz betreffend. Carlsbad, 10. August 1817.
(Martens, S. VIII. 480.)

1818. Convention wegen der von Frankreich zu leistenden Entschädigung (s. Frankreich).

1818. Haupt-Resultate des Congresses von Aachen, nach den officiellen Mittheilungen an den deutschen Bund.
(Martens, S. IX. 287. — Meyer, I. 274.)

1818. Bundesbeschlüsse in Betreff des Cassawesens und der Gebäude des ehemaligen Reichs-Kammergerichtes zu Wetzlar. Frankfurt, 5. und 16. Februar, dann 6. August 1818.
(Meyer, II. 99. 100.)

1818. Kais. österreichische Erklärung über die zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen und Theile der österreichischen Monarchie. Frankfurt, 6. April 1818.
(Meyer, II. 90. — s. auch oben 1815.)

1818. Königl. preußische Erklärung über die zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen der preußischen Monarchie. Frankfurt, 4. Mai 1818.
(Meyer, II. 92.)

1818. Provisorischer Beschluß über die Matrikel des deutschen Bundes. Frankfurt, 20. August 1818**).
(Meyer, II. 30.)

1818. Ergänzende Bestimmungen zur 17. Beilage der Wie-

*) Das darauf bezügliche österreichische Patent vom 2. März sehe man unten.

**) Die ferneren Beschlüsse über die Matrikel und Militär- sehe man bei Meyer, II. 101, dann bei Weil, S. 80.

ner Congreß-Acte vom 9. Juni 1815, den Rang der Minister-Residenten betreffend. Aachen, 21. November 1818.

(Martens, S. VIII. 648. — Meyer I. 220.)

1819. Haupt-Receß der Territorial-Commission zu Frankfurt (von Seite Oesterreichs, Preußens, Großbritanniens und Rußlands) wegen Ausführung der im zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebietsabtretungen. Frankfurt, 20. Juli 1819 *).

Als integrirende Beilagen dieses Receſſes werden erklärt:

1. Der Tractat zwischen dem König von Sardinien, der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Canton Genf. Turin, 16. März 1816;
2. der Tractat zwischen Oesterreich, Preußen und dem Großherzogthum Hessen. Frankfurt, 30. Juni 1816;
3. der Tractat zwischen Großbritannien und dem Großherzogthum Hessen. Frankfurt, 30. Juni 1816;
4. der Tractat zwischen Preußen und den Niederlanden. Frankfurt, 8. November 1816;
5. der Tractat zwischen Großbritannien und den Niederlanden. Frankfurt, 16. November 1816;
6. der Tractat zwischen Oesterreich und den Niederlanden. Frankfurt, 12. März 1817;
7. der Tractat zwischen Rußland und den Niederlanden. Frankfurt, $\frac{5}{17}$. April 1817;
8. der Tractat zwischen Oesterreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland. Paris, 10. Juni 1817;
9. der Tractat zwischen Oesterreich und dem Großherzogthum Baden. Frankfurt, 10. Juli 1819;
10. der Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen, Rußland und dem Großherzogthum Baden. Frankfurt, 10. Juli 1819.

(Meyer, I. 299. — Martens, S. VIII. 604.)

1819. Congreß zu Carlsbad.

(Murhard, n. r. IV. 8. 182; n. S. III. 160. — Klübers Nachlaß, herausgegeben von Welcker.)

1819. Maßregeln zur Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Bunde. Frankfurt, 20. September 1819.

(Meyer, II. 124. — Weil, S. 32.)

*) Die Protestation Baierns gegen diesen Territorial-Receß sehe man bei Baiern.

1819. Bundesbeschluß über die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln. Frankfurt, 20. September 1819.
(Meyer, II. 138. — Weil, 39.)

1819. Provisorische Executions-Ordnung für den Bund. Frankfurt, 20. September 1819.
(Meyer, II. 135. — Weil, 33.)

1819. Bundesbeschluß wegen Aufstellung einer Central-Behörde in Mainz, zur näheren Untersuchung der in mehreren Bundesstaaten entdeckten revolutionären Umtriebe. Frankfurt, 20. September 1819.
(Meyer, II. 143. — Weil, 44.)

1819. Provisorisches Preßgesetz für den deutschen Bund. Frankfurt, 20. September 1819.
(Meyer, II. 140. — Weil, 41.)

1820. Oesterreichisches Patent über die Freizügigkeit des Vermögens in den deutschen Bundesstaaten, in Folge Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817. Wien, 2. März 1820.
(J. G. S. 1820. Nr. 1652. S. 194. — P. G. S. Bd. 48. S. 59.)

1820. Schluß-Acte der Wiener Conferenz zur Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes. Wien, 15. Mai 1820.
(Martens, S. XI. 466. — Meyer, II. 148.)

1820. Aufhebung der Besteuerung des Abfahrtsgeldes in Oesterreich, in Folge des Bundesbeschlusses vom 23. Juni 1817. Wien, 13. Juni 1820.
(J. G. S. 1820. Nr. 1665. S. 211.)

1820. Bundesbeschluß wegen Festsetzung einer definitiven Executions-Ordnung zur Vollziehung der Bundesbeschlüsse und der Erkenntnisse der Austrägal-Instanzen. Frankfurt, 3. August 1820.
(Meyer, II. 169.)

1820. Bundesbeschluß, das bei Aufstellung der Austrägal-Instanzen zu beobachtende Verfahren betreffend. Frankfurt, 3. August 1820.
(Martens, S. IX. 516. — Meyer, II. 166.)

1820. Bundesbeschluß wegen Erfüllung der § der Wiener-Congreß-Acte über die Freiheit der Frankfurt, 3. August 1820.
(Meyer, II. 173.)

1820. Grundbestimmungen wel

gen Mainz, Luxemburg und Landau von Seite des deutschen Bundes. Frankfurt, 5. October 1820 *).

(Meyer, II. 175.)

1821. Beschluß über das Reichs-Kammergerichts-Archiv in Wetzlar. Frankfurt, 25. Jänner 1821.

(Meyer, II. 194.)

1821. Organisches Gesetz, die Kriegsverfassung des deutschen Bundes betreffend. Frankfurt, (Sitzungen vom) 9. und 12. April 1821 **).

(Martens, S. IX. 666. — Meyer II. 204. — Die Kriegsverfassung des deutschen Bundes, S. 1.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1821—1822. Haupt-Resultate der Congresse von Laibach und Verona, nach den officiellen Mittheilungen an den deutschen Bund.

(Meyer, I. 282—298.)

1822. Nähere Bestimmungen über die Kriegsverfassung des deutschen Bundes. Frankfurt, 11. Juli 1822 ***).

(Meyer, II. 208. — Die Kriegsverfassung des deutschen Bundes, S. 6.)

1823. Bundesbeschluß, betreffend die Zusendungen und Zueignungen von Druckschriften an die deutsche Bundesversammlung. Frankfurt, 3. Juli 1823.

(Hofkanzlei-Decret vom 25. August 1823: P. G. S. Bd. 51. S. 198.)

1823. Oesterreichische Kundmachung des Bundesbeschlusses vom 20. September 1819; Anwendung desselben auf Lehrer und Studirende an Universitäten und Lyceen in jenen Ländern der österreichischen Monarchie, welche Theile des deutschen Bundes ausmachen. Wien, 4. November 1823.

(Studien-Hofcommissions-Decret vom 15. November 1823: P. G. S. Bd. 51. S. 286.)

1823. Erklärung der Bundesversammlung wegen allgemei-

---

*) Die bezüglichen Verträge bei Meyer, II. 176. 179. 190. 191; die ferneren Beschlüsse bezüglich der Bundesfestungen Mainz, Luxemburg, Landau, Ulm und Rastatt, gleichfalls bei Meyer, II. 272; — Weil, 32.

**) Man sehe auch: Denkschrift des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über die Mittel, die Ruhe im Innern Deutschlands im Falle eines Krieges mit dem Auslande aufrecht zu erhalten. Berlin, 29. Jänner 1831, nebst Entschließung Sr. Majestät des Königs von Preußen, Berlin, 22. März 1831; bei Murhard, n. S. III. 539. — Ferner: die Kriegsverfassung des deutschen Bundes nach den Bundesbeschlüssen der Jahre 1821 und 1822, mit Hinzufügung der späteren Bundesbeschlüsse bis zum Juli 1853; Frankfurt, gedruckt in der Bundes-Präsidial-Druckerei, 1853.

***) Man sehe die vorige Anmerkung zu den Bundesbeschlüssen vom 9. und 12. April 1821.

ner bundesgesetzlicher Principien und staatsrechtlicher Theorien in Bundessachen. Frankfurt, 11. December 1823.

(Meyer, II. 235. — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluß wegen Censur der bei der Bundesversammlung gedruckt einzureichenden Reclamationen und Denkschriften. Frankfurt, 15. Jänner 1824.

(Meyer, II. 237. — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluß, die Bekanntmachung der Bundestags-Verhandlungen durch die deutschen Zeitungen betreffend. Frankfurt, 5. Februar 1824.

(Meyer, II. 238. — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluß wegen der Rechte der bei dem deutschen Bunde accreditirten Gesandten. Frankfurt, 19. Februar 1824.

(Meyer, II. 240. — Weil, 46.)

1824. Bundesbeschluß über die Fortdauer der Maßregeln zur Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Bunde, in Folge der Beschlüsse vom 20. September 1819; namentlich die landständischen Verfassungen, die Universitäten und die Preßgesetzgebung betreffend. Frankfurt, 16. August 1824.

(Meyer, II. 246. — Weil, 47.)

1824. Revisions-Acte wegen der Elbeschifffahrt (s. Preußen).

1825. Bundesbeschluß über die Courtoisie für die mediatisirten Fürsten. Frankfurt, 18. August 1825.

(Meyer, II. 284. — Weil, 48.)

1825. Kundmachung dieses Bundesbeschlusses in Oesterreich und Verzeichniß der mittelbar gewordenen, ehemals reichsständigen fürstlichen Häuser, welche in und außer Oesterreich domiciliren. Wien, 9. September 1825.

(P. G. S. Bd. 53. S. 207. — s. auch, Hofkanzlei-Decret vom 11. August 1841: P. G. S. Bd. 69. S. 252.)

1825. Oesterreichische Verordnung, daß nach §. 18 lit. a der deutschen Bundes-Acte, Unterthanen eines fremden deutschen Bundesstaates zum Besitze eines Rustical-Gutes in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Ländern geeignet seien.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1825: P. G. S. Bd. 53. S. 80.)

1827. Bundesbeschuß zur Erläuterung des Beschlusses vom 23. Juni 1817, über die Vermögens-Freizügigkeit. Frankfurt, 2. August 1827.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. October 1827: J. G. S. 1827. Nr. 2312 S. 101. — P. G. S. Bd. 55. S. 176. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1827, Notizenblatt S. 447 und 483.)

1828. Zoll- und Handelsvertrag zwischen der königlich preußischen und der großherzoglich hessischen Regierung. Berlin, 14. Februar 1828*).

(Martens, S. XI. 556.)

*) Dieser Vertrag ist deßhalb für alle deutschen Länder von Wichtigkeit, weil er die Grundlage des deutschen Zollvereines bildet, welchem successive folgende Staaten beigetreten sind: (Außer Preußen und dem Großherzogthum Hessen) Churhessen durch Vertrag dd. Berlin, 25. August 1831 (Martens, S. XIII. 496); Baiern und Würtemberg durch Vertrag dd. Berlin, 22. März 1833 (Martens, S. XV. 525); das Königreich Sachsen durch Vertrag dd. Berlin, 30. März 1833 (Martens, a. a. O. 549); der thüringische Zoll- und Handelsverein, nämlich außer Preußen und Churhessen noch Sachsen-Weimar, die sächsischen Herzogthümer, dann Schwarzburg und Reuß; alle diese durch Vertrag dd. Berlin, 11. Mai 1833 (Martens, a. a. O. 584); Baden durch Vertrag dd. Berlin, 12. Mai 1835 (Martens, S. XVII. 228); Nassau durch Vertrag dd. Berlin, 10. December 1835 (Martens, a. a. O. 439); Frankfurt durch Vertrag dd. Berlin, 2. Jänner 1836 (Martens, a. a. O. 516); Braunschweig für einige Gebietstheile durch Vertrag dd. Hannover 1. November 1837 (Martens, S. XVIII. 362); Luxemburg durch Vertrag dd. Haag, 8. Februar 1842 (Murhard, n. r. III. 60); endlich ist Hannover beigetreten durch Vertrag dd. Berlin, 7. September 1851 (Austria, 1851, 217). — S. auch Martens et Cussy, V. 224 bis 266. — Unterm 8. Mai 1841 schlossen die Zollvereins-Mitglieder zu Berlin einen neuen Vertrag ab, wornach die Fortdauer des Vereins bis zum letzten December 1853 verlängert wurde (Murhard, n. r. II. 56). — S. auch: preußische Denkschrift zu den Berliner Conferenzen über die Umbildung des deutschen Zollvereins auf neuer, im preußisch-hannoverschen Zollvertrage vom 7. September 1851 vorgezeichneter Basis (Austria 1852, 64).

Unterm 19. Februar 1853 schloß Oesterreich mit Preußen einen Handelsvertrag zur Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung ab (s. unten); demselben traten auch die in Folge eines am 4. April 1853 zu Berlin abgeschlossenen Vertrags mit Preußen zollvereinten deutschen Staaten bei, nämlich Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden, Churhessen, Großherzogthum Hessen, die zum thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und die freie Stadt Frankfurt; ferner die mit Oesterreich im Zollverbande stehenden Herzogthümer Modena und Parma (s. diese einzelnen Länder). Dieser österreichisch-preußische Zoll- und Handelsvertrag findet Anwendung auch auf diejenigen Staaten und einzelnen Gebietstheile, welche dem Zoll- und Steuersysteme eines der an dem Vertrage selbstständig betheiligten Staaten angeschlossen sind. Diese Staaten und einzelnen Gebietstheile sind dermalen die folgenden: von Seite Oesterreichs: das Fürstenthum Liechtenstein, vermöge seines Vertrages mit Oesterreich vom 5. Juni 1852 (s. Liechtenstein); von Seite des deutschen Zollvereines: Mecklenburg-Schwerin, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 2. December 1826, in Beziehung auf seine von Preußen umschlossenen Gebietstheile Rossow, Netzeband und Schönberg; Sachsen-Coburg-Gotha, vermöge seines Vertrages mit Baiern und Würtemberg vom 14. Juni 1831, in Beziehung auf das Amt Königsberg; Schwarzburg-Rudolstadt, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 25. Mai 1833, in Beziehung auf seine von Preußen umschlossenen Landestheile; Sachsen-Weimar-Eisenach, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 30. Mai 1833, in Beziehung auf die Aemter Allstedt und Oldisleben; Schwarzburg-Sondershausen, vermöge

1829. Bundesbeschluß über die Courtoisie für die mediatisirten Grafen. Frankfurt, 13. Februar / 12. März 1829.

(Meyer, II. 347. — Weil, 47.)

---

seines Vertrages mit Preußen vom 30. Mai 1833, in Beziehung auf die in dem preußischen Gebiete eingeschlossenen Theile des Fürstenthumes; Sachsen-Coburg-Gotha, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 20. Juni 1833, in Beziehung auf das Amt Volkenrode; Hessen-Homburg, vermöge seines Vertrages mit dem Großherzogthume Hessen vom 29. Februar, 1835, in Beziehung auf das Amt Homburg; 8. Oldenburg, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 31. December 1836, in Beziehung auf das Fürstenthum Birkenfeld; Waldeck und Pyrmont, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 9. Jänner 1838, in Beziehung auf das Fürstenthum Waldeck, und vermöge seines Vertrages mit Preußen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereines vom 11. December 1841, in Beziehung auf das Fürstenthum Pyrmont; Anhalt-Cöthen und Anhalt-Dessau, vermöge ihres Vertrages mit Preußen vom 26. April 1839, betreffend die Zoll- und Verkehrverhältnisse zwischen den beiderseitigen Ländern; Anhalt-Bernburg, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 11. Juli 1839, betreffend die Erneuerung der Verträge, wegen Anschließung der anhalt-bernburgischen Landestheile an das preußische indirecte Steuersystem; Hessen-Homburg, vermöge seines Vertrages mit Preußen vom 5. December 1840, in Beziehung auf das Oberamt Meisenheim; Lippe, vermöge seines Vertrages mit Preußen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereines vom 18. October 1841, in Beziehung auf das Fürstenthum Lippe, und vermöge seines Vertrages mit Preußen von demselben Tage, in Beziehung auf die fürstlichen Gebietstheile Lipperode, Cappel und Grävenhagen; Sachsen-Weimar-Eisenach, vermöge seines Vertrages mit Baiern vom 24. Mai 1843, in Beziehung auf das Vordergericht Ostheim; 15. Luxemburg, vermöge seines Vertrages mit Preußen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereines vom 2. April 1847, die Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthumes Luxemburg an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereines betreffend; endlich Schaumburg-Lippe, vermöge seines Vertrages mit Hannover vom 25. September 1851. — Der Gebietsumfang des thüringischen Zoll- und Handelsvereines ist ersichtlich aus dem Artikel I. des am 10. Mai 1833 zu Berlin zwischen Preußen, Chur-Hessen, den großherzoglich und herzoglich sächsischen Staaten, dann den fürstlich-schwarzburgischen und fürstlich-reußischen Regierungen abgeschlossenen Vertrages. Nach diesem wurden die königlich preußischen Landestheile: Stadt und Landkreis Erfurt, nebst den Kreisen Schleusingen und Ziegenrück, der churfürstlich-hessische Kreis Schmalkalden, die großherzoglich Sachsen-Weimar- und Eisenach'schen Lande, mit Ausnahme der Aemter Allstedt und Oldisleben und des Amtes Ostheim, die herzoglich Sachsen-Meiningen'schen Lande, die herzoglich Sachsen-Altenburgischen Lande, die herzoglich Sachsen-Coburg- und Gothaischen Lande, mit Ausnahme der Aemter Volkenrode und Königsberg des Fürstenthumes Lichtenberg, die fürstlich Schwarzburg-Sondershausen'schen und fürstlich Schwarzburg-Rudolstadt'schen Oberherrschaften, und die fürstlich Reuß-Schleiz-, Reuß-Greiz- und Reuß-Lobenstein- und Ebersdorfischen Lande zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelsverbande unter dem Namen: „Zoll- und Handelsverein der thüringischen Staaten" vereiniget. (Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

Auch ein gemeinschaftliches Münzwesen für Deutschland wurde ange-

1829. Hauptvertrag wegen Ausgleichung der Central-Lasten des vormaligen Großherzogthums Frankfurt und der Fuldaer Departement-Lasten (s. Frankfurt).

1830. Bundesbeschluß über Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland. Frankfurt, 21. October 1830.

(Meyer, II. 361. — Weil, 48.)

1831. Cartell-Convention zwischen sämmtlichen deutschen Bundesstaaten, wegen Auslieferung der Deserteure und Militärpflichtigen. Frankfurt, 10. Februar 1831.

(Martens, S. XIII. 205. — Oesterreichisches Patent vom 12. Mai 1831 und Hofkanzlei-Decret vom 16. Juli 1832: Mil. Ges. Samml. 1831, Nr. 47. S. 50. — P. G. S. Bd. 59. S. 78. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1832, Notizenblatt, S. 235.)

1831. Bundesbeschluß über die Unstatthaftigkeit von Adressen an die Bundesversammlung. Frankfurt, 27. October 1831.

(Meyer, II. 391.)

1831. Bundesbeschluß gegen den Mißbrauch der Presse. Frankfurt, 10. November 1831.

(Meyer, II. 392. — Weil 55.)

1832. Bundesbeschluß in Betreff stehender Brücken über Grenzflüsse des deutschen Bundes. Frankfurt, 27. Februar 1832.

(Meyer, II. 395.)

1832. Additional-Acte zum allgemeinen Bundes-Cartell vom 10. Februar 1831. Frankfurt, 17. Mai 1832.

(Martens, S. XIV. 596. — Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1832: P. G. S. Bd. 60. S. 199. — Zeitschrift für österreichische Rechtswissenschaft, 1832, Notizenblatt S. 371.)

1832. Erläuterungen des Preßgesetzes vom 20. September 1819. Frankfurt, 14. Juni und 29. November 1832.

(Meyer, II. 396.)

1832. Oeffentliches Protocoll und Bundesbeschluß über Maßregeln hinsichtlich der Zeitungen, Vereine, Volksversammlungen, Volksfeste, Cocarden u. s. w., zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde. Frankfurt, 28. Juni, 5. Juli und 8. November 1832.

(Meyer, II. 397, 415. — Weil, 50. 65. — In Oesterreich kundgemacht durch Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1832: P. G. S. Bd. 60. S. 213.)

1832. Bundesbeschluß über den Umfang der Rechte der

---

bahnt, theils durch einen Vertrag zwischen den Staaten des Zollvereines, geschlossen zu Dresden am 30. Juli 1838 (Martens, S. XIX. 670), theils durch das dem obgedachten österreichisch-preußischen Handelsvertrage vom 19. Februar 1835 angehängte Münz-Cartel.

Landstände in den Staaten des deutschen Bundes. Frankfurt, 28. Juli 1832.

(Circular der k. k. niederösterreichischen Regierung vom 24. August 1832. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1832, Notizenblatt S. 466.)

1832. Maßregeln zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde (Censur, Ueberwachung der Vereine, Volksversammlungen und Volksfeste). Frankfurt, 5. Juli 1832.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. September 1832. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1832, Notizenblatt S. 430 und 469.)

1832. Bundesbeschluß wegen Aufhebung des großherzoglich badischen Preßgesetzes. Frankfurt, 5. Juli 1832.

(Meyer, II. 414.)

1832. Bundesbeschluß gegen Petitionen und Protestationen. Frankfurt, 9. August 1832.

(Meyer, II. 418. — Weil, 67.)

1832. Bundesbeschluß wegen Verpflegung der Hilfstruppen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe in Deutschland. Frankfurt, 23. August 1832.

(Meyer, II. 419.)

1832. Bundesbeschluß wegen Benachrichtigung der Bundesversammlung von allen revolutionären Umtrieben, von deren Untersuchung und Bestrafung. Frankfurt, 23. August 1832.

(Meyer, II. 420. — Weil, 67.)

1832. Authentische Interpretation der §§. 31 und 33 der Kriegsverfassung des deutschen Bundes vom Jahre 1821. Frankfurt 13. September 1832.

(Meyer, II. 422. — Weil, 67.)

1832. Erörterungen zwischen Oesterreich und Preußen über die öffentliche Bekanntmachung der Bundestags-Verhandlungen.

(Murhard, n. S. III. 617—641.)

1832. Bundesbeschluß zum Schutze des artistischen und literarischen Eigenthums gegen unbefugte Nachbildung und Nachdruck. Frankfurt, 6. September 1832.

(Hof-Decret vom 16. November 1832: J. G. S. 1832, Nr. 2580. S. 70. — P. G. S. Bd. 60. S. 281. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1832, Notizenblatt S. 504 und 529.)

1834. Bundesbeschluß wegen Verbots sämmtlicher Verlagsartikel der Heideloff- und Campe'schen Buchhandlung in Paris. Frankfurt, 10. Juli 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. Juli 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 186.)

1834. Bundesbeschluß über Errichtung eines Schiedsgerichtes für Streitigkeiten zwischen Regierungen und ihren Ständen. Frankfurt, 30. October 1834.

(Martens, S. XVI. 724.)

1834. Schluß-Protocoll der Wiener Conferenzen über die Rechte der Regierungen gegenüber der Stände, über die Presse, die Universitäten ꝛc. Wien, 12. Juni 1834.

(Murhard, n. r. IV. 356. — Weil, S. 68.)

1834. Bundesbeschluß über die Unstatthaftigkeit der Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten des Bundes. Frankfurt, 18. September 1834.

(Weil, 85.)

1834. Bundesbeschluß wegen gegenseitiger Mittheilung der an den Universitäten vorkommenden Entlassungen und Bestrafungen. Frankfurt, 13. November 1834.

(S. unten das Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. Juli 1837.)

1835. Bundesbeschluß wegen Verbots der Zulassung der in Paris angekündigten Bibliothek der deutschen Classiker in den deutschen Bundesstaaten. Frankfurt, 13. August 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1835: P. G. S. Bd. 93. S. 349.)

1835. Bundesbeschluß wegen Verbots der Annahme der Acten in Polizei- und Criminalsachen zum Spruche von Universitäten. Frankfurt, 5. November 1835.

(Studien-Hofcommissions-Decret vom 10. Jänner 1836: P. G. S. Bd. 64. S. 23.)

1835. Bundesbeschluß gegen die literarischen Producte einer unter dem Namen des jungen Deutschlands oder der jungen Literatur sich ankündigenden Schule. Frankfurt, 10. December 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Jänner 1836: P. G. S. Bd. 64. S. 24.)

1836. Kaiserlich österreichisches Patent wegen Aufhebung der im Jahre 1807 für die reichshofräthlichen Acten aufgestellten Hof-Commission. Wien, 9. August 1836.

(P. G. S. Bd. 64. S. 828.)

1836. Bundesbeschluß wegen Bestrafung der Verbrecher gegen den deutschen Bund und wegen gegenseitiger Auslieferung politischer Verbrecher. Frankfurt, 18. August 1836.

(S. unten das Patent vom 24. October 1837.)

1836. Kaiserlich österreichische Verordnung zur Bestimmung der Rangverhältnisse unter den fürstlichen deutschen Häusern, mit Rücksicht auf den Bundesbeschluß vom 19. August 1825 und

die Anordnung Kaisers Carl VI. vom 25. März 1728. Wien, 2. September 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 12. September 1836: P. G. S. Bd. 64. S. 867.)

1836. Oesterreichische Vorschrift über die Giltigkeit der Familienverträge der vormals reichsständigen oder reichsunmittelbaren Familien Deutschlands in den zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Staaten. Wien, 19. September 1836.

(J. G. S. 1836, Nr. 156. S. 92.)

1837. Oesterreichische Kundmachung des Bundesbeschlusses vom 13. November 1834, bezüglich der Universitäten.

(Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. Juli 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 410.)

1837. Oesterreichisches Patent zur Kundmachung des Bundesbeschlusses vom 18. August 1836, wegen der politischen Verbrecher. Wien, 24. October 1837.

(J. G. S. 1837. Nr. 236. S. 149. — P. G. S. Bd. 65. S. 495. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1837, Notizenblatt S. 401.)

1837. Erläuternde Verordnung hierzu. Wien, 30. October 1837.

(J. G. S. 1837. Nr. 239. S. 152.)

1837. Bundesbeschluß zum Schutze literarischer und artistischer Erzeugnisse gegen unerlaubte Nachbildung oder Nachdruck. Frankfurt, 9. November 1837.

(In Oesterreich kundgemacht durch das Hofkanzlei-Decret vom 26. December 1840: J. G. S. 1840, Nr. 483. S. 540. — P. G. S. Bd. 68, S. 354. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1841, Notizenblatt S. 41.)

1838. Bestimmungen über den Gebrauch des Titels „Durchlaucht" und „Erlaucht" von den mediatisirten reichsfürstlichen Familien. Wien, 12. Juni 1838*).

(J. G. S. 1838. Nr. 279. S. 240.)

1838. Bundesbeschluß wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Schiller's. Frankfurt, 23. November 1838.

(Hof-Decret vom 20. December 1838: J. G. S. 1838, Nr. 319. S. 314. — P. G. S. Bd. 66. S. 499. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1839, Notizenblatt S. 333.)

*) Bezüglich der einzelnen Familien, die den Titel „Erlaucht" führen dürfen, sehe man das Hof-Decret vom 24. September 1825: J. G. S. 1825. Nr. 2133, dann vom 23. Februar 1841: J. G. S. 1841. Nr. 511. S. 562; — P. G. S. Bd. 69. S. 69; — P. G. S. Bd. 73. S. 15. — Ein vollständiges Verzeichniß der fürstlichen und gräflichen Familien, denen das Prädicat „Durchlaucht" und „Erlaucht" gebührt, kundgemacht mit Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 22. Februar 1847: P. G. S. Bd. 75. S. 30 und J. G. S. 1847. Nr. 1038. S. 424. — S. endlich auch das Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1845: J. G. S. 1845. Nr. 865. S. 251.

1839. Ausdehnung des Bundesbeschlusses wegen Auslieferung der politischen Verbrecher (vom 18. August 1836) auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie, wo das Strafgesetzbuch vom Jahre 1803 eingeführt ist. Wien, 8. März 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. März 1839 in Folge allerhöchster Entschließung vom 9. September 1838: P. G. S. Bd. 67. S. 42. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1839, Notizenblatt S. 482 und 533. — Hof-Decret vom 25. Februar 1839: J. G. S. 1839, Nr. 346. S. 333.)

1840. Bundesbeschluß wegen Ertheilung eines zwanzigjährigen Schutzes gegen den Nachdruck für die in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung zu Stuttgart in den Jahren 1836 und 1837 erschienene zweibändige Ausgabe der Werke Goethe's. Frankfurt, 4. April 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. April 1840. 12756. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt S. 277.)

1840. Bundesbeschluß wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Jean Paul Richter's. Frankfurt, 22. October 1840.

(Hof-Decret vom 9. November 1840: J. G. S. 1840. Nr. 475. S. 536. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt S. 606.)

1840. Kaiserlich österreichisches Patent über die Restauration des deutschen Ordens in Oesterreich. Wien, 28. Juni 1840.

(Murhard, n. r. I. 140.)

1840. Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840 zur Bekanntgebung des Bundesbeschlusses vom 9. November 1837, wider den Nachdruck (s. oben).

1840. Bundesbeschluß zur Abstellung unerlaubter Verbindungen und sonstiger Mißbräuche unter den Handwerksgesellen. Frankfurt, 3. December 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Januar 1841, Z. 242. J. G. S. 1841, Nr. 492. S. 550. — P. G. S. Bd. 69. S. 5. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1841, Notizenblatt, S. 45.)

1841. Bundesbeschluß wegen Ausdehnung des Privilegiums vom Jahre 1840, für die Werke Goethe's, auf die neue Cotta'sche Ausgabe derselben. Frankfurt, 11. Februar 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1841, Z. 8274. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1841, Notizenblatt S. 331.)

1841. Bundesbeschluß wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Wieland's. Frankfurt, 11. Februar 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 24. März 1841, Z. 8275. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1841, Notizenblatt S. 231.)

1841. Bundesbeschluß wegen Verlängerung der Beschlüsse der Wiener Conferenz von 1834, über die Presse, die Universitäten 2c. Frankfurt, 29. Juli 1841.

(Weil, 87.)

1841. Bundesbeschluß wegen Sicherstellung der musikalischen und dramatischen Werke gegen unbefugte Aufführung. Frankfurt, 22. April 1841.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1841: J. G. S. 1841, Nr. 537. S. 580. — P. G. S. Bd. 69. S. 132. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1841, Notizenblatt S. 331.)

1842. Bundesbeschluß wegen Ertheilung eines Privilegiums für die Werke Herder's. Frankfurt, 28. Juli 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 20. August 1842, Z. 25.914: J. G. S. 1842, Nr. 635. S. 58. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1842, Notizenblatt S. 445.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1844. Bundesbeschluß, daß den die Regierung führenden Herzogen des deutschen Bundes für ihre Person das Prädicat „Hoheit" beigelegt werden soll. Frankfurt, 16. August 1844.

(Kundgemacht für Oesterreich mit Hofkanzlei-Präsidial-Schreiben vom 25. October 1844: P. G. S. Bd. 72. S. 258.)

1845. Bundesbeschluß zur Erweiterung der unterm 9. November 1837 festgesetzten Bestimmungen, zum Schutze des schriftstellerischen und künstlerischen Eigenthums. Frankfurt, 19. Juni 1845.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. September 1845: P. G. S. Bd. 73. S. 111. — J. G. S. 1845. Nr. 897. S. 272. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt S. 415.)

1846. Bestimmungen bezüglich der Elbeschifffahrt (s. Preußen).

1846. Allerhöchste Entschließung wegen des Verfahrens in Expatriirungsfällen, welche sich auf die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten beziehen. Wien, 26. September 1846.

(J. G. S. 1846, Nr. 985. S. 361.)

1846. Kaiserliches Patent mit dem österreichischen Gesetze zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung. (Im Art. 38 wird derselbe Schutz den im Gebiete der deutschen Bundesstaaten erscheinenden Productionen zugesichert). Wien, 19. October 1846.

(J. G. S. 1846. 992. S. 375.)

1847. Oesterreichische Verordnung mit dem Verzeichnisse der deutschen fürstlichen und gräflichen Häuser, denen das Prädicat „Durchlaucht" und „Erlaucht" gebührt. Wien, 22. Februar 1847.

(S. oben die Anmerkung zur Verordnung vom 12. Juni 1838.)

IV. Epoche der Revolution (1848—1849).

1848. Proclamation des deutschen Bundestages, zur Einheit und zum Vertrauen auffordernd. Frankfurt, 2. März 1848.
(Weil, 89.)

1848. Aufhebung der Censur in Baden und Würtemberg (s. Baden, 1832).
(Weil, 90. — Wiener Zeitung vom 7. März 1848.)

1848. Bundesbeschluß auf Aufhebung der Censur. Frankfurt, 3. März 1848.
(Weil, 90. — Wiener Zeitung vom 13. März 1848.)

1848. Oesterreichische Circularnoten wegen Beschickung eines Minister-Congresses in Dresden zur Berathung der deutschen Bundesangelegenheiten. Wien, 7. und 8. März 1848.
(Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Rechte, von Roth und Merck, I. Bd. S. 106. 108.)

1848. Bundesbeschluß, wodurch Wappen und Farben des deutschen Bundes bestimmt werden. Frankfurt, 9. März 1848.
(Weil, 91.)

1848. Bundesbeschluß wegen Einladung von Männern des allgemeinen Vertrauens nach Frankfurt, um der Bundesversammlung und ihren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutächtlichem Beirathe an die Hand zu gehen. Frankfurt, 10. März 1848.
(Weil, 92. — Wiener Zeitung vom 1. April 1848.)

1848. Note des kön. bairischen Ministers des Aeußern an den kön. bairischen Gesandten in Wien, mit Ablehnung des Antrages, einen Minister-Congreß in Dresden zu halten (s. oben 7. und 8. März). München, 12. März 1848.
(Roth und Merck, I. 123.)

1848. Bundesbeschluß, den Beschluß vom 10. März zu sistiren, in Folge des von Oesterreich und Preußen beantragten Dresdner Congresses. Frankfurt, 13. März 1848.
(Roth und Merck, I. 123.)

1848. Königlich preußisches Patent wegen Einberufung des vereinigten Landtages zur Berathung über die Regeneration des deutschen Bundes. Berlin, 14. März 1848.
(Weil, 93.)

1848. Uebereinstimmendes Manifest der Regierungen von Oesterreich und Preußen über die Angelegenheiten Deutschlands, vom 15. März 1848.
(Roth und Merck, I. 140.)

1848. Bundesbeschluß wegen Einführung des Bundeswappens und der Bundesfarben in den Bundesfestungen und bei allen Bundestruppen. Frankfurt, 20. März 1848.

(Weil, 92.)

1848. Aufruf des Königs von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., „an mein Volk und die deutsche Nation." Berlin, 21. März 1848.

(Weil, 94. — Wiener Zeitung vom 24. März 1848.)

1848. Depesche des österreichischen Ministers, Grafen von Ficquelmont, an die österreichischen Gesandtschaften in Deutschland, mit Verwahrung gegen jede einseitige Aenderung an der Grundlage des deutschen Bundes. Wien, 24. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 24. März 1848. — Roth und Merck, I. 159.)

1848. Wiederholter Beschluß der Bundesversammlung wegen Einladung von Männern des allgemeinen Vertrauens nach Frankfurt, zur Berathung über die Revision der Bundesverfassung mit wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage. Frankfurt, 25. März 1848.

(Weil, 93. — Roth und Merck, I. 166.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung auf Einberufung und Wahl von National-Vertretern, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Frankfurt, 30. März 1848.

(Weil, 100.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung wegen Aufhebung der seit 1819 erlassenen, sogenannten Ausnahmsgesetze. Frankfurt, 2. April 1848.

(Weil, 107.)

1848. Bekanntmachung der zu Frankfurt a. M. am 31. März und 1. bis 4. April 1848 abgehaltenen Versammlung (des sogenannten Vor-Parlamentes, ohne officiellen Charakter) zur Vorbereitung der deutschen constituirenden National-Versammlung. Frankfurt, 3. April 1848.

(Weil, 97.)

1848. Modificirung des Bundesbeschlusses vom 30. März 1848, mit Rücksicht auf die Wünsche des Vor-Parlamentes und des von demselben zurückgelassenen sogenannten Fünfziger-Ausschusses. Frankfurt, 7. April 1848.

(Weil, 101.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung wegen

Bestimmung der Paulskirche zu Frankfurt als Local für die deutsche National-Versammlung. Frankfurt, 14. April 1848.
(Weil, 109.)

1848. Erlaß des k. k. österreichischen Staats-Ministeriums wegen Ausschreibung der Wahlen in Oesterreich zu der constituirenden National-Versammlung in Frankfurt. Wien, 15. April 1848.
(Wiener Zeitung vom 16. April 1848. — Roth und Merck, I. 271.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung wegen der Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen. Frankfurt, 18. April 1848.
(Wiener Zeitung vom 18. April 1848.)

1848. Wahlausschreibung des nieder-österreichischen Regierungs-Präsidenten, wegen Beschickung der nach Frankfurt berufenen constituirenden National-Versammlung. Wien, 18. April 1848.
(Kundmachung des nieder-österreichischen Landespräsidiums: in der österreichischen Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 101. — Wiener Zeitung vom 19. April 1848.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung, wegen Aufstellung einer Bundes-Centralgewalt. Frankfurt, 18. April 1848.
(Weil, 108.)

1848. Erklärung des k. k. österreichischen Ministeriums wegen der Verspätung der Wahlen nach Frankfurt. Wien, 20. April 1848.
(Wiener Zeitung vom 20. April 1848.)

1848. Programm des Wiener Central-Wahl-Comité, für die Wahl zur deutschen National-Versammlung. Wien, 20. April 1848.
(Journal des österreichischen Lloyd, 1848. 94. — Roth und Merk, I. 341.)

1848. Erklärung des österreichischen Ministeriums, daß sich die kaiserliche Regierung die besondere Zustimmung zu den von dem Volks-Parlamente in Frankfurt zu fassenden Beschlüssen vorbehalte. Wien, 21. April 1848.
(Wiener Zeitung vom 21. April 1848. — S. die Berichtigung des Wortes „Staatenbund", welches heißen soll „Bundesstaat", in der Wiener Zeitung vom 22. April 1848.)

1848. Erlaß des Oberst-Burggrafen Grafen Stadion an den böhmischen National-Ausschuß, wegen Beschickung der deutschen National-Versammlung in Frankfurt. Prag, 22. April 1848.
(Constitutionelles Blatt aus Böhmen vom 24. April 1848. — Roth und Merck, I. 337.)

1848. Zuschrift des mit Zustimmung des kaiserlichen Ministeriums des Innern gebildeten Wiener Central-Wahl-Comité

an das böhmische National-Comité, über die Wahlen zur deutschen National-Versammlung. Wien, 24. April 1848.

(Constitutionelles Blatt aus Böhmen, vom 24. April 1848. — Roth und Merck, I. 339.)

1848. Promemoria des böhmischen National-Comité an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich, über die Wahlen zur deutschen National-Versammlung. Prag, 24. April 1848.

(Constitutionelles Blatt aus Böhmen, vom 24. April 1848. — Roth und Merck, I. 343.)

1848. Kaiserliches Patent mit der Verfassungsurkunde für das Kaiserthum Oesterreich. Wien, 25. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 25. April 1848. — P. G. S. Bd. 76. S. 145. — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 111.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung wegen Einberufung der deutschen National-Versammlung auf den 18. Mai 1848. Frankfurt, 26. April 1848.

(Weil, 109.)

1848. Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes, wie er der deutschen Bundesversammlung als Gutachten der siebzehn Männer des öffentlichen Vertrauens am 26. April 1848 überreicht wurde, nebst einem Vorworte von Dahlmann *).

(Weil, 109.)

1848. Vortrag des Berathungs-Comité der mährischen Stände über die Wahlen für die constituirende Versammlung in Frankfurt. Brünn, 26. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 30. April 1848. — Roth und Merck, I. 353.)

1848. Erlaß des k. k. österreichischen Ministeriums an den böhmischen National-Ausschuß, über die Wahlen zur constituirenden National-Versammlung in Frankfurt. Wien, 29. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 12. Mai 1848. — Roth und Merck, I. 348.)

1848. Verwahrung der Deputation des böhmischen National-Ausschußes gegen den kaiserlichen Ministerial-Erlaß vom 29. April. Wien, 1. Mai 1848.

(Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung, 1848. Nr. 139. — Roth und Merck, I. 139.)

1848. Erklärung des k. k. österreichischen Ministeriums, über den Beschluß der mährischen Stände, die Wahlen nach Frankfurt betreffend. Wien, 3. Mai 1848.

(Wiener Zeitung vom 3. Mai 1848. — Roth und Merck, I. 358.)

*) Dieser Entwurf führte zu keinem praktischen Ergebnisse.

1848. Schreiben des österreichischen Ministers des Innern an die Präsidien der Länderstellen der zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen, daß den kaiserlichen Staatsbeamten, welche zur Beschickung der constituirenden National-Versammlung in Frankfurt gewählt werden, der Urlaub nicht zu verweigern sei. Wien, 8. Mai 1848.

(Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft 1848, Gesetzchronik S. 123.)

1848. Kaiserlich österreichisches Patent mit der provisorischen Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag. Wien, 9. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 166.)

1848. Schreiben der deutschen Bundesversammlung an die seit 18. Mai 1848 als deutsches Parlament constituirte deutsche National-Versammlung.

(Weil, 117.)

1848. Kaiserlich österreichische Proclamation wegen Erklärung des ersten österreichischen Reichstages als einen constituirenden nur mit einer Kammer und Abänderung der früheren Wahlordnung vom 9. Mai 1848. Wien, 16. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 188.)

1848. Beschluß der deutschen Nationalversammlung, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, die mit dem allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, als ungiltig zu betrachten sind. Frankfurt, 27. Mai 1848.

(Roth und Merck, I. 529.)

1848. Erlaß des österreichischen Ministers des Innern mit den von Sr. k. k. Majestät angeordneten Aenderungen der provisorischen Wahlordnung zum constituirenden österreichischen Reichstage. Wien, 30. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 226.)

1848. Ernennung Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann als Stellvertreter Sr. Majestät bei Eröffnung des Reichtages in Wien. Innsbruck, 16. Juni 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 252.)

1848. Beschluß der deutschen Bundesversammlung wegen Anbietung von deutschen Hilfstruppen an die kaiserlich österreichische Regierung, zur Unterdrückung der Unruhen in Böhmen. Frankfurt, 20. Juni 1848.

(Roth und Merck, I. 540.)

1848. Ablehnung dieser Hilfe von Seite der österreichischen Regierung. Wien, 24. Juni 1848.

(Erlaß des Prager Landes-Präsidiums vom 27. Juni 1848: Wiener Zeitung vom 6. Juli 1848. — Roth und Merck, I. 542.)

1848. Gesetz der deutschen National-Versammlung über Einführung einer provisorischen Centralgewalt. Frankfurt, 28. Juni 1848.

(Weil, 117.)

1848. Schreiben der deutschen Bundesversammlung an den von der National-Versammlung in ihrer Sitzung vom 29. Juni zum deutschen Reichsverweser gewählten Erzherzog Johann. Frankfurt, 29. Juni 1848.

(Weil, 119. — Wiener Zeitung vom 3. Juli 1848.)

1848. Annahme der Wahl zum deutschen Reichsverweser von Seite des Erzherzogs Johann. Wien, 6. Juli 1848.

(Weil, 119. — Wiener Zeitung vom 7. Juli 1848.)

1848. Auflösung der deutschen Bundes-Versammlung in Folge des Amtsantrittes des Reichsverwesers, und Uebertragung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen an den letzteren. Frankfurt, 12. Juli 1848.

(Weil, 120. — Roth und Merck, I. Bd. 550; II. Bd. 1.)

1848. Schreiben des königlich sardinischen Contre-Admirals Albini an den küstenländischen Gouverneur, Grafen Salm, die Blockade der zum deutschen Bunde gehörigen Stadt Triest betreffend.

(Wiener Zeitung vom 12. Juli 1848.)

1848. Kaiserlich österreichisches Patent zur Berufung des österreichischen constituirenden Reichstages nach Kremsier. Olmütz, 22. October 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 322.)

1848. Vertagung der Eröffnung des Reichstages in der Stadt Kremsier vom 15. auf den 22. November 1848. Olmütz, 10. November 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 330.)

1848. Petition des verstärkten landständischen Ausschusses in Krain, die Stellung Krains zu Deutschland betreffend. Laibach, 13. November 1848.

(Roth und Merck, II. 62.)

1848. Programm des österreichischen Ministeriums, mit Ablehnung jedes beirrenden Einflusses von Außen auf die unabhängige Stellung der österreichischen Verhältnisse. Kremsier, 27. November 1848.

(Weil, 123. — P. G. S. Bd. 76. S. 339.)

1848. Erklärung des k. k. österreichischen Ministeriums an das deutsche Reichs-Ministerium, daß Oesterreich seine Stelle als deutsche Bundesmacht nicht aufzugeben gedenke. Kremsier, 28. November 1848.

(Weil, 123. — Roth und Merk. II. 72.)

1848. Adresse des provisorischen Landtags-Ausschusses von Kärnthen an die National-Versammlung zu Frankfurt, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Klagenfurt, 6. December 1848.

(Roth und Merck, II. 65.)

1848. Note des k. k. österreichischen Ministers der Justiz, Dr. Bach, als Erwiederung an das Reichs-Ministerium der Justiz, die Rechtsverbindlichkeit der Reichsgesetze für Oesterreich betreffend, aus Anlaß der Verhaftung der deutschen Deputirten Blum und Fröbel. Kremsier, 16. December 1848.

(Roth und Merck, II. 43.)

1848. Erlaß des k. k. österreichischen Ministeriums des Innern an die Länder-Chefs der deutsch-österreichischen Provinzen, womit jeder Schriftenwechsel der kaiserlichen Behörden mit dem Reichs-Ministerium in Frankfurt, sowie die Publication von Beschlüssen der Frankfurter National-Versammlung und von Reichsgesetzen, ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern, untersagt wird. Wien, 11. December 1848.

(Reichsgesetzblatt 1849. 19. S. 19.)

1848. Vortrag des Reichs-Ministers von Gagern, über die österreichische Frage. Frankfurt, 18. December 1848.

(Roth und Merck, II. 74.)

1848. Von der deutschen National-Versammlung promulgirtes Gesetz, über die Grundrechte des deutschen Volkes. Frankfurt, 27. December 1848.

(Weil, 124.)

1848. Erlaß des k. k. österreichischen Minister-Präsidenten, Fürsten von Schwarzenberg, an den k. k. Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt in Frankfurt, Ritter von Schmerling, das Programm des Reichs-Ministers von Gagern betreffend. Wien, 28. December 1848.

(Roth und Merck, II. 77.)

1849. Erklärungen mehrerer deutschen Regierungen über ihre und Oesterreichs Stellung zu Deutschland.

(Weil, 123.)

1849. Schreiben des Reichs-Ministers von Gagern an den Vorsitzenden des für die österreichische Frage niedergesetzten Aus-

schusses, in Betreff der vorstehenden Note vom 28. December 1848. Frankfurt, 5. Jänner 1849.

(Roth und Merck, II. 79.)

1849. Note des Reichs-Ministeriums an den k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt, in Antwort auf die Note vom 28. December 1848. Frankfurt, 22. Jänner 1849.

(Roth und Merck, II. 83.)

1849. Depesche des k. k. österreichischen Minister-Präsidenten an den k. k. Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt, mit Verwahrung gegen jede Unterordnung des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Central-Gewalt. Olmütz, 4. Februar 1849.

(Weil, 156. — Roth und Merck, II. 262.)

1849. Note des k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt an das Reichs-Justizministerium, die Kundmachung der Reichsgesetze in Oesterreich betreffend. Frankfurt, 10. Februar 1849.

(Roth und Merck, II. 47.)

1849. Memorandum des k. k. Handels-Ministers, Ritters v. Bruck, über das Handelsverhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Wien, 12. Februar 1849.

(Roth und Merck, II. 85.)

1849. Octroyrte Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich. Olmütz, 4. März 1849.

(Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1849, Gesetzchronik S. 19. — Reichsgesetzblatt 1849. 149. S. 148.)

1849. Verfassung des deutschen Reiches, wie sie von der National-Versammlung „endgiltig" festgesetzt und verkündet wurde. Frankfurt, 28. März 1849.

(Weil, 133.)

1849. Depesche des Fürsten Schwarzenberg an Herrn von Schmerling, über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland. Wien, 9. März 1849.

(Weil, 157. — Roth und Merck, II. 452.)

1849. Depesche desselben an denselben, wegen Beseitigung des Volkshauses. Wien, 13. März 1849.

(Weil, 157.)

1849. Circulardepesche des königlich preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, an sämmtliche königlich preußische Gesandtschaften bei den deutschen Regierungen, die Uebernahme der provisorischen Leitung der deutschen Angelegenheiten

bei Austritt des Reichsverwesers betreffend. Berlin, 3. April 1849.

(Roth und Merck, II. 458.)

1849. Rescript des Fürsten Schwarzenberg an Herrn von Schmerling, gegen die Uebergriffe der deutschen National-Versammlung und mit Abberufung der österreichischen Abgeordneten. Wien, 5. April 1849.

(Weil, 157. — Roth und Merck, II. 453.)

1849. Depesche des k. k. österreichischen Minister-Präsidenten an den k. k. Gesandten in Berlin, über die preußische Circularnote vom 3. April 1849, mit der Erklärung, daß Oesterreich sich der von einer anderen deutschen Regierung gehandhabten Centralgewalt nicht unterwerfen werde. Wien, 8. April 1849.

(Weil, 156. — Roth und Merck, II. 475.)

1849. Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser, in der Sitzung der National-Versammlung vom 28. März 1849*).

(Weil, 157.)

1849. Schluß-Protocoll der Verhandlungen zwischen Preußen, Baiern, Sachsen und Hannover, zur Vereinbarung einer deutschen Verfassung. Berlin, 26. Mai 1849.

(Weil, 172. — Roth und Merck, II.)

1849. Statut des Bündnisses vom 26. Mai 1849 (des sogenannten Dreikönigs-Bündnisses: Preußen, Sachsen und Hannover).

(Weil, 209.)

1849. Dießfälliger Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches, der Grundrechte, und des Gesetzes betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

(Weil, 175—207.)

1849. Bestimmungen über die Errichtung eines provisorischen Schiedsgerichtes der verbündeten Staaten zu Erfurt. Berlin, 26. Mai 1849.

(Weil, 219.)

1849. Mittheilung des königlich preußischen Ministeriums an sämmtliche deutsche Regierungen, wegen Errichtung eines deutschen provisorischen Bundesgerichtes. Berlin, 30. Mai 1849.

(Weil, 217.)

---

*) Ablehnung dieser Wahl; Erklärung Preußens, Baierns und Hannovers, wegen Vereinbarung einer neuen Verfassung; Aufstand in Baden und Sachsen; Auflösung und Sprengung der deutschen National-Versammlung; im März — Mai 1849.

(Weil, 157 bis 171. — Roth und Merck, II. 484.)

1849. Denkschrift zu dem von den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover vorgelegten Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches. Berlin, 11. Juni 1849.
(Weil, 241.)

1849. Note des provisorischen österreichischen Ministers des Unterrichtes, in wie weit die an einer deutschen (nicht österreichischen) Universität ausgestellten Frequentations-Zeugnisse in Oesterreich Giltigkeit haben. Wien, 4. Juli 1849.
(Reichsgesetzblatt 1849. 314. S. 513.)

1849. Uebereinkunft zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen, über einen den übrigen Mitgliedern des deutschen Bundes vorzulegenden Vorschlag, wegen Bildung einer neuen provisorischen Bundes-Central-Commission (das Interim). Wien, 30. September 1849 (Beistimmung des bisherigen Reichsverwesers Erzherzog Johann: Frankfurt, 6. October 1849; die Ratificirungen ausgewechselt zu Wien: 13. October 1849).
(Weil, 247.)

1849. Beschluß des für die gemeinsamen Angelegenheiten des Bündnisses vom 26. Mai 1849 aufgestellten Verwaltungsrathes, allgemeine Volkswahlen zum Volkshause auszuschreiben. Berlin, 19. October 1849.
(Weil, 242.)

1849. Beschluß des Verwaltungsrathes für das Bündniß vom 26. Mai 1849, die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause zur Berathung einer „Verfassung für die deutsche Union" auf den 31. Jänner 1850 nach Erfurt auszuschreiben. Berlin, 17. November 1849.
(Weil, 243.)

1849. Protestation Oesterreichs gegen die Einberufung des Erfurter Reichstages. Wien, 28. November 1849 *).
(Weil, 244.)

1849. Antwort des preußischen Cabinets hierauf. Berlin, 12. December 1849.
(Weil, 244.)

1849. Denkschrift des österreichischen Handels-Ministeriums über die Grundsätze der österreichischen Handels-Politik. Wien, 30. December 1849.
(Besonders gedruckt: Wien, bei Gerold, 1850.)

*) Dem Bündnisse vom 26. Mai 1849 sind niemals beigetreten: Oesterreich, Baiern, Würtemberg, Hessen-Homburg, Frankfurt, Luxemburg, Limburg, Holstein und Liechtenstein. Hannover und Sachsen traten zurück, sowie die Mehrzahl der später beigetretenen Staaten (s. Weil, 242—244.)

1850. Kaiserliches Patent, wodurch für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie eine allgemeine, mit der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Wechselordnung im Einklange stehende Wechselordnung kundgemacht und vom 1. Mai 1850 in Wirksamkeit gesetzt wird. Wien, 25. Jänner 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 51. S. 591.)

1850. Decret des Verwaltungsrathes, mit Einberufung der im Bündnisse vom 26. Mai 1849 vorgesehenen Reichsversammlung nach Erfurt, auf den 20. März 1850. Berlin, 13. Februar 1850.

(Weil, 244.)

1850. Von dem Verwaltungsrathe beschlossene Additional-Acte zu dem Entwurfe der deutschen Reichsverfassung, mit Rücksicht auf den Nichtbeitritt mehrerer deutschen Staaten. Berlin, 26. Februar 1850.

(Weil, 245.)

1850. Gegenbündniß zu dem Bündnisse vom 26. Mai 1849, geschlossen zwischen Baiern, Würtemberg und Sachsen, unter Beistimmung Oesterreichs und Hannovers, gefertigt von den Bevollmächtigten Baierns, Würtembergs und Sachsens (das Vierkönigs-Bündniß). München, 27. Februar 1850.

(Weil, 251.)

1850. Collectiv-Note der Regierungen von Baiern, Würtemberg und Sachsen, an die kaiserlich österreichische und königlich preußische Regierung über das vorstehende Bündniß. Berlin, 13. März 1850.

(Weil, 255.)

1850. Zustimmende Antwortsnote des österreichischen Cabinets. Wien, 13. März 1850.

(Weil, 257.)

1850. Vertagung des Erfurter Parlaments. Erfurt, 29. April 1850.

(Wiener Zeitung vom 2. Mai 1850.)

V. Wiederherstellung des früheren bundesmäßigen Zustandes.

1850. Note des österreichischen Cabinets an alle deutschen Cabinete, mit der Einladung Regierungs-Bevollmächtigte nach Frankfurt zu schicken, um über die dem neuen Central-Organ, nach Auflösung des Interims, zu gebende Form zu berathen. Wien, 14. April 1850.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1850.)

1850. Circularschreiben des österreichischen Ministeriums an

sämmtliche, bei den deutschen Regierungen beglaubigte kaiserlich österreichische Gesandtschaften, denselben Gegenstand betreffend. Wien, 16. April 1850.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1850. — Wiener Zeitung vom 7. Mai 1850.)

1850. Vertrag über die Grundzüge eines deutsch-österreichischen Postvereines, abgeschlossen zwischen Oesterreich und Preußen. Berlin, 6. April (kaiserliche Ratification: Wien, 22. April; königlich preußische Ratification: Potsdam, 26. April 1850*).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850. 2. Bd. S. 131, 300. — Reichsgesetzblatt 1850. 253. S. 1037.)

1850. Vollzugsvertrag zu vorstehendem Postvereins-Vertrag. Berlin, 6. April 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850. 2. Bd. S. 139.)

1850. Vortrag des österreichischen Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten, Freiherrn von Bruck, den deutsch-österreichischen Postverein betreffend. Wien, 14. April 1850.

(Wiener Zeitung vom 28. April 1850. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850. 2. Bd. S. 129.)

1850. Antwort des preußischen Cabinets auf die österreichische Circular-Depesche vom 16. April 1850, das Bundes-Central-Organ betreffend. Berlin, 3. Mai 1850.

(Wiener Zeitung vom 17. Mai 1850.)

1850. Denkschrift des kaiserlich österreichischen Handels-Ministeriums über die Grundsätze der österreichischen Handelspolitik. Wien, 30. Mai 1850.

(Besonders gedruckt: Wien, bei Gerold, 1850.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern und Sachsen, über die Bildung eines deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereins. Dresden, 25. Juli 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 361. S. 1599. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 3. Bd. S. 34. 81. 81. 127. 135. 146.)

1850. Erlaß des kaiserlichen Handels-Ministeriums, wodurch die Bestimmungen über die Benützung des Telegrafen in dem Gebiete des deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereins kundgemacht werden. Wien, 18. September 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 362. S. 1614.)

1850. Erlaß des kaiserlichen Handels-Ministeriums mit einer

---

*) Die Beitrittserklärung der übrigen deutschen Länder siehe man bei den einzelnen Staaten.

Berichtigung zum Telegrafen-Vertrage vom 25. Juli 1850. Wien, 4. October 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 437. S. 1911.)

1850. Erlaß desselben, mit Erläuterungen zum vorgedachten Telegrafen-Vertrage. Wien, 28. October 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 439. S. 1912.)

1851. Rundschreiben der kaiserlich österreichischen Regierung an ihre diplomatischen Agenten, bezüglich der in Wien zu eröffnenden Zoll- und Handels-Conferenzen. Wien, 25. November 1851.

(Austria, 1851. Nr. 287.)

1851. Kaiserliches Cabinetsschreiben an den Minister-Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg und den Reichsraths-Präsidenten Freiherrn von Kübeck, über die Bedeutung und den Umfang der Verantwortlichkeit der Minister, die Stellung des Reichsrathes und die einzuleitenden Berathungen zur Erwägung des Bestandes und der Möglichkeit der Vollziehung der Verfassung vom 4. März 1849. Schönbrunn, 20. August 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 194. 195. 196. 197. S. 555—557.)

1851. Preußische Denkschrift über den Vertrag Preußens mit Hannover vom 7. September 1851, die Vereinigung des Steuervereins *) mit dem Zollverein betreffend. Berlin, September 1851.

(Austria, 1851. 226. 227.)

1851. Verhandlungen der Conferenzen in Dresden.

(Deutschlands Zoll- und Handelseinigung und Hinblick auf die österreichische Zollreform und die Dresdner Conferenzen. Regensburg 1851. — Austria, 1851. 194.)

1851. Hannover'sche Denkschrift an den deutschen Bund, über die deutsche Flotte.

(Austria, 1851. 149.)

1851. Deutsch-österreichische Telegrafen-Conferenz zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern, Sachsen und Würtemberg, und erster Nachtrags-Vertrag zum Vertrage des deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereines vom 25. Juli 1850. Wien, 14. October 1851. (österreichische Ratification vom 24. Jänner 1852.)

(Austria, 1851. 230. 249. — Reichsgesetzblatt 1852. 44. S. 222.)

1851. Kaiserliches Patent, wodurch vom 1. Februar 1852 angefangen, ein neuer Zolltarif für die Ein-, Aus- und

*) Begründet durch die Verträge Hannovers mit Braunschweig vom 1. Mai 1834. und Hannovers und Braunschweigs mit Oldenburg vom 7. Mai 1836. (S. auch die Anmerkung oben, S. 58).

Durchfuhr in Oesterreich eingeführt wird. Wien, 6. November 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 244. S. 633.)

1851. Revidirter deutsch-österreichischer Postvereins-Vertrag zur Vervollständigung des Vertrags vom 6. April 1850. Berlin, 5. December 1851 (österreichische Ratification: Wien, 17. März 1852 *).

(Reichsgesetzblatt 1852. 134. S. 645.)

1851. Kaiserliches Patent, womit die österreichische Verfassungsurkunde vom 4. März 1849 außer Kraft gesetzt wird. Wien, 31. December 1851.

(Reichsgesetzblatt 1852. 2. S. 25.)

1852. Oesterreichische Denkschrift über die deutsche Flotte.

(Allgemeine Zeitung vom 2. und 3. März 1852, Nr. 62. 63.)

1852. Wiener Zoll-Conferenzen: Entwurf des Handels- und Zollvertrages zwischen Oesterreich und den in diesen Zollverband aufgenommenen Staaten einer-, und Preußen sammt den mit ihm zollvereinten Staaten andererseits; Entwurf des dießfälligen Zolleinigungs-Vertrages; dann des Münz- und des Zoll-Cartels zu diesem Handels- und Zollvertrage.

(Austria, 1852. 61. 66. 67. 69. — 45 bis 47.)

1852. Preußische Denkschrift zu den Berliner Conferenzen, über die Umbildung des deutschen Zollvereines auf neuer, im preußisch-hannoverischen Zollvertrage vom 7. September 1851 vorgeschriebener Basis.

(Austria, 1852. 64.)

1852. Revidirtes österreichisches Strafgesetzbuch über Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen. (Art. 38. 58. und 66 behandeln auch die politischen Verbrechen gegen den deutschen Bund.)

(Kaiserliches Patent vom 27. Mai 1852: Reichsgesetzblatt 1852. 117. S. 493.)

1852. Beschluß des deutschen Bundes, den militärischen Gerichtsstand in Straffachen bei Bundestruppen, welche in Friedenszeiten zu Bundeszwecken zusammengezogen werden, betreffend. Frankfurt, 24. Juni 1852.

(Kaiserliche Entschließung vom 22. October 1852, und Erlaß vom 15. November 1852, wegen Kundmachung dieses Beschlusses für Oesterreich: Reichsgesetzblatt 1852. 232. S. 1014.)

1852. Eröffnung neuer Conferenzen über den deutschen

*) Geschlossen zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden, Holstein, Luxemburg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der Thurn- und Taxischen Post-Administration. Den successiven Anschluß der Schweiz, Dänemarks u. s. w. sehe man bei den bezüglichen Staaten.

Zoll- und Handelsverein, mit Vertretern Oesterreichs, Baierns, Sachsens, Würtembergs, Badens, Churhessens, Großherzogthums Hessen und Nassaus. Wien, 30. October 1852.

(Wiener Zeitung vom 2. November 1852. Nr. 262.)

1853. Handels- und Zollvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Preußen, zur Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung. Berlin, 19. Februar 1853 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 4. April 1853 *).

(Reichsgesetzblatt 1853. 207. S. 1085.)

1853. Convention zwischen mehreren deutschen Regierungen, wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener, gegenseitiger Staatsangehöriger. Eisenach, 11. Juli 1853.

(S. unten die Verordnung vom 5. Jänner 1854.)

1853. Accessionen der Herzogthümer Modena und Parma, dann der mit Preußen zollvereinten deutschen Staaten, zu dem österreichisch-preußischen Handelsvertrage vom 19. Februar 1853; Organisation der Zollämter im Fürstenthum Liechtenstein.

(S. Modena, Parma, Preußen, Liechtenstein; dann die Anmerkung oben zu dem Handelsvertrage zwischen Preußen und dem Großherzogthum Hessen, vom 14. Februar 1828. S. 58.)

1853. Zweiter Nachtragsvertrag zu dem Vertrag des deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereines vom 25. Juli 1850; geschlossen von den Abgeordneten Oesterreichs, Preußens, Baierns, Sachsens, Hannovers, Würtembergs und der Niederlande. Berlin, 2. September 1853 (österreichische Ratification vom 1. November 1853 **).

(Reichsgesetzblatt 1854. 29. S. 129. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1854, 1. Bd. S. 29.)

1853. Verordnung der kaiserlichen Ministerien des Aeußern, der Justiz und der Finanzen, mit Festsetzung von Strafbestimmungen für Uebertretungen der Zollgesetze der Staaten des deutschen Zollvereins, in Vollziehung des österreichisch-preußischen Handelsvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 24. October 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 221. S. 1145.)

1853. Kundmachung des kaiserlichen Finanz-Ministeriums,

---

*) Beilagen dieses Vertrages: I. Verzeichniß derjenigen Gegenstände, welche im Zwischenverkehr zwischen Oesterreich und Preußen eingangs- zollfrei oder zu einem mäßigen Zwischenzollsatze zuzulassen sind; II. Verzeichniß derjenigen Gegenstände, von welchen im Zwischenverkehr zwischen Oesterreich und Preußen Ausgangsabgaben erhoben werden können; III. Hollcartel; IV. Münzcartel. (S. auch oben die Anmerkung zum preußisch-hessischen Vertrage vom 14. Februar 1828. S. 58.)

**) S. oben den ersten Nachtragsvertrag, vom 14. October 1851.

den mit a. h. Entschließung vom 5. December 1853 genehmigten neuen österreichischen Zolltarif, in Folge des österreichisch-preußischen Zollvertrags vom 19. Februar 1853, betreffend. Wien, 8. December 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 262. S. 1313.)

1854. Verordnung des kaiserlichen Ministeriums des Innern, über den Beitritt Oesterreichs zu der am 11. Juli 1853 zu Eisenach geschlossenen Convention zwischen den Regierungen von Preußen, Sachsen, Hannover, Churhessen, Großherzogthum Hessen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Schaumburg-Lippe, Lippe, Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie, dann den freien Städten Frankfurt und Bremen, welchen auch die Regierungen von Würtemberg, Nassau, Waldeck und die freie Stadt Lübeck beigetreten sind, — wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener, gegenseitiger Staatsangehöriger. Wien, 5. Jänner 1854 *).

(Reichsgesetzblatt 1854. 6. S. 8.)

1854. Kundmachung der kaiserlichen Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend Erleichterungen des Grenzverkehrs und des Verkehrs mit leinenen Handgespinnsten längs der Zolllinie gegen die Staaten des deutschen Zollvereins. Wien, 13. Jänner 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 14. S. 15.)

1854. Kundmachung des kaiserlichen Finanz-Ministers, wegen probeweiser Einführung der Einrichtungen des Zollvereines bezüglich der Zollämter und der Grenzwache, im Freihafen-Gebiete von Triest und dem umliegenden Grenzbezirke. Wien, 21. Jänner 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 16. S. 17.)

1854. Kundmachung des kaiserlichen Handels-Ministers, über die Vollziehung des Artikels 18. des Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853, (den Gewerbsbetrieb in den Vereinsstaaten betreffend). Wien, 21. Jänner 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 18. S. 42.)

1854. Kundmachung der kaiserlichen Minister der Finanzen und des Handels, mehrere Abänderungen des österreichischen Zoll-

*) Den Beitritt Baierns sehe man oben, S. 30.

tarifs vom 5. December 1853 betreffend, in Folge des österreichisch-preußischen Handels- und Zollvertrages vom 19. Februar 1853. Wien, 10. Februar 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 38. S. 199.)

Frankfurt

(freie Stadt).

Für die Abtretung ihres Antheils an den Dörfern Soden und Sulzbach erhielt die reichsunmittelbare Stadt Frankfurt am Main (nach der goldenen Bulle die Wahlstadt des Reichs) durch den Reichs-Deputations-Receß (1803) eine äquivalente Entschädigung. Durch die Rheinbund-Acte (1806) wurde sie dem Reichs-Erzkanzler und Fürsten Primas Carl von Dalberg zu Eigenthum und Souveränität übergeben, und sohin das Frankfurter Gebiet nebst Aschaffenburg, Fulda und Hanau, in ein Großherzogthum verwandelt (1810). Später trat die Stadt Frankfurt der großen Allianz gegen Napoleon bei (1813), und trennte sich mit ihrem ehemaligen Gebiete von dem Großherzogthume, von welchem Aschaffenburg an Baiern und Fulda an Chur-Hessen kam. In der Wiener Congreß-Acte wurde das Verhältniß Frankfurts als selbstständiger Staat definitiv normirt (1815), und laut der deutschen Bundesacte ward es zum Sitz des deutschen Bundestages erkoren (1815). Die in Frankfurt und Sachsenhausen befindlichen Besitzthümer des deutschen und Johanniter-Ordens sind durch die Congreß-Acte an Oesterreich überlassen worden (1815, 1838, 1842). Das erste deutsche Parlament tagte in Frankfurts Mauern (1848 — 1849), wurde dort von dem Interim abgelöst, worauf wieder der Bundestag in seine frühere Wirksamkeit getreten ist (Mai 1850).

Die Ausgleichung der Staatsschulden nach Auflösung des Großherzogthums Frankfurt wurde durch Conventionen geregelt (1814, 1838). Oesterreich stipulirte mit der freien Stadt Frankfurt eine gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit (1840); sonst sind noch besondere Bestimmungen wegen der ämtlichen Correspondenz aus Oesterreich nach Frankfurt (1822), dann bezüglich der Post (1843, 1851) zu bemerken; auch ist Frankfurt dem österreichisch-preußischen Zollvertrag (1853) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) beigetreten.

1803. Entschädigung der Stadt Frankfurt durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1806. Rheinbund-Acte (s. Deutschland).

1810. Tractat zwischen dem Kaiser von Frankreich und dem Fürsten Primas von Deutschland, über die Errichtung des Großherzogthums Frankfurt. Paris, 16. Februar 1810.

(Martens, V. 241.)

1814. Convention wegen Liquidirung der Staatsschulden u. s. w., welche die Grafschaft Hanau und das ehemalige Großherzogthum Frankfurt betreffen (s. Churhessen).

1815. Beitritt des Senats der freien Stadt Frankfurt zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1815. Wiener Congreß- und deutsche Bundes-Acte (s. Deutschland).

1815. Artikel über die Flußschifffahrt: XVI. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1822. Oesterreichische Verordnung, daß die nach Frankfurt zu expedirenden ämtlichen Correspondenzen an den dortigen k. k. Minister-Residenten zu adressiren sind. Wien, 9. November 1822.

(J. G. S. Nr. 1909. S. 123.)

1828. Hauptvertrag der am vormaligen Großherzogthum Frankfurt betheiligten Regierungen (Oesterreich, Preußen, Baiern, Churhessen und freie Stadt Frankfurt) über die Ausgleichung der großherzoglich Frankfurter Central-Fuldaer-Departements-Lasten. Frankfurt, 2. Juli 1828 (ratificirt zu Wien, 18. August 1828; Berlin, 9. August 1828; München, 1. Jänner 1829; Cassel, 3. September 1828; Frankfurt, 28. August 1828).

(Martens, S. XII. 6.)

1838. Kaiserliche Verordnung über die Verhältnisse der in den Gebäuden des deutschen Ordens zu Frankfurt am Main wohnenden österreichischen Unterthanen. Wien, 20. November 1838.

(Hof-Decret vom 26. November 1838: J. G. S. 1842. Nr. 651. S. 64.)

1840. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der freien Stadt Frankfurt, wegen Festsetzung einer gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit, auch für die nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Länder. Wien, 7. Mai; Frankfurt, 27. Mai 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1840: J. G. S. 1840 Nr. 454. S. 536.— P. G. S. Bd. 68 S. 274. — Murhard, n. r. I. 125. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt S. 385.)

1842. Kaiserliche Verordnung mit Modificirung der Verordnung vom Jahre 1838, in Folge des Verkaufs des außer dem Weichbilde der Stadt Frankfurt gelegenen Besitzthums des deutschen Ordens. Wien, 19. September 1842.

(Justiz-Hof-Decret vom 25. October 1842: J. G. S. 1842 S. 64.)

1815. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt dieses Postgebietes zu dem österreichisch-deutschen Postverein (s. Bremen).

1853. Beitritt der freien Stadt Frankfurt zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Frankreich

(Kaiserthum).

Seit Jahrhunderten führten Frankreich und Oesterreich (Bourbon und Habsburg) erbitterte, nur durch kurze Zeiträume unterbrochene Fehde. Frankreich, das mit Oesterreichs Feinden, selbst mit den Türken, gemeinschaftliche Sache machte; das im österreichischen Erbfolgekriege (nach dem Erlöschen des habsburgischen Mannsstammes) auf Baierns Seite stand, vereinigte sich zum ersten Male (1756) mit Oesterreich, (Kaunitz-Choiseuil'sche Politik), und kämpfte mit ihm den siebenjährigen Krieg. Es war bei den meisten großen Tractaten (zumal 1738 und 1748) Mitpaciscent, vermittelte in Teschen (1770) und mit den Holländern (1785). Noch inniger ward die Allianz, seit Ludwig XVI. noch als Dauphin (1770) die Erzherzogin Marie Antoinette geheirathet hatte. Die französische Revolution (1789) zerriß jedoch das Freundschaftsband und verwickelte Oesterreich in eine langwierige Folge von Kriegen mit Frankreich, welche zur Umgestaltung des ganzen europäischen Staatensystemes geführt haben.

Kaiser Leopold II. trat als deutscher Kaiser für die durch Frankreichs Uebergriffe benachtheiligten deutschen Stände im Elsaß auf (1790), und vereinigte sich bald darauf mit den Hauptmächten Europa's zur Bekämpfung der Revolution (1791). Der Krieg, unter Franz II. ausbrechend (1792), ist den österreichischen Waffen theilweise günstig, doch nöthigen die fortgesetzten Siege Buonaparte's in Italien zum Frieden, der in Leoben präliminarisch und in Campoformio definitiv unterzeichnet wird (1797). Der hierauf eröffnete Congreß in Rastadt (1797—1799) führt zu keinem Resultat; die Feindseligkeiten beginnen von Neuem, um durch den Lüneviller Frieden abermals zeitweise eingestellt zu werden (1801). Die in diesem Friedensvertrage stipulirte Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich hat einen großartigen Entschädigungsplan zur Folge, der im Reichs-Deputations-Hauptschlusse (1803) festgesetzt wird. Bald darauf nimmt der erste Consul Napoleon die Kaiserwürde an, was den Kaiser Franz II. veranlaßt, die Würde eines Erbkaisers von Oesterreich anzunehmen (1804)

Von Neuem bricht der Krieg mit Frankreich aus und endet nach der Schlacht von Austerlitz mit dem Preßburger Frieden (1805), worauf sechzehn Fürsten des südlichen und westlichen Deutschlands sich von diesem Reiche trennen und als Rheinbund sich unter Napoleons Schutz stellen, der Kaiser Franz aber auf die römisch-deutsche Kaiserwürde resignirt (1806). Oesterreich will die vorige Ordnung der Dinge in Deutschland und Italien herstellen, unterliegt aber wieder, trotz des Sieges von Aspern und Eßlingen, bei Wagram, und schließt nach dem Waffenstillstand zu Znaim den Wiener Frieden (1809.) Oesterreich hält nun zu Frankreich; die Erzherzogin Marie Luise wird mit Napoleon vermählt (1810) und Oesterreich tritt nebst Preußen in ein Bündniß mit Napoleon gegen Rußland (1812), schließt sich jedoch nach Napoleons Niederlage im russischen Feldzuge und den Schlachten bei Lützen und Bautzen, der russisch-preußischen Allianz wider Napoleon an (1813), welche bald zur allgemeinen großen Allianz gegen denselben anwächst, dessen Besiegung bei Leipzig und sohin dessen Abdankung zur Folge hat (1814). Die Bourbons werden wieder in Frankreich eingesetzt, mit Ludwig XVIII. der erste Pariser Friedens-Tractat geschlossen (1814), und der Wiener Congreß zur neuen Begründung des politischen Gleichgewichts-Systems in Europa eröffnet (1814), durch das Entweichen Napoleons von der Insel Elba jedoch zeitweise unterbrochen (1815). Nachdem das Schicksal des Letzteren bei Waterloo entschieden, schließen die Verbündeten mit Ludwig XVIII. den zweiten Pariser Frieden (1815), zu dessen Durchführung, zumal wegen der militärischen Occupation Frankreichs und der von diesem zu leistenden Entschädigungen (1818, 1819, 1845), der Congreß zu Aachen zusammentritt (1818—1819), dem dann nach den in der pyrenäischen und italienischen Halbinsel ausgebrochenen Ereignissen die Congresse von Troppau, Laibach und Verona folgen (1820—1822). Eine wesentliche Umgestaltung erleiden die Schöpfungen des Wiener Congresses durch die in Frankreich ausgebrochene Juli-Revolution (1830), durch welche die ältere französische Königslinie den Thron verliert, und Ludwig Philipp von Orleans König der Franzosen wird; dann durch die Februar-Revolution (1848), in Folge welcher das Haus Orleans abgesetzt, die Republik proclamirt und Ludwig Napoleon zu deren Präsidenten erwählt wird (10. December 1848), welcher sich dann (2. December 1851) zum Alleinherrscher von Frankreich aufschwingt, und unter dem Namen Napoleon III. die Kaiserwürde annimmt (2. December 1852).

Außer den eben angedeuteten Vorkommnissen sind noch von eigentlich politischen Angelegenheiten, an denen Oesterreich und Frankreich gleichzeitig Theil genommen, zu nennen: Die Conferenzen wegen Belgien und Holland (1831 — 1839); wegen der orientalischen Angelegenheiten (1841); wegen des Sclavenhandels (1842) und wegen der dänischen Frage (1852).

In administrativer und staatsrechtlicher Beziehung sind bemerkenswerth: die Bestimmungen über die Freizügigkeit des Vermögens (1766,

1811, 1814, 1816, 1819, 1834), über die Neutralität (1803), über die Rückstellung der Ordens-Decorationen (1817), über die Auswanderer mit Rücksicht auf den ersten Pariser Frieden (1832), über die gegenseitige Bekanntgebung der Todesfälle (1836), über den Titel und Gerichtsstand des Herzogs von Reichstadt und der Mitglieder des Hauses Bourbon älterer Linie in Oesterreich (1818, 1841, 1851), über die Correspondenz der Behörden (1804, 1827, 1829, 1852), die Beweiskraft und Legalisirung der Urkunden (1805, 1814, 1837), die Aufhebung des Heimfallsrechtes (1819) und Befreiung vom Abfahrtsgelde (1834), die Verpflegung der Kranken und Irrsinnigen (1847), die Festsetzung eines Termines für die Befriedigung der Privatforderungen (1845), die Schifffahrts- (1832, 1841) und die Postverhältnisse (1825, 1831, 1838, 1842, 1843, 1844) und den Anschluß der Telegrafen-Linien (1851).

1741. Schreiben des Königs von Frankreich, Ludwig XV., an Maria Thereſia, worin er ſie als Königin von Ungarn und Böhmen anerkennt. . . . . 20. Jänner 1741.

(Olenſchläger, Geſchichte des interregni, T. I. p. 41.)

1741. Verhandlungen zwiſchen Frankreich und Oeſterreich über die Anſprüche Baierns auf die Erbſchaft Carl VI.

(Rouſſet, XVI. p. 433. 438. 454.)

1741. Allianz-Verträge zwiſchen Frankreich, Spanien und Baiern, wegen des öſterreichiſchen Erbfolgekrieges (ſ. Baiern).

1743. Erklärung Ihrer Majeſtät der Königin Maria Thereſia über die bairiſch-franzöſiſchen Friedensvorſchläge. . . ., 15. Mai 1743.

(Pölitz, S. 264.)

1744. Kriegserklärung des Königs von Frankreich, Ludwig XV., gegen Maria Thereſia, Königin von Ungarn und Böhmen, und Gegenerklärung der Königin Maria Thereſia. Verſailles, 26. April; Wien, 16. Mai 1744.

(Rouſſet, XVIII. p. 348.)

1748. Präliminar-Tractat zwiſchen Frankreich, Großbritannien und den niederländiſchen Generalſtaaten. Aachen, 30. April 1748.

(Wenck, II. p. 310.)

1748. Proteſtation der Kaiſerin Königin gegen den einſeitigen Abſchluß des Präliminar-Tractates vom 30. April 1748. Aachen, 4. Mai 1748.

(Wenck, II. 321.)

1748. Erklärung über den bedingten Beitritt der Kaiſerin Königin zu den Präliminar-Artikeln. Aachen, 23. Mai 1748.

(Wenck, II. 323.)

1748. Erklärung des unbedingten Beitrittes von Seiten der Kaiserin Königin. Aachen, 25. Mai 1748.
(Wenck, II. 325.)

1748. Allgemeiner und definitiver Friedens-Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Großbritannien einerseits und dem König von Frankreich andererseits, wie auch zwischen dem König von Großbritannien, der Kaiserin Königin und dem König von Sardinien einerseits, und dem König von Spanien andererseits; endlich zwischen den Generalstaaten der vereinigten Provinzen der Niederlande als Verbündeten des Königs von Großbritannien, und dem Herzog von Modena, dann der Republik Genua als Verbündeten des Königs von Spanien — als Schluß des österreichischen Erbfolgekrieges. Aachen, 18. October 1748 *).
(Wenck, II. 327.)

1748. Convention zwischen den zu Nizza bevollmächtigten Ministern wegen Vollzuges des Aachner Friedens. Nizza, 4. December 1748 **).
(Koch, I. 446.)

1749. Convention zwischen den Commissarien des Königs von Frankreich, der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und der niederländischen Generalstaaten, wegen Räumung der Niederlande. Brüssel, 11. Jänner 1749.
(Wenck, II. 428.)

1749. Convention zwischen den Generälen und Commissären der acht Vertrag schließenden und beitretenden Mächte, wegen Uebergabe der besetzten Gebietstheile. Nizza, 21. Jänner 1749.
(Wenck, II. 430.)

1756. Neutralitäts-Vertrag zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König von Frankreich. Versailles, 1. Mai 1756.
(Wenck, III. 139.)

1756. Allianz- und Freundschafts-Tractat zwischen denselben. Versailles, 1. Mai 1756.
(Wenck, III. 141.)

---

*) Die dießfälligen Verhandlungen und Beitrittserklärungen sehe man bei Wenck, II. 337 und 410; Martens, guide diplomatique II. 1208; dann Traités de la maison de Savoye, III. 33. und folgende.

**) Die weiteren Verhandlungen des Congresses zu Nizza sehe man bei Wenck, II. 423. u. f.; Martens, guide diplomatique. II. 1299; Traités de la maison de Savoye, III. 82. und folg.

1756. Fünf Separat-Artikeln zwischen denselben. Versailles, 1 Mai 1756.

(Koch, II. 11. — Schöll. III. 19.)

1756. Beitritt Rußlands zu vorstehendem Allianz-Tractat (s. Rußland).

1756. Convention zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Frankreich, über die Auslieferung der Deserteure. . . . ., 16. December 1756.

(Moser, Versuch ꝛc. T. VII. p. 144.)

1757. Convention zwischen Frankreich, der Kaiserin Königin und Schweden, wegen Vollzugs der Bestimmungen des westphälischen Friedens, insbesondere der Freiheit der drei Religionsbekenntnisse, während des (siebenjährigen) Krieges. Stockholm, 21. März 1757.

(Koch, II. 83. 38.)

1757. Zweiter Allianz- und Freundschafts-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich, mit zehn Separat-Artikeln. Versailles, 1. Mai 1757 *).

(Koch, II. 43.)

1757. Beitritt Rußlands hiezu (s. Rußland).

1757. Subsidien-Convention zwischen Frankreich, Oesterreich und Schweden wider den König von Preußen. Stockholm, 22. September 1757.

(Koch, II, 89. 94.)

1758. Tractat zwischen Frankreich und Dänemark unter Beitritt Oesterreichs (s. Dänemark).

1758. Dritter Allianz-Tractat zwischen der Kaiserin Königin und dem König von Frankreich. Versailles, 30. December 1758.

(Wenck, III. 185.)

1758. Beitritt Rußlands hiezu (s. Rußland).

1759. Beitritt Schwedens zu vorstehender Allianz (s. Schweden).

1760. Erklärung Oesterreichs bezüglich seines Beitritts zu dem französisch-dänischen Vertrage von 1758 (s. Dänemark).

1760. Beitritt Rußlands zu dem französisch-dänischen Vertrage (s. Dänemark).

---

*) Die Angabe, daß dieser Tractat nicht ratificirt wurde, ist irrig. S. Martens, S. IV. Table (Autriche).

1763. Beitritt Frankreichs zum Hubertsburger Frieden (s. Preußen).

1766. Convention zwischen der Kaiserin, Königin von Böhmen und Ungarn, und dem König Ludwig XV. von Frankreich, wegen gegenseitiger Aufhebung des Heimfallrechtes (droit d'aubaine). Wien, 24. Juni 1766 (die Ratificationen ausgewechselt daselbst am 8. September 1766).

(Martens, III. 232.)

1769. Tractat zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König Ludwig XV. von Frankreich, wegen Berichtigung der Grenzen ihrer wechselseitigen Besitzungen in den Niederlanden. Versailles, 16. Mai 1769.

(Martens, I. 265.)

1774. Convention zwischen den Bevollmächtigten der Kaiserin Maria Theresia und dem König von Frankreich Ludwig XV., die Ansprüche des letzteren auf einige Stifter im Elsaß betreffend. Paris, 11. Juni 1774 (französische Ratification: Marly, 20. Juni; französisches Patent hierüber: Compiègne, 29. August 1774; registrirt zu Colmar, 23. September 1774).

(Koch, II. 345.)

1775. Convention zwischen der Kaiserin Königin von Ungarn und Böhmen und dem König Ludwig XV. von Frankreich, in Betreff des wechselseitigen Genusses der Regular-Beneficien (bénéfices réguliers), welche von den in Frankreich und in den österreichischen Niederlanden gelegenen Abteien abhängen. Brüssel, 14. October 1775.

(Martens, I. 534.)

1778. Vermittlung Rußlands und Frankreichs wegen des bairischen Erbfolgekrieges in Deutschland (s. Rußland und Baiern).

1779. Garantie Frankreichs zu dem Teschner Frieden (s. Baiern). Teschen, 13. Mai 1779.

(Martens, II. 26.)

1779. Grenz-Regulirungs-Vertrag zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem König von Frankreich, als Fortsetzung des Tractates vom 16. Mai 1769. Brüssel, 18. November 1779.

(Martens, II. 56.)

1785. Präliminar-Artikel und definitiver Friede zwischen dem Kaiser Josef II. und den niederländischen Generalstaaten, unter Vermittlung des Königs von Frankreich (s. Niederlande).

1791. Circularschreiben des Kaisers Leopold II. an die vornehmsten Mächte Europa's über die Lage des Königs Ludwig XVI. von Frankreich. Padua, 6. Juli 1791.
(Pölitz, S. 299.)

1791. Erklärung des Kaisers Leopold II. und des Königs von Preußen, über den öffentlichen Zustand in Frankreich und die zur Bekräftigung der monarchischen Regierung daselbst zu ergreifenden Zwangsmaßregeln. Pilnitz, 27. August 1791.
(Martens, V. 35—37.)

1792. Note des österreichischen Ministers, Fürsten Kaunitz, an den französischen Gesandten zu Wien. Wien, 18. März 1792.
(Pölitz, S. 103.)

1792. Kriegserklärung der französischen National-Versammlung an den König von Ungarn und Böhmen. Paris, 20. April 1792.
(Reuß, Staatskanzlei, T. XXXVI. p. 224.)

1792. Gegenerklärung des Wiener Hofes an Frankreich. Wien, 4. Juli 1792.
(Reuß, Staatskanzlei T. XXXVI. p. 224. 227.)

1792. Kriegserklärung des deutschen Reiches (s. Deutschland).

1793. Decret des französischen National-Convents mit Ungiltigkeits-Erklärung aller Staatsverträge bezüglich jener Staaten, mit denen die französische Republik Krieg führet. Paris, 1. März 1793.
(Martens, VI. 444. — Journal des débats et décrets Nr. 164. T. VI. p. 3. Mars 1793.)

1793. Decret des französischen National-Convents wegen Vereinigung mehrerer Theile der österreichischen Niederlande mit Frankreich (s. Niederlande).

1793. Beschlüsse des französischen National-Convents über die Vereinigung mehrerer Districte Deutschlands, (der Gemeinden Biding, Enting und des deutschen Theils von Lelling, des Fürstenthums Salm, des Gebiets von Mainz, des Bisthums Basel u. a. m.) mit Frankreich. Paris, 2., 20., 30. März 1793.
(Martens, VI. 422—432.)

1795. Convention zwischen den österreichischen und französischen Commissären, wegen Auswechslung der Kriegsgefangenen. Brüssel, 26. März und Heidelberg, 7. April 1795.
(Martens, VI. 507.)

1795. Decret des französischen National-Convents wegen Durchführung der im J. 1793 beschlossenen Einverleibung Belgiens und Lüttichs nebst Stavelot mit Frankreich (s. Niederlande).

1797. Waffenstillstand zwischen den kaiserlichen und französischen Armeen. Judenburg, 7. April 1797; Verona, 18. April 1797; Frankfurt, 24. April 1797; Heidelberg, 11. Mai 1797; Ehrenbreitstein, 25. April; Vallendar, 10. Juni 1797.

(Martens, VII. 169—187.)

1797. Präliminar-Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich. Leoben, 18. April 1797.

(Martens, S. III. 126. — Martens et Cussy, II. 140.)

1797. Proclamation des Generals Buonaparte über die Unabhängigkeit der cisalpinischen Republik. Mailand, 29. Juni 1797.

(Martens, VII. 197.)

1797. Friedenstractat zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und der französischen Republik. Campoformio, 17. October 1797 (ratificirt: Wien, 3. November; Paris, 3. Brumaire).

(Meyer, I. 7. — Martens, VII. 208—225. — Martens et Cussy, II. 152.)

1797. Convention zwischen denselben, zur Ausführung der im vorstehenden Tractat festgesetzten Bestimmungen wegen Räumung der militärisch besetzten Länder. Rastadt, 1. December 1797.

(Martens, VII. 225.)

1797. Verhandlungsacten aus Anlaß der Besetzung von Mainz durch die französischen Truppen. Wiesbaden, 28. December 1797.

(Martens, VII. 229—237.)

1797. Acten über den zwischen dem deutschen Reich und Frankreich zu Rastadt abgehaltenen Congreß, vom 9. December 1797 bis 7. April 1799.

(Protocolle der Reichsfriedens-Deputation zu Rastadt, herausgegeben vom Freiherrn von Münch-Bellinghausen. Rastadt, 1799. 1800. T. I. V. 4. — Haller, geheime Geschichte der Rastädter Friedensverhandlungen, T. II. III. IV. V.)

1798. Convention wegen Uebergabe der Rheinschanze....., 26. Jänner 1798.

(Haller, geheime Geschichte ꝛc. T. II. p. 227.)

1798. Acten über die dem französischen Gesandten Bernadotte zu Wien widerfahrene Beleidigung. April 1798.

(Haller, geheime Geschichte ꝛc. T. V. S. II. p. 185.)

1798. Unterhandlungen zwischen den österreichischen und französischen Bevollmächtigten. Selz, 30. Mai 1798.

(Angedeutet in Martens, guide diplomatique, S. 205.)

1799. Acten über die Räumung von Ehrenbreitstein. Jänner 1799.

(Haller, geheime Geschichte, T. II. p. 240.)

1799. Proclamation des directoire exécutif gegen Oesterreich, 20. Februar (2. Ventose, an 7); Proclamation des Generals Jourdan bei seinem Uebertritte über den Rhein, vom 1. März; Proclamation des Erzherzogs Carl, vom 4. März 1799.

(Posselt's Annalen, 1799, St. 4. p. 59. St. 5. p. 197. 201. St. 6. p. 312. — Haller, geheime Geschichte ꝛc. T. V. p. 85.)

1799. Capitulation der Stadt Mannheim, vom 2. März 1799.

(Haller, geheime Geschichte ꝛc. T. II. p. 229.)

1799. Erklärung des directoire exécutif über den Krieg gegen Oesterreich und Toscana, vom 12. März 1799.

(Posselt's Annalen, 1799, B. III. p. 203. — Haller, geheime Geschichte ꝛc. T. V. S. II. p. 89.)

1799. Erklärung des Bevollmächtigten des Kaisers, daß er vom Congreß zu Rastadt abtreten wolle; Antwort der französischen Gesandtschaft und Deputations-Beschluß in der letzten Sitzung am 23. April. Rastadt, 7.—23. April 1799.

(Protocoll der Reichsfriedens-Deputation. VI. Band. Beil. 374. 375. 376. Conf. III. Band. Sess. 97. p. 199.)

1800. Convention zwischen den Commandanten der kaiserlichen und englischen Truppen und dem französischen General Massena, wegen Räumung von Genua. Conegliano, 5. Juni 1800.

(Martens, VII. 392.)

1800. Waffenstillstand zwischen dem General von Melas, Commandirenden der kaiserlichen Armee in Italien, und dem General Berthier, Commandirenden der französischen Armee in Italien, nach der Schlacht bei Marengo. Alexandria, 16. Juni 1800.

(Martens, VII. 396.)

1800. Weitere Verabredungen wegen des Waffenstillstandes zwischen dem kaiserlichen und französischen Heere in Italien und in Deutschland. Conegliano, 20. und 22. Juni; Parsdorf, 15. Juli; Verona, 31. Juli 1800.

(Martens, VII. 398 — 407.)

1800. Präliminar-Artikel zum Friedensschlusse zwischen dem Kaiser und der französischen Republik. Paris, 28. Juli 1800 (nicht ratificirt, jedoch in Frankreich officiell kundgemacht).

(Martens, VII. 407.)

1800. Convention zwischen den Befehlshabern der kaiserli-

chen und französischen Armeen, bezüglich der Reichsfestungen Ulm, Ingolstadt und Philippsburg. Hohenlinde, 20. September 1800.
(Martens, VII. 410.)

1800. Kundmachung des Generals Moreau über die Schleifung dieser Festungen. Augsburg, 31. October 1800.
(Martens, VII. 410—414.)

1800. Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen der kaiserlichen und der französischen Armee in Italien. Castiglione, 29. September 1800.
(Martens, VII. 414.)

1800. Capitulation der österreichischen Besatzung, wegen Uebergabe von Livorno an die Franzosen. Livorno, 16. October 1800.
(Martens, VII. 416.)

1800. Waffenstillstand zwischen der kaiserlichen und französischen Armee in Deutschland. Steyer, 25. December 1800.
(Martens, VII. 528.)

1801. Waffenstillstand zwischen der kaiserlichen und französischen Armee in Italien. Treviso, 16. Jänner 1801.
(Martens, VII. 532.)

1801. Convention zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers und der französischen Republik, wegen Verlängerung des Waffenstillstandes. Lüneville, 26. Jänner 1801.
(Martens, VII. 536.)

1801. Friedens-Tractat zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und dem deutschen Reiche einerseits, und der französischen Republik andererseits. Lüneville, 9. Februar 1801 (s. Deutschland).

1802. Declaration Frankreichs und Rußlands bezüglich der Entschädigungen in Deutschland (s. Deutschland).

1802. Convention zwischen dem römischen Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, und dem ersten Consul der französischen Republik, die Entschädigungen für den Herzog von Modena und den Großherzog von Toscana betreffend (s. Deutschland).

1083. Haupt-Schlußreceß der außerordentlichen Reichs-Deputation unter Vermittlung von Frankreich und Rußland (s. Deutschland).

1803. Patent des Kaisers Franz II., über die von Seite seiner Unterthanen in dem Kriege zwischen Frankreich und England zu beobachtende Neutralität. Wien, 7. August 1803.
(P. G. S. Bd. 20. S. 37. — Martens, III. 1803. — Martens et Cussy, II. 301.)

1804. Erhebung des ersten Consuls Buonaparte auf den französischen Kaiserthron. Paris, 18. Mai 1804.
(Senats-Consultum im Moniteur.)

1804. Patent des römischen Kaisers Franz II. über die Annahme des Titels eines erblichen Kaisers von Oesterreich (s. Deutschland).

1804. Convention mit dem deutschen Reich über das Rheinschifffahrts-Octroi (s. Deutschland).

1804. Oesterreichische Verordnung über die Correspondenz der Landrechte mit den französischen Behörden. Wien, 1. December 1804.
(J. G. S. 1804. Nr. 704. S. 33.)

1805. Oesterreichische Verordnung über die Legalisirung von Urkunden für französische Gerichtsbehörden. Wien, 21. März 1805.
(J. G. S. 1805, Nr. 720. S. 50. — P. G. S. Bd. 24. S. 66.)

1805. Capitulationen und Waffenstillstände zwischen den österreichischen und französischen Truppen. Ulm, 17. October; Trotelfingen, 19. October; Kuefstein, 10. November; Dombern, 14. November 1805.
(Martens, S. IV. 202—209.)

1805. Waffenstillstand zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers von Oesterreich und des Kaisers der Franzosen. Austerlitz, 6. December 1805.
(Martens, S. VI. 210.)

1805. Preßburger Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Deutschland).

1806. Erklärung der Bevollmächtigten des Kaisers von Oesterreich bezüglich des deutschen Reichs, bei Auswechslung der Ratificirungen des Preßburger Friedens (s. Deutschland).

1806. Convention zwischen den Commissären Oesterreichs und Frankreichs, wegen Auswechslung der Artillerie und Kriegs-Munition. Wien, 3. Jänner 1806.
(Martens, S. IV. 222.)

1806. Errichtung des Rheinbundes (s. Deutschland).

1807. Nachtrags-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen Regulirung der Grenze zwischen dem Königreich Italien und den österreichischen Provinzen. Fontainebleau, 10. October 1807.
(Martens, S. VI. 468.)

1809. Convention zwischen dem Erzherzog Ferdinand, als Befehlshaber der österreichischen Armee, und dem Befehlshaber der verbündeten Truppen, Fürsten Poniatowski, über die Neutralität der Stadt Warschau; geschlossen auf der Vorpostenlinie, den 21. April 1809.

(Martens, S. V. 199.)

1809. Decrete des Kaisers Napoleon, mit welchen er den deutschen Orden in den Staaten des Rheinbundes aufhebt, und die Güter der in österreichischen Diensten stehenden, durch die Rheinbund-Acte mediatisirten Fürsten und Grafen mit Sequester belegt (s. Deutschland).

1809. Uebergabe von Wien an die Franzosen. Wien (Mariahilf) 12. Mai 1809.

(Martens, S. V. 204.)

1809. Capitulation wegen Uebergabe der Stadt Raab an die Franzosen. Raab, 22. Juni 1809.

(Martens, S. V. 207.)

1809. Waffenstillstand zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien. Znaim, 12. Juli 1809.

(Martens, S. V. 209.)

1809. Wiener Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem Kaiser Napoleon, König von Italien (s. Deutschland).

1809. Militärische Convention zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs und Frankreichs, in Folge des vorstehenden Wiener Friedens. Wien, 26. October (französische Ratification: Schönbrunn, 27. October 1809).

(Martens, S. V. 217.)

1810. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, wegen Aufhebung der Sequestrationen (s. Deutschland).

1811. Oesterreichische Retorsions-Verordnung mit dem Verbot, die Verlassenschaften der von der französischen Regierung als Auswanderer des Erbrechtes in Frankreich verlustig erklärten, in den österreichischen Staaten verstorbenen Erblasser, nach Frankreich zu erfolgen. Wien, 24. August 1811.

(Meine „Behandlung der Ausländer" S. 65. — Hof-Decret vom 19. April 1816: J. G. S. 1816. Nr. 1230.)

1812. Allianz-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, Beschützer des rheinischen und Vermittler des schweizerischen Bundes. Paris, 14. März 1812 (französische Ratification: Paris, 15.; österreichische: Wien, 26. März 1812).

(P. G. S. Bd. 38. S. 169. — Martens, S. V. 427.)

1812. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Prag, 11. Juli 1812.

(P. G. S. Bd. 38. S. 76.)

1813. Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen wider Frankreich, unter successivem Beitritt der übrigen Staaten (s. Preußen und die bezüglichen Staaten).

1813. Waffenstillstand zwischen den Bevollmächtigten der kriegführenden Mächte: Frankreich, Oesterreich, Rußland, Preußen ꝛc. Poischwitz *), 5. Juni 1813.

(Martens, S. V. 582. — Koch, tableau etc. II. 389.)

1813. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser der Franzosen, wegen Vermittlung des Friedens zwischen den kriegführenden Mächten (Frankreich, Rußland, Preußen) und Verlängerung des Waffenstillstandes. Dresden, 30. Juni 1813.

(Martens, S. V. 586.)

1813. Convention zwischen den kriegführenden Mächten, wegen Verlängerung des Waffenstillstandes vom 5. Juni 1813. Neumark in Schlesien, $\frac{1}{2}\frac{1}{6}$. Juli 1813.

(Martens, S. V. 587.)

1813. Acten über den (nicht gelungenen) Friedens-Congreß in Prag; Erklärung Oesterreichs über seinen Beitritt zu der Allianz gegen Frankreich. Prag, 12. August 1813.

(Angedeutet bei Martens, S. V. 588.)

1813—1814. Allianzen und Kriegführung gegen Frankreich, von Seite Oesterreichs, Rußlands, Preußens, Großbritanniens, unter Beitritt der übrigen Staaten (s. die bezüglichen Staaten).

1814. Capitulation von Paris. Paris, 31. März 1814.

(Martens, S. V. 693.)

1814. Procès-verbal zwischen den Bevollmächtigten der verbündeten Mächte und jenen des Kaisers Napoleon, vorläufige

---

*) Nicht Pleiswitz, wie es bei Martens heißt.

Bestimmungen des abzuschließenden Friedens betreffend. Paris, 11. April 1814.

(Martens, S. V. 695.)

1814. Tractat zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen nebst ihren Verbündeten (unter bedingtem Beitritt Großbritanniens) einerseits und dem Kaiser Napoleon andererseits, über die Verzichtleistung des letzteren auf die Souveränität in Frankreich und Italien. Paris, 11. April 1814 (Napoleons Ratification: Fontainebleau, 12. April 1814).

(Martens, S. V. 696. — Martens et Cussy, III. 1.)

1814. Bedingte Beitrittserklärung Großbritanniens zu vorstehendem Tractate. Paris, 27. April 1814.

(Martens, S. V. 701 bis 703.)

1814. Militär-Convention wegen der Räumung von Italien, geschlossen zwischen den Befehlshabern der Truppen der verbündeten Mächte und der französischen Truppen in Italien. Schiarino-Rizzino bei Mantua, 16. April 1814.

(Martens, S. V. 713.)

1814. Convention zwischen Monsieur, fils de France, frère du roi, als General-Lieutenant des Königreiches Frankreich, und den verbündeten Mächten, nämlich: Großbritannien, Oesterreich, Rußland und Preußen (mit jeder besonders gleichlautend abgeschlossen). Paris, 23. April 1814.

(Martens, S. V. 706. — Martens et Cussy, III. 8.)

1814. Convention zwischen den Befehlshabern der österreichischen und der französischen Armee, wegen Räumung von Italien, als Fortsetzung der Convention vom 16. April 1814. Mantua, 23. April 1814.

(Martens, S. VII. 303.)

1814. Militär-Convention zwischen den bezüglichen Befehlshabern, wegen Räumung der von den Franzosen besetzten Departements jenseits der Alpen. Turin, 27. April 1814.

(Martens, S. V. 716.)

1814. Militär-Convention zwischen den verbündeten Mächten und Frankreich, wegen Verpflegung der Truppen, Spitäler ꝛc. Paris, 28. Mai 1814.

(Martens, S. V. 710.)

1814. Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und seinen Verbündeten und dem König von Frankreich und Navarra. (Erster Pariser Frieden). Paris, 30. Mai 1814 (daselbst ratificirt am 31. Mai 1814 *).

(P. G. S. Bd. 42. S. 62. — Martens, S. VI. 1.; S. VIII. préface VI. — Martens et Cussy, III. 11. — Meyer, I, 151.)

1814. Oesterreichische Verordnung wegen abzugsfreier Erfolglassung der Verlassenschaften aus Oesterreich nach Frankreich.

(Hofkammer-Decret vom 29. Juli 1814: P. G. S. Bd. 42. S. 96.)

1814. Französische Verordnung wegen Nichtigerklärung der gegen französische, in österreichischen Diensten gestandene Unterthanen erlassenen Decrete. Paris, 19. Juni 1814.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. August 1814: P. G. S. Bd. 42. S. 96.)

1814. Französische Verordnung über die Modalitäten bei Ausstellung der Lebenszeugnisse für französische Staats-Pensionisten. Paris, 30. Juni 1814.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1814: P. G. S. Bd. 42. S. 136. und vom 10. December 1814: ebenda S. 172.)

1814. Protocoll der Bevollmächtigten Oesterreichs, Rußlands, Großbritanniens und Preußens, wegen der Theilnahme Frankreichs und Spaniens an den Verhandlungen des Wiener Congresses. Wien, 22. September 1814.

(Murhard, N. S. I. 334.)

1815. Geheimer Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien und Frankreich, wegen Aufrechterhaltung des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814. Wien, 3. Jänner 1815.

(Murhard, I. 368. 376. — Martens et Cussy, III. 45.)

1815. Erklärung der bei dem Congresse zu Wien versammelten Mächte und Conferenz-Protocoll, die gegen Napoleon Bonaparte nach seiner Entweichung von der Insel Elba zu ergreifenden Maßregeln betreffend, unterzeichnet von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens, Portugals, Preußens, Rußlands und Schwedens; ferner von den zum Beitritt eingeladenen Bevollmächtigten von Baiern, Dänemark, Hannover, den Niederlanden, Sardinien, Sachsen, Neapel und Würtemberg **).

(Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. VI. 290. — Martens, S. VI. 110. — Murhard, N. S. I. 428—430.)

---

*) Unter demselben Datum wurden gleiche Tractate geschlossen von Frankreich mit Rußland, Großbritannien und Preußen. — Die articles secrets und séparés zu diesem Tractat sehe man bei Murhard, n. S. I. 329.

**) Die erneuerte Allianz gegen Napoleon sehe man bei Deutschland, Rußland, Preußen, Großbritannien ꝛc.

1815. Kaiserlich österreichisches Patent über die Errichtung des lombardisch-venetianischen Königreiches und dessen Vereinigung mit dem österreichischen Kaiserstaate. **Wien, 7. April 1815.**

(Martens, S. IX. 55.)

1815. Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen den verbündeten Großmächten über die Haft Napoleons. Paris, 2. August 1815 (s. Großbritannien).

1815. Protocoll über die Verhandlungen der fünf Hauptmächte, bezüglich der pecuniären Verpflichtungen Frankreichs. Paris, 13. October 1815.

(Martens, S. VIII. 156.)

1815. Definitiver Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits und Frankreich andererseits. (Zweiter Pariser Frieden). Paris, 20. November 1815 (österreichische Ratification: Wien, 15. Jänner 1816; die Ratificationen ausgewechselt zu Paris am 16. Februar 1816).

(P. G. S. Bd. 44. S. 29. — Meyer, I. 224. — Martens, S. VI. 682 und 733. — Martens et Cussy, III. 211.)

1815. Protocoll über die Vertheilung der von Frankreich an die verbündeten Mächte zu zahlenden 700 Millionen. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 676.)

1815. Convention über die von Frankreich an die verbündeten Mächte in Gemäßheit des Art. 4 des vorstehenden Tractates zu leistende Geldentschädigung. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 676—692.)

1815. Convention über die Besetzung einer Militärlinie in Frankreich durch ein Bundesheer, in Gemäßheit des Art. 5. des vorstehenden Tractates. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 695.)

1815. Convention über die Prüfung und Liquidirung der Reclamationen, wegen Nichtausführung des Art. 19 und ff. des ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814, in Gemäßheit des Art. 9. des zweiten Pariser Friedens. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 717.)

1815. Convention der verbündeten Mächte zur Aufrechthaltung des zweiten Pariser Friedens. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 734.)

1815. Erklärung der Minister der verbündeten großen Mächte an den Herzog von Richelieu, in Betreff der militärischen Besetzung Frankreichs. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 738.)

1815. Protocoll der Pariser Conferenz über die Verwendung der französischen Contributionen zur Verstärkung der Vertheidigungslinie. Paris, 21. November 1815.
(Martens, S. VII. 406.)

1816. Oesterreichische Verordnung mit Aufhebung der Retorsions-Maßregel vom 24. August 1811, bezüglich der Ausfolgung von Verlassenschaften nach Frankreich. Wien, 19. April 1816.
(Hof-Decret vom 19. April 1816: J. G. S. Nr. 1230. S. 341. — P. G. S. Bd. 44. S. 173. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 66.)

1817. Ministerial-Note der verbündeten Mächte, wegen Verminderung der Occupations-Armee in Frankreich. Paris, 10. Februar 1817.
(Martens, S. VII. 93.)

1817. Oesterreichische Verordnung, wegen Rückstellung der in Verlassenschaften vorgefundenen französischen Ordens-Decorationen.
(Hofkriegsräthliche Verordnung vom 2. Juli 1817. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 100.)

1817. Conferenzen der Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands, wegen Abschaffung des Sclavenhandels. London, 1817—1818.
(Murhard, N. S. III. 48—87.)

1818. Convention zwischen den Höfen von Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits und Frankreich andererseits, wegen Berichtigung der Privatforderungen auswärtiger Unterthanen an Frankreich. Paris, 25. April 1818.
(P. G. S. Bd. 46. S. 87. — Martens, S. VII. 417. — Meyer, I. 244.)

1818. Oesterreichische Verordnung über Titel, Wappen und Rang des Prinzen Franz Josef Carl, Herzogs von Reichstadt, Sohnes der durchlauchtigsten Erzherzogin Marie Louise. Wien, 22. Juli 1818.
(Kaiserliches Patent: P. G. S. Bd. 46. S. 192.)

1818. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Frankreich *), wegen Räumung des französischen Gebietes von Seite der verbündeten Heere. Aachen, 9. October 1818.
(Martens, S. VIII. 549. — Meyer, I. 256.)

1818. Conferenzen derselben am Congreß zu Aachen, über denselben Gegenstand. Aachen, 24. October — 19. November 1818.
(Murhard, N. S. III. 87—127. — Martens, S. VIII. 554 bis 566. — Meyer, I. 274.)

---

*) Gegenseitig auch zwischen Frankreich und Großbritannien, Preußen und Rußland.

1819. Definitives Uebereinkommen zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, wegen der Modalitäten der von Frankreich zu leistenden Entschädigung. Paris, 2. Februar 1819.

(Martens, S. VIII. 566.)

1819. Französisches Gesetz, wodurch das Heimfallrecht (droit d'aubaine) unbedingt aufgehoben wird. Paris, 14. Juli 1819 *).

(Martens et Cussy, I. Index explicatif, VIII. — Niederösterreichische Regierungsdecrete vom 31. December 1834 und 2. Juli 1835, in Folge der Hof-Decrete vom 15. December 1834. Z. 31.465 und vom 9. Juni 1835. Z. 14.552. — Hofkanzlei-Decret vom 18. December 1834: J. G. S. 1834. Nr. 2677. S. 131.)

1820. Beitritt Frankreichs zu dem Frankfurter Territorial-Receß vom 20. Juli 1819 (s. Deutschland). Paris, 20. October 1820.

(Meyer, I. S. 319.)

1820 — 1821. Neapolitanische und sardinische Revolution, Congreß in Troppau und Laibach (s. Sicilien und Sardinien).

1821—1822. Verhandlungen der beim Congreß in Verona versammelten Mächte: Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, über den Sclavenhandel, die spanische Revolution u. s. w. (s. auch Spanien).

(Murhard, S. X. a. 139. 174—232.)

1825. Französische Verordnung wegen der Postverhältnisse mit Oesterreich. Paris, 31. Juli 1825.

(Martens et Cussy, V. 600.)

1827. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Correspondenz der österreichischen Gerichtsbehörden mit den französischen Behörden.

(Hof-Decret vom 21. September 1827. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 137.)

1829. Fernere Verordnung über denselben Gegenstand.

(Hof-Decret vom 29. Mai 1829: J. G. S. 1829. Nr. 2407. S. 161. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 137.)

1830. Notification der Thronbesteigung des Königs der Franzosen, Ludwig Philipp, an den deutschen Bund. Frankfurt, 9. September 1830.

(Meyer, II. 356.)

---

*) Durch dieses Gesetz sind die Bestimmungen des französischen code civil. Art. 726 und 912, aufgehoben, und der zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossene Tractat vom 24. Juni 1766, wegen Aufhebung des droit d'aubaine, verliert seine Anwendung.

1831. Post-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich. Paris, 16. April 1831.

(Martens et Cussy, V. 600. — Murhard, n. r. V. 284.)

1831. Londoner Conferenzen wegen Belgien und Holland (s. diese).

1832. Kundmachung über die Behandlung der österreichischen Unterthanen, die vom Art. 17. des Pariser Friedens vom 20. Mai 1814, bezüglich der Auswanderung, keinen Gebrauch gemacht haben. Wien, 2. April 1832.

(J. G. S. 1832. Nr. 2557. S. 50.)

1832. Oesterreichische Verordnung über die Befugnisse der französischen Consule in Sauvetage-Fällen. Wien, 22. April 1832.

(Hofkammer-Decret vom 24. Mai 1832: J. G. S. 1832. 2565. S. 62. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 64.)

1834. Oesterreichische Verordnung über die gänzliche Befreiung vom Abfahrtsgeld der nach Frankreich ziehenden Erbschaften. Wien, 18. October 1834.

(J. G. S. 1834. Nr. 2677. S. 131. — P. G. S. Bd. 62. S. 272. — Martens et Cussy, V. 122.)

1835. Weitere Verordnung hierüber. Wien, 9. Juni 1835.

(J. G. S. 1835. Nr. 30. S. 18. — P. G. S. Bd. 63. S. 222.)

1836. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Frankreich, wegen unentgeltlicher Ausfertigung und gegenseitiger Einsendung der Todtenscheine der bezüglichen Unterthanen. Paris, 2. März 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 31. März 1836: J. G. S. 1833. Nr. 136. S. 79. — P. G. S. Bd. 64. S. 477.)

1837. Oesterreichische Verordnung über die Beweiskraft der französischen Notariats-Urkunden.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 494. — Hof-Decret vom 10. October 1837: J. G. S. 1837. Nr. 234. S. 148.)

1838. Französische Verordnung wegen der Postverhältnisse mit Oesterreich. Paris, 28. November 1838.

(Martens et Cussy, V. 600.)

1841. Convention zwischen Oesterreich und Frankreich in Betreff des gezwungenen Einlaufens der Schiffe. Wien, 20. Mai 1841.

(Extract bei Murhard, n. r. II. 87.)

1841. Kaiserliche Verordnung, daß die österreichischen Gerichtsbehörden sich rücksichtlich der hierlands domicilirenden Mitglieder der königlich französischen Familie und ihrer Angehörigen,

nach den für die Behandlung der Ausländer überhaupt bestehenden Gesetzen zu benehmen haben. Wien, 14. August 1841 *).

(Hof-Decret vom 31. August 1841: J. G. S. 1841. Nr. 560. S. 606.)

1841—1842. Verhandlungen wegen der orientalischen Angelegenheiten und des Sclavenhandels (s. Großbritannien).

1842. Post-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich. Paris, 7. December 1842.

(Wird erwähnt bei Martens et Cussy, V. 600.)

1843. Additional-Artikel zur Post-Convention vom 16. April 1831. Paris, 18. Mai 1843.

(Murhard, n. r. V. 284.)

1843. Additional-Post-Convention zwischen Oesterreich und Frankreich zur Convention vom 16. April 1831. Paris, 30. November 1843.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. I. Bd. S. 168. — Murhard, n. r. V. 622. — Martens et Cussy, V. 600.)

1844. Oesterreichische Verordnung wegen Aufhebung des Frankirungszwanges für die Correspondenz aus Oesterreich nach Frankreich, Algier u. s. w., in Folge des vorgedachten Additional-Postvertrages. Wien, 20. Jänner 1844.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Jänner 1844. 371: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1844, Notizenblatt S. 137. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. S. 104).

1845. Festsetzung eines Präclusiv-Termines zur Geltendmachung der Forderungen österreichischer Unterthanen an Frankreich, aus den Staatsverträgen vom 20. November 1815 und 25. April 1818. Wien, 17. August 1845.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 5. September 1845: P. G. S. Bd. 73. S. 142. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt, S. 422.)

1847. Oesterreichische Verordnung wegen wechselseitiger Verzichtleistung auf die Verpflegsgebühren für die in den Kranken- und Irrenanstalten des Königreichs Frankreich und der österreichischen Staaten behandelten unbemittelten Kranken.

(Hofkanzlei-Decret vom 18. Juni 1847: P. G. S. Bd. 75. S. 111.)

1851. Herstellung der ununterbrochenen telegrafischen Verbindung mit Frankreich, mittelst der preußisch-belgischen Telegrafen-Linie (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. S. 289.)

---

*) S. jedoch unten die kaiserliche Entschließung vom 30. Juli 1851.

1851. Kaiserlich österreichische Entschließung, mittelst welcher den in Oesterreich domicilirenden Gliedern des Hauses Bourbon älterer Linie der privilegirte Gerichtsstand des Oberst-Hofmarschallamtes bewilligt wird. Wien, 30. Juli (10. August) 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 183. S. 517.)

1852. Verordnung des österreichischen Justiz-Ministeriums, über die Modalitäten der gerichtlichen Requisitions-Schreiben österreichischer Behörden an die französischen Gerichte. Wien, 20. März 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 74. S. 340.)

1852. Tractat wegen der Succession in Dänemark (s. dieses).

Griechenland

(Königreich.)

Im Jahre 1821 war der Aufstand ausgebrochen, um Griechenland der türkischen Herrschaft zu entziehen; nach mehrjährigen Kämpfen wurde unter Rußlands, Großbritanniens und Frankreichs Vermittlung die Unabhängigkeit Griechenlands von der Pforte erwirkt, durch den Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827, dann durch die Verträge von 1832 — 1833 Griechenland (bestehend aus Morea, Livadia, fast ganz Karli-Ili und Lepanto; dann der Insel Negroponte, den Cycladen und einem Theile der Sporaden) zu einem erblich-monarchischen Staat erklärt und Prinz Otto von Baiern zu dessen König erhoben.

Oesterreich hat mit dem Königreich Griechenland einen Handels- und Schifffahrts-Tractat (1835, 1836) und einen Vertrag wegen Regelung der gegenseitigen Post- und Dampfschifffahrts-Verhältnisse geschlossen (1843, 1851).

1826. Acten über die griechische Angelegenheit.

(Martens, n. r. VI. 233; VII. 40; XII. 1—264.)

1827. Tractat zur Pacification Griechenlands, geschlossen zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland. London, 6. Juli 1827.

(Martens, S. IX. 282. 465.)

1828. Tractat zwischen dem Vicekönig von Aegypten und dem englischen Admiral Codrington, wegen der Räumung von Morea. Alexandria, 6. August 1828.

(Martens, n. r. VII. 679.)

1832. Tractat über die Constituirung des Königreiches Griechenland, geschlossen zwischen Baiern, Frankreich, Großbritannien und Rußland. London, 7. Mai 1832.

(Martens et Cussy, IV. 339.)

1832. Beschluß des deutschen Bundes über Anerkennung des Prinzen Otto von Baiern als König von Griechenland. Frankfurt, 4. October 1832.

(Martens, S. XV. 482.)

1832. Oesterreichische Verordnung, über die Anerkennung Griechenlands als eines unabhängigen Staates. Wien, 30. October 1832.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1832, Notizenblatt, S. 500. CLXVI.)

1833. Additional-Artikel zum Tractat vom 7. Mai 1832. London, 30. April 1833.

(Martens et Cussy, IV. 342.)

1834. Postvertrag zwischen Oesterreich und Griechenland. 7. März (23. Februar a. St.) 1834.

(Erwähnt im Postvertrag vom 9. December 1850.)

1835. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Griechenland. Athen, 4. März (20. Februar a. St.) 1835; in den Ratificationen ausgewechselt zu Wien am 9. September (28. August a. St.) 1835.

(J. G. S. 1835. Nr. 87. S. 48. — P. G. S. Bd. 63. S. 32. — Martens, S. XVI. 744. XVIII. 92. — Martens et Cussy, IV. 417. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1835, Notizenblatt S. 450.)

1836. Berichtigung einer Stelle im 9. Artikel dieses Vertrages. Athen, 6. Jänner 1836.

(Hofkammer-Decret vom 21. März 1836: J. G. S. 1836. Nr. 133. S. 79.)

1843. Convention zwischen der General-Administration der Post im Königreich Griechenland und der k. k. priv. Lloyd-Gesellschaft in Triest. Athen, $\frac{1}{13}$. April 1843.

(Murhard, n. r. V. 270.)

1844. Denkschrift des Wiener Cabinets an die europäischen Großmächte über die Verhältnisse des Königreichs Griechenland. Wien, 10. October 1844.

(Murhard, n. r. VII. 411.)

1850. Post-Convention zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und dem Königreich Griechenland. Athen, 9. December (27. November a. St.) 1850; (ratificirt zu Wien, 22. Mai 1852; Athen, $\frac{12}{24}$. Juni 1852).

(Reichsgesetzblatt 1851. 64. S. 199. — Verordnungsblatt des k. k. österreichischen Handels-Ministeriums, 1851. I. Bd. S. 95.)

1850. Schifffahrtsvertrag zwischen dem Verwaltungsrathe der Dampfboot-Fahrten des österreichischen Lloyds und der königl-

lich griechiſchen General-Poſtadminiſtration. Athen, 8. December (26. November a. St.) 1850.

(Reichsgeſetzblatt 1851. 64. S. 208. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Miniſteriums, 1851. I. Bd. S. 95.)

Großbritannien

(vereinigtes Königreich Großbritannien: England, Schottland und Irland).

Unter den beiden Georgen und Walpole's langjährigem Miniſterium erhob ſich England zu einer auch für das continentale Gleichgewicht entſcheidenden Macht. Mit Ausnahme des ſiebenjährigen Krieges, in welchem es mit Preußen verbündet war, ſtand es zu Oeſterreich fortwährend in den freundlichſten Beziehungen. Im öſterreichiſchen Erbfolgekriege vermittelte es in Breslau (1741), kämpfte als Garant für die Anerkennung der pragmatiſchen Sanction, mit ſeiner nach dieſem Zwecke benannten „pragmatiſchen" Armee in Deutſchland gegen die Franzoſen, trennte im Wormſer Tractat (1743) Sardinien von Frankreichs Sache, nahm weſentlichen Antheil am Aachner Frieden (1748). Dem bairiſchen Erbfolgekriege blieb es fremd, weil gleichzeitig mit ſeinen nordamerikaniſchen Colonien im ſchweren Kampfe begriffen; aus demſelben Grunde nahm es auch keinen Einfluß auf das Schickſal Polens. Gegen Oeſterreichs und Rußlands Fortſchritte im türkiſchen Kriege (1787 — 1792) ſchloß es eine enge Allianz mit Preußen, das ſeinerſeits mit der Pforte und ebenſo mit Polen ein Bündniß ſchloß, des letzteren neue Verfaſſung vom 3. Mai 1791 garantirend, während England zur See wider Rußland und Preußen zu Land wider Oeſterreich rüſtete. Indeſſen ſtarb Joſef II.; ſein Nachfolger Leopold II. war vor Allem bedacht, der belgiſchen Inſurrection und des Mißvergnügens in Ungarn wegen Frieden zu ſchließen. So kam der Congreß Preußens und der Seemächte (England und Niederlande) mit Oeſterreich zu Reichenbach (1790—1791) zu Stande, in welchem die Grundlage zum Frieden Oeſterreichs mit der Pforte gelegt wurde, welcher am 4. Auguſt 1791 zu Sziſtow unterzeichnet ward. In den Kriegen der erſten franzöſiſchen Revolution (1792 begonnen) ſtand England mit Oeſterreich und ſeinen Verbündeten gegen Frankreich, ſchloß zwar mit dieſem zu Amiens Frieden (1802), der aber nur Ein Jahr dauerte, worauf es wieder mit mehr oder minderem Nachdrucke Oeſterreich in ſeinen Kämpfen wider Frankreich unterſtützte; das gute Einverſtändniß war nur momentan noch, wegen der von Napoleon eingeführten Continental-Sperre (1808) geſtört worden.

Großbritannien nimmt dann an den Reichenbacher Verhandlungen (1813) und an allen Friedensverträgen (1814, 1815) ſowie an den Verhandlungen der Congreſſe zu Wien, Aachen, Troppau, Laibach und Verona Theil (1815—1822); es bekommt die Suprematie über die Joniſchen Inſeln (1815), iſt Mitcontrahent bezüglich der Reverſion von

Parma (1817) und der Territorial-Veränderungen in Deutschland (1819). Ueber die an Oesterreich geleisteten Subsidien stipuliren besondere Verträge (1815, 1823). Später nimmt es mit Oesterreich Theil an den Verhandlungen über die Trennung Belgiens von Holland (1831 — 1839), an der Quadrupel-Allianz wegen Beilegung der orientalischen Angelegenheiten (1840—1841) sowie an den Verhandlungen wegen Unterdrückung des Sclavenhandels (1841—1842) und wegen der dänischen Successions-Frage (1852).

Oesterreich hat überdieß mit Großbritannien besondere Handels- und Schifffahrts-Verträge (1829, 1838, 1839), sowie eine Uebereinkunft wegen der Postbeförderung (1843) abgeschlossen; bezüglich der Erhebung von Pensionen (1820) und der Vermögens-Freizügigkeit (1829), dann hinsichtlich der gerichtlichen Requisitionen, erfolgten besondere Erklärungen und Bekanntmachungen (1829, 1842, 1846); auch besteht eine Uebereinkunft hinsichtlich der Auslieferung desertirter Matrosen (1852).

1741. Subsidien-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und dem König von Großbritannien. Hannover, $\frac{3}{14}$. Juni 1741.

(Martens, S. I. 262.)

1742. Garantie des Breslauer Friedens (s. Preußen) von Seite Großbritanniens. Kensington, 24. Juni 1742.

(Wenck, I. 781.)

1742. Allianz-Tractat zwischen Großbritannien und Preußen, mit der Garantie des zwischen Oesterreich und Preußen geschlossenen Berliner Friedens von Seite Englands (s. Preußen). Westmünster, 18. November 1742.

(Wenck, I. 640.)

1743. Allianz-Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen, dem König von England und dem König von Sardinien. Worms, 13. September 1743.

(Wenck, I. 677.)

1744. Neuer Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen und dem König von Großbritannien...., 11. August 1744.

(Citirt in de Lucca's politischem Codex, T. XI. p. 110.)

1745. Quadrupel-Allianz zwischen der Kaiserin Königin Maria Thresia, dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, Friedrich August, dem König von Großbritannien, Georg II., und den Generalstaaten der vereinigten Niederlande, zur Erhaltung der Ruhe in Europa. Warschau, 8. Jänner 1745.

(Wenck, II. 171.)

1745. Erklärung des Königs von Polen, Churfürsten von Sachsen, bei Auswechslung der Ratificirungen des vorgedachten Warschauer Tractats. Dresden, 15. März 1845.

(Martens, S. III. 24.)

1745. Frieden zu Dresden (s. Preußen).

1748. Tractat definitiver Allianz zwischen der Kaiserin Königin, den Königen von Großbritannien und Sardinien und den vereinigten Provinzen der Niederlande, wegen des Krieges wider Frankreich. Haag, 26. Jänner 1748.

(Wenck, II. 410.)

1748. Friedensschluß zu Aachen (s. Frankreich).

1748. Besondere Convention zwischen der Kaiserin Königin und dem Könige von Großbritannien über den Vollzug des Aachner Friedens. Aachen, 24. October 1748.

(Wenck, II. 361.)

1750. Garantie zu dem Dresdner Frieden (s. Preußen) von Seite Großbritanniens. Herrnhausen, 14. Juli 1750.

(Wenck, II. 527.)

1750. Convention zwischen den beiden Seemächten (England und Niederlande), dem Hofe von Wien und dem Churfürsten von Baiern, wegen Mirandola und Concordia. Hannover, 22. August 1750.

(Wenck, II. 461.)

1750. Beitritt des Königs von Großbritannien zum Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Rußland, vom Jahre 1746 (s. Rußland). Petersburg, 30. October 1750.

(Grundriß der europäischen Staatshändel, von Fr. v. Martens, S. 241. — Martens, S. III. 26.)

1751. Garantie Englands zu dem Dresdner Frieden vom 25. December 1745 (s. Preußen).

(Pölitz, S. 265.)

1790. Erklärung der bevollmächtigten Minister des Königs von Ungarn und Böhmen, Leopold II., und des Königs von Preußen, wegen Vermittlung eines Friedensschlusses mit der ottomanischen Pforte, dann Erklärung des k. preußischen Ministers, bezüglich der österreichisch-belgischen Länder. Reichenbach, 27. Juli 1790.

(Martens, III. 170—174.)

1790. Ratification des Kaisers Leopold II. zu der Reichenbacher Erklärung, in Betreff der österreichisch-belgischen Provinzen. Wien, 1. August 1790.

(Martens, IV. 566.)

1790. Desgleichen in Betreff des Friedens mit der Pforte. Wien, 2. Auguſt 1790.
(Martens, IV. 465.)

1790. Ratification des Königs von Preußen zu den vorbemeldeten Reichenbacher Erklärungen. Schönwalde in Schleſien, 5. Auguſt 1790.
(Martens, IV. 568.)

1790. Garantie der Seemächte (Großbritannien und Holland) zu vorſtehenden Erklärungen. Reichenbach, 27. Juli 1790.
(Martens, IV. 568).

1790. Beſchluß der niederländiſchen Generalſtaaten, über die Reichenbacher Convention. Haag, 23. Auguſt 1790.
(Martens, IV. 569.)

1790. Convention zwiſchen den bevollmächtigten Miniſtern des Kaiſers Leopold II., der Könige von Großbritannien und von Preußen und den niederländiſchen Generalſtaaten. Haag, 10 December 1790 (wurde nicht ratificirt).
(Martens, III. 342; V. Table, p. 61.)

1791. Siſtower Friedens-Tractat zwiſchen dem Kaiſer und der ottomaniſchen Pforte, unter Vermittlung Großbritanniens, Preußens und der niederländiſchen Generalſtaaten (ſ. Türkei).

1793. Convention zwiſchen dem Sr. Majeſtät Kaiſer Franz II. und dem König von England, ihre gemeinſchaftliche Kriegführung gegen Frankreich betreffend. London, 30. Auguſt 1793.
(Martens, V. 171.)

1795. Convention zwiſchen denſelben, über die Eröffnung eines Anleihens von Seite Oeſterreichs zur Fortſetzung des Krieges gegen Frankreich. Wien, 4. Mai 1795.
(Martens, VI. 509).

1795. Allianz-Tractat zwiſchen dem römiſchen Kaiſer und dem König von England. Wien, 20. Mai 1795.
(Martens, VI. 522.)

1795. Tripel-Allianz zwiſchen Oeſterreich, Rußland und Großbritannien. . . . ., 28. September 1795.
(Martens, guide ꝛc. I. 622.)

1800. Convention über die Räumung von Genua (ſ. Frankreich).

1800. Convention zwiſchen dem Kaiſer, König von Ungarn und Böhmen, und dem König von Großbritannien, wegen eines Anleihens von zwei Millionen Pfund Sterling. Wien, 20. Juni 1800.
(Martens, VII. 387.)

1802. Friedens-Tractat zwischen Großbritannien einerseits und Frankreich, Spanien und der batavischen Republik (Holland) andererseits. Amiens, 27. März 1802 (nebst Accession der ottomanischen Pforte, vom 13. Mai 1802).

(Martens et Cussy, II. 271.)

1803. Kriegserklärung Großbritanniens an Frankreich. ....., 18. März 1803.

(Pölitz, S. 326.)

1803. Neutralitäts-Erklärung Oesterreichs (s. Frankreich).

1805. Beitritt Oesterreichs zu der zwischen Großbritannien und Rußland gegen Frankreich abgeschlossenen Convention von Petersburg, 20. März (11. April a. St.) 1805. Petersburg, 28. Juli (9. August a. St.) 1805.

(Martens, S. IV. 160, 169—177.)

1808. Erklärung des österreichischen Hofes über sein Zerwürfniß mit Großbritannien. Wien, 18. Februar 1808.

(Martens, S. V. 608. — Moniteur universel, 1808. Nr. 66. p. 261.)

1813. Präliminar-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Großbritannien gegen Frankreich. Teplitz, 3. October 1813.

(P. G. S. Bd. 41. S. 81. — Martens, S. V. 607.)

1813. Convention zwischen Oesterreich, Rußland, Preußen, Großbritannien und Schweden, über die Mittel der Kriegführung gegen Frankreich. Leipzig, 21. October 1813.

(Martens, S. V. 615.)

1813. Verhandlungen wegen des Krieges wider Frankreich, geschlossen in Reichenbach (s. Preußen).

1814—1815. Allianz der verbündeten Mächte gegen Napoleon Bonaparte, erster Pariser Frieden und Verhandlungen des Wiener Congresses (s. Deutschland und Frankreich).

1814. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Rußland und Preußen. Chaumont, 1. März 1814.

(Martens, S. V. 683.)

1814. Erklärung der verbündeten Mächte über die feierliche Bestätigung ihrer Allianz, aus Anlaß des Bruches der in Chatillon anhängigen Verhandlungen. Vitry, 25. März 1814.

(Martens, S. V. 688.)

1814. Convention zwischen Oesterreich, Großbritannien,

Rußland und Preußen, wegen Erhaltung ihrer Heere auf dem Kriegsfuß, mit Rücksicht auf die Tractate von Chaumont und Paris. London, 29. Juni 1814.

(Martens, S. VI. 40.)

1815. Geheimer Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien und Frankreich (s. dieses).

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Rußland und Preußen, zur Aufrechthaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814. Wien, 25. März 1815 *).

(Martens, S. VI. 112. — Murhard, I. 430.)

1815. Besondere Erklärung Großbritanniens über den Wiener Allianz-Tractat vom 25. März 1815. London, 23. April 1815.

(Martens, S. VI. 116.)

1815. Zusatz-Convention zu dem Wiener Allianz-Tractate vom 25. März 1815, die von Großbritannien an Oesterreich, Rußland und Preußen zu leistenden Subsidien betreffend. Wien, 30. April 1815.

(Martens, S. VI. 121.)

1815. Gegenerklärung Oesterreichs, Rußlands und Preußens auf die großbritannische Erklärung vom 25. April 1815. Wien, 9. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 118.)

1815. Conferenz der Bevollmächtigten Oesterreichs, Großbritanniens, Frankreichs, Preußens und Rußlands, über die bezüglich der jonischen Inseln zu treffende Verfügung. Wien, 4. Juni 1815.

(Murhard, S. V. 499.)

1815. Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Großbritannien, Oesterreich, Rußland und Preußen, wegen Verwahrung Napoleons durch die englische Regierung unter Aufsicht von österreichischen, russischen und preußischen Commissären. Paris, 2. August 1815.

1815. Convention zwischen denselben, wegen Bestimmung über die jonischen Inseln (s. diese).

1815. Zweiter Pariser Frieden und dießfällige Verhandlungen (s. Frankreich).

---

*) Die dießfälligen Acten, dann die Beitrittserklärungen Hannovers, Portugals, Sardiniens, Baierns u. a. m. sehe man bei Martens, S. VI. 112. 156. 170. 666. — Acten des Wiener Congresses, Heft I.)

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien Rußland und Preußen, wegen Vollzuges des zweiten Pariser Friedens. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI. 734.)

1817. Tractat über die Reversion von Parma u. s. w. (s. Spanien).

1818. Aachner Congreß (s. Frankreich).

1819. Französische Entschädigung (s. Frankreich).

1819. Frankfurter Territorial-Receß, geschlossen zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland (s. Deutschland).

1820. Oesterreichische Kundmachung über die Erfordernisse zur Erlangung der Gebühren von Seite der aus königlich englischen Diensten Entlassenen.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. December 1820: P. G. S. Bd. 48. S. 492.)

1820 — 1822. Neapolitanische und sardinische Revolution. Congreß in Troppau und Laibach (s. Sicilien und Sardinien), spanische Revolution, Congreß in Verona (s. Spanien).

1823. Convention zwischen Oesterreich und Großbritannien, wegen definitiver Berichtigung des von Oesterreich an Großbritannien schuldigen Anleihens. Wien, 17. November 1823.

(Martens, S. X. 377. — Martens et Cussy, III. 576.)

1829. Englische Ministerial-Erklärung über die im vereinigten Königreiche Großbritannien bestehende Vermögens-Freizügigkeit. London, 14. April 1829.

(Meine „Behandlung der Ausländer", S. 66.)

1829. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Großbritannien. London, 21. December 1829 (ratificirt am 26. Februar 1830).

(Martens, S. XII. 400. — P. G. S. Bd. 57. S. 761.)

1830. Ausdehnung dieses Tractats auf die auswärtigen brittischen Besitzungen. London, 7. April; Wien, 23. Juli 1830.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 11. August 1830: P. G. S. Bd. 58. S. 189.)

1831. Londoner Conferenz wegen Belgien und Holland (s. Belgien und Niederlande).

1838. Erneuerter Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Großbritannien. Wien, 3. Juli 1838 (die Ratificationen ausgewechselt in Mailand, 14. September 1838, wobei einige Stellen des Tractates näher bestimmt wurden).

(Hofkanzlei-Decret vom 28. October 1838: J. G. S. 1838. Nr. 301. S. 280. — P. G. S. Bd. 66. S. 416. — Martens, S. XIX. 627. — Martens et Cussy, IV. 325.)

1839. Erforderniſſe zur Einfuhr öſterreichiſcher Erzeugniſſe nach Großbritannien und den übrigen britiſchen Beſitzungen auf öſterreichiſchen Schiffen, auch dann, wenn deren Ausfuhr im Norden auf der Elbe ſtatt fand — in Gemäßheit des Handels-Tractats von 1838.

(Hofkammer-Präſidial-Decret vom 21. März 1839: P. G. S. Bd. 67. S. 54.)

1840. Quadrupel-Allianz zwiſchen Oeſterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerſeits, und der ottomaniſchen Pforte andererſeits, wegen Pacificirung der Levante und Beilegung der Differenzen mit dem Vicekönig von Egypten. London, 15. Juli 1840 (die Ratificirungen ausgewechſelt in London, 15. September 1840).

(Murhard, n. r. I. 156. 538, dann 164 bis 206; II. 127. — Martens et Cussy, V. 42.)

1841. Conferenz der Bevollmächtigten Oeſterreichs, Großbritanniens, Preußens, Rußlands und der ottomaniſchen Pforte, über die orientaliſchen Angelegenheiten. London, 10. Juli 1841.

(Murhard, n. r. II. 126.)

1841. Convention zwiſchen Oeſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerſeits, und der ottomaniſchen Pforte andererſeits, wegen Feſthaltung des Grundſatzes, daß den fremden Kriegsſchiffen in Friedenszeiten die Durchfahrt durch die Meerengen der Dardanellen und des Bosporus unterſagt ſein ſoll. London, 13. Juli 1841.

(Murhard, n. r. II. 128.)

1841. Tractat zwiſchen Oeſterreich, Frankreich*), Großbritannien, Preußen und Rußland, wegen Unterdrückung des Sclavenhandels. London, 20. December 1841.

(P. G. S. 71. Bd. S. 63. — J. G. S. 1841. Nr. 578. S. 658. — Murhard, n. r. II. 392, 508.)

1842. Oeſterreichiſche Kundmachung über die nach der britiſchen Gerichtsverfaſſung dortlands einzuleitende Vollſtreckung eines Urtheils. Wien, 31. Jänner 1842.

(J. G. S. 1842. Nr. 595. S. 8.)

1843. Uebereinkunft wegen Aufhebung des Grenz-Frankaturzwanges bezüglich der Correſpondenz zwiſchen Oeſterreich, Frank-

*) Die Ratificationen wurden nur zwiſchen Oeſterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland ausgewechſelt (in London am 24. Jänner 1842), weil Frankreich von dieſem Tractate zurücktrat. — Den Beitritt Belgiens (24. Februar 1848) ſ. man oben bei Belgien, S. 33.

reich, Großbritannien und den englischen Besitzungen und Colonien. Paris, 30. November 1843.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 20. Jänner 1844: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1844, Notizenblatt, S 137. Nr. 81.)

1844. Correspondenz zwischen dem österreichischen und dem großbritannischen Ministerium, bezüglich des türkischen Zolltarifs (s. Türkei).

1846. Kundmachung über die Ausführbarkeit der Requisitionen österreichischer Gerichtsbehörden im Königreich Großbritannien. Wien, 10. December 1846.

(Justiz-Hofdecret vom 10. December 1846: J. G. S. 1846. Nr. 1008. S. 394.)

1852. Königlich großbritannischer geheimer Rathsbefehl, bezüglich der Auslieferung der von österreichischen Handelsschiffen in englischen Häfen entweichenden Matrosen und reciproke österreichische Verfügung. London, 16. October; Wien, 28. November 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 254. S. 1116.)

1852. Tractat wegen der Succession in Dänemark (s. dieses).

Hamburg

(freie Stadt).

Die ehemalige freie Reichs- und Hansestadt Hamburg, im Reichs-Deputations-Recesse (1803) als freie und unmittelbare Reichsstadt anerkannt, wurde nach der Auflösung des deutschen Reiches (1806) durch ein Decret Napoleons vom 28. August 1811 dem französischen Kaiserreiche einverleibt, als Hansestadt des Departement der Elbemündung. Im Jahr 1813 kämpfte sich Hamburg von der französischen Herrschaft los und trat der großen Allianz und später dem deutschen Bunde bei (1815). Mit Oesterreich contrahirte es bezüglich der Elbeschifffahrt (1821, 1844, 1845, 1851). Es erließ übrigens noch besondere Kundmachungen wegen des Auferns in der Elbe (1842), sowie über die Vermögens-Freizügigkeit (1843), und gehört zu den Staaten, wo die fürstlich Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung besteht, mit welcher Oesterreich einen Postvertrag abgeschlossen hat (1845); auch ist es dem deutsch-österreichischen Postvereine beigetreten (1851).

1803. Entschädigung der Stadt Hamburg durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Senats der Stadt Hamburg zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1823. Rathsbeschluß des Hamburger Senats, über die in Hamburg stattgefundene Aufhebung der Auswandererſteuer und der Nachsteuer gegen alle Staaten, die eine Reciprocität beobachten. Hamburg, 16. Juni 1823.

(Hofkanzlei-Präsidial-Eröffnung vom 12. August 1823: Linden, S. 65. — Meine „Behandlung der Ausländer.")

1824. Ergänzende Bestimmungen zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1842. Mandat der Hamburger Rathsversammlung gegen das Ankern von Fahrzeugen im Fahrwasser der Elbe ꝛc. auf Hamburg'schem Gebiete nahe oberhalb Altona, als Erneuerung der Mandate vom 25. Juli 1821 und 26. Mai 1824. Hamburg, 6. Juni 1842.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1842, Notizenblatt S. 393.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1851. Beitritt der freien Stadt Hamburg zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland). Wien, 22. Jänner 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. I. Bd. S. 55; 1852. I. Bd. S. 106.)

1851—1852. Dritte Elbeschifffahrts-Revision (s. Preußen).

Hannover

(Königreich).

Das dermalige Königreich (früher und zwar seit 1692 Churfürstenthum) Hannover besteht aus verschiedenen nach und nach zusammengebrachten Gebietstheilen, welche sich im Besitze der jüngeren Linie des Hauses Braunschweig, der Braunschweig-Lüneburg'schen Linie, befinden (s. Braunschweig, S. 35). Den Königstitel nahm der Churfürst von Braunschweig-Lüneburg (zugleich König von Großbritannien und Irland) nach Beendigung des französischen Krieges (1814) an.

Seit der Churfürst von Hannover Georg I. auf den Thron Englands berufen ward, ist Hannover während der Dauer seiner Personal-Union mit England (durch 123 Jahre, von 1714 bis 1837) in des letzteren Politik ver-

flochten, und in allen Kriegen mit Frankreich für dieses der erste Angriffspunct und oft willkommene Beute gewesen. Von 1800 bis 1805 abwechselnd durch Preußen und Frankreich besetzt, ward, — nachdem es durch den Reichs-Deputations-Receß (1803) mit der Erwerbung des Bisthums Osnabrück vergrößert worden war, — dessen südliches Gebiet dem neugeschaffenen Königreich Westphalen einverleibt (1807) und das nördliche mit dem französischen Kaiserreich vereinigt (1811), beides jedoch in Folge der Kriegsereignisse von 1813—1815 (mit Hildesheim und Ostfriesland vergrößert) seinem legitimen Souverän zurückgegeben, welcher der großen Allianz wider Frankreich und dem deutschen Bunde beitrat (1815). Nach dem kinderlosen Tode des Königs Georg IV. von England und Hannover hörte die Personal-Union zwischen beiden Königreichen auf (1837), indem in England zu Folge der cognatischen Erbfolge Königin Victoria, in Hannover aber, wo die gemischte Erbfolge besteht, ihr Oheim Ernst August auf dem Throne folgte.

Zwischen Oesterreich und Hannover bestehen, außer allgemeinen Stipulationen bezüglich der Elbe-Schifffahrt (1821, 1844, 1846, 1851, 1858) und der Post (1844, 1851), noch besondere Uebereinkommen in Betreff der See-Schifffahrt (1832) und der Vermögens-Freizügigkeit (1837, 1853). Auch gehört Hannover zu den Mit-Contrahenten des österreichisch-preußischen Zollvertrages (1853) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853).

1803. Entschädigung Sr. Majestät des Königs von England als Churfürsten von Braunschweig, im Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1814. Note des hannoveranischen Ministers an den Congreß zu Wien mit der Eröffnung, daß der Churfürst von Braunschweig-Lüneburg den Titel eines Königs von Hannover angenommen hat. Wien, 12. October 1814.

(Klüber, I. 64, 65.)

1815. Beitritt des Königs von Hannover zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 7. April 1815.

(Martens, S. VI. 124.)

1815. Beitritt Hannovers zu dem Allianz-Tractate zwischen Oesterreich, England und Frankreich vom 3. Jänner 1815, wegen Aufrechthaltung des Pariser Friedens (s. Frankreich).

1815. Wiener Congreß-Acte mit den Bestimmungen über die Errichtung und die Bestandtheile des Königreiches Hannover, und deutsche Bundes-Acte (s. Deutschland).

1821. Elbe-Schifffahrts-Acte (s. Preußen).

1832. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Hannover,

wegen Gleichstellung der beiderseitigen Flaggen in den Häfen beider Staaten. Hannover, 7. Mai; Wien, 19. Mai 1832.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 23. Mai 1832: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1832, Notizenblatt S. 251.)

1837. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Hannover, wegen Ausdehnung der bundesmäßigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen der österreichischen Monarchie. Hannover, 26. April; Wien, 20. Mai 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Juli 1837: J. G. S. 1837. Nr. 213. S. 134. — P. G. S. Bd. 65. S. 428. — Murhard, n. r. II. 546. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1837, Notizenblatt S. 285.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Staaten;

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte vom Jahre 1821;

1844. dießfällige Elbezoll-Ermäßigungen (s. Preußen).

1844. Uebereinkunft zwischen der königlich sächsischen und der königlich hannover'schen Regierung, wodurch eine vollständige Frankirungsfreiheit für die Briefe aus den k. k. österreichischen Staaten nach dem Königreiche Hannover ermöglicht wird. Hannover, 25. April 1844.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 18. October 1844: P. G. S. Bd. 72. S. 249. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt S. 76. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung. 4. Bd. S. 318.)

1846. Kundmachung über die Elbezoll-Richter u. s. w., dann

1846. Kundmachung über Rhederei und Schifferbefugnisse bei der Elbeschifffahrt (s. Preußen).

1851. Beitritt Hannovers zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. Bd. S. 271.)

1851. Dritte Elbeschifffahrts-Revision;

1852. Elbezoll-Ermäßigungen (s. Preußen).

1853. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Hannover wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auf Ungarn, Croatien, Slavonien, Siebenbürgen, die Woywodschaft Serbien und das Temeser Banat. Hannover, 24. Mai; Wien, 23. Juni 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 149. S. 83.)

1853. Beitritt Hannovers zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen).
(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Hessen-Cassel

(oder Chur-Hessen).

Die Besitzungen des hessischen Fürstenhauses sind gegenwärtig in drei selbstständige Staaten getrennt: Chur-Hessen (Hessen-Cassel), Großherzogthum Hessen (Hessen-Darmstadt) und Landgrafschaft Hessen-Homburg.

Im österreichischen Erbfolgekriege (1741—1745) hielt der Landgraf von Hessen-Cassel, welcher durch seine Verehelichung mit Ulrike, Schwester Carl des XII., auch König von Schweden geworden war, mit Baiern wider Oesterreich. Während der Napoleonischen Epoche wurde Hessen-Cassel, welches in Folge des Reichs-Deputations-Recesses die Churwürde erlangt hatte (1803), in Gemäßheit des Tilsiter Friedens dem Königreich Westphalen einverleibt (1807) mit Ausnahme der Grafschaft Hanau, die zum Großherzogthum Frankfurt geschlagen wurde. Nachdem der Churfürst der großen Allianz wider Napoleon beigetreten war (1813), erhielt er sein Land wieder (noch durch Fulda vergrößert) und nahm den Titel königliche Hoheit an (1815). Die durch diese politische Veränderungen nöthig gewordene Regulirung des Staatsschuldenwesens wurde durch besondere Verträge normirt (1814; 1828).

Mit Oesterreich insbesondere hat Chur-Hessen einen Vertrag zur Einführung einer gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit abgeschlossen (1837); auch wurden in beiden Ländern eigene Verordnungen in Betreff der wandernden Handwerksburschen (1830) und der Schüblinge (1837) kundgemacht; endlich gehört Chur-Hessen zum Gebiete der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Post-Administration (1843) und ist dem österreichisch-deutschen Postvereine (1851) und dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853), sowie der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) beigetreten.

1742. Allianz-Vertrag zwischen dem Kaiser Carl VII. und dem Könige Friedrich von Schweden, als Landgrafen von Hessen-Cassel, nebst vier geheimen Artikeln. Frankfurt am Main, 2. März 1742.
(Aretin, Anhang Nr. 74. — Koch, table etc. I. 349.)

1744. Allianz-Vertrag zwischen Kaiser Carl VII., dem Könige von Preußen, als Churfürsten von Brandenburg, dem Churfürsten von der Pfalz und dem Könige von Schweden, als Landgraf von Hessen-

Caſſel. Frankfurt am Main, 22. Mai 1744 (gewöhnlich die Frankfurter Union genannt).

(Wenck, II. 163. — Koch, I. 391.)

1744. Beitritt Frankreichs hierzu.

(Koch, I. 389. 391.)

1744. Separat- und geheimer Artikel hierzu, dann Garantie Frankreichs.

(S. Aretin, S. 65.)

1763. Beitritt Heſſen-Caſſels zu dem Hubertsburger Frieden (ſ. Preußen).

1795. Friedens-Tractat zwiſchen dem Landgrafen von Heſſen-Caſſel und der franzöſiſchen Republik. Baſel, 28. Auguſt 1795 (ſ. Preußen).

(Martens, VI. 548.)

1803. Entſchädigung des Landgrafen von Heſſen-Caſſel durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (ſ. Deutſchland).

1807. Conſtitution für das aus mehreren mitteldeutſchen Gebieten *) vom Kaiſer Napoleon gebildete Königreich Weſtphalen. Fontainebleau, 15. November 1807.

(Meyer, I. 130. — Winkopps Zeitſchrift: der „Rheiniſche Bund". 12. Heft. S. 474.)

1807. Beitritt des Königreichs Weſtphalen zum Rheinbunde (ſ. Frankreich).

(Meyer, I. 130. — Winkopp a. a. O.)

1809. Kaiſerlich öſterreichiſche Verordnung, wegen Verhängung des Sequeſters gegen das Vermögen des Königs von Weſtphalen und ſeiner Unterthanen, als Retorſions-Maßregel. Wien, 17. April 1809.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1809: P. G. S. Bd. 32. S. 98.)

1810. Convention zwiſchen dem Kaiſer von Oeſterreich und dem Kaiſer der Franzoſen, wegen Aufhebung des Sequeſters in den rheiniſchen Bundesſtaaten (ſ. Frankreich).

1813. Tractat zwiſchen dem Kaiſer von Oeſterreich und ſeinen Alliirten einerſeits und dem Churfürſten von Heſſen, über den Beitritt des letzteren zur großen Allianz gegen Frankreich. Frankfurt, 2. December 1813.

(Martens, S. V. 651).

1814. Convention zwiſchen Sr. churfürſtlichen Durchlaucht von Heſſen und dem Central-Adminiſtrations-Departement für die

*) Die Staaten, aus denen das Königreich Weſtphalen zuſammengeſetzt wurde, ſind in dem Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1809 angegeben: P. G. S. Bd. 32. S. 100.

eroberten Länder, Namens der hohen alliirten Mächte, zur Feststellung der Normal-Grundsätze, nach welchen die zwischen der Grafschaft Hanau und dem ehemaligen Großherzogthume Frankfurt gemeinschaftlichen Interessen in Betreff der Staatsschulden und Staatsdiener auseinander gesetzt werden sollen. Cassel, 14. März 1814.

(Martens, S. VII. 299.)

1815. Beitritt des Churfürsten von Hessen zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1815. Note der Bevollmächtigten des Churfürsten von Hessen an den Wiener Congreß, über die Beibehaltung des churfürstlichen Titels und die Annahme des Titels: „Königliche Hoheit." Wien, 28. April 1815.

(Klüber, VI. 201.)

1815. Artikel über die Flußschifffahrt. — XVI. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Territorial-Abtretungs- und Austauschvertrag zwischen dem König von Preußen und dem Churfürsten von Hessen. Cassel, 16. October 1815.

(Martens, S. VII. 331.)

1828. Hauptvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern, Churhessen und Frankfurt, über die Ausgleichung der großherzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departemental-Lasten (s. Frankfurt).

1830. Kundmachung einer churhessischen Verordnung über den Eintritt der ausländischen Handwerksburschen nach Churhessen und deren Aufenthalt daselbst. Prag, 8. Juli 1830.

(Gubernial-Verordnung in Böhmen am 8. Juli 1830. Z. 21.845: böhmische Prov. Ges. Sammlung, Bd. 1830. S. 450. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 335.)

1837. Verordnung über die Modalitäten bei Abschiebung churhessischer Unterthanen aus Oesterreich. Wien, 15. Mai 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Mai 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 165. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 360.)

1837. Convention zwischen Oesterreich und Churhessen, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Wien, 17. September; Cassel, 5. October 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 5. November 1837: J. G. S. 1837. Nr. 241. S. 159. — P. G. S. Bd. 65. S. 517. — Martens, S. XVIII. 302. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1837, Notizenblatt S. 405.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt Churhessens zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums. 1851, IV. Bd. S. 508.)

1853. Beitritt Churhessens zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (auch als Mitglied des thüring'schen Zollvereins) (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Hessen-Darmstadt

(Großherzogthum Hessen, auch Hessen bei Rhein).

Der Landgraf von Hessen-Darmstadt stellte im französischen Revolutionskriege (1793) ein besonderes Contingent, nahm an der durch den Reichs-Deputations-Receß (1803) festgesetzten Entschädigung Theil und gehört zu den dem Rheinbunde beigetretenen Fürsten, welche den Titel Großherzog annahmen (1806). In der Folge trat der Großherzog der Allianz wider Napoleon bei (1813, 1815). Die Territorial-Verhältnisse seines Landes, dann die Angelegenheiten der Bundesfestung Mainz wurden durch mehrere Conventionen geregelt (1815, 1816, 1817, 1819).

Zwischen Oesterreich und dem Großherzogthum Hessen besteht ein besonderes Uebereinkommen bezüglich der gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit (1837), der Zustellung von Gerichts-Acten (1819, 1837) und der Verpflegung erkrankter unbemittelter Unterthanen (1840); das Großherzogthum Hessen ist auch dem österreichisch-preußischen Zollvertrage und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) beigetreten. Die Post wird auch im Großherzogthum Hessen von der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Post-Administration verwaltet (1843, 1851).

1793. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Franz II. und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, die gegen Frankreich zu liefernden Subsidien betreffend. Wien, 17. September 1793.

(Martens, V. 176.)

1803. Entschädigung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt durch den Reichs-Deputations-Haupt-Receß (s. Deutschland).

1806. Beitritt des Landgrafen von Hessen-Darmstadt zum Rheinbunde (s. Deutschland).

1813. Convention zwischen Oesterreich und dessen Alliirten einerseits und dem Großherzogthum Hessen andererseits, wegen

von diesem zu leistenden Truppenbeitrages. Dörnigheim, 2. November 1813.

(Martens, S. VI. 96.)

1813. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich (auch in simili zwischen dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen) einerseits und dem Großherzog von Hessen andererseits, wegen Beitritt des letzteren zur großen Allianz gegen Frankreich. Frankfurt, 23. November 1813.

(Martens, S. IV. 97.)

1815. Beitritt des Großherzogs von Hessen zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 23. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 148.)

1815. Vertrag in Betreff der Besitzungen des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Bestimmungen über die Territorial-Verhältnisse des Großherzogthums Hessen, in der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und dem Großherzog von Hessen andererseits, bezüglich der Abtretung des Herzogthums Westphalen. Wien, 10. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 459. — Martens et Cussy, III. 191.)

1816. Territorial-Tractat zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und dem Großherzogthum Hessen andererseits; dann Protocoll der österreichischen, preußischen und hessischen Commissäre, in Betreff der Festung Mainz, in Folge des vorstehenden Tractates (s. Preußen).

1817. Militär-Convention zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich der Besatzung in Mainz (s. Preußen).

1819. Frankfurter Territorial-Receß (s. Deutschland).

1819. Bestimmungen hinsichtlich der ämtlichen Correspondenzen zwischen den österreichischen und großherzoglich hessischen Gerichtsbehörden. Wien, 27. Mai 1819.

(Hof-Decret vom 19. Juni 1819: J. G. S. 1819. Nr. 1571. S. 92.)

1837. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und der großherzoglich hessischen Regierung, wegen Ausdehnung der gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Darmstadt, 23. Mai; Wien, 29. August 1837.

(Mil. Ges. Samml. 1838. Nr. 2. S. 4. — P. G. S. Bd. 65. S. 521. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1837, Notizenblatt S. 406.)

1837. Bestimmungen hinsichtlich der Zustellung von Gerichts-Acten nach Rhein-Hessen. Wien, 9. Juni 1837.

(Hof-Decret vom 18. Juli 1837: J. G. S. 1837. Nr. 214. S. 159).

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Großherzogthum Hessen, wegen Verpflegskosten-Bestreitung für die gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 345.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt des Großherzogthums Hessen-Darmstadt zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des kaiserlichen Handels-Ministeriums, 1851. III. Bd. S. 504.)

1853. Beitritt des Großherzogthums Hessen zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Hessen-Homburg

(Landgrafschaft).

Hessen-Homburg ist eine Nebenlinie von Hessen-Darmstadt. Von dem Großherzogthume Hessen, welches die im Reichs-Deputations-Recesse (1803) bestimmten Entschädigungen unter der Bedingung erhielt, die Deputatgelder der Landgrafen von Hessen-Homburg wenigstens um den vierten Theil zu vermehren, und mit welchem die Landgrafschaft Hessen-Homburg durch die Rheinbund-Acte vereinigt wurde (1806), ward es laut der Wiener Congreß-Acte wieder getrennt, da diese den Landgrafen von Hessen-Homburg mit Souveränität in seine Besitzungen wieder einsetzte (1815), der sodann durch Bundesbeschluß vom 7. Juli 1817 in den deutschen Bund aufgenommen wurde (Meyer, II. 71).

Mit Oesterreich hat Hessen-Homburg keinen besonderen Staatsvertrag geschlossen, doch wird dieses mittelbar durch die österreichisch-deutschen Postverträge (1843, 1851) berührt (s. Bremen), auch finden die Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf das Amt Homburg und das Oberamt Meisenheim ihre Anwendung (Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117).

Jonische Inseln

(Freistaat).

Nach dem Sturze Venedigs (1797) kamen die Jonischen Inseln während der französischen Revolutionskriege abwechselnd unter französische, türkische, russische und englische Botmäßigkeit, bis sie bei Wiederherstellung des Friedens unter dem Namen der vereinigten Staaten der jonischen Inseln für einen unabhängigen, aber unter den Schutze Englands gestellten Staat erklärt wurden (1815). Oesterreich hat bezüglich dieser Inseln die Zulassung der Vermögens-Freizügigkeit ausgesprochen (1827) und die Frankirungsfreiheit zu Stande gebracht (1844).

1815. Conferenzen der Großmächte bezüglich der Jonischen Inseln (s. Großbritannien).

1815. Convention zwischen Oesterreich, Rußland, England und Preußen, in Bezug auf die sieben Jonischen Inseln. Paris, 5. November 1815.

(P. G. S. Bd. 43. S. 354. — Martens, S. VI. 663.)

1827. Uebereinkommen wegen abzugsfreier Erfolglassung der Verlassenschaften aus Oesterreich nach den Jonischen Inseln, und umgekehrt.

(Hofkanzleidecret vom 4. März 1827: J. G. S. 1827. Nr. 2263. S. 71. — P. G. S. Bd. 55. S. 36.)

1844. Aufhebung des Frankaturzwanges bei der Correspondenz aus den Staaten der österreichischen Monarchie nach den Jonischen Inseln. Wien, 26. Juni 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. S. 270.)

Kirchenstaat.

Die Verhältnisse Oesterreichs in Italien veranlaßten unter Maria Theresia verschiedene Uebereinkommen mit dem Papste (1751, 1757, 1768); später riefen die von ihrem Nachfolger unternommenen kirchlichen Reformen mehrfache Erörterungen mit dem heiligen Vater hervor (1781—1782). Nach den Umwälzungen der Epoche der französischen Zwangsherrschaft (1797—1814) wurden auf dem Wiener Congresse auch über die Wiederherstellung der politischen Verhältnisse des Kirchenstaates Bestimmungen festgesetzt und dabei der österreichischen Regierung das Besatzungrecht in Ferrara und Commachio vorbehalten, sowie derselben der am linken Po-Ufer gelegene Theil der Legation Ferrara abgetreten (1815). Die Anordnungen der Wiener Congreß-Acte haben jedoch, insoweit es sich um die Rechte der katholischen Kirche handelt, die Genehmigung des Papstes nicht erhalten (1815).

Die freundlichen Beziehungen der päbstlichen zur österreichischen Regierung

als der ersten Schutzmacht des Katholicismus, wurden nur kurze Zeit durch den Ausbruch der Revolution (1848) unterbrochen, welche das Einrücken der kaiserlichen Truppen in die Legationen und deren noch fortdauernde Occupation zur Folge hatte. Seit der Wiederherstellung des Friedens haben neue wichtige Uebereinkünfte das gegenseitige Einverständniß bekräftigt, von dem auch schon frühere Conventionen Kunde geben. Es sind dieß die Uebereinkünfte über die Portofreiheit (1822), die Auslieferung der Deserteure (1821, 1832), die Verhinderung des Nachdruckes (1840), die Freigebung der Schifffahrt auf dem Po (1850), der Abschluß eines austro-italienischen Eisenbahn- (1851) und Postvereines (1852). Bemerkenswerth sind noch die Kundmachungen bezüglich der Correspondenz der Justizbehörden (1817, 1822), der Execution der gerichtlichen Erkenntnisse (1830) und der gemischten Ehen (1841, 1842, 1843). In neuester Zeit ist in der inneren Gesetzgebung Oesterreichs von der früheren Beaufsichtigung der katholischen Kirche durch den Staat, zu deren Durchführung in Partesachen ein eigener kaiserlicher Agent in Rom bestimmt war (1807, 1814, 1817, 1823), abgegangen worden (1850). Eine eigene Verordnung bestimmte die militärische Salutirung der Cardinäle (1853).

1751. Bulle des Papstes Benedict XIV. mit Bestätigung der Convention zwischen der Kaiserin Königin Maria Theresia und der Republik Venedig, in Betreff der Aufhebung des Patriarchats von Aquileja und Errichtung der Bisthümer in Udine und Görz. Rom, 6. Juli 1751.

(Wenck, II. 506.)

1752. Tractat zwischen Oesterreich, als Besitzer von Mantua, und dem Papste.

(Citirt im Handelsvertrag von 1757.)

1757. Handelsvertrag zwischen der Kaiserin Königin, Herzogin von Mailand und Mantua, und dem Papste Benedict XIV. Mailand, 30. November; Rom, 7. December 1757.

(Martens, S. II. 76.)

1757. Concordat zwischen der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand, und dem heiligen Stuhle, über die Exemtion der geistlichen Güter. Rom, 10. December; Mailand, 17. December 1757.

(Martens, S. II. 82.)

1758. Bulle des Papstes Clemens XIII., mittelst welcher der Kaiserin Maria Theresia der Titel einer apostolischen Königin bestätigt wird. Rom, 19. August 1758.

(Wenck, III. 181.)

1768. Schreiben des Papstes an die Kaiserin Maria Theresia, um ihre Vermittlung in Parma, bezüglich der dort hinsicht-

lich der Jesuiten getroffenen Verfügungen (29. Juni), und Antwort der Kaiserin (1. August 1768).

(Martens, guide dipl. II. 1202. 1203. — Martens, Geschichte der europäischen Staatshändel, S. 281.)

1781. Vorstellungen des päpstlichen Nuntius an den österreichischen Minister, Fürsten Kaunitz, über die Reformen des Kaisers Josef II., und Antworten des Fürsten. December 1781.

(Storia dell' anno 1782. p. 224. 227. 236.)

1781—1782. Correspondenz zwischen dem Papste Pius VI. und dem Kaiser Josef II.

(Storia dell' anno 1782; s. Martens, guide dipl. II. 1203.)

1782. Kaiserliche Verordnung über die Unerläßlichkeit des placeti regii. Wien, 30. September 1782.

(K. k. Verordnungen in publico-ecclesiasticis von 1767 bis Ende 1782, S. 243.)

1784. Convention zwischen dem Kaiser Josef II., als Herzog von Mailand und Mantua, und dem Papste Pius VI., über die Ernennungen zu den Kirchenwürden. Rom, 20. Jänner 1784.

(Martens, II. 508.)

1807. Oesterreichische Verordnung über die Besorgung der Geschäfte der erbländischen Parteien am römischen Hofe, mit unerläßlicher Intervenirung des dortigen k. k. Agenten. Wien, 30. April 1807.

(Hofkanzlei-Decrete vom 30. April und vom 30. Juli 1807: P. G. S. Bd. 28. S. 99. und Bd. 29. S. 42.)

1814. Erneuerte Verordnungen hierüber.

(Hofkanzlei-Decrete vom 7. Juli, 21. Juli und 9. September 1814: P. G. S. Bd. 42. S. 88. 90. 114.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte, hinsichtlich der an den Kirchenstaat zurück zu stellenden Gebietstheile, dann des Besatzungsrechtes Oesterreichs in Ferrara und Commacchio, und der Auseinandersetzung des Monte Napoleon zu Mailand *) (s. Deutschland).

1815. Protestation des Papstes Pius VII. gegen die Bestimmungen des Wiener Congresses, bezüglich der Rechte der Kirche. Wien, 14. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 475.)

---

*) Die Regierungen, welche in den Besitz der zum Königreiche Italien einverleibt gewesenen Staaten wieder gelangten, haben sich auch in dessen Activen und Passiven (somit auch in die auf den Monte Napoleon angewiesenen Forderungen) zu theilen gehabt; es sind dieß Oesterreich, Sardinien, der Kirchenstaat, Parma und Modena.

1817. Oesterreichische Kundmachung bezüglich der Correspondenz der österreichischen Criminalgerichte mit jenen des Kirchenstaates, und umgekehrt. Wien, 16. Juli 1817.

(J. G. S. 1817. Nr. 1348. S. 458.)

1817. Erneuerung der Verordnung vom Jahre 1807, wegen des beschränkten Verkehrs mit Rom in Geschäften österreichischer Unterthanen. Wien, 25. December 1817.

(P. G. S. Bd. 45. S. 401).

1820. Kundmachung über den Vollzug der von fremden Gerichtsbehörden erlassenen Erkenntnisse in dem Kirchenstaate. Wien, 14. April 1820.

(J. G. S. 1820. Nr. 1658. S. 204.)

1821. Cartel zwischen der kaiserlich österreichischen und der päpstlichen Regierung, wegen gegenseitiger Auslieferung der Militär-Deserteure. Rom, 1. Juni 1821 (die Ratificationen ausgewechselt am 31. Jänner 1823).

(Kaiserliches Patent vom 28. Jänner 1823: Mil. Ges. Samml. 1823. Nr. 15. S. 16. — P. G. S. Bd. 51. S. 23.)

1822. Uebereinkommen wegen Einräumung der Postporto-Freiheit für die von den österreichischen Justizbehörden an jene des Kirchenstaates ergehenden Requisitions-Schreiben. Wien, 13. September 1822.

(J. G. S. 1822. Nr. 1893. S. 117.)

1823. Wiederbesetzung der Stelle des Protectors der österreichischen Nation am römischen Hofe.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. December 1823: P. G. S. Bd. 51. S. 213.)

1832. Ausdehnung des Cartels von 1821 (1823) auf die in päpstliche Dienste getretenen Schweizer. Wien, 7. August; Rom, 26. August 1832.

(Hofkanzlei-Decret vom 9. August 1832: P. G. S. Bd. 60. S. 220.)

1840. Beitritt der päpstlichen Regierung zu dem österreichisch-sardinischen Vertrage vom 22. Mai 1840, zur Unterdrückung des Nachdruckes. Rom, 8. October 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840: J. G. S. 1840. Nr. 484. S. 542. — P. G. S. Bd. 68. S. 358. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt Nr. 202. S. 606.)

1841. Päpstliche Instruction über das Verhalten des katholischen Curat-Clerus in den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates bei gemischten Ehen zwischen Katholiken und Akatholiken. Rom, 22. Mai 1841 (kaiserliches placetum: Wien, 24. August 1841).

(Hof-Decret vom 20. September 1841: J. G. S. 1841. Nr. 563. S. 607.)

1842. Ausdehnung dieser Instruction auch auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theile Galiziens.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. August 1842: J. G. S. 1842. Nr. 629. S. 56.)

1843. Belehrung an die österreichischen Behörden hierüber. Wien, 16. April 1843.

(Hofkanzlei-Decret vom 27. April 1843: J. G. S. 1843. Nr. 700. S. 118.)

1847. Depesche des Staatskanzlers Fürsten Metternich an den kaiserlichen Gesandten in London, Grafen Dietrichstein, über den politischen Zustand Italiens. Wien, 2. August 1847.

(Wiener Zeitung vom 25. Februar 1848.)

1848. Note des österreichischen Botschafters zu Rom an den Cardinal-Staatssecretär, wegen des Abreißens des kaiserlichen Wappens vom österreichischen Botschaftspalaste, und Antwort des Cardinals. Rom, 21. und 22. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 6. April 1848.)

1848. Protest der päpstlichen Regierung gegen den Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Ferrara. Wien, 16. und 24. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 30. und 31. August 1848.)

1848. Antwort des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Wien, 24. und 28. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 30. und 31. August 1848.)

1848. Note des österreichischen Feldmarschall-Lieutenants, Freiherrn von Welden, an die päpstlichen Commissäre bei seinem Einmarsche in die Legationen. Rovigo, 15. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 31. August 1848.)

1850. Accession Sr. päpstlichen Heiligkeit zu dem zwischen Oesterreich, Modena und Parma am 3. Juli 1849 geschlossenen Vertrag (s. Modena), über die freie Schifffahrt auf dem Po-Flusse. Rom, 12. Februar 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 322. S. 1343.)

1850. Kaiserlich österreichische Verordnung, mit welcher das Verhältniß der katholischen Kirche zur Staatsgewalt festgestellt wird. Wien, 18. April 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 156. S. 826.)

1850. Kaiserlich österreichische Verordnung, mit welcher die Beziehungen der katholischen Kirche zum öffentlichen Unterrichte näher bestimmt werden. Wien, 23. April 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 157. S. 827.)

1851. Eisenbahn-Vertrag zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaate, Modena, Parma und Toscana. Rom, 1. Mai 1851 (Ra-

tification Toscana's: 3. Juni; Oesterreich's: 4. Juni; Modena's: 9. Juni; Parma's: 10. Juni, und des Kirchenstaates: 18. August 1851; die Ratificationen ausgewechselt zu Rom, 18. August 1851).

(Reichsgesetzblatt 1852. 145. S. 677. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1852. Nr. 54.)

1852. Vertrag zwischen der kaiserlich österreichischen und der päbstlichen Regierung, über den Beitritt der letzteren zum austro-italienischen Postverein (s. Toscana, 1850). Rom, 30. März 1852 (kaiserliche Ratification: Wien, 30. April; päbstliche: Rom, 15. Mai; ausgewechselt zu Rom am 11. Juni 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 169. S. 737.)

1853. Verordnung des kaiserlich allerhöchsten Armee-Ober-Commando's, womit die von den Militärwachen den Cardinälen der römischen Kirche zu erweisenden Ehrenbezeugungen bestimmt werden. Wien, 2. Mai 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 79. S. 366.)

Liechtenstein

(Fürstenthum).

Das Fürstenthum Liechtenstein trat dem Rheinbunde (1806), der großen Wiener Allianz (1813) und dem deutschen Bunde (1815) bei und ist in den österreichischen Zollverband (1852) und hiedurch auch in die österreichisch-preußische Zollvereinbarung (1853) einbezogen. — Der regierende Fürst von Liechtenstein residirt in Wien, wo er des privilegirten Gerichtsstandes der Exterritorialen theilhaftig ist (1851).

1806. Beitritt des Fürsten von Liechtenstein zum Rheinbunde (s. die Rheinbunds-Acte bei Deutschland).

1851. Erlaß des österreichischen Justizministeriums, daß mit allerhöchster Entschließung vom 30. Juli 1851 dem souveränen Fürsten von Liechtenstein für sich und seine Familie der privilegirte Gerichtsstand des Oberst-Hofmarschallamtes bewilligt wurde. Wien, 10. August 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 183. S. 527.)

1852. Staatsvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Durchlaucht dem souveränen Fürsten von Liechtenstein, wegen Einbeziehung dieses Fürstenthums in den österreichischen Zollverband. Wien, 5. Juni 1852 (kaiserliche Ratification: Ofen, 24. Juni 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 146. S. 693.)

1852. Kundmachung der kaiserlichen Ministerien der Finanzen und des Handels, über den Vollzug des vorstehenden Staatsvertrages. Wien, 10. Juli 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 147. S. 704.)

1853. Kundmachung des kaiserlichen Finanz-Ministeriums über die Einbeziehung des Gebietes des Fürstenthums Liechtenstein in die österreichisch-preußische Zolleinigung (s. Deutschland). Wien, 12. October 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 298. S. 1117.)

1853. Kundmachung des kaiserlichen Finanz-Ministeriums, wodurch vom 1. November 1853 angefangen, in Vorarlberg und dem zollvereinten Fürstenthume Liechtenstein die Einrichtungen des Zollvereins bezüglich der Organisation der Zollämter und der Grenzwache, in Folge des österreichisch-preußischen Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 (s. Deutschland) probeweise eingeführt werden. Wien, den 15. October 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1121.)

Lippe

(zwei Fürstenthümer: Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg).

Die von verwandten Fürstenhäusern regierten, jedoch in staatsrechtlicher Beziehung von einander unabhängigen Fürstenthümer Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe (oder Lippe-Bückeburg) wurden Mitglieder des Rheinbundes (1807), wobei die jüngere Linie (Schaumburg) die Fürstenwürde erhielt, welche die ältere (Detmold) bereits im Jahre 1720 erhalten hatte. Beide Fürstenthümer traten dann der Allianz wider Napoleon und dem deutschen Bunde bei (1815), und erscheinen bei den Postverträgen Oesterreichs (1843, 1844, 1851), bei dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) betheiligt.

1807. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Fürsten zu Lippe-Detmold und Lippe-Schaumbung, über den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Meyer, I. 126. — Martens, S. IV. 396.)

1815. Beitritt der Fürstin Lippe-Detmold, als Vormünderin ihres Sohnes, zur großen Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1851. Beitritt von Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1853, I. Bd. S. 279. II. Bd. S. 473.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages (s. Deutschland) auf das Fürstenthum Lippe und die Gebietstheile Lipperode, Cappel und Grävenhagen, sowie auf Schaumburg-Lippe.

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Lübeck

(freie Stadt).

Die freie und Hansestadt Lübeck an der Trave, durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (1803) als freie Reichsstadt belassen, wurde nach der Auflösung des deutschen Reiches (1806) von den Franzosen besetzt und dann sammt den andern beiden Hansestädten als eine „gute Stadt" mit Decret vom 4. Juli 1811 dem französischen Reiche einverleibt. Nach der Befreiung von 1813 trat es der großen Allianz und dem deutschen Bunde bei (1815). — Zwischen Oesterreich und Lübeck bestehen keine besonderen Staatsverträge; doch nimmt letzteres Theil an den Vortheilen der von der kaiserlichen Regierung in Deutschland geschlossenen Postverträge (1843, 1851, 1852) und ist Mitglied des Eisenacher Verpflegs-Uebereinkommens (1853).

1803. Entschädigung der Stadt Lübeck durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Senats der Stadt Lübeck zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens. S. VI. 138.)

1852. Beitritt Lübecks zum deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des kaiserlichen Handels-Ministeriums vom J. 1852, Bd. I. S. 19.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Marocco

(Kaiſerthum).

Das Reich von Fez und Marocco gehört wie Algier, Tunis und Tripolis unter die ſogenannten Barbaresken-Staaten, iſt jedoch nicht, wie es Algier geweſen, und Tunis nebſt Tripolis noch ſind, ein von der ottomaniſchen Pforte abhängiger Vaſallenſtaat; daher auch die öſterreichiſche Regierung mit Marocco als einem ſelbſtſtändigen Staate beſondere Tractate abgeſchloſſen hat.

1783. Handelsvertrag zwiſchen dem römiſchen Kaiſer und dem Kaiſer von Marocco.

(Martens, II. 503. (Extract.) — Storia dell' anno 1783. p. 209.)

1805. Friedens- und Schifffahrts-Tractat zwiſchen Oeſterreich und Marocco. . . . ., 5. Februar 1805.

(Hauterive et Cussy, P. II. T. I. 106.)

1840. Friedens- und Schifffahrts-Tractat zwiſchen dem Kaiſer von Oeſterreich und dem Kaiſer von Marocco. Marocco, 9. März (ausgewechſelt 29. Auguſt) 1840.

(P. G. S. Bd. 58. S. 206.)

Mecklenburg

(zwei Großherzogthümer: Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz).

Mecklenburg, deſſen uralte Dynaſtie, die einzige ſlaviſche in Europa, vom Kaiſer Carl IV. (1348) die herzogliche, und im Wiener Congreſſe (1815) die großherzogliche Würde erhielt, trat im bairiſchen Succeſſionskriege (1777) mit Anſprüchen auf die Landgrafſchaft Leuchtenberg auf, ſich auf eine alte kaiſerliche Anwartſchafts-Ertheilung ſtützend. Dafür erhielt es im Teſchner Frieden (1779) das privilegium de non appellando, demgemäß von den mecklenburgiſchen Gerichten keine weitere Berufung an das Reichs-Kammergericht und den Reichshofrath ergriffen werden durfte. Wie alle norddeutſchen proteſtantiſchen kleineren Staaten (mit Ausnahme des in Englands Politik eingreifenden Hannover), ſtand Mecklenburg in den Kriegen Preußens mit Oeſterreich, auf des erſteren Seite. Die beiden Herzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz traten dem Rheinbunde (1808), dann der großen Wiener Allianz und dem deutſchen Bunde als Großherzogthümer bei (1815). Der Frankfurter Territorial-Receß bezog ſich auch auf Mecklenburg-Strelitz (1819); ebenſo erſcheint Mecklenburg-Schwerin bei der Elbeſchifffahrts-Acte (1821, 1844, 1846, 1851, 1852) und der öſterreichiſch-preußiſchen Zollvereinigung (1853); beide Großherzogthümer aber ſind bei dem öſterreichiſch-preußiſchen Poſtvertrage (1844, 1851) und der Eiſenacher Verpflegs-

Convention (1853) betheiligt. Endlich wurde zwischen Oesterreich und Mecklenburg-Schwerin ein besonderes Uebereinkommen über die gegenseitige Behandlung der unbemittelten erkrankten Unterthanen (1840) und der Schiffe und Ladungen in den Häfen beider Staaten (1846) geschlossen.

1741—1763. Schlesische Kriege zwischen Oesterreich und Preußen (s. Preußen).

1779. Teschner Frieden (s. Baiern).

1803. Entschädigung des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Mecklenburg-Strelitz, wegen Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 18. Februar 1808.

(Martens, S. VIII. 10.)

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin, wegen Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 18. Februar 1808.

(Martens, S. VIII. 11.)

1815. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin, wegen Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Paris, 22. März 1808.

(Martens, S. V. 138.)

1815. Annahme des Titels „Großherzog" von Seite der Herzoge von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz und Regulirung der Territorial-Verhältnisse, laut der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1819. Frankfurter Territorial-Receß vom 20. Juli 1819 (s. Deutschland).

1821. Elbeschifffahrts-Acte (bezüglich Mecklenburg-Schwerins) (s. Preußen).

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Mecklenburg-Schwerin wegen Verpflegskosten-Bestreitung für die gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 345.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich des Postenverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1844. Verordnung über die Frankirung für Mecklenburg. Wien, (Hofkammer-Präsidial-Decret) 28. Juni und 12. Juli 1844.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit. 1844. Notizenblatt S. 44. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hofverwaltung. 4. Bd. S. 255 und 276.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte;

1844. dießfällige Elbezoll-Ermäßigungen;

1846. Kundmachung über die Elbezollrichter u. s. w.;

1846. Kundmachung über die Rhederei- und Schifferbefugnisse bei der Elbeschifffahrt (s. Preußen).

1846. Uebereinkommen zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, wegen gegenseitiger Aufhebung alles Unterschiedes in der Behandlung der beiderseitigen Schiffe und deren Ladungen in den Häfen der beiden Staaten. Schwerin, 10. September; Wien, 2. October 1846.

(Murhard, n. r. IX. 347. — Martens et Cussy, V. 709.)

1850. Beitritt von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Preußen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, 2. Bd. S. 309 und 442; 1851. I. Bd. S. 61.)

1851. Dritte Elbeschifffahrts-Revision;

1852. Elbezoll-Ermäßigungen (s. Preußen).

1853. Betheiligung von Mecklenburg-Schwerin an der österreichisch-preußischen Zolleinigung, rücksichtlich der von Preußen umschlossenen Gebietstheile Rossow, Netzeband und Schönberg (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Mexico

(Republik).

Ein spanisches Vice-Königthum, errang es nach einer Reihe von Aufständen (1808—1824) seine Unabhängigkeit von Spanien und ist dermalen ein republikanischer Föderativ-Staat, zu welchem Oesterreich in Handelsbeziehungen steht.

1842. Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und der Republik Mexico. London, 30. Juli 1842 (in den Ratificationen ausgewechselt ebenda: 8. August 1843).

(P. G. S. Bd. 71. S. 208. — J. G. S. 1842. Nr. 626. S. 45. — Murhard, n. r. III. 432.)

Modena

(Herzogthum.)

Franz III., Herzog von Modena, aus dem altberühmten Hause Este, erklärte sich im österreichischen Erbfolgekriege (1740) für neutral. Da die Oesterreicher verlangten, er sollte sich für sie erklären, so machte der König von Sardinien einen Einfall in das Modenesische, und der Herzog floh nach Wien. Später aber trat er den gegen Oesterreich alliirten Bourbon'schen Höfen bei, und ward sogar Generalissimus der spanischen, in Italien kämpfenden Truppen. Im Frieden von Aachen (1748) ward er in den Besitz seines inzwischen von den Oesterreichern wiederholt eroberten und verlassenen Landes wieder eingesetzt. Sein Sohn Hercules III., der letzte männliche Descendent des Hauses Este, der von 1780 bis 1803 regierte, hatte sich (1741) mit der Erbin des Herzogthums Massa und Carrara, Maria Theresia von Cibo-Malaspina, vermählt. Seine Tochter Maria Beatrix heiratete (1771) den Erzherzog Ferdinand, dritten Sohn der Kaiserin Maria Theresia. Er selbst verlor in Folge des Krieges mit Frankreich (1795) sein Land, welches durch den Friedensschluß von Campo-Formio (1797) mit der cisalpinischen Republick vereinigt wurde. Zur Entschädigung erhielt er in Gemäßheit des Lüneviller Friedens (1801) den Breisgau und die Ortenau (1802, 1803), welche Besitzungen bei seinem Tode (1803) dem Schwiegersohne zufielen. Allein dieser verlor selbe im Preßburger Frieden (1805), da er Napoleon nicht als Kaiser anerkennen wollte, und starb 1806. Sein Sohn Franz IV. ward (1814) in seine Stammbesitzung Modena restaurirt, mit welcher (1829) nach dem Tode der Mutter auch die Länder Massa und Carrara vereinigt wurden. Am Wiener Congreß (1815) wurde überdieß bestimmt, daß bei der in Aussicht gestellten Vereinigung Lucca's mit Toscana (s. dieses), einige luccheſische und toscanische Gebietstheile noch an Modena fallen sollten (1815, 1817), dem auch Guastalla zu überlassen wäre (1844), was dann auch wirklich (1847) erfolgt ist.

Mit Oesterreich steht Modena schon durch die Bande der Verwandtschaft im engen Bündnisse; es bestehen daher auch zwischen beiden Staaten vielfache Conventionen und zwar: mehrere auf die Auslieferung der Deserteure bezügliche Verträge (1818, 1819, 1834), dann Verträge zur gegenseitigen militärischen Hilfeleistung (1847, 1848, 1849), wegen gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionen (1818), sowie überhaupt des Vermögens (1823, 1930). Modena ist dem österreichisch-sardinischen Vertrage zur Unterdrückung des Nachdruckes beigetreten (1840); es wurde in den österreichisch-sardinischen Friedensschluß (1849) mit einbezogen; auch wurden eingreifende Stipulationen wegen Regulirung der Postverhältnisse (1817, 1839, 1849, 1851), der Zolleinigung mit Oesterreich und Deutschland (1848, 1849, 1852, 1853), der Schifffahrt auf dem Po (wobei auch einige Gebietsabtretungen ausbedungen) (1849, 1850, 1851), dann wegen des gegenseitigen Anschlusses der Telegrafen-Linien

(1849) und der Eisenbahnen (1851) geschlossen. Endlich sind noch besondere Kundmachungen bezüglich der Legalisirung der Urkunden (1827) und des Feingehaltes der Metalle (1852) erfolgt.

1748. Friedens-Tractat von Aachen (s. Frankreich).

1749. Convention zwischen den Bevollmächtigten der Frieden schließenden Mächte, der Kaiserin Königin und dem Herzog von Modena, wegen Uebergabe des Gebietes an Modena. Nizza, 21. Jänner 1749 (s. Frankreich).

1753. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Thersia und dem Herzog von Modena, über die Erbfolge in dem Herzogthum Modena.

(Moser, Versuch T. VIII. p. 210. extr.)

1770—1771. Kaiserliches Commissions-Decret an die allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, die dem Erzherzog Ferdinand und seiner Nachkommenschaft, und bei Abgang derselben, seinen übrigen Collateral-Erben, nach gänzlicher Erlöschung des herzoglich modenesischen Mannsstammes zukommende Eventual-Investitur auf die von dem herzoglich modenesischen Hause besessenen Reichslehen betreffend, und

1771. Reichsgutachten hierüber (s. Deutschland).

1777. Handels-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand und Mantua, dem Großherzog von Toscana und dem Herzog von Modena, bezüglich der Handelsstraße nach Pistoja, Modena und Mantua. Mailand, 26. December 1777 (ratificirt zu Mailand am 20. Jänner 1781; Florenz, 4. November 1780; Modena, 27. November 1780).

(Martens, S. II. 136.)

1797. Friedensschluß von Campo-Formio (s. Frankreich), bestimmend die von Seite Oesterreich's dem Herzog von Modena für den Verlust seiner italienischen Staaten, in Deutschland zu leistende Entschädigung.

1801. Friedensschluß von Lüneville (s. Deutschland) mit ähnlichen Stipulationen.

1802. Convention zwischen dem römischen Kaiser und dem ersten Consul der französischen Republik, unter dem Beitritt Rußlands, wegen der an den Großherzog von Toscana und den Herzog von Modena zu leistenden Entschädigungen (s. Deutschland).

1803. Reichs-Deputations-Receß, durch welchen der Herzog von Modena für die Abtretung des Modenesischen, mit dem Breisgau und der Ortenau entschädigt wird (s. Deutschland).

1805. Friedensschluß von Preßburg (s. Deutschland), durch welchen der Breisgau mit der Ortenau an Baden kommt.

1815. Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte über das Herzogthum Modena, über den Monte Napoleon *) ꝛc. (s. Deutschland).

1817. Postvertrag zwischen Oesterreich und Modena. Modena, 3. December 1817.

(Reichsgesetzblatt 1852. S. 275 — im Auszug.)

1817. Vertrag über die Reversion von Parma, Lucca u. s. w. (s. Spanien).

1818. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, über die Freizügigkeit der Pensionen. Mailand, 22. October 1818.

(J. G. S. 1818. Nr. 1510. S. 57. — P. G. S. Bd. 46. S. 244.)

1818. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Mailand, 24. October 1818.

(Oesterreichisches Patent vom 6. Mai 1819: P. G. S. Bd. 47. S. 158. — Martens, S. IX. 391.)

1823. Vertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Herzoge von Modena, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit. Mailand, 12. August 1823 (kaiserliche Ratification: 6. November 1823, ausgewechselt am 6. Februar 1826).

(J. G. S. 1826. Nr. 2171. S. 9. — P. G. S. Bd. 54. S. 12.)

1827. Verordnung über die Legalisirung der von dem modenesischen Ministerium ausgestellten Urkunden. Wien, 21. September 1827.

(J. G. S. 1827. Nr. 2307. S. 98. — P. G. S. Bd. 55. S. 162.)

1830. Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages vom J. $\frac{1823}{1826}$ auf das Herzogthum Massa und das Herzogthum Carrara. Wien, 5. Juni; Modena, 25. Juli 1830.

(Hof-Decret vom 4. Juli 1830: J. G. S. 1830. Nr. 2472. S. 202. — P. G. S. Bd. 58. S. 159.)

1834. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, wegen des Durchzuges der von Toscana an Oesterreich oder umgekehrt, auszuliefernden Verbrecher oder Deserteure. Modena, 5. October 1834.

(Zeitschrift für österreichische Rechtswissenschaft, 1835, Notizenblatt S. 259. Nr. 100.)

---

*) S. die Anmerkung S. 126.

1839. Additional-Cartel zum Postvertrag vom Jahre 1817. Modena, 5. October 1839.

(Reichsgesetzblatt 1852. S. 275 — im Auszuge.)

1840. Beitritt der herzoglich modenesischen Regierung zu dem österreichisch-sardinischen Vertrag vom 22. Mai 1840 wider den Nachdruck. Modena, 27. October 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. November 1840: J. G. S. 1840. Nr. 484. S. 542. — P. G. S. Bd. 68. S. 358. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt Nr. 202. S. 606.)

1844. Tractat zwischen Toscana, Lucca und Modena, wegen der Reversion von Parma, Guastalla ꝛc. (s. Parma).

1847. Vertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena, zur gegenseitigen Aufrechthaltung des inneren und äußeren Friedens und der gesetzlichen Ordnung in ihren Staaten. Wien, 24. December 1847.

(Wiener Zeitung vom 13. Februar 1848. — Oesterreichischer Beobachter, 14. Februar 1848. — Murhard, n. r. XI. 353.)

1848. Zollvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Herzoge von Modena. Wien, 23. Jänner 1848.

(Reichsgesetzblatt 1849. 384. S. 700. — Oesterreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 54.)

1848. Königlich sardinisches Decret wegen Einverleibung der Herzogthümer Modena und Parma mit dem Königreiche Sardinien. . . ., 18. und 21. Juni 1848.

(Gazetta piemontese vom 18. und 23. Juli 1848. Nr. 168 und 184.)

1849. Postvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma. Mailand, 3. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 311. S. 505. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, S. 129 und 137. — Oesterreichische) Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1849, 3. Bd. S. 282.

1849. Convention zwischen Oesterreich, Modena und Parma, wegen eines zwischen diesen Staaten zu bildenden Zollvereines. Mailand, 3. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 313. S. 510.)

1849. Beitritt Modena's zum Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien vom 6. August 1849. Modena, 12. August 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 349. 596.)

1849. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma, über die freie Schifffahrt auf dem Po-Flusse. Mailand, 3. Juli

1849 (ratificirt durch Ministerial-Erklärungen von Oesterreich 11. September; Modena 25. August, und Parma 15. September 1849 *).

(Reichsgesetzblatt 1850. 322. S. 1333; dann 339. S. 1553.)

1849. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, über die Schifffahrt und die Grenzregulirung am Po-Flusse. Mailand, 8. August 1849 (kaiserliche Ratification: 12. September 1849; herzoglich modenesische: 26. August 1849).

(Reichsgesetzblatt 1850. 323. S. 1344.)

1850. Kundmachung der Commission für die mit 3. Februar 1851 beginnende freie Schifffahrt auf dem Po. Ferrara, 12. December 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, I. Bd. S. 77.)

1851. Erlaß des österreichischen Ministeriums des Innern, über die Vollziehung der in dem Staatsvertrage vom 8. August 1849 stipulirten Grenzregulirung. Wien, 7. März 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 58. S. 193.)

1851. Eisenbahn-Vertrag (s. Kirchenstaat).

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Modena, wegen Errichtung und gegenseitigen Anschluß von Telegrafen-Linien. Modena, 4. Juni 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 247. S. 637.)

1851. Postvertrag zwischen Oesterreich und Modena, als Beitritt Modena's zu dem österreichisch-italienischen Postverein (s. Toscana, 1850). Modena, 29. October 1851 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 30. December 1851).

(Reichsgesetzblatt 1852. 57. S. 247.)

1852. Zolleinigungs-Vertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma. Wien, 9. August 1852 (die Ratificationen ausgewechselt daselbst am 15. September 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 203. S. 855.)

1852. Kundmachung der kaiserlichen Ministerien der Finanzen und des Handels, betreffend den Vollzug der österreichisch-modenesisch-parmasanischen Zolleinigung. Wien, 17. October 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 216. S. 937.)

1852. Erlaß derselben, mit Bekanntgebung der Errichtung

---

*) Die päbstliche Accession zu diesem Vertrage, vom 12. Februar 1850, sehe man oben bei „Kirchenstaat."

der Central-Commission für den österreichisch-modenesisch-parmesanischen Zollverein. Wien, 5. November 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 222. S. 997.)

1852. Kundmachung des kaiserlichen Finanzministeriums, betreffend die Beschränkung der im Artikel 27 des vorgedachten Zolleinigungs-Vertrages festgesetzten Vorbereitungsperiode. Wien, 7. November 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 230. S. 1013.)

1852. Erlaß desselben, womit die in Modena und Parma gesetzlich bestimmten Feingehaltsstufen der edlen Metalle und Abbildungen der zur Bezeichnung dieser Feingehalte dienenden Punzen, mit Rücksicht auf den Zolleinigungs-Vertrag vom 9. August 1852 bekannt gegeben werden. Wien, 24. November 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 249. S. 1049.)

1853. Erlaß des kaiserlich österreichischen Finanz-Ministeriums, womit die aus Anlaß der Zolleinigung Oesterreichs mit Parma und Modena eingetretenen Aenderungen in den Standorten und den Befugnissen der ausübenden Aemter der Lombardei, dann die Standorte der in den genannten Herzogthümern aufgestellten Zollämter, Finanz-Intendanzen, Gefällsgerichte und Untersuchungsbehörden kundgemacht werden. Wien, den 21. Mai 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 96. S. 496.)

1853. Kundmachung des kaiserlichen Ministers des Aeußern, betreffend die Accessionen der Herzogthümer Modena und Parma einerseits, und der vom 1. Jänner 1854 an mit Preußen zollvereinten deutschen Staaten andererseits, zu dem Zoll- und Handelsvertrage zwischen Oesterreich und Preußen vom 19. Februar 1853 (s. Deutschland); dann den Gebietsumfang, auf welchen dieser Vertrag, vom 1. Jänner 1854 an, Anwendung findet. Wien, 12. October 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

Montenegro

(Fürstenthum).

Die Montenegriner sind ein das Hochgebirg zwischen Dalmatien und Albanien bewohnender slavischer Volksstamm christlicher (griechisch-nichtunirter) Religion, welche, begünstigt durch die Lage ihres Landes, bisher ihre factische Unabhängigkeit von der Pforte, die sie als ihre Unterthanen betrachtet wissen will, zu wahren getrachtet haben. Ihre Regierung ist eine patriarchalisch-demo-

kratiſche, mit dem Vladika oder Biſchofe aus der Familie Petrovics Njegusich an der Spitze, der die höchſte geiſtliche und weltliche Würde in ſich vereinigte, bis der gegenwärtige Fürſt Daniel die Trennung der beiden Würden grundſätzlich ausſprach, ſich die weltliche Oberherrſchaft vorbehaltend.

In dem letzten zwiſchen den Montenegrinern und der Pforte ausgebrochenen Streite wirkte Oeſterreich dahin, daß der factiſche Zuſtand aufrecht erhalten werde (1853) — ſonſt hat es auch aus Gegenſeitigkeit die bezüglich der levantiniſchen Staaten ausgeſprochene Erbunfähigkeit in Oeſterreich hinſichtlich der Montenegriner aufgehoben (1849), dagegen die gegenſeitige Erwerbung von liegendem Gute unterſagt (1825, 1828, 1845, 1846).

1825. Kaiſerliche Entſchließung, wegen Verbots der Erwerbung eines Grundbeſitzes für einen Montenegriner in Dalmatien und umgekehrt für einen Dalmatiner im Montenegriner Gebiete. Wien, 23. Juni 1825.

(J. G. S. 1845. Nr. 898. S. 273.)

1828. Decret des dalmatiniſchen Guberniums an das Kreisamt in Cattaro, mit Publicirung des vorſtehenden Verbots.

(J. G. S. 1845. Nr. 898. S. 273.)

1845. Juſtiz-Hofdecret, dasſelbe Verbot betreffend. Wien, 6. Auguſt 1845.

(J. G. S. 1845. Nr. 898. S. 273.)

1846. Juſtiz-Hofdecret wegen Republicirung dieſes Verbots, in Folge allerhöchſter Entſchließung vom 6. Auguſt 1845. Wien, 14. Jänner 1846.

(J. G. S. 1846. Nr. 922. S. 308.)

1849. Erlaß des kaiſerlich öſterreichiſchen Juſtiz-Miniſteriums, daß die Montenegriner bei den von öſterreichiſchen Behörden abzuhandelnden Verlaſſenſchaften nach dem Grundſatze der Gegenſeitigkeit als erbfähig anzuſehen ſeien. Wien, 5. Auguſt 1849.

(Reichsgeſetzblatt 1849. 348. S. 595. — Oeſterreichiſche Zeitſchrift für Rechts- und Staatswiſſenſchaft, 1849, Geſetzchronik S. 223.)

1853. Correſpondenz des öſterreichiſchen Bevollmächtigten, Grafen Leiningen, mit der ottomaniſchen Pforte (ſ. Türkei).

Naſſau

(Herzogthum).

Das Haus Naſſau theilte ſich (1255) in die zwei noch blühenden Linien, Wolram und Otto. Zur älteren, Wolram'ſchen, gehören die Herzoge von Naſſau, zur jüngeren oder Ottoniſchen die Fürſten von Naſſau-Oranien, welche dieß

Prädicat vom Fürstenthum Orange in Südfrankreich erhielten, das Wilhelm der I. von Nassau (1558) erwarb, und dessen Nachkommen auf den Thron der Niederlande kamen (s. Niederlande).

Die Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg erhielten im Reichs-Deputations-Recesse Entschädigung für ihre an Frankreich abgetretenen Besitzungen am linken Rheinufer, und es wurde zugleich dem Gesammthause Nassau das privilegium de non appellando zugestanden (1803). Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg traten dem Rheinbunde bei, indem sie zugleich ihre Länder zu einem Herzogthume vereinigten, in welchem der Herzog von Usingen den Fürsten von Weilburg zum Mitregenten annahm (1806). Später traten beide der großen Wiener Allianz und dem deutschen Bunde bei (1815). Im J. 1816 starb der Zweig Nassau-Usingen aus.

Zwischen Oesterreich und Nassau bestehen besondere Uebereinkommen wegen der Vermögens-Freizügigkeit (1811, 1816) und der Verpflegung der gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen (1850, 1853); auch erscheint Nassau bei den Verträgen wegen der Besitzungen des deutschen Ordens (1815), der Flußschifffahrt in Deutschland (1815), der Thurn- und Taxis'schen Post (1843), so wie an dem deutsch-österreichischen Postvereine (1851) und der österreichisch-preußischen Zolleinigung (1853) betheiligt.

1800. Friedens-Convention zwischen der französischen Republik und dem Nassauischen Hause. Aschaffenburg, 15. September 1800.

(Martens, VII. 479.)

1803. Entschädigung der Herzoge von Nassau-Usingen, Weilburg und Dillenburg, durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1806. Beitritt der Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg zu dem Rheinbunde (s. Deutschland).

1806. Patent über die Annahme der herzoglichen Würde für den Chef des fürstlichen Hauses Nassau. Biebrich, 21. Juli 1806.

(Martens, S. IV. 333.)

1811. Uebereinkunft wegen einer gegenseitigen Vermögens-Freizügigkeit zwischen Oesterreich und dem Herzogthume Nassau. Wiesbaden, 25. October 1811.

(Martens, S. IX. 64.)

1815. Beitritt des Herzogs und der Fürsten von Nassau zur großen Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1815. Bestimmungen über die Besitzungen des Hauses Oranien-Nassau, in der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Vertrag wegen der Besitzungen des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Artikel über die Flußschifffahrt. — XVI. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1816. Ausdehnung der zwischen Oesterreich und Nassau bestehenden Vermögens-Freizügigkeit auf die neu erworbenen Provinzen Oesterreichs. Wiesbaden, 2. Februar 1816.

(Hof-Decret vom 4. Februar 1816: J. G. S. Nr. 1244. S. 357. — P. G. S. Bd. 44. S. 170. — Martens, S. IX. 72.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Nassau, wegen Verpflegskosten-Bestreitung für die gegenseitigen erkrankten unbemittelten Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 345.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Anschluß Nassau's an den deutsch-österreichischen Postverein (s. Preußen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, IV. Bd. S. 509.)

1853. Beitritt Nassau's zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853, 208. S. 1117.)

1858. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Die Niederlande.

Durch die Vermählung Maximilians I. mit Maria von Burgund, Tochter des Herzogs Carl des Kühnen (1477), war die reiche burgundische Erbschaft, worunter auch die meisten niederländischen Provinzen gehörten, an das Haus Habsburg gekommen, welches dann auch noch die übrigen, nach und nach durch Verträge acquirirte. Von diesen Ländern, die bei der Theilung zwischen Carl V. und Ferdinand I. (1521, 1522) bei der spanischen Linie des Hauses Habsburg blieben, trennten sich unter Carl's V. Sohne, Philipp II., die sieben nördlichen Provinzen (1579) und wurden im westphälischen Frieden (1648) als ein selbstständiger Freistaat, die Republik Holland, anerkannt. Die südlichen Provinzen blieben spanisch — mit Ausnahme der im pyrenäischen Frieden, sowie im Haager und Nymweger Frieden (1659, 1668, 1679) an Ludwig XIV. nebst Artois und Hochburgund abgetretenen Theile von Flandern, Luxemburg, Namur und Hennegau — bis dieselben durch den Utrechter Frieden (1713) an die deutsch-österreichische Linie des Hauses Habsburg kamen.

Die Republik Holland (oder der vereinigten Niederlande) erhob sich inmitten der Kämpfe mit England und später mit Frankreich zu einer Seemacht ersten Ranges. Der Haag wurde durch mehr als ein Jahrhundert Centrum der europäischen Politik und Diplomatie; die großen Verträge (Breda, Ryswick, Nymwegen, Utrecht) wurden im Gebiete der Republik, unter deren Einflusse geschlossen. Der Utrechter Frieden (1713) (s. Spanien) und der Barrieren-Tractat (zwischen Oesterreich und Holland geschlossen zu Antwerpen, 15. November 1715 — s. Dumont, VIII. p. I S. 458), gab Holland einen Gürtel von Grenzfestungen gegen Frankreich, und in denselben theils ausschließliche (privative), theils mit Oesterreich gemeinschaftliche Garnison. Im J. 1731 stand Holland der Allianz Englands und Oesterreichs bei, wogegen der Kaiser die Handels-Compagnie von Ostende aufgab, dem Handel mit Ostindien entsagte. Dieses, vereint mit der seit dem Münsterer Frieden (1648) von Holland gesperrten Schelde und mit den gemeinschaftlichen Garnisonen, führte später (1781—1785) zu Fehden mit Oesterreich. Im österreichischen Erbfolgekriege auf Oesterreichs Seite stehend (1740 — 1748) ward Holland von den Franzosen angegriffen. Die Einnahme Mastrichts durch den Marschall von Sachsen, den Feldherrn Frankreichs, beförderte auf Hollands Drängen den Abschluß des Aachner Friedens (1748). Seit dem siebenjährigen Kriege (1757—1763) trat die Republik in freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich. Der bewaffneten Neutralitäts-Erklärung von 1780 (s. Rußland) beizutreten, ward sie durch die Kriegserklärung Englands verhindert. Frankreich vermittelte in dem oben erwähnten Streite mit Kaiser Josef II. (1785) und schloß unmittelbar darauf ein Bündniß inniger Allianz mit den vereinigten Provinzen. Aber gleichzeitig brachen Unruhen im Inneren der letzteren aus zwischen den Patrioten (aristokratischen Staatenpartei) und der oranischen Partei (Anhänger des erblichen General-Statthalters aus dem Hause Oranien). Eine Beleidigung, welche der Gattin des Statthalters Wilhelm V., Schwester Friedrich Wilhelms II. von Preußen, widerfuhr, führte die Intervention der Preußen, die Wiederherstellung des Statthouderats und eine neue Politik Hollands, gestützt auf die Allianz mit England und Preußen, herbei, welche wenige Jahre später im Reichenbacher Congresse (1790) thätig auftrat.

Die französische Revolution brach aus (1789); Frankreichs Truppen drangen zuerst in die österreichischen und dann auch in die holländischen Niederlande ein (1793). Erstere wurden zu Frankreich geschlagen (s. Belgien, S. 31); Holland aber, dessen „Patrioten" größtentheils nach Frankreich geflüchtet waren und mit den neufränkischen Legionen Pichegrü's in ihr Vaterland zurückkehrten, wurde in eine einheitliche batavische Republik umgewandelt (1792). Später schuf Napoleon diese Republik in ein Königreich Holland um (1806) unter seinem Bruder Ludwig als König, der jedoch schon 1810 die Krone niederlegte, worauf Holland gleichfalls dem französischen Reiche einverleibt wurde.

Nach dem Sturze Napoleons wurde der Prinz von Oranien zum souveränen Fürsten der Niederlande ausgerufen (1813) und als solcher von den

allirten Mächten anerkannt, welche auf dem Wiener Congresse den Beschluß faßten, die belgischen Provinzen mit den holländischen zu einem Königreiche der Niederlande unter der Souveränität des Hauses Oranien zu vereinigen, wobei bezüglich der Berichtigung der belgischen Schulden aus der Zeit der österreichischen Herrschaft, durch einen besonderen Staatsvertrag Fürsorge getroffen wurde (1815). Diese Schöpfung dauerte jedoch nur bis zum Jahre 1830, wo sich die südlichen von den nördlichen Provinzen gewaltsam trennten, was dann zur Bildung zweier abgesonderter Königreiche führte: des Königreichs Belgien und des Königreichs der Niederlande (1831—1839), ersteres unter der Regierung des Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, letzteres unter dem bisherigen Könige der Niederlande, Wilhelm aus dem Hause Nassau-Oranien.

Um das neugeschaffene vereinigte Königreich in eine politisch und militärisch wichtige, engere Beziehung zu dem deutschen Bunde zu bringen, ward das Herzogthum Luxemburg, das als Entschädigung für die in Deutschland abgetretenen Besitzungen des Hauses Nassau-Oranien bestimmt worden war, unter dem Titel eines Großherzogthums mit Deutschland vereinigt, und der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg in den deutschen Bund aufgenommen, wobei es auch nach der Trennung in die zwei Königreiche verblieb (1815, 1817, 1819, 1833), nur daß für die an Belgien abgetretene westliche Hälfte von Luxemburg, der König der Niederlande mit dem östlichen Theile von Limburg dem deutschen Bunde beitrat (1839).

Hiernach zerfällt die nachstehende Uebersicht — mit Uebergehung der nicht in unseren Plan gehörenden Epoche des Bestandes der vereinigten niederländischen Provinzen von ihrer Erwerburg durch Maximilian I. bis zum Abfall der nördlichen Provinzen (1477 bis 1579), und von der Constituirung der letzteren zu einer selbstständigen Republik bis zum Regierungsantritt Maria Thresia's — in folgende Abschnitte, nämlich: in die Epoche der Republik der vereinigten Provinzen der Niederlande (während die belgischen Provinzen österreichisch blieben) bis zur französischen Invasion (und zwar von 1740 bis 1793); dann in jene der französischen Herrschaft (1793 bis 1814), hierauf des Königreiches der vereinigten Niederlande (1814 bis 1830) und endlich der gesonderten Königreiche Belgien und der Niederlande.

I. Die von den spanischen (später österreichischen) Provinzen getrennten sieben nördlichen Provinzen, unter dem Titel: Republik der vereinigten Provinzen der Niederlande oder Holland.

1743. Convention zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen und den niederländischen Generalstaaten, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. . . . ., 8. Jänner 1743.

(Martens, guide dipl. II. 775.)

1745. Quadrupel-Allianz zwischen der Kaiserin Maria Thereſia, den Königen von Großbritannien und von Polen und den niederländiſchen Generalſtaaten (ſ. Großbritannien).

1748. Tractat defenſiver Allianz zwiſchen der Kaiſerin Maria Thereſia, den Königen von Großbritannien und Sardinien und den niederländiſchen Generalſtaaten (ſ. Großbritannien).

1748. Aachner Präliminarien und Aachner Frieden (ſ. Frankreich).

1749. Convention zwiſchen den Commiſſären der Kaiſerin Maria Thereſia, des Königs von Frankreich und der niederländiſchen Generalſtaaten, wegen Räumung der Niederlande (ſ. Frankreich).

1750. Convention wegen Mirandola und Concordia (ſ. Großbritannien).

1781. Erklärung des Kaiſers Joſef II. über die Schleifung einiger niederländiſcher (Barrieren)-Feſtungen. Brüſſel, 7. November; dießfällige Inſtruction der niederländiſchen Generalſtaaten an ihren Geſandten zu Brüſſel, 20. November; Note der Regierung der öſterreichiſchen Niederlande an den Geſandten der niederländiſchen Generalſtaaten; Brüſſel, 23. November 1781.
(Martens, IV. 433—436.)

1782. Verordnung Kaiſers Joſef II. über die Seepolizei in den öſterreichiſchen Niederlanden. Brüſſel, 12. December 1782.
(Martens, IV. 437.)

1783—1785. Streitigkeiten zwiſchen dem Kaiſer Joſef II. und den niederländiſchen Generalſtaaten, wegen mehrerer, die Niederlande betreffenden Punkte.
(Martens, guide dipl. II. 776. 777.)

1785. Convention zwiſchen dem kaiſerlichen Commiſſär und dem Commandanten der Städte Sas-de-Gand und Philippine, über die Ueberſchwemmungen des dortigen Feſtungsgebietes. Sas-de-Gand, 1. April 1785.
(Martens, II. 550.)

1785. Präliminar-Artikel zu dem zwiſchen dem Kaiſer Joſef II. und den niederländiſchen Generalſtaaten zu ſchließenden Tractate, unter Vermittlung des Königs von Frankreich. Paris, 20. September 1785.
(Martens, II. 598.)

1785. Definitiver Friedens-Tractat zwiſchen dem Kaiſer Joſef II. und den niederländiſchen Generalſtaaten, unter Vermittlung des Königs von Frankreich. Fontainebleau, 8. November 1785.
(Martens, II. 602.)

1785. Separat-Convention hiezu, über die gegenseitigen Abtretungen. Fontainebleau, 8. November 1785.
(Martens, II. 609.)

1790—1791. Verhandlungen zu Reichenbach, Convention von Haag und Friedensschluß von Sistow (s. Großbritannien und Türkei).

II. Die Niederlande unter der französischen Botmäßigkeit.

1793. Decret des französischen National-Convents, über die Vereinigung einzelner Theile der österreichischen Niederlande mit der französischen Republik (s. Frankreich). Paris, März 1793.
(Martens, VI. 432—437.)

1795. Decret des französischen National-Convents über die Vereinigung des gesammten Belgiens und Lüttichs mit der französischen Republik. Paris, 1. October 1795.
(Martens, VI. 432—438; 440—442.)

III. Das Königreich der vereinigten Niederlande (Belgien und Holland vereint).

1814. Protocoll der Bevollmächtigten Oesterreichs, Großbritanniens, Rußlands und Preußens, wegen der Vereinigung Belgiens mit Holland. Paris, 21. Juni 1814.
(Murhard, n. S. I. 330.)

1815. Bestimmungen über die Territorial-Verhältnisse des neuzuschaffenden Königreichs der Niederlande; Erhebung von Luxemburg zu einem Großherzogthume und Beitritt desselben zum deutschen Bunde, laut der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Tractat der verbündeten Mächte über die Errichtung des Königreichs der Niederlande, nebst einem geheimen Artikel über die belgischen Schulden; X. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Königs der Niederlande zu dem Allianz-Tractate zwischen Oesterreich, England und Frankreich vom 3. Jänner 1815, wegen Aufrechthaltung des Pariser Friedens (s. Frankreich).

1815. Protocoll über die Gebietsverhältnisse der französischen Abtretungen (s. Deutschland).

1815. Beitritt des Königs der Niederlande zur großen Allianz gegen Frankreich, vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 28. April 1815.
(Martens, S. VI. 144.)

1815. Artikel über die Flußschifffahrt, bezüglich Luxemburgs und Limburgs; XVI. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Oesterreichische Verordnung, daß die Ausfolglassung der Verlassenschaften nach den niederländischen Staaten gegen Beibringung von Reversalien keinem Anstande unterliege. Wien, 31. Mai 1815.

(J. G. S. 1815. Nr. 1152. S. 270.)

1815. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König der Niederlande, bezüglich der Theilung der belgischen Schulden. Wien, 11. October 1815.

(Martens, S. VI. 660.)

1817. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König der Niederlande, die Territorial-Verhältnisse des Königreichs der Niederlande und des Großherzogthums Luxemburgs betreffend. Frankfurt, 12. März 1817*). (Beilage des Frankfurter Territorial-Receßes vom 20. Juli 1819; s. Deutschland).

(Martens, S. VII. 413.)

1817. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der niederländischen Regierung, wegen Entlassung der österreichischen und der niederländischen Unterthanen aus den beiderseitigen Kriegsdiensten. Wien, 13. Mai 1817.

(Hofkanzlei-Decret vom 6. Juli 1817: P. G. S. Bd. 45. S. 208.)

1817. Oesterreichische Verordnung über die von den niederländischen Unterthanen beizubringenden Reversalien, zur Uebervorkommung von Erbschaften aus Oesterreich. Wien, 11. Juli 1817.

(J. G. S. 1817. Nr. 1344. S. 445.)

1818. Erklärung der niederländischen Regierung, über die Form der Reversalien bei Erbschafts-Ausfolgungen.

(Hof-Decret vom 20. September 1818: J. G. S. Nr. 1824. S. 10.)

1819. Frankfurter Territorial-Receß (s. Deutschland).

1823. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und niederländischen Regierung, wegen Berichtigung der sogenannten Paine d'abbaye. Wien, 15. September 1823.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. Februar 1823: P. G. S. Bd. 51. S. 202.)

1828. Verordnung der königlich niederländischen Regierung über die von den Auswanderern nach Amerika, bei ihrem Erschei-

---

*) Gleichlautend auch mit Rußland, Großbritannien und Preußen abgeschlossen.

nen an der holländischen Grenze vorzubringenden Ausweise. Haag, 28. Februar / 4. März 1828.

(Für Oesterreich kundgemacht durch Hofkanzlei-Decret vom 19. August 1836: P. G. S. Bd. 64. S. 833.)

VI. Trennung des Königreiches der Niederlande in zwei Königreiche (Belgien und Holland).

A. Das Königreich Belgien

(s. oben S. 31).

B. Das Königreich Holland

(auch Königreich der Niederlande).

Zwischen Oesterreich und dem dermaligen von Belgien abgesonderten Königreich der Niederlande bestehen besondere Bestimmungen hinsichtlich der Vermögens-Freizügigkeit (1840, 1842), des Postwesens (1844, 1851), der Pässe (1849), der Telegrafen-Verbindung (1851) und der Schifffahrt (1851), endlich ein Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher (1852). Das Großherzogthum Luxemburg hat sich dem Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des deutschen Zollvereins angeschlossen und ist somit auch in die österreichisch-preußische Zolleinigung (1853) einbegriffen.

1831. Verhandlungen und Tractat, wegen Trennung Belgiens von Holland (s. Belgien).

1833. Unterhandlungen zwischen der holländischen Regierung und dem deutschen Bunde, so wie dem Herzoge von Nassau, wegen Abtretung eines Theiles des Großherzogthums Luxemburg an Belgien. London, 7. November 1833 — 16. Jänner 1834.

(Martens, S. XIX. 26.)

1839. Tractat zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits und dem Könige der Niederlande andererseits, bezüglich der Trennung Belgiens von Holland. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XIX. 770.)

1839. Tractat zwischen Belgien und Holland und Garantie Belgiens (s. Belgien).

1839. Erklärung über den Beitritt Oesterreichs und Preußens im Namen des deutschen Bundes, zu den, bezüglich des Großherzogthums Luxemburgs getroffenen Bestimmungen der Tractate vom 19. April 1839, geschlossen zwischen den fünf Haupt-

mächten und dem Könige der Niederlande, dann denselben Hauptmächten und Belgien. London, 19. April 1839.

(Martens, S. XX. 791.)

1839. Bundesbeschluß über die Territorial-Verhältnisse des Großherzogthums Luxemburg und die vorerwähnten, zu London unterzeichneten Verträge. Frankfurt, 11. Mai 1839.

(Martens, S. XX. 825.)

1839. Note des bevollmächtigten Ministers Sr. Majestät des Königs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg, an den deutschen Bundestag, über die Einverleibung eines Theiles des Herzogthums Luxemburg zu dem Gebiete des deutschen Bundes. Frankfurt, 16. August 1839.

(Martens, S. XX. 965.)

1839. Bundesbeschluß über diese Einverleibung. Frankfurt, 5. September 1839.

(Martens. S. XX. 975.)

1840. Uebereinkunft zwischen Oesterreich einerseits und dem Königreich der Niederlande (Holland und Luxemburg) andererseits, über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens. Wien, 7. Februar 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 7. Februar 1840: J. G. S. 1840. Nr. 406. S. 471. — P. G. S. Bd. 68. S. 162. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt S. 180. — Murhard, n. r. I. 8.

1842. Bekanntgebung der Formalitäten, welche die österreichischen Unterthanen beobachten sollen, wenn sie Verlassenschaften nach Individuen, die im niederländischen Seedienste gestorben sind, in Anspruch nehmen. Wien, 6. April 1842.

(P. G. S. Bd. 80. S. 209. — J. G. S. 1842. Nr. 605. S. 16.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1844. Verordnung hinsichtlich der Frankirung für Luxemburg. Wien, (Hofkammer-Präsidial-Decret) 26. Juni und 12. Juli 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. 256. dann 276. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1844, Notizenblatt S. 447.)

1849. Oesterreichische Bestimmung, wegen Beifügung der eigenhändigen Unterschrift auf Pässen zur Reise nach den Niederlanden. Wien, 23. October 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 427. S. 778.)

1851. Erlaß des kaiserlichen Ministeriums des Aeußer

womit die von der königlich niederländischen Regierung den österreichischen Schiffen zugestandenen Begünstigungen kundgemacht werden. Wien, 15. Jänner 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 14. S. 73. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, I. Bd. S. 119.)

1851. Aufhebung des Frankaturzwanges für die Correspondenzen zwischen den österreichischen Staaten und dem Königreich der Niederlande.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. B. S. 298. — 302.)

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und den Niederlanden, betreffend die Beförderung der niederländisch-indischen Post über Triest. Haag, 19. December 1851 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 14. Februar 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 68. S. 295.)

1851. Beitritt der königlich niederländischen Regierung zu dem deutsch-österreichischen Telegrafen-Verein.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums 1851. III. Bd. S. 424.)

1851. Anschluß Luxemburgs an den deutsch-österreichischen Postverein.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums 1851. III. Bd. S. 640.)

1852. Staatsvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König der Niederlande, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Haag, 28. August 1852 (in den Ratificationen ausgewechselt daselbst am 22. September 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 207. S. 919.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf das Großherzogthum Luxemburg (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

Nord-Amerika

(Union der nordamerikanischen Freistaaten, nämlich die Staaten: Maine, New-Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode-Island, Connecticut, New-York, New-Jersey, Pennsylvanien, Delaware, Maryland, Columbia, Virginien, Nord-Carolina, Süd-Carolina, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Oregon, Indiana, Illinois, Missouri, Tenneſſee, Kentucky, Ohio, Michigan nebst Visconsin, das Gebiet Jowa, die Districte der Mandanen und der Sioux, der Staat Arkansas und die Districte von Ozark und Osage.)

Durch den Frieden von Paris (1783) nach langem Kampfe von England als unabhängig erkannt, trat der Bundesstaat der vereinigten Staaten, (anfänglich 13, jetzt 31) vom atlantischen Meere bis zum stillen Ocean, von

dem Felsgebirge und dem canadischen See bis zum Golf von Mexico, in die Reihe der selbstständigen Staaten. Oesterreichs Beziehungen zu den vereinigten Staaten Nordamerika's beginnen im laufenden Jahrhundert und erst nach dem Wiener Congresse. Es hat mit denselben einen Handels- und Schifffahrts-Tractat geschlossen (1829), dessen Bestimmungen über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit und die Jurisdictions-Rechte der Consuln in einer Additional-Convention noch erweitert worden sind (1848); über die Beförderung der Briefpost nach den nordamerikanischen Freistaaten erschien eine besondere Kundmachung (1848), auch hat die österreichische Staatsverwaltung Warnungen und Belehrungen gegen unbesonnene Auswanderungen (1848) kundgemacht. In neuester Zeit gab ein Vorfall mit dem ungarischen Flüchtling Koszta Anlaß zu Erörterungen zwischen der kaiserlich österreichischen Regierung und jener der nordamerikanischen Freistaaten, bezüglich der von letzterer aufgestellten Theorie über die Erwerbung und den Verlust der Staatsbürgerschaft (1853).

1776. Unabhängigkeits-Erklärung der vereinigten Staaten von Nordamerika am Congreß ihrer Repräsentanten. Philadelphia, 4. Juli 1776.

(Martens, I. 580.)

1776. Bundesacte der dreizehn vereinigten Staaten von Nordamerika. Philadelphia, 4. October 1776.

(Martens, I. 586.)

1783. Definitiver Friedens- und Freundschafts-Tractat zwischen ihrer brittanischen Majestät und den vereinigten Staaten von Amerika. Paris, 3. September 1783.

(Martens, II. 497.)

1829. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den vereinigten Staaten von Amerika. Washington, 27. August 1829 (in den Ratificationen ebenda ausgewechselt 10. Februar 1831).

(J. G. S. 1831. Nr. 2505. S. 6. — P. G. S. Bd. 59. S. 8. — Martens, S. XIII. 108.)

1848. Bestimmungen über die Correspondenz zwischen Oesterreich und Nordamerika. Wien, 26. März 1848.

(Decret der k. k. obersten Hof-Postverwaltung: Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 83.)

1848. Additional-Vertrag, wegen Ausdehnung der Bestimmungen des Tractats vom J. 1829 über die Vermögens-Freizügigkeit und die Jurisdictions-Rechte der Consuln. Washington, 8. Mai 1848 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt 23. Februar 1850).

(Reichsgesetzblatt 1850: 179. S. 841.)

1848. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, wodurch Warnungen und Belehrungen in Beziehung auf unbesonnene Auswanderungen in die überseeischen Länder kundgemacht werden. Wien, 21. December 1848.

(Reichsgesetzblatt 1849. 46. S. 51.)

1853. Correspondenz zwischen dem kaiserlichen Internuntius in Constantinopel, Freiherrn von Bruck, und dem nordamerikanischen Gesandten daselbst, über die Angelegenheit des ungarischen Flüchtlings Koszta.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 22. October 1853. Nr. 295.)

1853. Correspondenz zwischen dem nordamerikanischen Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten und dem kaiserlich österreichischen Geschäftsträger in Washington, in der Koszta'schen Angelegenheit.

(New-York daily-Times, 30. September 1853.)

1853. Eröffnungsrede des Präsidenten der nordamerikanischen Freistaaten, worin er den von dem vorgedachten Staatssecretär in der Koszta'schen Sache aufgestellten Grundsätzen beistimmt. Washington, 6. December 1853.

(New-York daily-tribune, 6. December 1853.)

Oldenburg

(Großherzogthum).

Nach Aussterben des heimischen Zweiges der Grafen von Oldenburg (1667) waren deren Besitzungen an verschiedene verwandte Geschlechter (Holstein-Gottorp, Anhalt-Zerbst u. a. m.) gekommen; später setzte sich Dänemark in den Alleinbesitz von Oldenburg, welches somit durch ein Jahrhundert von Deutschland getrennt blieb, bis der russische Großfürst Paul als Herzog von Holstein-Gottorp seinen Antheil an Holstein gegen Oldenburg abtrat (1758—1778) und denselben auf die jüngere Gottorp'sche Linie übertrug, deren Repräsentant, der damalige Fürstbischof von Lübeck, von dem indessen zu einem Herzogthume erhobenen Oldenburg Besitz nahm. In Folge des Lüneviller Friedens sollte der Weserzoll zu Elsfleth nur noch zehn Jahre erhoben werden (1801). Oldenburg erhielt als Entschädigung durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß (1803) das Bisthum Lübeck und mehrere andere Besitzungen im ehemaligen westphälischen und niedersächsischen Kreise. Später trat es dem Rheinbunde bei (1808), wurde aber darauf durch ein Decret Napoleons, vom 22. Jänner 1811, mit Frankreich vereinigt. Der inzwischen nach Rußland gegangene Herzog von Oldenburg trat dann der großen Allianz wider Napoleon (1813) und sonach dem deutschen Bunde (1815), und zwar mit Annahme

des Titels eines Großherzogs bei (1815, 1819). Auf dem Aachner Congresse wurde die oben erwähnte Angelegenheit wegen des Elsfletter-Zolles regulirt (1818) und über die Gebietsverhältnisse des Großherzogthums durch den Frankfurter Territorial-Receß bestimmt (1819). Im Jahre 1823 kam auch die Herrschaft Jever abermals zu Oldenburg; Varel war schon früher mit demselben wieder vereinigt worden; wegen der an die Grafen von Bentinck gekommenen und auf dem Congresse zu Wien nicht zur Verhandlung gelangten Herrschaft Kulphausen aber wurde in Folge der zu Berlin eingeleiteten Unterhandlungen festgesetzt, daß der Graf von Bentinck in Beziehung auf die Herrschaft Kniphausen in den Besitz und Genuß der Landeshoheit und der persönlichen Rechte und Vorzüge, die ihm vor der Auflösung des deutschen Reiches zustanden, wieder eingesetzt werden solle, die Hoheit über Kniphausen aber, doch nur so, wie sie vorher bei Kaiser und Reich gewesen, auf Oldenburg über zu gehen habe, jedoch bleibe durch diese Unterordnung das Verhältniß der Herrschaft als eines besonderes Landes gegen Oldenburg unberührt (1825, 1826).

Mit Oesterreich steht das Großherzogthum Oldenburg noch im besonderen Vertragsverhältnisse bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit (1842) und der Schifffahrt (1846), auch wird es durch die österreichischen Postverträge (1843, 1844) berührt, und ist Mit-Contrahent des österreichisch-preußischen Zollvertrages (1853) so wie der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853).

1758—1778. Verhandlungen über den Austausch eines Theils von Holstein gegen Oldenburg (s. Dänemark).

1801. Friedensschluß von Lüneville (s. Deutschland).

1803. Entschädigung des Herzogs von Oldenburg im Reichs-Deputations-Haupt-Receß (s. Deutschland).

1808. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Herzog von Holstein-Oldenburg, über den Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Erfurt, 14. October 1808.

(Martens, n. r. IV. 14.)

1815. Beitritt des Herzogs von Holstein-Oldenburg zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1815. Einräumung des Titels eines Großherzogs von Oldenburg an den Herzog von Holstein-Oldenburg und Regulirung der Territorial-Verhältnisse (Wiener Congreß-Acte) (s. Deutschland).

1817. Vertrag zwischen dem König von Hannover und dem Herzog von Oldenburg, wegen Regulirung ihrer Gebietsverhältnisse, in

Gemäßheit der Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte. Bremen, 4. Februar 1817.

(Martens, S. VII. 373.)

1818. Verhandlungen des Aachner Congresses (zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland und Preußen), wegen des an Oldenburg zu leistenden péage d'Elsflett (Weserzoll zu Elsflett).

(Martens, S. VIII. 552.)

1819. Frankfurter Territorial-Receß (s. Deutschland).

1823. Herzoglich oldenburgische Erklärung an den deutschen Bundestag, über die Vereinigung der Erbherrschaft Jever mit dem Herzogthum Oldenburg. Frankfurt, 27. November 1823.

(Meyer, 27. November 1823.)

1825. Uebereinkunft zwischen dem Herzoge von Oldenburg und dem Grafen Bentinck, die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft Kniphausen betreffend. Berlin, 8. Juni (ratificirt zu Wiesbaden, 20. Juni) 1825.

(Meyer, II. S. 289.)

1826. Beschluß der deutschen Bundesversammlung, wegen Uebernahme der Garantie zu vorstehendem Vertrage hinsichtlich der Herrschaft Kniphausen. Frankfurt, 9. März 1826.

(Meyer, II. 285.)

1829. Annahme des dem herzoglichen Hause Oldenburg zustehenden großherzoglichen Titels, in Gemäßheit der Wiener Congreß-Acte. Oldenburg, 28. Mai 1829.

(Meyer, II. 348.)

1842. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und großherzoglich oldenburgischen Regierung, wegen Ausdehnung der bundesmäßigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie. Wien, 7. Juni; Oldenburg, 4. Juli 1842.

(J. G. S. 1842. Nr. 638. S. 59. — P. G. S. Bd. 70. S. 219. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1842, Notizenblatt S. 487.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen über den Postverkehr mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1846. Convention zwischen Oesterreich und Oldenburg, be-

züglich der Schifffahrt. Oldenburg, 12. September 1846; Wien, 22. October 1846.

(Murhard, n. r. IX. 347.)

1852. Beitritt Oldenburgs zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1852, I. Bd. 18.)

1853. Beitritt Oldenburgs zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland und Preußen), und Anwendung dieses Vertrages auch auf das Fürstenthum Birkenfeld.

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Parma

(Herzogthum).

Im Frieden von Wien (1738) ward das Herzogthum Parma, dessen Farnesische Dynastie kurz vorher ausgestorben war, Oesterreich zugetheilt, zehn Jahre später aber, im Aachner Frieden (1748), dem Infanten Don Philipp als Tertio-Genitur von Spanien-Bourbon. Im J. 1800 von Spanien eventuell an Frankreich abgetreten, das den Herzog durch das ephemere Königreich Etrurien zu entschädigen versprach, ward es im J. 1802 mit dem Kaiserthum Frankreich als département du Taro förmlich vereinigt. Nach Auflösung dieses Kaiserthums wurde das wieder hergestellte Herzogthum Parma (mit Piacenza und Guastalla) der Kaiserin Maria Louise in Besitz überlassen (1815), nach deren Tode (1847) es in Folge des zwischen den betheiligten Mächten geschlossenen Reversions-Tractates (1817, 1844) an den Herzog von Lucca aus dem Hause Bourbon kam, während Lucca zu Folge specieller Uebereinkommens, bis auf einige in Gemäßheit der Wiener Congreß-Acte an Modena abgetretene Parcellen, an Toscana und Guastalla an Modena überging.

Parma stand seit seiner Wiedergestaltung in den engsten Freundschafts-Verhältnissen mit Oesterreich, dem das Besatzungsrecht in Piacenza vertragsmäßig (1817, 1819) zusteht. Es wurden zwischen beiden Regierungen besondere Uebereinkommen wegen der Freizügigkeit des Vermögens (1817) und der Pensionen (1822), wegen Auslieferung der Verbrecher (1818, 1829 und 1839) und der Deserteure (1817, 1836), wegen Unterdrückung des Nachdruckes (1840) und wegen der Unterhaltskosten der österreichischen Truppen (1848) geschlossen. Durch den zwischen Oesterreich und Sardinien ausgebrochenen Krieg sah sich der Herzog von Parma anfänglich zu den Gegnern Oesterreichs gedrängt (1848), entzog sich aber später der Sache der Revolution und schloß mit Oesterreich eine Militär-Convention (1849), auch wurde Parma in die Bestimmungen des österrei-

chisch-sardinischen Friedensschlusses einbezogen (1849). Seitdem steht es wieder mit Oesterreich in enger Allianz und ist Mit-Contrahent bei den italienischen Uebereinkünften bezüglich des Post- (1849, 1851) und des Zollwesens (1849, 1852), der Schifffahrt auf dem Po (1849), der Eisenbahnen (1851) und der Telegrafen (1851), endlich bei dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853).

1748. Aachener Frieden, laut welchem die Herzogthümer Parma und Piacenza an den Infanten Don Philipp aus dem Hause Bourbon cedirt werden (s. Frankreich).

1752. Beitritt des Herzogs von Parma zu dem Tractat vom 14. Juni 1752 zwischen Oesterreich, Spanien und Sardinien (s. Spanien).

1759. Tractat vom 3. October 1759 zwischen Oesterreich und Neapel, wegen Parma (s. Sicilien).

1763. Convention zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien, wegen der Reversion von Piacenza (s. Sardinien).

1768. Schreiben des Pabstes an die Kaiserin Maria Theresia, die Jesuiten in Parma betreffend (s. Kirchenstaat).

1775. Convention zwischen der Kaiserin Königin als Herzogin von Mailand und dem Herzog von Parma, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. . . . . 20. April 1775.
(Martens, S. II. 156.)

1780. Erneuerung dieser Convention. . . . . 25. Februar 1780.
(Martens, S. II. 156.)

1801. Frieden von Lüneville zwischen Oesterreich und Frankreich, worin das Großherzogthum Toscana dem Herzog von Parma cedirt wird (s. Deutschland).

1815. Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte über das Herzogthum Parma (s. Deutschland), und die Auseinandersetzung des Monte Napoleon (s. Kirchenstaat).

1815. Bekanntmachung Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Louise, daß sie die provisorische Verwaltung ihrer Staaten von Parma, Piacenza und Guastalla Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich übergeben habe. Schönbrunn, 31. März 1815.
(Martens, S. IX. 39.)

1815. Bekanntmachung Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, daß er diese Verwaltung übernommen habe. Wien, 2. April 1815.
(Martens, S. IX. 40.)

1817. Tractat geschlossen zwischen Oesterreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, über die Reversion der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla an den Infanten Don Carl Ludwig, nach dem Tode Ihrer Majestät der Erzherzogin Maria Louise; über die Reversion von Lucca an Toscana für denselben Fall, und über das Garnisonsrecht Oesterreichs in Piacenza. Wien, 10. Juni 1817.

(Martens, S. VIII. 416.)

1817. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Ihrer Majestät der kaiserlichen Prinzessin, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Piacenza, 23. October 1817.

1818. Erläuterung der Artikel 6 und 13 dieses Cartels.

(Mil. Ges. Samml. 1818. Nr. 127. S. 192.)

1817. Convention zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und Ihrer Majestät der kaiserlichen Prinzessin, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, wegen in den beiderseitigen Ländern statt zu gebender Freizügigkeit des Vermögens. Piacenza, 7. November 1817 (die Ratificationen ausgewechselt am 1. März 1818).

(J. G. S. 1818. Nr. 1427. S. 12. — P. G. S. Bd. 45. S. 347.)

1818. Convention zwischen denselben, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Baden bei Wien, 3. Juli 1818.

(P. G. S. Bd. 46. S. 180. — J. G. S. 1818. Nr. 1470. S. 34.)

1822. Convention zwischen denselben, über die Freizügigkeit der Pensionen. Verona, 9. December 1822.

(J. G. S. 1822. Nr. 1913. S. 124. — P. G. S. Bd. 50. S. 678.)

1822. Convention zwischen denselben, in Bezug auf das österreichische Besatzungsrecht zu Piacenza. Piacenza, 14. März 1822 (die Ratificationen ausgewechselt am 23. August 1822.)

(P. G. S. Bd. 50. S. 580.)

1829. Verlängerung des Auslieferungsvertrages vom J. 1818 auf weitere 10 Jahre.

(Hof-Decret vom 20. November 1829: J. G. S. 1829. Nr. 2441. S. 179. — P. G. S. Bd. 57. S. 718.)

1836. Ergänzende Bestimmungen zu dem Cartel vom Jahre 1818 wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure, in Bezug auf die Falschwerbung. Parma, 9. Jänner; Wien, 22. Jänner 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 1. Februar 1836: J. G. S. 1836. S. 73. Nr. 12.)

1839. Verlängerung des Auslieferungsvertrages vom 3. Juli 1818 neuerdings auf fünf Jahre und so fort bis zur sechsmonatlichen Aufkündigung. Parma, 31. October 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 20. December 1839: J. G. S. 1839. Nr. 398. S. 362. — P. G. S. Bd. 67. S. 139.)

1840. Beitritt Parma's zu dem österreichisch-sardinischen Vertrag wider den Nachdruck. Parma, 25. November 1840.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. December 1840: J. G. S. 1840. Nr. 488. S. 544. — P. G. S. Bd. 68. S. 358. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1841, Notizenblatt S. 45. Nr. 19.)

1844. Tractat zwischen dem Großherzog von Toscana, dem Herzoge von Parma (damals Herzog von Lucca) und dem Herzoge von Modena, unter Mitwirkung Oesterreichs und Sardiniens, mit Bestimmungen für den Fall der, im Aachner Frieden von 1748 und im Pariser Tractat vom 10. Juni 1817 festgesetzten Reversion von Lucca an Toscana, und von Parma an den Herzog von Lucca. Florenz, 28. November 1844.

(Martens et Cussy, V. 532.)

1848. Beitritt des Herzogs von Parma zum Allianz-Vertrag zwischen Oesterreich und Modena vom 24. December 1847 (s. Modena). Parma, 4. Jänner 1848.

(Angedeutet bei Murhard, n. r. XI. 355.)

1848. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. königlichen Hoheit dem Herzoge von Parma, wegen der Unterhaltskosten der kaiserlichen Truppen im Herzogthum. Parma, 4. Februar 1848.

(Citirt in der Convention vom 3. Juli 1849.)

1848. Handschreiben des Herzogs von Parma, womit er erklärt sich von der Allianz mit Oesterreich loszusagen und der Sache Italiens in Verbindung mit Sardinien und mit Rom beizutreten. . . . ., 29. März und 9. April 1848.

(Suppl. della gazzetta di Milano, 4. Aprile 1848. Nr. 13. — Gazzetta di Milano, 13. Aprile 1848. Nr. 22.)

1848. Königlich sardinisches Decret wegen Einverleibung des Herzogthums Piacenza mit dem Königreiche Sardinien. . . . ., 18. Mai und 27. Mai 1848.

(Gazzetta di Milano, vom 3. Juni 1848. Nr. 73.)

1848. Königlich sardinisches Decret, wegen Einverleibung der Herzogthümer Parma und Modena mit dem Königreiche Sardinien. . . . . ., 18. und 21. Juni 1848.

(Gazzetta Piemontese vom 18. und 23. Juli 1848. Nr. 168 und 184.)

1849. Convention zwischen Oesterreich und Parma, womit

Bestimmungen wegen der Unterhaltungskosten der Truppen des einen Staates auf dem Gebiete des andern, festgestellt werden. Mailand, 3. Juli 1849 (kaiserliche Ratification vom 6. August; parmesanische vom 30. Juli 1849).

(Reichsgesetzblatt 1849. 310. S. 497.)

1849. Beitrittserklärung des Herzogs von Parma zu dem am 23. Jänner 1848 zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossenen Zollvertrage. Mailand, 2. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 384. S. 700.)

1849. Postvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma (s. Modena).

1849. Convention zwischen Oesterreich und Parma, die Landeshoheit über die im Po-Flusse sich bildenden Inseln betreffend. Mailand, 3. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 312. S. 508. — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1849, Gesetzchronik, S. 301.)

1849. Convention zwischen Oesterreich, Modena und Parma über die freie Schifffahrt auf dem Po; dann

1849. Convention zwischen Oesterreich, Modena und Parma, wegen Bildung eines Zollvereins (s. Modena).

1849. Beitritt Parma's zum Friedenstractat zwischen Oesterreich und Sardinien. Parma, 14. August 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 349. S. 596.)

1851. Eisenbahnvertrag zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaat, Modena, Parma und Toscana (s. Kirchenstaat).

1851. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Parma, wegen Errichtung und gegenseitigen Anschluß von Telegrafenlinien. Parma, 15. September 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 248. S. 639.)

1851. Postvertrag zwischen Oesterreich und Parma, als Beitritt Parma's zu dem österreichisch-italienischen Postverein (s. Toscana 1850). Parma, 17. September 1851 (die Ratificationen ebenda ausgewechselt am 8. November 1851.

(Reichsgesetzblatt 1852. 25. S. 55.)

1852. Zolleinigungs-Vertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma (s. Modena).

1853. Verfügungen in Folge der Zolleinigung Oesterreichs mit Modena und Parma, dann jener Oesterreichs mit Preußen (s. Modena und Deutschland).

Portugal

(Königreich).

In Portugal herrschte während des spanischen wie des österreichischen Erbfolgekrieges (1705—1750) (s. Baiern) Johann V. Im ersteren auf Seite Englands und Oesterreichs kämpfend, war er im zweiten neutral. Sein Sohn und Nachfolger Josef I., unter welchem der allgewaltige Minister Pombal seine Reformen vornahm, ward in den siebenjährigen Krieg hineingerissen. Sein Feldherr, der berühmte Graf von Lippe, schlug die Spanier und im Pariser Frieden (1763) erhielt Portugal die südamerikanische Colonie S. Sagramento von Spanien abgetreten. Als Josefs Tochter und Thronerbin, Maria, die ihm 1777 folgt, im J. 1792 gemüthskrank wurde, übernahm ihr Sohn Johann die Regentschaft, und sodann die selbstständige Regierung als König beim Tode der Mutter (1816).

Portugal war 1780 wie Oesterreich der ersten bewaffneten Neutralität beigetreten (s. Rußland). Es trat der ersten Coalition gegen Frankreich bei, und schloß mit demselben (1797) den Frieden zu Madrid. Auch an der zweiten Coalition gegen Frankreich Theil nehmend, ward es auf dessen Geheiß von Spanien mit Krieg überzogen, verlor Olivença und verpflichtete sich im zweiten Madrider Frieden (1801) seine Häfen den Engländern zu verschließen. 1803 erkaufte es sich von Frankreich seine Neutralität. Nichts desto weniger schloß Napoleon am 27. October 1807 mit Spanien einen Vertrag zur Theilung Portugals, französische Truppen besetzten das Land und die königliche Familie schiffte sich nach Rio-Janeiro ein (1808) (s. Brasilien). Durch die Stipulationen des ersten Pariser Friedens (1814) und der Acte des Wiener Congresses (1815), an dessen Verhandlungen auch Portugal Theil nahm, wurde es wieder in seinen alten Zustand hergestellt, bis auf Olivença, das trotz des Beschlusses des Wiener Congresses bei Spanien noch verblieb.

Nach der Losreißung Brasiliens vom Mutterlande (1821) und nach dem Tode König Johann VI. (1826) überträgt Dom Pedro, Kaiser von Brasilien, sein Recht auf die portugiesische Krone seiner Tochter, Maria da Gloria, aus der Ehe mit der Erzherzogin Leopoldine von Oesterreich (s. Brasilien). Ihr zum Vormunde ernannter Oheim, Dom Miguel, der die Krone an sich reißt, wird (1833) von Dom Pedro vertrieben. Die Königin, Donna Maria da Gloria, in erster Ehe mit einem Prinzen von Leuchtenberg, in zweiter mit dem Herzoge Ferdinand von Sachsen-Coburg vermählt, stirbt im November 1853.

Es bestehen keine besonderen Verträge zwischen der österreichischen und der portugiesischen Regierung.

1763. Beitritt Portugals zu dem Pariser Tractat zwischen Frankreich, Spanien und Großbritannien, wegen Bestätigung der älteren Friedensschlüsse (s. Spanien).

1814. Erster Pariser Frieden (s. Frankreich).

1815. Beitritt Portugals zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 8. März 1815.
(Martens, S. VI. 128.)

1815. Bestimmungen des Wiener Congresses über die Rückstellung der Stadt Olivença an Portugal und anderer an Spanien abgetretener Gebietstheile, und über die Grenzen zwischen der französischen und portugiesischen Guyana (s. Deutschland).

1815. Erklärung der am Wiener Congresse versammelten Mächte wider den Sclavenhandel; XV. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

Preußen

(Königreich).

Der Churstaat Brandenburg, seit 1701 das Königreich Preußen, als solches auch von Frankreich und England (1713) anerkannt, ward durch Friedrich II., der in demselben Jahre mit Maria Theresia die Regierung antrat, und sie durch 46 Jahre — um sechs Jahre länger als seine große Gegnerin — führte, zu einer europäischen Macht erhoben. Nach dem Tode Carl VI. eröffnete Friedrich zuerst den österreichischen Erbfolgekrieg, indem er in Schlesien einfiel, von dem er auch in den Friedensschlüssen von Breslau und Berlin (1742) den größten Theil erlangte, eine Erwerbung, welche die Friedensschlüsse von Dresden (1745) und Hubertsburg (1763) bestätigten. Wiederholt vereitelte Friedrich (1779 zu Teschen und 1785 durch den Fürstenbund) Josefs II. Bestrebungen, Baiern zu erwerben (s. Baiern). Preußen nahm an allen drei Theilungen Polens (1772, 1791, 1795), Oesterreich nur an der ersten und letzten Antheil (s. Rußland). Es opponirte mit England den Fortschritten der österreichischen Waffen im türkischen Kriege (1788) und führte durch den Reichenbacher Congreß (s. Großbritannien) den von Oesterreich mit der Pforte geschlossenen Szistower Frieden (1791) herbei. Durch die Basler Separat-Convention mit Frankreich (1795) und die Festsetzung einer Demarcations-Linie in Deutschland (1796) trennte es sich von Deutschlands Sache, für die Oesterreich auf allen Schlachtfeldern jetzt allein stehend blutete. Durch den Reichs-Deputations-Receß (1803) erhielt der König von Preußen als Churfürst von Brandenburg Entschädigungen in Westphalen, Nieder-Sachsen und Thüringen für die an Frankreich durch den Lüneviller Frieden (1801) abgetretenen Besitzungen am linken Rheinufer. Im verhängnißvollen Jahre 1805 schloß Preußen nach der Schlacht bei Austerlitz ein Freundschaftsbündniß mit Napoleon, das jedoch den Krieg des Jahres 1806 mit seinem für Preußen tragischen Ausgange (Schlacht bei Jena) nicht hinderte. Bei der Auflösung des deutschen Reiches in Folge des Rheinbundes, hatte Preußen an den Abschluß eines norddeutschen Bundes (1806) gedacht; von Frankreich besiegt, wurde es zum Abschlusse des Friedens von

Tilsit (1807) gezwungen. Zur Abschüttelung des französischen Joches trat es sodann mit Rußland zu Kalisch, und mit Oesterreich und Großbritannien zu Reichenbach und Teplitz in Bund (1813) und nahm von da an, als eine der fünf europäischen Großmächte und Mitglied der heiligen Allianz (1815) an der Wiedergestaltung der politischen Verhältnisse Antheil, wobei es sein Ländergebiet durch Erwerbungen in Deutschland, Polen, Pommern u. s. w. bedeutend vergrößerte (1813—1815), und durch die Stiftung des Zollvereins (1828) den Weg zur Einigung in Deutschland anbahnte. Die Ereignisse des Jahres 1848 bringen Verwicklungen der Angelegenheiten Deutschlands und der Beziehungen Preußens zu den deutschen Staaten, und zumal zu Oesterreich hervor, sowohl hinsichtlich der politischen Stellung beider Mächte, als der Zollverhältnisse in Deutschland (s. Deutschland). Die Olmützer Conferenzen bahnen jedoch von Neuem die enge Allianz zwischen Oesterreich und Preußen an.

Zwischen diesen beiden Mächten bestehen übrigens besondere vertragsmäßige Bestimmungen wegen Festsetzung der Territorial-Verhältnisse (1815, 1816, 1818, 1819, 1828), insbesondere wegen Polen (1815, 1817, 1818) und Krakau (1818, 1846, 1847), dann wegen der Besatzung in Mainz (1816, 1817), wegen Auslieferung der Deserteure (1818, 1819, 1821, 1822, 1830) und der politischen Verbrecher (1834, 1836), wegen der Vermögens-Freizügigkeit (1766, 1787, 1788, 1792, 1819, 1835, 1852), wegen der Reisepässe (1811, 1840), wegen Behandlung der Handelsschiffe in den gegenseitigen Häfen (1831), wegen der Schifffahrt auf der Elbe (1821, 1836, 1844, 1846, 1851, 1852) und auf der Oder (1839, 1842), wegen Ausübung der Handels- und Gewerbsrechte (1836) und Zulassung jüdischer Handwerksgesellen (1838), wegen Verpflegung der Kranken (1827, 1835, 1853), wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel (1842, 1848), Vollstreckung der gerichtlichen Requisitionen und Erkenntnisse (1829, 1834, 1840, 1844, 1846), wegen Uebernahme der Schüblinge (1828), wegen Grenzverkehrs-Erleichterungen (1847), wegen der Militär-Verlassenschaften (1835), der Correspondenz der Gerichtsbehörden (1837) und der Postbehörden (1849), wegen des Verfahrens in Auswanderungs- (1832, 1849, 1842, 1843) und in Concurs-Fällen (1844, 1845), wegen der Post (1844, 1850, 1851), der Telegrafen (1849, 1850, 1851) und der Eisenbahnen (1850), endlich bezüglich der Handels- und Zollverhältnisse durch einen Handelsvertrag nebst Zoll- und Münz-Cartel, als Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung (1853).

1740. Verhandlungsacten zwischen Oesterreich und Preußen, in Betreff Schlesiens.

(Rousset, XV. 132. 376.)

1741. Cartel zwischen Oesterreich und Preußen auf sechs Jahre geschlossen. . . . ., 9. Juli 1741.

(Adelung, Staatengeschichte IV. 23.)

1741. Beitritt des Königs von Preußen zum Frankfurter Allianzvertrage der Churfürsten von Baiern und Sachsen, über deren Ansprüche auf die österreichische Erbfolge (s. Baiern)...., 1. November 1741 (ratificirt den 8. desselben Monats).

(Rousset, XXI. 52.)

1741. Convention zwischen Oesterreich und Preußen unter Vermittlung Großbritanniens, wegen Abtretung von Niederschlesien. Klein-Schellendorf, 9. October 1741.

(Rousset, XVIII. 473.)

1742. Präliminarien des Friedensschlusses zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und Sr. Majestät dem König von Preußen. Breslau, 11. Juni 1742.

(Wenck, I. 734.)

1742. Definitiver Friedenstractat zwischen denselben, zur Beendigung des ersten schlesischen Krieges. Berlin, 28. Juli 1742.

(Wenck, I. 739.)

1742. Schlesischer Grenz-Receß, wie solcher von Ihro Majestät in Preußen und der Königin von Ungarn und Böhmen hierzu ernannten Commissarien errichtet wird. Ratibor, 6. December 1742.

(Wenck, I. 748.)

1745. Definitiver Friedens-, Versöhnungs- und Freundschafts-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preußen, zur Beendigung des zweiten schlesischen Krieges und des österreichischen Erbfolgekriegs. Dresden, 25. December 1745.

(Wenck, II. 194.)

1756. Verhandlungen des deutschen Reichstages aus Anlaß des Einfalls der preußischen Truppen in Sachsen und Böhmen, und Rechtsgutachten vom 17. Jänner 1757, wegen einer Kriegserklärung an den Churfürsten von Brandenburg.

(Adelung, Staatshistorie, T. IX. Beil. p. 46—105.)

1757. Promemoria, welches Se. Majestät von Preußen durch Dero Comitial-Gesandten am 24. Jänner in Antwort auf das Reichs-Gutachten vom 17. Jänner übergeben lassen.

(Adelung, Staatshistorie, T. IX. Beilage p. 121.)

1760. Staatsvertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland, zur Abwehrung der Angriffe Preußens gegen Oesterreich (s. Rußland).

1763. Reichsgutachten wegen Zurückziehung des Reichs-Contingents von der Reichsarmee. . . ., 11. Februar 1763.

(Teutsche Kriegskanzlei, T. XVII. 685. 708. 714. 750.)

1763. Friedenstractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preußen, zur Beendigung des dritten schlesischen oder siebenjährigen Krieges. Hubertsburg, 15. Februar 1763.

(Martens, I. 61. — Wenck, III. 368.)

1763. Besondere Acte, welche zufolge des zwanzigsten Artikels des zu Hubertsburg geschlossenen Friedens durch die Bevollmächtigten Ihrer Majestät der Kaiserin Königin und Sr. Majestät des Königs von Preußen gezeichnet wird, wegen Einschlusses der beiderseitigen Bundesgenossen, nämlich für Oesterreich der König von Frankreich, der König von Schweden, der König von Polen, Churfürst von Sachsen, und die anderen befreundeten deutschen Staaten, und für Preußen der König von Großbritannien, Churfürst von Braunschweig-Lüneburg, der Herzog von Braunschweig-Lüneburg und der Landgraf von Hessen-Cassel, in den gedachten Friedenstractat. Berlin und Dresden, $\frac{1}{12}$. März 1763.

(Martens, I. 69. — Wenck, III. 378.)

1766. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger Ausfolgung der Erbschaften und des sonstigen Vermögens gegen 10 % Abzug und zu beobachtendes Reciprocum. Wien, $\frac{7}{7}$. August 1766.

(Codex Austriacus T. VI. p. 833. — Martens, guide dipl. T. II. p. 1258.)

1772. Declaration Ihrer Majestät der Kaiserin Königin, ihre Ansprüche auf Polen betreffend, im Einverständnisse mit der Kaiserin von Rußland und dem König von Preußen (s. Rußland).

1779. Waffenstillstand zwischen Oesterreich und Preußen im bairischen Erbfolgekrieg (s. Baiern). . . ., 7. März 1779.

(Nouv. extr. 1779. N. 26. — Martens, V. 48.)

1779. Friedenstractat zu Teschen zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Preußen, zur Beendigung des baierischen Erbfolgekrieges (s. Baiern).

1785. Tractat zwischen den Churfürsten von Brandenburg, Sachsen und Braunschweig-Lüneburg, wegen Aufrechthaltung der Verfassung des deutschen Reichs (Fürstenbund). Berlin, 23. Juli 1785.

(Martens, II. 553.)

1787. Convention zwischen Oesterreich und Preußen, wegen Festsetzung eines Reciprocums von 10% bei Abzügen von den in die gegenseitigen Staaten abziehenden Verlassenschaften. Wien, 27. August 1787.

(Hof-Decret vom 4. September 1787: J. G. S. 144. Nr. 715. — Linden, „das Abfahrtsgeld" S. 76.)

1788. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, daß in Fällen von Verlassenschafts-Exportationen die Beibringung von Reversalien de observando reciproco nicht nöthig sei. Wien, 20. October 1788.

(Hof-Decret vom 6. November 1788: J. G. S. 194. Nr. 915. — Linden, „das Abfahrtsgeld" S. 77.)

1790. Friedenstractat zwischen Preußen und der ottomanischen Pforte, worin sich Preußen verbindet, Oesterreich und Rußland zu einem Friedensschlusse mit der Pforte, und Oesterreich zur Rückgabe Galiziens und der übrigen, bei der ersten Theilung erworbenen polnischen Länder an Polen zu verhalten. Constantinopel, 31. Jänner 1790.

(Martens, IV. 560.)

1790. Correspondenz zwischen Ihren Majestäten den Königen von Ungarn und Böhmen und von Preußen, über den Krieg mit der ottomanischen Pforte. 28. März und 2. Juni 1790.

(Herzberg, T. III. p. 61—94.)

1790. Verhandlungen zu Reichenbach in Betreff des Krieges mit der Pforte und der Verfassung der belgischen Provinzen (s. Großbritannien).

1791. Präliminarien zu einem Allianz-Tractat zwischen den Höfen von Oesterreich und Preußen. Wien, 25. Juli 1791.

(Martens, V 5.)

1791. Separat-Artikel hiezu, über den Rückfall der Lausitz an Oesterreich. Wien, 25. Juli 1791.

(Martens, II. 171.)

1791. Sistower Friedenstractat zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und der ottomanischen Pforte, unter Vermittlung Großbritanniens, Preußens und der Generalstaaten (s. Türkei).

1792. Declaration Ihrer Majestäten des römischen Kaisers und des Königs von Preußen über den öffentlichen Zustand in Frankreich (s. Frankreich).

1792. Ausdehnung des österreichischen Patents über die Vermögensfreizügigkeit, vom 14. März 1785, auf Ungarn und Siebenbürgen. Wien, 12. September 1791.

(Oesterreichisches Patent vom 12. September 1791: J. G. S. 66. Nr. 201.)

1792. Allianz-Tractat zwischen Ihren Majestäten dem römischen Kaiser und dem Könige von Preußen, mit drei Separat-Artikeln. Berlin, 7. Februar 1792.

(Martens, V. 77 und S. II 172.)

1795. Ausgewechselte Erklärung der bevollmächtigten Minister der Höfe zu Wien und St. Petersburg, über die Nothwendigkeit einer vollständigen Theilung Polens (s. Rußland).

1795. Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem König von Preußen und der französischen Republik. Basel, 5. April 1795.
(Martens, VI. 495.)

1795. Erklärung Sr. königlichen Majestät von Preußen an ihre höchsten und hohen Mitstände, in Betreff des am 5. April 1795 mit der französischen Republik geschlossenen Friedens-Tractats. . . . . 1. Mai 1795.
(Martens, VI. 495.)

1795. Tractat über die Neutralität eines Theiles des deutschen Reiches, geschlossen zwischen Sr. Majestät dem König von Preußen und der französischen Republik. Basel, 17. Mai 1795.
(Martens, VI. 503.)

1795. Dreifache Convention zwischen den Höfen von Wien, St. Petersburg und Berlin, Polen betreffend (s. Rußland).

1796. Notenwechsel zwischen den Höfen von Wien und Berlin, über die Neutralität von Norddeutschland.
(Moniteur, an V. N. 104. — Martens, guide dipl. II. 1073.)

1796. Traetat über eine neue Demarcations-Linie, um die Neutralität Norddeutschlands zu sichern, geschlossen zwischen Sr. Majestät dem König von Preußen und der französischen Republik. Berlin, 5. August 1796 (18. Thermidor, Jahr IV).
(Martens, VI. 650.)

1796. Geheimer Tractat zwischen denselben, Entschädigungen betreffend. Berlin, 5. August 1796.
(Martens, VI. 653.)

1796. Uebereinkunft zwischen den Höfen von Wien und Berlin, über das Krakauer Gebiet (s. Rußland).

1797. Verhandlungen über die Auflösung Polens (s. Rußland).

1801. Friedens-Tractat zu Lüneville (s. Frankreich).

1803. Bestimmungen des Reichs-Deputations-Hauptrecesses des deutschen Reichstages, über die in Folge des Lüneviller Friedens zu leistenden Entschädigungen an den König von Preußen, als Churfürsten von Brandenburg (s. Deutschland).

1806. Preußisches Project zur Errichtung eines norddeutschen Bundes, als Gegengewicht zum Rheinbunde. . . . . 21. August 1806.
(Murhard, n. S. I. 318.)

1807. Tilsiter Friedens-Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, und dem König von Preußen (s. Deutschland).

1811. Uebereinkunft zwischen der österreichischen und preußischen Regierung, bezüglich der Ausfertigung der Reisepässe in die königlich preußischen Staaten.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. Mai 1811: P. G. S. Bd. 36. S. 121.)

1813. Allianz-Vertrag zwischen Rußland und Preußen. Kalisch, $\frac{11}{23}$. Februar, und Breslau, 27. Februar 1813.

(Martens, n. r. III. 234.)

1813. Convention zwischen Rußland und Preußen, wegen Befreiung Deutschlands von der französischen Herrschaft. Breslau, $\frac{1}{13}$. März 1813.

(Martens, S. V. 564.)

1813. Convention zwischen Rußland und Preußen, über die Märsche und die Verpflegung des russischen Heeres in Preußen. Kalisch, 7. April 1813.

(Martens, n. vc. III. 238.)

1813. Allianz- und Subsidien-Tractat zwischen Preußen und Großbritannien (ein gleicher Vertrag zwischen Rußland und Großbritannien). Reichenbach, 15. Juni 1813.

(Martens, S. V. 568—581, dann nouv. recueil. III. 267.)

1813. Beitritt Oesterreichs zur Allianz zwischen Rußland und Preußen. Reichenbach, 27. Juni 1813.

(Im Auszug angezeigt bei Murhard, n. S. I. Vorrede, XIV.)

1813. Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Preußen, zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich. Teplitz, 9. September 1813 *).

(P. G. S. Bd. 41. S. 66. — Martens, S. V. 600, dann n. r. III. 295.)

1813. Acten über die Central-Verwaltung der verbündeten Mächte (s. Deutschland).

1813. Präliminar-Allianz-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Würtemberg (Fulda, 2. November 1813), welchem Se. Majestät der König von Preußen beigetreten zu Frankfurt den 21. November 1813 **).

(Martens, S. V. 643.)

*) Gleichzeitig schlossen auch Oesterreich mit Rußland (s. dieses), und letzteres mit Preußen besondere Allianz-Verträge, welchen die übrigen deutschen Staaten (s. diese) successive beitraten.

(Martens, S. V. 596, 604, 607. VIII. 96.)

**) Ueber den Beitritt der übrigen deutschen Fürsten zur großen Allianz

1814. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preußen (s. Großbritannien).

1814. Tractat über die Verzichtleistung Napoleons auf die Souveränetät in Frankreich und Italien (s. Frankreich).

1814. Militärische Convention zwischen den österreichischen und preußischen Befehlshabern, wegen Besetzung und Verwaltung von Mainz. Mainz, 13. Juni 1814.

(Martens, S. VII. 310.)

1814. Erster Pariser Frieden (s. Frankreich).

1815. Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Rußland und Preußen, zur Aufrechthaltung der Bestimmungen des Pariser Friedens (s. Großbritannien).

1815. Preußisches Patent über die Besitzergreifung von dem Großherzogthum Niederrhein. Wien, 5. April 1815.

(Martens, S. VI. 310.)

1815. Errichtung des Großherzogthums Posen aus einem Theile des Großherzogthums Warschau unter der Oberherrschaft Preußens. (Wiener Congreß-Acte) (s. Deutschland).

1815. Tractate zwischen Oesterreich und Rußland, dann Rußland und Preußen, das Königreich Polen betreffend, in Folge der mit dem Herzogthume Warschau vorgegangenen Veränderung. Wien, 21. April (3. Mai) 1815 (ratificirt ebendaselbst am 8., und die Ratifications-Instrumente ausgewechselt am 9. Mai 1815); — I. und II. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

(P. G. S. Bd. 43. S. 204. — Martens, S. VI. 225 bis 250; VIII. 127 bis 129.)

1815. Additional-Tractat zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen, wegen Erklärung Krakau's zu einer freien Stadt unter dem Schutze Oesterreichs, Rußlands und Preußens, und Festsetzung ihrer Constitution. Wien, 21. April (3. Mai) 1815; — III. Beilage der Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

(P. G. S. Bd. 43. S. 121. — Martens, S. VI. 251.)

1815. Convention zwischen Preußen und Sachsen. Wien, 18. Mai 1815 (s. die Haupt-Convention vom 28. August 1819).

1815. Zuweisung verschiedener Gebietstheile in Deutschland an Preußen, und Verzichtleistung von Seite Oesterreichs auf sein

---

sehe man Martens S. V. 649—654; wegen Dänemarks ebenda, 657; dann in gegenwärtiger Uebersicht bei den bezüglichen Ländern.

Reversionsrecht bezüglich der an Preußen abgetretenen Theile der Lausitz. (Wiener Congreß-Acte) (s. Deutschland).

1815. Preußisches Patent über die Besitzergreifung des mit der königlich preußischen Monarchie vereinigten sächsischen Gebietes. Wien, 22. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 287.)

1815. Erklärung der österreichisch-bairischen Commission, und Convention über die Grenzen der am rechten Ufer der Mosel gelegenen, an Preußen kommenden Gebietstheile. Creuznach, 28. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 313—316.)

1815. Cessions- und Austauschvertrag zwischen Ihren Majestäten den Königen von Preußen und Hannover. Wien, 29. Mai 1815. (VI. Beilage der Wiener Congreß-Acte.)
(Martens, S. VI. 316.)

1815. Convention zwischen Preußen und Nassau. Wien, 31. Mai 1815. (VIII. Beilage der Wiener Congreß-Acte.)
(Martens, S. VI. 333.)

1815. Cessions-Vertrag zwischen Preußen und dem Großherzogthum Sachsen-Weimar. Wien, 1. Juni 1815. (VII. Beilage der Wiener Congreß-Acte).
(Martens, S. VI. 324.)

1815. Tractat zwischen Preußen und Dänemark, wegen gegenseitiger Abtretung von Schwedisch-Pommern sammt der Insel Rügen und des Herzogthums Lauenburg. Wien, 4. Juni 1815.
(Martens, S. VI. 349.)

1815. Deutsche Bundesacte;

1815. Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Convention zwischen Oesterreich und Preußen, wegen Festsetzung der Territorial-Verhältnisse. Wien, 12. Juni 1815.
(Murhard, n. S. I. 451.)

1815. Heilige Allianz, geschlossen zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen (s. Deutschland).

1815. Zweiter Pariser Frieden (s. Frankreich).

1816. Convention zwischen den Commissären Oesterreichs und Preußens, wegen Abtretung eines Theils des ehemaligen

Departements der Saar an Preußen, in Gemäßheit des 51. Artikels der Wiener Congreß-Acte. Worms, 1. Juli 1816.
(Martens, S. VIII. 241.)

1816. Territorial-Convention zwischen JJ. Majestäten dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Preußen einerseits, und Sr. königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen andererseits. Frankfurt a. M., 30. Juni 1816 (zweite Beilage des Frankfurter Territorial-Recesses vom 30. Juli 1819— s. Deutschland).
(Meyer, II. 179. — Martens, S. VII. 73.)

1816. Protocoll und Beschluß der zur Auseinandersetzung der Festungsangelegenheiten von Mainz vereinigten Commission, in Ausführung des unterm 30. Juni 1816 zwischen Oesterreich, Preußen und dem Großherzogthum Hessen geschlossenen Vergleichs. Mainz, 17. December 1816.
(Martens, S. VII. 341.)

1817. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Preußen, über den Handel der zum ehemaligen Königreiche Polen, wie es im Jahre 1772 bestand, gehörigen Provinzen, mit Rücksicht auf die zwischen Rußland und Preußen bestehenden Stipulationen des Tractates vom 3. Mai (21. April a. St.) 1815. Warschau, 22. März 1817.
(P. G. S. Bd. 47. S. 148. — Martens, S. VIII. 537.)

1817. Convention zwischen den preußischen und sächsischen Commissären (unter Vermittlung Oesterreichs), über die Peräquations-Lieferungs-Aequivalent-Gelder und Control-Steuerangelegenheiten. Dresden, 23. Juli 1817.
(Martens, S. VIII. 421.)

1817. Conferenzen der Minister von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, in Betreff des Sclavenhandels (s. Frankreich).

1817. Militär-Convention zwischen Oesterreich und Preußen, die Besatzung von Mainz betreffend. Carlsbad, 10. August 1817.
(Meyer, II. 182. — Martens, S. VIII. 480.)

1818. Cartell zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Franzensbrunn, 8. August 1818.
(Oesterreichisches Patent vom 24. Februar 1819: Mil. Ges. Samml. 1819. Nr. 49. S. 78. — P. G. S. Bd. 47. S. 48. — Martens. n. S. IX. 301.)

1818. Convention zwischen Oesterreich und Rußland, den Handel mit Polen betreffend (s. Rußland).

1818. Aachner Congreß (s. Frankreich).

1819. Nachträgliche Bestimmungen zur Erläuterung des Cartels zwischen Oesterreich und Preußen vom J. 1818.

(Circular des kaiserlichen Hofkriegsrathes an sämmtliche General-Commanden, vom 4. April und 3. Juli 1819: Mil. Ges. Samml. 1819. Nr. 71. und 147 S. 101 und 219. — Hofkanzlei-Decret vom 22. Juli 1819: P. G. S. Bd. 47, S. 237.)

1819. Haupt-Receß der Territorial-Commission zu Frankfurt (von Seite Oesterreichs, Preußens, Großbritanniens und Rußlands), wegen Ausführung der im zweiten Pariser Frieden stipulirten Gebietsabtretungen (s. Deutschland).

1819. Haupt-Convention zwischen Preußen und Sachsen zur Ausführung des zwischen denselben geschlossenen Friedens-Tractates von Wien, 18. Mai 1815 (unter Vermittlung Oesterreichs). Dresden, 28. August 1819.

(Martens, S. XI. 117.)

1819. Vermögens-Freizügigkeit zwischen sämmtlichen preußischen Ländern und dem lombardisch-venetianischen Königreich, indem die zwischen Preußen und dem Königreich Italien abgeschlossene Freizügigkeits-Convention (Witepsk, 4. August und Charlottenburg, 5. Juni 1812) auch für das lombardisch-venetianische Königreich giltig erklärt wird.

(Hof-Decret vom 13. September 1819 in der venetianischen Gesetzsammlung.)

1819. Circular des Cabinets von Berlin an seine im Ausland accreditirten Missionen, über den politischen Zustand Deutschlands, mit Bezug auf den Congreß zu Carlsbad (s. Deutschland). Berlin, 28. September 1819.

(Murhard, n. S. III. 151.)

1819. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, wegen wechselseitiger Bekanntgebung der in dem einen oder dem anderen Staate gegen die öffentliche Sicherheit begangenen Verbrechen. Wien, 9. Februar (21. December) 1819.

(Circular des kaiserlichen Hofkriegsrathes an sämmtliche General-Commanden: Mil. Ges. Samml. 1819. 283. S. 342.)

1820. Wiener Schlußacte (s. Deutschland).

1820. Circular-Depesche der Höfe von Oesterreich, Rußland und Preußen an ihre an den deutschen und nordischen Höfen accreditirte Minister, über den Zweck des Congresses zu Troppau. Troppau, 8. December 1820.

(Martens, S. IX. 592.)

1821. Erklärung der Höfe von Oesterreich, Preußen und Rußland bei Beendigung des Congresses zu Laibach (in Folge der Ereignisse in Neapel und Sardinien). Laibach, 12. Mai 1821.

(Martens, S. IX. 638—646.)

1821. Elbeschifffahrts-Acte, gezeichnet von den Bevollmächtigten der Uferstaaten: Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hannover, Dänemark (für Holstein und Lauenburg), Mecklenburg-Schwerin, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Cöthen, Anhalt-Dessau und Hamburg. Dresden, 32. Juni 1821 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 12. December 1821).

(P. G. S. Bd. 49. S. 378. — Martens, S. IX. 714. — Meyer, I. 319.)

1821. Oesterreichische Verordnung über die Behandlung der an der österreichischen Grenze paßlos betretenen preußischen Deserteure. Wien, 25. März 1821.

(Hofkanzlei-Decret vom 9. Mai 1821: P. G. S. Bd. 49. S. 79. — Hofkriegsraths-Circular vom 25. März 1821. lit. K. Z. 1085: Mil. Ges. Samml. 1821. Nr. 89. S. 104.)

1822. Bestimmung über die Entrichtung der Taglia für preußische Deserteure, auch dann wenn solche von Polizei-Soldaten ergriffen werden.

(Hofkriegsräthliches Circular vom 8. März 1822: Mil. Ges. Samml. 1822. Nr. 32. S. 31.)

1824. Protocoll der Revisions-Commission, wegen Ergänzung der Elbeschifffahrts-Acte vom Jahre 1821. Hamburg, 18. September 1824.

(Martens, S. X. 588. — Meyer, I. 347.)

1827. Preußische Ministerial-Verordnung über die Verpflegung erkrankter hilfsbedürftiger Individuen fremder Staaten. Berlin, 20. April 1827.

(Erwähnt im Uebereinkommen vom Jahre 1835.)

1828. Zoll- und Handelsvertrag zwischen der königlich preußischen und der großherzoglich hessischen Regierung. Berlin, 14. Februar 1828, als Grundlage des deutschen Zollvereins (s. Deutschland).

1828. Hauptvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern, Churhessen und der freien Stadt Frankfurt, wegen Ausgleichung der Central-Lasten des vormaligen Großherzogthums Frankfurt und der Fuldaer Departemental-Lasten (s. Frankfurt).

Hierin werden erwähnt:

1. Zwischen Oesterreich und Preußen verhandeltes Uebergabs-Protocoll. Fulda, 27. Juli 1815.

(Martens, S. XII. 47.)

2. Zwischen denselben Staaten verhandeltes Protocoll, wegen Uebergabe der Stadt Wetzlar nebst Gebiet. Fulda, 27. Juli 1815.

(Martens, a. a. O.

3. Oesterreichisch-preußische Uebereinkunft, betreffend die definitive Abrechnung wegen der Central-Cassen des Departements Fulda. Frankfurt a. M., 4. und 6. Jänner 1816.

(Martens, a. a. O.)

4. Concurrenz-Vergleich zwischen Oesterreich, Preußen und Baiern, in Betreff der neu erworbenen Gebietstheile des Großherzogthums Frankfurt. Fulda, 11. April 1818.

(Martens, a. a. O. 48.)

5. Vertrag zwischen Oesterreich, Preußen und Baiern, über das Fuldaer Staatsschuldenwesen . . ., 27. September 1820.

(Martens, a. a. O.)

1828. Oesterreichische Verordnung, die nach Preußen abzuschiebenden Individuen betreffend. Prag, 26. September 1828.

(Gubernial-Verordnung in Böhmen vom 26. September 1828. Z. 42288: böhmische P. G. S. Bd. 1828. S. 442.)

1828. Erklärung über den Verlust der preußischen Staatsbürgerschaft durch dreijährige Abwesenheit. Wien, 22. November 1828.

(Hofkanzlei-Decret vom 22. November 1828: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1828, Notizenblatt S. 547.)

1829. Kundmachung über die Ermächtigung der königlich preußischen Staatszeitung zur Aufnahme aller Nachrichten, Vorladungen und Edicte, um deren Bekanntmachung sie von auswärtigen Behörden ersucht wird. Wien, 19. Mai 1829.

(Hof-Decret vom 19. Mai 1839: J. G. S. 1829. Nr. 2406. S. 158. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1829, Notizenblatt S. 184.)

1830. Conferenzen über die Angelegenheiten Hollands und Belgiens (s. Belgien und Niederlande).

1830. Bestimmungen wegen Erfolgung der Taglia für Deserteure an subalterne Beamte und Gerichtsdiener.

(Hofkriegsraths-Circular vom 12. Juni 1830: Mil. Ges. S. 1830: Nr. 74. S. 118.)

1831. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gleicher Behandlung der beiderseitigen Schiffe und deren Ladungen in den gegenseitigen Häfen. Berlin, 1. Mai 1831.

(Martens, S. XIII. 353.)

1832. Oesterreichische Verordnung, daß mit Rücksicht auf die von Seite Preußens eingeführte Reciprocität, die hierlands

zu ertheilenden Consense zur Auswanderung nach Preußen stämpel- und kostenfrei ertheilt werden. Wien, 19. October 1852.

(Hofkammer-Decret vom 29. October 1832: P. G. S. Bd. 61. S. 250.)

1834. Kundmachung eines Vertrages zwischen Ihren Majestäten den Kaisern von Oesterreich und von Rußland und dem König von Preußen, wegen gegenseitiger Auslieferung politischer Verbrecher.

(Oesterreichisches Patent vom 4. Jänner 1834: J. G. S. 1834. Nr. 2637. S. 105. — P. G. S. Bd. 62. S. 4. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit 1834. Notizenblatt S. 31. — Preußisches Patent vom 15. März 1834: Martens, S. XIX. 44.)

1834. Verordnung über die Correspondenz der österreichischen Criminal-Behörden mit jenen von preußisch Schlesien. Wien, 11. Jänner 1834.

(Hofkammer-Decret vom 11. Jänner 1834. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 210.)

1834. Oesterreichische Verordnung wegen stämpel- und kostenfreier Ertheilung der Auswanderungs-Consense nach Preußen. Wien, 20. August 1834.

(Hofkammer-Decret vom 20. August 1834. Z. 25886: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1834, Notizenblatt S. 370.)

1835. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abfahrtsgeldes in sämmtlichen preußischen Staaten, dann in sämmtlichen österreichischen Staaten, mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens. Wien, 24. Juni 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. October 1835: P. G. S. Bd. 63. S. 426. — J. G. S. 1835. Nr. 89. S. 52. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1835, Notizenblatt S. 458 und 494. — Martens, S. XIX. 50.)

1835. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, wegen Gleichstellung der beiderseitigen Unterthanen, bezüglich der Abgabenerhebung von dem von Militärpersonen hinterlassenen Vermögen. Berlin, 8. September; Wien, 3. October 1835.

(Mil. Ges. Samml. 1835. Nr. 107. S. 211. — Martens, S. XIX. 56.)

1835. Kundmachung über ein Uebereinkommen zwischen der österreichischen und preußischen Regierung, wegen gegenseitiger Verpflegung erkrankter hilfsbedürftiger Individuen.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1835: P. G. S. Bd. 63. S. 361. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1835, Notizenblatt 460.)

1683. Oesterreichische [illegible] Anwendung des

Strafgesetzes über Gefällsübertretungen auf die Artikel 25 und 26 der Elbeschifffahrts-Acte. Wien, 12. März 1836.

(Hofkammer-Präsidial-Verordnung vom 12. März 1836. Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit. 1836. Neuzenblatt S. 150.)

1836. Bedingungen, unter welchen österreichische Unterthanen in den k. preußischen Staaten ihre Gewerbs- und Handelsrechte ausüben dürfen.

(Zuschrift der königlich preußischen Regierung zu Opveln an das mährisch-schlesische Gubernium vom 2. November 1836. — Hofkanzlei-Decret vom 4. Februar 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 38.)

1837. Verordnung über die Correspondenz der österreichischen Gerichtsbehörden mit Preußen. Wien, 11. April 1837.

(J. G. S. 1837. Nr. 190. S. 110.)

1838. Preußische Verordnung wegen Zulassung jüdischer Handwerksgesellen aus den deutschen Bundesstaaten in Preußen, gegen Beobachtung der Reciprocität. Berlin, 14. October 1838.

(Kundgemacht in Oesterreich mit Hofkanzlei-Decret vom 7. August 1839: P. G. S. Bd. 67. S. 149.)

1839. Tractat bezüglich der Trennung Belgiens von den Niederlanden (s. Belgien).

1839. Convention zwischen Oesterreich und Preußen, über die Holzflößung und sonstige Beschiffung auf der Oder. Odernberg, 6. August 1839 (österreichische Ratification: Wien, 14. Februar 1840; preußische Ratification: Berlin, 23. April 1842; die Ratification zu Berlin ausgewechselt am 27. April 1842).

(Hofkanzlei-Decret vom 17. Februar 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 152. — Hofkanzlei-Decret vom 4. Mai 1842: J. G. S. 1842. Nr. 618. S. 38. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1842. Notizenblatt S. 394.)

1840. Vorschriften über die Ertheilung von Pässen und Wanderbüchern an österreichische Handwerksgesellen in Preußen und umgekehrt.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. März 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 185.)

1840. Erklärung der königlich preußischen Regierung, bezüglich der Vollzugbarkeit der von den österreichischen Gerichten geschöpften Urtheile in Preußen, und Reciprocitäts-Erklärung von Seite Oesterreichs. Berlin, 16. November 1839; Wien, 16. Juni 1840.

(Hof-Decret vom 4. August 1840: J. G. S. 1840. Nr. 460. S. 520. — Hofkanzlei-Decret vom 24. August 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 310. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt S. 466.)

1840. Quadrupel-Tractat wegen Pacificirung der Levante.

1841. Convention wegen der Dardanellen (s. Großbritannien).

1841. Tractat wegen des afrikanischen Sclavenhandels (s. Großbritannien).

1842. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, zur Verhütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Waldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen. Wien, 21. März 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 28. April 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 157. — J. G. S. 1842. Nr. 611. S. 26. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1842, Notizenblatt S. 350.)

1842. Hofkanzlei-Decret vom 24. Mai 1842, wegen Kundmachung der Convention über die Benützung der Oder, vom 6. August 1839 (s. oben).

1842. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, wegen stämpel- und kostenfreier Ausfertigung der Auswanderungsbewilligungen. Wien, 2. August 1842.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. October 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 264.)

1843. Erläuterung zu dieser Uebereinkunft. Berlin, 27. August 1843.

(Hofkanzleidecret vom 18. December 1843: P. G. S. Bd. 71. S. 305.)

1844. Vertrag zwischen der k. k. österreichischen und königlich preußischen Post-Administration, wegen vollständiger Frankirung der Correspondenz zwischen Oesterreich, Preußen und einigen deutschen Bundesstaaten, deren Correspondenz mit Oesterreich über Preußen versendet wird *). Berlin, 3. Jänner 1844.

(Hofkammer-Präsidialdecret vom 21. Jänner 1844: P. G. S. Bd. 72. S. 16. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung 4. Bd. S. 124. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1844, Notizenblatt S. 177. — Murhard, n. r. VI. 560.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte vom 23. Juni 1821 und Staatsvertrag, die Regulirung des Brunshauser Zolles betreffend, unterzeichnet von den Bevollmächtigten der sämmtlichen Uferstaaten. Dresden, 13. April 1844 (die Ratificationen

*) In den Herzogthümern Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau und Anhalt-Cöthen, im Fürstenthume Waldeck und in der Grafschaft Pyrmont, im oldenburgischen Fürstenthume Birkenfeld, in der Untergrafschaft des Fürstenthumes Schwarzburg-Rudolstadt und des Fürstenthumes Schwarzburg-Sondershausen, in der Weimar'schen Enclave Altstädt, im Fürstenthum Lippe, im Großherzogthume Mecklenburg-Schwerin und im Fürstenthume Schaumburg-Lippe bestehen königlich preußische Postämter. Die deutschen Bundesstaaten, für welche, laut obigen Vertrages, die Briefe von den k. k. Postämtern an jene Preußens gesendet werden können, sind: das Königreich Hannover, die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, das Großherzogthum Luxemburg und das Herzogthum Braunschweig.

am 1. October desselben Jahres gleichfalls in Dresden ausgewechselt).

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt S. 35. — Murhard, n. r. VI. 473.)

1844. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und preußischen Regierung, wegen Behandlung der gegenseitigen Unterthanen in Concurs-Fällen. Wien, 12. Mai; Berlin, 16. Juni 1844.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845: P. G. S. Bd. 73. S. 71. — J. G. S. 1845. Nr. 833. S. 280. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt S. 233. — Murhard, n. r. VII. 25.)

1844. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger kostenfreier Erledigung gerichtlicher Requisitionen in Armensachen. Wien (Berlin), 13. August 1844.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. Jänner 1845: P. G. S. Bd. 73. S. 5. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt S. 85. — Mil. Ges. Samml. 1844. 58. S. 150. — Murhard, n. r. VII. 210.)

1844. Oesterreichische Kundmachung, die in Folge der Additional-Acte vom 13. April 1844 eintretenden Elbezoll-Ermäßigungen und Befreiungen vom Elbezoll betreffend. Prag, 29. October und 23. November 1844.

(Kundmachung des böhmischen Landes-Guberniums vom 29. October 1844 Z. 62.506 und 63.744, und vom 23. November 1844, letztere in Folge eines Hofkammer-Präsidial-Decretes vom 17. November 1844. Z. 9.009: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1845, Notizenblatt S. 50. Nr. 4 und 5.)

1845. Hofkanzlei-Decret vom 14. April 1845 über die Behandlung der Concurs-Fälle (s. oben unterm J. 1844).

1845. Bestimmungen über die Amtswirksamkeit der Elbezoll-Richter und der Behörden in Elbeschifffahrts-Angelegenheiten. Wien, 2. December 1845.

(Kundmachung des k. k. böhmischen Landes-Guberniums vom 30. April 1846, in Folge Hofkammer-Präsidial-Decretes vom 2. December 1845. Z. 9.020: J. G. S. 1845. Nr. 912. S. 289. — Zeitschrift für österreichische Rechts- und Staatswissenschaft, 1846, Gesetzchronik 129.)

1846. Bestimmungen über die Erlangung und den Verlust der Rhederei-Befugnisse, Schiff- und Schiffer-Patente bei der Elbeschifffahrt. Wien, 6. April 1846.

(Kundmachung des k. k. böhmischen Landes-Guberniums vom 30. April 1846, in Folge Hofkanzlei-Decrets vom 6. April 1846. Z. 11.741. — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, Gesetzchronik S. 134.)

1846. Convention zwischen den Schutzmächten Oesterreich, Preußen und Rußland, über die Einverleibung des Freistaates Krakau in die österreichische Monarchie. Wien, 6. November 1846.

(Murhard, n. r. IX. 374.)

1846. Kaiserlich österreichisches Patent über die Wiedervereinigung der durch den Vertrag vom 3. Mai (21. April) 1815 unter den Schutz von Oesterreich, Rußland und Preußen gestellt gewesenen Stadt Krakau und ihres Gebietes mit dem österreichischen Kaiserreiche. Wien, 11. November 1846.

(P. G. S. Bd. 74. S. 228.)

1846—1847. Diplomatische Verhandlungen über diese Einverleibung.

(Murhard, n. r. X. 3.)

1847. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen allgemeiner gegenseitiger Erleichterung in Grenzverkehrssachen. Berlin, 21. October 1847.

(Hofkammer-Decret vom 20. December 1847: P. G. S. Bd. 75. S. 163. — Zeitschrift für österreichische Rechts- und Staatswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 17. — Murhard, n. r. XI. 356.)

1847. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, zur gegenseitigen Erleichterung für den Grenzverkehr mit Leinengarnen und roher ungebleichter Leinwand. Berlin, 20. und 21. October 1847.

(Hofkammer-Decret vom 20. December 1847: P. G. S. Bd. 75. S. 174. — Zeitschrift für österreichische Rechts- und Staatswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 22. — Murhard, n. r. XI. 363.)

1848. Erneuerung des Uebereinkommens zwischen Oesterreich und Preußen vom 21. März 1842, wegen Bestrafung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfrevel. Berlin, 15.; Wien, 24. Jänner 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 31. — J. G. S. 1848. Nr. 1117. S. 491. — Oesterreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 53. — Murhard, n. r. XI. 637.)

1849. Bestimmungen über die Correspondenz zwischen den österreichischen und preußischen Postbehörden. Wien, 7. Februar 1849.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, S. 15.)

1849. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen gegenseitiger Uebernahme ihrer ursprünglichen Staatsangehörigen, insoweit dieselben noch nicht dem andern Staat angehörig sind. Wien, 2.; Berlin, 30. September 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 3. S. 4. — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1849, Gesetzchronik S. 353.)

1849. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen, wegen Herstellung und Benützung der electro-magnetischen Telegrafen-Linien. Berlin, 3. October 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 407. S. 734. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, S. 205.)

1849—1850. Verhalten Preußens hinsichtlich der Reconstituirung Deutschlands (s. Deutschland).

1850. Bestimmungen wegen Behandlung der Staats-Depeschen auf den österreichischen und preußischen Telegrafen-Linien. Wien, 31. Jänner 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 2. Bd. S. 157.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen über die Grundlagen eines deutsch-österreichischen Postvereins;

1850. Staatsvertrag zur Bildung eines österreichisch-deutschen Telegrafen-Vereines (s. Deutschland).

1850. Kaiserlich österreichischer Finanz-Ministerialerlaß über das Zollverfahren für den Verkehr auf den österreichischen Eisenbahnen im unmittelbaren Anschlusse an die preußischen Bahnen. Wien, 22. December 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, I. Bd. S. 23.)

1851. Eröffnung der österreichisch-belgischen Telegrafen-Linie (s. Belgien).

1851. Nachtragsvertrag zum österreichisch-deutschen Telegrafen-Vereine (s. Deutschland).

1851. Schluß-Protocoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission (bestehend aus Abgeordneten der elbzollberechtigten Uferstaaten: Oesterreich, Preußen, Sachsen, Anhalt-Cöthen, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Hannover, Dänemark und Mecklenburg-Schwerin *), über die Elbezoll-Ermäßigungen. Magdeburg, 2. December 1851.

(Austria, 1852. 29.)

1851. Revidirter deutsch-österreichischer Postvereins-Vertrag (s. Deutschland).

1852. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, womit die bei der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission in Magdeburg verabredeten Ermäßigungen des Elbezolles kundgemacht werden. Wien, 25. Februar 1848.

(Reichsgesetzblatt 1852. 60. S. 283.)

---

*) Hamburg und Lübeck sind zwar Uferstaaten, erheben jedoch keinen Elbezoll.

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen wegen einzuführender vollkommener Vermögens-Freizügigkeit, auch in Bezug auf Ungarn und dessen Nebenländer. Wien, 6.; Berlin, 29. Juli 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 180. S. 813.)

1852. Verordnung des kaiserlichen Finanz-Ministeriums, wegen Gleichstellung der Schiffe aller Elbe-Uferstaaten mit den inländischen, hinsichtlich der Elbezoll-Befreiung auf der böhmischen Elbestrecke. Wien, 13. Juli 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 149. S. 706.)

1853. Handels- und Zollvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Preußen, vom 19. Februar 1853, zur Anbahnung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung (s. Deutschland).

1853. Accession von Modena und Parma zum vorstehenden Handelsvertrage (s. diese).

1853. Organisation der Zollämter im Fürstenthum Liechtenstein, in Folge des vorstehenden österreichisch-preußischen Handelsvertrages (s. Liechtenstein).

1853. Verordnung der kaiserlichen Ministerien des Aeußern, der Justiz und der Finanzen, mit Festsetzung von Strafbestimmungen für Uebertretungen der Zollgesetze der Staaten des deutschen Zollvereins, in Vollziehung des vorstehenden österreichisch-preußischen Handelsvertrages;

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention;

1854. Oesterreichische Ministerial-Kundmachungen über die Vollziehung des österreichisch-preußischen Handels-Vertrages (s. Deutschland).

Reuß

(zwei Fürstenthümer: Reuß-Greiz und Reuß-Schleiz).

Derzeit bestehen zwei Fürstenthümer Reuß, nämlich älterer Linie oder Reuß-Greiz, und jüngerer Linie oder Reuß-Schleiz und Reuß-Lobenstein-Ebersdorf. Bei der Auflösung [illegible] Reiches erhielten die Grafen von Reuß die fürstliche [illegible] aus dem Rheinbunde bei (1807), später aber deutschen Bunde (1815), endlich vereine (1851); die Post in den [illegible] und Taxis'schen Administration (184[illegible]).

und Handelsvereins sind die Fürstenthümer Reuß dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853) beigetreten; sie sind auch Theilnehmer der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853).

1807. Tractat zwischen dem Kaiser Napoleon und den Fürsten von Reuß-Greitz, Schleitz, Lobenstein und Ebersdorf, über den Beitritt der Fürsten zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Martens, S. IV. 393.)

1815. Beitritt des Fürsten von Reuß-Plauen zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1851. Beitritt der fürstlich Reußischen Lande zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland). Wien, 5. April 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. Bd. S. 200.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf die fürstlich Reuß-Schleitz-, Reuß-Greitz-, und Reuß-Lobenstein- und Ebersdorf'schen Lande, als Mitglieder des Thüring'schen Zollvereines (s. Deutschland).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Rußland

(Kaiserthum).

Durch Peter I. zu einer Macht ersten Ranges erhoben, war Rußland seit 1726, mit nur zeitweiligen Schwankungen, der beständige Alliirte Oesterreichs, namentlich im österreichischen Erbfolgekriege und im siebenjährigen Kriege (1740—1763). Mit Oesterreich kämpfte es 1739 und 1788 gegen die Türken; im Frieden von Teschen (1779) trat es nebst Frankreich als vermittelnde Macht auf. Bei den drei Theilungen Polens (1772, 1793, 1797) spielte es die Hauptrolle und nahm den größeren Theil für sich. Aus den Kriegen mit der Pforte ging es mit stets neuen Ländererwerbe hervor, zumal seit dem Frieden von Kutschuk-Kainardje (1774); es schritt im Frieden von Jassy (1792) bis an den Dniester, in dem von Bukarest (1812) bis an den Pruth vor, und erlangte durch die Verträge von Akerman (1826) und von Adrianopel (1829) die Mündung der Donau, nebst der Schutzhoheit über die Donaufürstenthümer.

Bei dem Verfall des deutschen Reiches nahm Rußland an dessen innern Angelegenheiten einen wesentlichen Antheil und übergab gemeinschaftlich mit

Frankreich das Project zur Ländervertheilung in Deutschland, wie sie durch den letzten Reichs-Deputations-Hauptschluß (1803) bestimmt worden. In den Kriegen Napoleons kämpfte es zuerst mit (1805), später (1809) gegen Oesterreich und erhielt in Folge des Wiener Friedens (1809) einen Theil von Ostgalizien. Später wendete es sich von Napoleon ab und griff, als eine der Hauptmächte der großen Staaten-Coalition und Stifter der heiligen Allianz, in die darauf gefolgten politischen Ereignisse entscheidend ein (1814, 1815), so wie es seitdem, in der europäischen Diplomatie eine der ersten Rollen fortgespielt hat.

Mit Oesterreich und Preußen schloß es bezüglich des, nach Aufhebung der napoleonischen Schöpfung eines Herzogthums Warschau, neu errichteten und Rußland zugewiesenen Königreichs Polen, dann hinsichtlich der Republik Krakau, eigene Verträge ab (1815, 1817, 1818, 1846); in letzter Zeit half es den ungarischen Aufstand niederkämpfen (1849).

Zwischen Oesterreich und Rußland bestehen besondere Uebereinkommen und Verfügungen wegen Auslieferung der Deserteure (1808, 1815, 1818, 1822, 1825) und der politischen Verbrecher (1834), dann bezüglich der gemischten Unterthanen (1815, 1819), der Vermögens-Freizügigkeit (1824, 1825), der Execution der Urtheile (1833, 1838), der Cautions-Leistungen vor Gericht (1842), der Verlassenschafts-Abhandlungen (1847), des Handels und der Schifffahrt (1845, 1846, 1847, 1850), insbesondere auf der Donau (1840, 1850); ferner bezüglich der ausgewanderten Israeliten (1849), der Pässe (1843, 1846), der Gold-, Silber- und Kupfermünzen (1849), des Postwesens (1843, 1847, 1849, 1851), der Eisenbahnen (1850), der Durchfuhrsendungen (1851) und des Krakauer Archivs (1854).

1743. Beitritt der Kaiserin von Rußland zu dem Breslauer Frieden zwischen Oesterreich und Preußen vom 11. Juni 1742 (s. Preußen). Petersburg, 12. November 1743.
(Wenck, I. 782.)

1743—1744. Verhandlungen zwischen den Höfen von Wien und St. Petersburg, in Betreff des einer Verschwörung beschuldigten Marchese di Botta d'Adorno, Ministers der Königin von Ungarn und Böhmen.
(Martens, guide dipl. II. 1002. — Martens, causes célèbres du droit des gens.)

1746. Tractat defensiver Allianz zwischen Maria Thresia, Königin von Ungarn und Böhmen, und der Kaiserin Elisabeth von Rußland. Petersburg, 22. Mai 1746.

[redacted]

ens zu diesem Tractat (s. Groß-

s, die ottomanische Pforte be-

treffend, welcher zu dem anno 1746 zwischen Ihrer kaiserlichen Majestät, Königin zu Ungarn und Böhmen, und Ihrer kaiserlichen Majestät von allen Reußen festgesetzten Allianz-Tractat gehört. Moskau, 16. Juni 1753.
(Martens, S. III. 30.)

1756. Beitritt Rußlands zu dem Versailler Tractat vom 1. Mai 1756, zwischen Oesterreich und Frankreich (s. dieses). Petersburg, 31. December 1756.
(Martens, S. III. 33.)

1757. Beitritt Rußlands zu der Convention vom 21. März 1757 zwischen Frankreich, Oesterreich und Schweden, bezüglich der Aufrechthaltung der Bestimmungen des westphälischen Friedens (s. Frankreich). St. Petersburg, 5. November 1757.
(Koch, II. 103.)

1760. Beitritt Rußlands zu dem Defensiv-Tractat vom 30. December 1758 zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Frankreich). St. Petersburg, 7. März 1760.
(Koch, II. 121.)

1760. Allianz-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Kaiserin aller Reußen, sammt Separat-Artikeln und Erklärung. St. Petersburg, 21. März 1760.
(Martens, S. III. 45.)

1760. Convention zwischen denselben, den Krieg gegen Preußen betreffend, sammt Separat-Artikeln und Erklärung. St. Petersburg, 21. März 1760.
(Martens, S. III. 60.)

1772. Tractat zwischen Oesterreich und Rußland über die Theilung Polens. St. Petersburg, 25. Juli 1772 *).
(Martens, VII. 499. — Koch, II. 311.)

---

*) Die auf die erste Theilung Polens zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen bezüglichen Acte sehe man bei „Martens" I. 461 u. f. f., dann IV. 110. 126. 130; nämlich:

Declaration Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, in Betreff ihrer Ansprüche auf Polen. Wien, 11. September 1772.

Patent des Königs von Preußen zur Darstellung seiner Rechte und Ansprüche auf Polen. Berlin, 13. September 1772.

Erklärung des russischen Gesandten im Namen der Kaiserin von Rußland an den König von Polen und die polnische Republik. . . . . , 18. September 1172.

Note des polnischen Ministeriums an die fremden Gesandten in Warschau.

1774. Friedensvertrag zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte. Kutschuk-Kainardje (bei Silistria), $\frac{10}{21}$. Juli 1774.
(Martens, IV. 606; II. 286. — Hammer, VIII. 441.)

1779. Erläuternde Uebereinkunft zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte. Constantinopel, 20. März 1779.
(Martens, III. 349.)

---

in Betreff der obgedachten Erklärungen der Höfe von Wien, St. Petersburg und Berlin. 22. September 1772.

Antwort des Königs Stanislaus August auf die eben erwähnten Erklärungen der drei Höfe. . . . . 17. September 1772.

Cessions-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen einerseits, und dem König von Polen und der polnischen Republik andererseits. Warschau, 18. September 1773.

Hierauf bezügliche Separat-Artikel über die Behandlung der sujets mixtes, die Landesverwaltung, die Salinen, die Handelsbeziehungen. Warschau, 16. März 1775.

— Aehnliche Verträge und Separat-Artikel wurden gleichzeitig von Rußland und Preußen mit Polen abgeschlossen. (Martens, I. 481 bis 498; IV. 142 bis 164.)

Grenzregulirungs-Vertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen und der Republik Polen. Warschau, 9. Februar 1776. (Martens, I. 479; S. II. 131.)

Bei der zweiten Theilung Polens (1793) concurrirten nur Rußland und Preußen.

Die dritte Theilung wurde abermals von den drei Mächten Oesterreich, Rußland und Preußen vollzogen. Die darauf bezüglichen Acte sind:

Ministerial-Erklärung, ausgewechselt zwischen den Bevollmächtigten der Kaiserin von Rußland und dem Botschafter des Wiener Hofes, die Theilung Polens betreffend. St. Petersburg, 23. December 1794 (3. Jänner 1795 a. St.). (Martens, VI. 699.)

Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland (Oesterreich und Preußen, dann Preußen und Rußland), über die Theilung Polens. St. Petersburg, $\frac{13}{24}$. October 1795. (Martens, VI. 702.)

Additional-Acte des Königs Stanislaus August von Polen. Grodno, $\frac{14}{25}$. November 1795. (Martens, VI. 714.)

Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland und Sr. Majestät dem König von Preußen, wegen definitiver Regulirung der polnischen Angelegenheiten. St. Petersburg, $\frac{24}{4}$. Jänner 1797. (Martens, VI. 707.)

Beitritt Sr. Majestät des römischen Kaisers zu dieser Convention. St. Petersburg, $\frac{24}{4}$. Jänner 1797. (Martens, VI. 715. 717.)

Gleichlautende Mittheilungen von Seite der drei Höfe an die deutsche Reichsversammlung über die stattgefundene Auflösung Polens (für Oesterreich: Regensburg, 25. Juli 1797; — für Preußen: Regensburg, 24. Juli 1797 — für Rußland: St. Petersburg, $\frac{14}{25}$. Jänner 1797); und Mittheilung churfürstlich mainzischen Kanzlei über den Empfang dieser burg. 28. Juli 1797. (Martens, VI. 717—721.)

1779. Garantie Rußlands zum Teſchner Frieden (ſ. Baiern). Teſchen, 13. Mai 1779.
(Martens, II. 26.)

1781. Tractat zwiſchen dem römiſchen Kaiſer und der Kaiſerin von Rußland, über die bewaffnete Neutralität. Wien, 10. Juli 1781.
(Martens, IV. 404, wo jedoch die Echtheit dieſes Tractates in Abrede geſtellt wird.)

1781. Beitrittserklärung des Kaiſers Joſef II. zu den von der Kaiſerin von Rußland aufgeſtellten Grundſätzen über die Erhaltung eines neutralen Handelsverkehrs. Wien, 9. October; St. Petersburg 19. October 1781.
(Martens, II. 171. 174.)

1783. Friedens- und Freundſchafts- (Handels-) Vertrag zwiſchen Rußland und der ottomaniſchen Pforte. Conſtantinopel, 10. (21.) Juni 1793.
(Martens, II. 373.)

1785. Handels- und Schifffahrtstractat zwiſchen dem römiſchen Kaiſer für ſeine Erblande und der Kaiſerin von Rußland.
(Oeſterreichiſche Verordnung: Wien, 12. November 1785; ruſſiſches Edict: St. Petersburg, 1. November 1785. — Martens, II. 620, 632.)

1792. Friedenstractat zwiſchen Rußland und der ottomaniſchen Pforte. Jaſſy, 9. Jänner 1792.
(Martens, V. 67.)

1792. Tractat über eine defenſive Allianz zwiſchen dem Kaiſer Franz II., König von Ungarn und Böhmen, und der Kaiſerin von Rußland. St. Petersburg, $\frac{3}{14}$. Juli 1792.
(Martens, VII. 497.)

1795—1797. Verhandlungen wegen der Theilung Polens (ſ. oben beim Tractat vom 25. Juli 1772.)

1802. Convention zwiſchen dem Kaiſer, König von Ungarn und Böhmen, einerſeits und der franzöſiſchen Republik andererſeits, unter dem Beitritt Rußlands, wegen Entſchädigung von Modena und Toscana (ſ. Deutſchland).

1803. Haupt-Receß der außerordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg (ſ. Deutſchland).

1805. Verbindung Großbritanniens, Rußlands und Oeſterreichs gegen Frankreich (ſ. Großbritannien).

1805. Waffenſtillſtand von Auſterlitz (ſ. Frankreich).

1807. Tilſiter Friedensſchluß zwiſchen Frankreich und Rußland, dann Frankreich und Preußen (ſ. Deutſchland).

1807. Decret des Kaisers Napoleon wegen Creirung des Herzogthums Warschau unter der Regierung des Königs von Sachsen. ...., 21. Juli 1807.

(Martens, 2. Ausgabe, VIII. 670—678.)

1808. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Rußland über die gegenseitige Auslieferung der Deserteure. Wien, 25. März; St. Petersburg, 14. (26.) April 1808.

(Kaiserlich österreichisches Patent vom 26. April 1808: P. G. S. Bd. 30. S. 189. — Martens, S. V. 74 [unter dem Datum: Wien, 7. Mai 1808] und S. VIII. 282.)

1809. Aufhebung dieses Cartels.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. October 1809: P. G. S. Bd. 32. S. 144.)

1809. Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Deutschland) mit Abtretungen in Ostgalizien an Rußland.

1810. Grenzbestimmungs-Vertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser aller Reußen. Lemberg, $\frac{1}{10}$. März 1810.

(Martens, S. V. 252. — Martens et Cussy, II. 380.)

1810. Erneuertes Cartel zwischen Oesterreich und Rußland, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Wien, 26. Mai (7. Juni); in Wien und St. Petersburg kundgemacht unterm 1. (13.) Juli 1810.

(P. G. S. Bd. 34. S. 162.)

1812. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte. Bukarest, 28. Mai 1812.

(Martens, S. VII. 397.)

1813. Waffenstillstand und Friedensunterhandlungen mit Frankreich (s. Frankreich).

1813. Tractat defensiver und offensiver Allianz zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser aller Reußen *). Teplitz, 9. September (28. August a. St.) 1813.

(P. G. S. Bd. 41. S. 60. — Martens, S. V. 596.)

1813—1814—1815. Conventionen und Verhandlungen der verbündeten Mächte bezüglich des Krieges mit Frankreich (s. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Preußen.)

1815. Errichtung des Königreichs Polen unter Oberherrschaft des Kaisers von Rußland, aus einem Theile des Großherzogthums Warschau. (Wiener Congreß Acte — s. Deutschland) und Rückstellung der im Wiener Frieden (1809) von Ostgalizien ge-

*) Ein gleichlautender Tractat wurde zugleich zwischen Oesterreich und Preußen (s. dieses), dann zwischen Preußen und Rußland geschlossen.

(Martens, S. V. 600—607.)

trennten Gebietstheile an Oesterreich; dann Errichtung der Republik Krakau. (Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland und Preußen.)

1815. Tractate zwischen Oesterreich und Rußland, dann Rußland und Preußen, das Königreich Polen und den Freistaat Krakau betreffend (s. Preußen).

1815. Cartel zwischen Oesterreich und Rußland, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Wien, 5. (17.) Juni 1815.

(Kaiserlich österreichisches Patent vom 24. Mai 1815: P. G. S. Bd. 43. S. 245.)

1815. Heilige Allianz zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen (s. Deutschland). Kundmachung derselben in Rußland durch ein Manifest des Kaisers Alexander. St. Petersburg, am Tage Christi Geburt, 25. December 1815.

(Martens, S. VI. 658.)

1817. Convention zwischen Oesterreich und Preußen mit Rücksicht auf die zwischen Rußland und Preußen bestehenden Stipulationen, den Handel der zum ehemaligen Königreiche Polen gehörigen Provinzen betreffend (s. Preußen).

1818. Convention zwischen Oesterreich und Rußland, den Handel der zum ehemaligen Königreiche Polen, so wie es im Jahre 1772 bestand, gehörigen Provinzen betreffend; in Folge der Stipulationen des Tractates vom Jahre 1815. Petersburg, $\frac{5}{17}$. August 1818 (in den Ratificationen ausgewechselt den $\frac{2}{14}$. November 1818).

(Commerz-Hofcommissions-Decret vom 28. April 1819: P. G. S. Bd. 47 S. 103. — Martens, S. VIII. 540.)

1818. Modificirung des 5. Artikels des zwischen Oesterreich und Rußland bestehenden Deserteur-Auslieferungs-Cartels vom J. 1815. Wien, 2. Februar (2. März) 1818.

(Mil. Ges. Samml. 1818. Nr. 46. S. 83. — Circular an sämmtliche General-Commanden vom 13. März 1818.)

1818. Weitere Bestimmungen über die den russischen Deserteuren zu leistenden Spitals- und Monturs-Aushilfen. Wien, 15. Mai (7. Juni) 1818.

(Circular an sämmtliche General-Commanden, vom 30. September 1818: Mil. Ges. Samml. 1818. Nr. 221. S. 281.)

1818. Aachner Congreß (s. Frankreich).

1819. Oesterreichische Verordnung über die Behandlung der in Oesterreich und im Königreiche Polen Begüterten als ge-

miſchte Unterthanen, mit Rückſicht auf die Convention vom Jahre 1815.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. April 1819: P. G. S. Bd. 47. S. 90. — Hof-Decret vom 21. Mai 1819: J. G. S. 1819. S. 89. Nr. 1564.)

1819. Franzöſiſche Entſchädigung (ſ. Frankreich).

1819. Frankfurter Territorial-Receß (ſ. Deutſchland).

1820—1821. Neapolitaniſche Revolution, Congreß in Troppau und Laibach (ſ. Sicilien).

1821—1822. Sardiniſche Revolution, Congreß in Verona (ſ. Sardinien).

1822. Cartel zwiſchen Oeſterreich und Rußland, wegen gegenſeitiger Auslieferung der Deſerteure, als Nachtrag zum Cartel vom $\frac{5}{17}$. Juni (24. Mai) 1815. Wien, $\frac{14}{18}$. Juli (ratificirt 23. September) 1822.

(Kaiſerlich öſterreichiſches Patent vom 29. September 1822: hofkriegsräthliches Circular vom 15. October 1822: Mil. Geſ. Samml. 1822. Nr. 128. S. 148. — P. G. S. Bd. 50. S. 615. — Martens, S. X. 120.)

1824. Oeſterreichiſche Verordnung wegen bedingter Vermögens-Freizügigkeit nach Rußland. Wien, 18. Mai 1824.

(Hof-Decret vom 14. Juni 1824: J. G. S. 1824. Nr. 2015. S. 212. — P. G. S. Bd. 52. S. 289.)

1824. Uebereinkunft zwiſchen Oeſterreich und Rußland, wegen unbedingter Aufhebung des Abfahrtsgeldes. St. Petersburg, 31. Juli 1824.

(Hof-Decret vom 28. October 1824: J. G. S. 1824. Nr. 2047. S. 269. — P. G. S. Bd. 52. S. 482.)

1825. Ausdehnung dieſer Uebereinkunft auf das Königreich Polen. St. Petersburg, $\frac{1}{4}$. April 1825.

(Hof-Decret vom 3. Juni 1825: J. G. S. 1825. Nr. 2102. S. 303. — P. G. S. Bd. 53. S. 95.)

1825. Abänderung des §. 9 des Cartels von 1822, hinſichtlich der den Deſerteuren zu verabreichenden Kleidungsſtücken.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1825: P. G. S. Bd. 53. S. 239.)

1826. Vertrag zwiſchen Rußland und der ottomaniſchen Pforte, bezüglich der Donau und der Donaufürſtenthümer. Akerman (25. September a. St.), 7. October 1826.

(Martens et Cussy, IV. 33.)

1829. Friedens-Tractat zwiſchen Rußland und der ottomaniſchen Pforte. Adrianopel, $\frac{2}{14}$. September 1829.

(Martens et Cussy, IV. 221.)

1831. Londoner Conferenzen wegen Belgien und Holland (ſ. Belgien und Niederlande).

1833. Oesterreichische Verordnung, daß den Urtheilen russischer Behörden ohne vorläufige Prüfung in Oesterreich keine Execution zu ertheilen ist. Wien, 24. Mai 1833.

(J. G. S. 1833. Nr. 2616. S. 92.)

1833. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte. Constantinopel (Unkiar-Iskeleßi), 8. Juli 1833.

(Martens et Cussy, IV. 386.)

1834. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen, wegen Auslieferung politischer Verbrecher (s. Preußen).

1838. Vorschrift wegen Execution der Urtheile österreichischer Gerichtsbehörden im Königreich Polen und umgekehrt. Wien, 13. November 1838.

(J. G. S. 2838. Nr. 306. S. 309.)

1840. Quadrupel-Tractat bezüglich der Levante (s. Großbritannien).

1840. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Rußland, in Bezug auf die Donau-Schifffahrt. St. Petersburg, $\frac{7}{19}$. Juli 1840 (österreichische Ratification: Wien, 5. September 1840).

(J. G. S. 1840. Nr. 465. S. 529. — P. G. S. Bd. 68. S. 293. — Murhard, n. r. I. 208. — Martens et Cussy, V. 52.)

1841. Conferenzen wegen des Orients;

1841. Tractat gegen den Sclavenhandel (s. Großbritannien).

1842. Befreiung der bei den Gerichten des Königreichs Polen Recht suchenden österreichischen Unterthanen von der vorgeschriebenen Caution, im Falle ihrer Mittellosigkeit. St. Petersburg, $\frac{1}{13}$. Februar 1842.

(Justiz-Hofdecret vom 18. Mai 1842: J. G. S. 1842. Nr. 617. S. 37. — Hofkanzlei-Decret vom 10. Juni 1842: P. G. S. Bd. 70. S. 187.)

1843. Vorschriften über die Versehung der nach Rußland reisenden österreichischen Unterthanen mit russischen Reisepässen.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. Juli 1843: P. G. S. Bd. 71. S. 184.)

1843. Post-Convention zwischen Oesterreich und Rußland. St. Petersburg, 30. Jänner (11. Februar) 1843; in den Ratificationen ausgewechselt daselbst am 31. Mai (11. Juni) 1843.

(Martens et Cussy, V. 366.)

1845. Uebereinkommen in Betreff der gegenseitigen Gleichhaltung der österreichischen und russischen Schiffe. Wien, 4. (24.) December 1845.

(Murhard, n. r. VIII. 659.)

1846. Wiedervereinigung der Stadt Krakau und ihres Gebietes mit dem österreichischen Kaiserreiche (s. Preußen).

1846. Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen Oesterreich und Rußland. Wien, $\frac{24}{6}$. Juli 1846.

(P. G. S. Bd. 74. S. 159. — J. G. S. 1846. Nr. 974. S. 349. — Martens et Cussy, V. 683.)

1846. Behandlung der nach den russisch-polnischen Provinzen reisenden österreichischen Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. October 1846: P. G. S. Bd. 74. S. 196.)

1847. Bestimmung des kaiserlich österreichischen General-Consulats in Odessa, zur Uebernahme aller beweglichen Nachlässe der im Amtsbezirke verstorbenen österreichischen Unterthanen. Wien, 13. April 1847.

(Justiz-Hofdecret vom 23. April 1847: J. G. S. 1847. Nr. 1059. S. 459.)

1847. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Rußland, wegen des Transit-Handels zwischen Brody und Odessa und sonstiger Handelsverhältnisse. Wien, 28. Juni (10. Juli) 1847; russische Kundmachung, 3. December 1847.

(Murhard, n. r. XI. 325.)

1847. Uebereinkommen zwischen der österreichischen obersten Hof-Postverwaltung und der russischen Post-Administration zu St. Petersburg, bezüglich der Correspondenz mit Odessa. Wien, 28. November 1847.

(Decret der k. k. Oberst-Hof-Postverwaltung: österreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft, 1848, Gesetzchronik S. 11.)

1849. Convention zwischen Oesterreich und Rußland in Betreff der Verpflegung der russischen Hilfstruppen auf österreichischem Gebiete. Warschau, 10. Juni 1849 (in den Ratificationen ausgewechselt zu Kaschau, 13. Juni 1849).

(Reichsgesetzblatt 1849. 276. S. 303.)

1849. Erlaß des österreichischen Finanz-Ministeriums, womit ein Steuertarif der kaiserlich russischen und russisch-polnischen Gold-, Silber- und Kupfermünzen kundgemacht wird. Wien, 1. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 305. S. 476.)

1849. Vertrag zwischen der kaiserlich österreichischen und der kaiserlich russischen Post-Administration, bezüglich der Beseitigung des Frankaturzwanges bei der österreichisch-russischen Correspondenz. St. Petersburg, $\frac{1}{13}$. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1850. 216. S. 905. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, S. 314 bis 322.)

1849. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Rußland wegen der Zurücksendung der Israeliten, welche aus dem Gebiete des einen Kaiserreiches in das [illegible] andern unbefugter Weise getreten sind. [illegible]klärung vom

8. November 1849; russische vom 30. September 1849, ausgewechselt zu Wien am 11. November 1849.)

(Reichsgesetzblatt 1849. 23. S. 30.)

1850. Uebereinkunft zwischen der kaiserlich österreichischen und der kaiserlich russischen Regierung, mittelst welcher der abgelaufene Donau-Schifffahrts-Vertrag vom J. 1840 für die Dauer eines Jahres verlängert wird. Wien, $\frac{1}{13}$. November 1850.

(Reichsgesetzblatt 1851. 41. S. 139. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, I. Bd. S. 151.)

1850. Uebereinkommen zur Regelung des gemeinsamen Verkehrs auf der Warschau-Wiener und Krakau-oberschlesischen Eisenbahn *).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 3. Bd. S. 101.)

1851. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums über die Aufhebung des Post-Frankirungszwanges zwischen Oesterreich und dem Königreich Polen. Wien, 1. Februar 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 132. S. 419. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, I. Bd.)

1851. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Rußland, wegen gegenseitiger Zuweisung der Durchfuhrsendungen an der Grenze zwischen Galizien und dem Krakauer Gebiete einerseits und dem Königreiche Polen andererseits. Wien, 3. October (21. September a. St.) 1851. (Austausch der ministeriellen Erklärungen zu St. Petersburg, $\frac{2}{14}$. Jänner 1852.)

(Reichsgesetzblatt 1852. 127. S. 619.)

1852. Tractat über die dänische Successions-Frage (s. Dänemark).

1854. Verordnung des österreichischen Justiz-Ministeriums, womit die Uebernahme des in Krakau befindlichen Archivs der grodgerichtlichen und Terrestral-Acten der vormaligen Wojwodschaft Krakau in die Verwahrung und Verwaltung der k. k. österreichischen Regierung, in Folge einer mit der kaiserlich russischen Regierung im Königreiche Polen getroffenen Uebereinkunft, kundgemacht wird. Wien, 12. März 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 61. S. 266.)

Sachsen

(Königreich).

August III., Churfürst von Sachsen, seit 1733 auch König von Polen, (seine Wahl hatte den polnischen Thronfolgekrieg mit den tief eingreifenden Folgen für die Gestaltung der politischen Verhältnisse, namentlich in Italien

*) Diese zwischen den beiden Privat-Unternehmungen verabredeten Uebereinkünfte (zu Breslau, 4. März 1848, 23. October 1848 und 3. Mai 1850) sind von Seite des k. k. Handels-Ministeriums und der königlich polnischen Regierung genehmigt worden.

herbeigeführt) trat im J 1740 als einer der Prätendenten auf das Erbe Maria Theresia's auf; später jedoch vereinigte er sich mit Oesterreich gegen den, Niemanden mehr als seinem Lande gefährlichen Anwachs preußischer Macht. Im Dresdner Frieden (1745) erhielt er das von den Preußen während des Krieges besetzte Churfürstenthum Sachsen wieder zurück. Gewaltsam von Preußen in den siebenjährigen Krieg hineingezogen, ward er auch in den Frieden von Hubertsburg (1763) einbegriffen. Sein Nachfolger, Friedrich August, erhebt nach dem Aussterben der bairischen Linie des Hauses Wittelsbach (s. Baiern) Ansprüche auf das bairische Allodial-Erbe, und erhält dafür im Teschner Frieden (1779) die Zusage von sechs Millionen Gulden, welche ihm der Churfürst, Pfalzgraf Carl Theodor, bezahlen soll, sowie in demselben Frieden Maria Theresia zu Gunsten Sachsens auf die Hoheitsrechte der Krone Böhmens über gewisse in Sachsen gelegene Schönburg'sche Herrschaften verzichtet. Als Friedrich II. gegen den von Josef II. projectirten Austausch Baierns für Belgien den deutschen Fürstenbund (1785) ins Leben rief, war auch Sachsen unter den daran Theil nehmenden Reichsständen.

Im Reichs-Deputations-Receß (1803) werden dem Churfürsten von Sachsen, als Markgrafen zu Meißen, dann für die Burggrafschaft Meißen und für Querfurt, zusammen drei neue Virilstimmen zugewiesen, welcher sohin dem Rheinbunde beitritt und die Königswürde (1806), dann jene eines Herzogs des von Napoleon erschaffenen Herzogthums Warschau (1807) annimmt. Im Wiener Frieden (1809) wurde für das Königreich Sachsen die Erwerbung der darin eingeschlossenen böhmischen Enclaven, dann für den König in seiner Eigenschaft als Herzog von Warschau der Besitz Westgaliziens, eines Gebietstheiles um Krakau, am rechten Weichselufer, und des Zamosker Kreises in Ostgalizien, nebst dem Miteigenthum der Salinen von Wieliczka für Oesterreich und Warschau, stipulirt. Er verlor jedoch nach dem Sturze Napoleons die meisten dieser Erwerbungen, trot zwar der heiligen Allianz und dem deutschen Bunde bei (1813—1815), mußte jedoch viele seiner alten churfürstlichen Besitzungen größtentheils an den König von Preußen abgeben, welcher sie mit dem Titel eines Herzogthums Sachsen mit dem preußischen Königreich vereinigte (1817, 1819).

Zwischen Oesterreich und dem Königreiche Sachsen bestehen specielle Uebereinkommen wegen Auslieferung der Deserteure (1817), wegen Verfolgung der Verbrecher durch die Gendarmerie (1852), wegen der Tax- und Portofreiheit in Criminalsachen (1818, 1822), wegen Uebernahme der Schüblinge (1820), wegen der Freizügigkeit sowohl des Vermögens als der Pensionen (1816, 1835, 1852), wegen Verpflegung der Kranken (1835, 1853), Erwerbung der Staatsbürgerschaft (1845, 1853) und Behandlung in Concurs-Fällen (1854). Auch erfolgte eine besondere Kundmachung hinsichtlich des Viehschneidens (1839). Die Verkehrsverhältnisse sind durch Verträge bezüglich der Elbeschiffahrt (1821, 1824, 1844, 1846, 1850, 1851, 1852), des Grenzübertritts (1848), des Paßwesens (1852), der Eisenbahn-Ver-

bindungen (1842, 1850), der Post (1842, 1848, 1850), der Telegrafen-Linien (1850, 1851, 1853) und die Territorial-Verhältnisse durch einen Haupt-Receß und dessen Beilagen (1845, 1846, 1848, 1850) geregelt.

1741. Acte über die Ansprüche des Churfürsten von Sachsen auf die Verlassenschaft Sr. Majestät des Kaisers Carl VI.

(Rousset, T. XVI. p. 406. — Olenschlager, Geschichte des Interregni nach Absterben Kaisers Carl VI. T. I. bis IV. — Sammlung einiger Staatsschriften nach dem Ableben Kaisers Carl VI. T. I. bis IV. 8.)

1741. Vertrag zwischen dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, und dem Churfürsten von Baiern, über die beiderseitigen Ansprüche auf die österreichische Erbfolge. Frankfurt, 19. September 1741 (s. auch Baiern).

(Aretin, bairische Staatsverträge, Anhang Nr. 72.)

1742. Friedenserklärung zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Wien, 23. Juli 1742.

(Wenck, I. 717.)

1743. Allianz-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Wien, 20. December 1743.

(Wenck, I. 722. — Rousset, T. XVIII. p. 102. — Merc. hist. et pol. 1744. P. I. p. 65.)

1744. Tractat defensiver Allianz zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Petersburg, 24. Jänner (4. Februar) 1744.

(Martens, S. III. 15.)

1744. Artikel zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und dem Churfürsten von Sachsen. . . . ., $\frac{8}{13}$. Mai 1744.

(Angeführt im nachstehenden Separat-Artikel vom 18. Mai 1745.)

1745. Quadrupel-Allianz zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen, dem Könige von Großbritannien, dem Könige von Polen, Churfürsten von Sachsen und den vereinigten Staaten der Niederlande;

1745. Erklärung des Königs von Polen, Churfürsten von Sachsen, bei Auswechslung der Ratificirungen des vorstehenden Allianz-Tractats (s. Großbritannien).

1745. Geheimer Separat-Artikel, geschlossen zwischen Ihrer Majestät der Königin von Ungarn und Böhmen und Sr. Maje-

stät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen, bezüglich einer eventuellen Theilung Schlesiens. Leipzig, 18. Mai 1745.

(Martens, S. I. 270. — Herzberg, rec. T. I. p. 28. — Moser, Versuch, T. VIII. p. 180.)

1745. Definitiver Friedens-Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Polen, Churfürsten von Sachsen. Dresden, 25. December 1745 (s. auch Preußen).

(Wenck, II. 207.)

1747. Verhandlungsacten der Höfe von Wien, Dresden und St. Petersburg, wegen Beitritts des Churfürsten von Sachsen zu der zwischen den beiden kaiserlichen Höfen im J. 1746 geschlossenen Allianz (s. Rußland).

(Herzberg, T. I. p. 33.)

1760. Staatsvertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland, wegen Hilfeleistung an Oesterreich und Entschädigung Sachsens gegen Preußen. St. Petersburg, 21. März 1760.

(Martens, S. III. 60.)

1763. Beitritt Sachsens zum Hubertsburger Frieden (s. Preußen).

1779. Separat-Artikel geschlossen zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Churfürsten von Sachsen, wegen Beitritt des letzteren zu dem Teschner Friedens-Tractate zwischen Oesterreich und Preußen (s. Baiern). Teschen, 13. Mai 1779.

(Martens, II. 9.)

1785. Fürstenbund vom 23. Juli 1785 (s. Preußen).

1791. Schreiben Sr. Majestät des Kaisers Leopold II. an Se. Hoheit den Churfürsten Friedrich von Sachsen, vom 4. August 1791, und Antwort des Churfürsten vom 9. August 1791, die öffentliche Ruhe in Europa betreffend.

(Murhard, n. S. I. 273.)

1801. Lüneviller Frieden (s. Deutschland).

1803. Reichs-Deputations-Hauptreceß vom 25. Februar 1803, worin §. XXII. die dem Churfürsten von Sachsen zukommenden neuen Viril-Stimmen bestimmt werden (s. Deutschland).

1806. Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, König von Italien, und dem Churfürsten von Sachsen, wegen Beitritt des letztern zum Rheinbunde (s. Deutschland) und Annahme der Königswürde. Posen, 11. December 1806.

(Meyer, I. 124. — Martens, S. IV. 384.)

1807. Tilsiter Friedensschluß (s. Deutschland).

1807. Decret des Kaisers Napoleon wegen Creirung des Herzogthums Warschau (s. Rußland).

1809. Wiener Frieden vom 14. October 1809 (s. Deutschland).

1811. Convention zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem König von Sachsen, Herzog von Warschau, über die Administration der Salzwerke zu Wieliczka. Wien, 19. November 1811.

(Hofkammer-Decret vom 31. December 1811: P. G. S. Bd. 38. S. 260. — Martens, S. VIII. 74.)

1813. Convention zwischen Oesterreich und Sachsen, den Durchzug der Truppen betreffend. Wien, 8. August 1813.

(Martens, S. V. 591.)

1815. Beitritt Sachsens zu dem Allianz-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Rußland und Preußen gegen Napoleon Buonaparte, vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 151.)

1815. Tractat zwischen Oesterreich und Sachsen, die Festsetzung der Angelegenheiten des Königreichs Sachsen betreffend. Wien, 18. Mai 1815 *).

(Martens, S. VI. 272.)

1815. Erklärung Sr. Majestät des Königs von Sachsen, über die Rechte des Hauses Schönburg. Wien, 18. Mai 1815 (V. Beilage der Wiener Congreß-Acte).

(Martens, S. VI. 285.)

1815. Hauptvertrag der an den vormals deutsch-ordischen Besitzungen betheilten Höfe (s. Baden).

1815. Verzichtleistung Sr. Majestät des Königs von Sachsen auf das Herzogthum Warschau. Laxenburg, 22. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 286.)

1815. Abtretung mehrerer Gebietstheile von Sachsen und der Lausitz, so wie des Reversions-Rechtes Oesterreichs auf letztere, an den König von Preußen. (Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland).

---

*) Gleichlautende Tractate wurden am selben Tage zwischen Preußen und Sachsen (VI. Beilage der Wiener Congreß-Acte), dann zwischen Rußland und Sachsen abgeschlossen.

1815. Preußisches Patent über die Besitzergreifung des mit der königlich preußischen Monarchie in Folge des Tractates vom 18. Mai 1815 vereinigten sächsischen Gebietes (s. Preußen).

1815. Convention zwischen den Mitgliedern der Commission für den russischen Rayon, wegen Verwaltung der Spitäler *). Wien, 19. Mai 1815.

(Martens, S. VII. 317.)

1815. Deutsche Bundes-Acte und Wiener Congreß-Acte **) (s. Deutschland).

1816. Oesterreichische Verordnung wegen Abstellung der Reciprocitäts-Zusicherungen bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit aus und nach dem Königreich Sachsen. Wien, 27. December 1816.

(J. G. S. 1816. Nr. 1306. S. 414. — P. G. S. Bd. 44. S. 441.)

1817. Beitritt Sr. Majestät des Königs von Sachsen zur heiligen Allianz, zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen (s. Deutschland). . . ., 1. Mai 1817.

(Martens, S. VI. 659.)

1817. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Sachsen, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Wien, 7. Mai 1817.

(Oesterreichisches Patent vom 6. Juni 1817: P. G. S. Bd. 45. S. 139.)

1817. Convention zwischen den preußischen und sächsischen Commissären (unter Vermittlung Oesterreichs) über verschiedene Ausgleichungen, vom 23. Juli 1817 (s. Preußen).

1818. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen wechselseitiger Tax- und Portofreiheit der königlich sächsischen Aemter und Kammergutsgerichte in Criminalsachen. Wien, 23. Juli 1817; Dresden, 21. Februar 1818.

(Hof-Decret vom 14. März 1818: J. G. S. Nr. 1430. S. 14.)

1818. Ausdehnung dieser Tax- und Portofreiheit auf die in Sachsen befindlichen Patrimonial-Gerichte mit Einschluß der Stadträthe. Wien, 17. Juli 1818; Dresden, 3. September 1818.

(Hof-Decret vom 27. October 1818: J. G. S. Nr. 1521. S. 64.)

1820. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Bestimmung der Orte an den gegenseitigen Landesgrenzen,

---

*) Dieser russische Rayon begriff auch die sächsischen Länder in sich.

**) Die Verhandlungen des Wiener C[illegible] in Bezug auf Sachsen sind aufgeführt bei Murhard, n. S. I

woselbst die Schüblinge ausgeliefert werden sollen. Dresden, 28. März 1820.

(Martens, S. IX. 230.)

1820. Wiener Schluß Acte (s. Deutschland).

1821. Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1822. Bestimmung, daß auf den portofreien ämtlichen Erlässen nach Sachsen die Bemerkung „ex officio" beizusetzen sei.

(Hof-Decret vom 9. December 1822: J. G. S. 1822. Nr. 1912. S. 123. — Hofkanzlei-Decret vom 15. November 1822: P. G. S. Bd. 50. S. 665.)

1824. Protocoll der Revisions-Commission, wegen Ergänzung der Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen).

1835. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit zwischen den österreichischen Ländern, die nicht zum deutschen Bunde gehören (mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens), und dem Königreiche Sachsen. Dresden, 20. August; Königswart, 8. September 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. December 1835: P. G. S. Bd. 63. S. 445. — J. G. S. 1835. Nr. 93. S. 54. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1835, Notizenblatt S. 496.)

1835. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich sächsischen Regierung, wegen Heilung und Verpflegung der in den gegenseitigen Staaten erkrankten oder verunglückten unbemittelten Unterthanen. Wien, 24. Juli 1835.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. September 1835: P. G. S. Bd. 63. S. 361. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1835, Notizenblatt S. 460.)

1836. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Elbeschifffahrt (s. Preußen).

1839. Oesterreichische Kundmachung des im J. 1826 in Sachsen publicirten Mandats, welches allen Ausländern im Königreich Sachsen das Vieh-Castriren untersagt. Wien, 5. Februar 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 5. Februar 1839: P. G. S. Bd. 67. S. 33.)

1842. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und königlich sächsischen Regierung, in Bezug auf den Anschluß der von Wien über Prag nach Dresden zu führenden Eisenbahn. Wien, 30. Juli; Dresden, 9. August 1842.

(Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1843, Notizenblatt, S. 430.)

1842. Uebereinkunft zwischen der k. k. österreichischen und der königlich sächsischen Regierung, wegen Aufhebung des Frankirungszwanges bezüglich der Correspondenz zwischen Oesterreich und

Sachsen, und Anwendung eines gemeinschaftlichen Portotarifs. Wien, 27. November 1842.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 9. März 1843: P. G. S. Bd. 71. S. 32. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit. 1843, Notizenblatt S. 141. — Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 3. Bd. S. 272. — Murhard, n. r. V. 176.)

1844. Additional-Acte zur Elbeschifffahrts-Acte (s. Preußen);

1845. Präliminar-Convention zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen gegenseitiger Grenzregulirung. Dresden, 11. September 1845.

(Erwähnt im Hauptrecess vom 5. März 1848.)

1845. Bestimmungen hinsichtlich der Aufnahme in die königlich sächsische Unterthanschaft. Dresden, 8. October 1845.

(Für Oesterreich kundgemacht mit Hofkanzlei-Decret vom 29. December 1845: P. G. S. Bd. 73. S. 213.)

1845—1846. Kundmachungen über die Behörden in Elbeschifffahrts-Angelegenheiten (s. Preußen).

1846. Convention zwischen Oesterreich und Sachsen, über die Behandlung der böhmisch-sächsischen Grenzbäche. Dresden, 12. October 1846 (Beilage des Haupt-Recesses vom J. 1848.)

1848. Haupt-Grenz- und Territorial-Receß zwischen Oesterreich und Sachsen, sammt darauf bezüglicher Separat-Acte. Dresden, 5. März 1848 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 10. April 1848).

(P. G. S. Bd. 76. S. 57. — J. G. S. 1848. Nr. 1132. S. 573.)

1848. Beitritt Sachsens zu der Vereinbarung zwischen Oesterreich und Preußen vom October 1847 (s. Preußen), über die Grenzverkehrs-Erleichterungen. Dresden, 22. April; Wien, 8. Mai 1848.

(P. G. S. Bd. 76. S. 222.)

1848. Bestimmungen wegen Beförderung der österreichisch-sächsischen Correspondenz über Preußen. Wien, 15. Juni 1848.

(Kundmachung der k. k. obersten Hof-Postverwaltung: Oesterreichische Zeitschrift für Staats- und Rechtswissenschaft, 1848, Gesetz-Chronik S. 229.)

1850. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, die theilweise Aufhebung des Elbezolls an der böhmisch-sächsischen Grenze betreffend. Wien, 11. Mai 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. LVII. S. 184.)

1850. Postvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen, wegen Beitritt des letzteren zum deutsch-österreichischen Postvereine (s. Deutschland). De

(Verordnu 10, 2. Bd. S. 365.)

1850. Erlaß des österreichischen Finanz-Ministeriums, wodurch die den böhmischen Schiffen bewilligte Zollfreiheit auf alle ausländischen Schiffe für die Fahrt zwischen der sächsischen Grenze und Tetschen ausgedehnt wird. Wien, 20. Juli 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 279. S. 1239.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern und Sachsen, zur Bildung eines österreichisch-deutschen Telegrafen-Vereines (s. Deutschland).

1850. Bewilligung von Paßkarten für die sächsischen Unterthanen zur Reise nach Böhmen. Wien, 18. December 1850.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1852. Bd. I. S. 267.)

1850. Uebereinkunft zwischen der kaiserlich österreichischen und der königlich sächsischen Regierung, über den Betriebsanschluß der beiderseitigen Eisenbahnen unter einander. Dresden, 31. December 1850 (die Ratificationen ausgewechselt daselbst, 27. Jänner 1851).

(Reichsgesetzblatt 1851. 80. S. 251. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. Bd. S. 229.)

1851. Erster Nachtragsvertrag zum österreichisch-deutschen Telegrafen-Verein (s. Deutschland).

1851. Schluß-Protocoll der dritten Elbeschifffahrts-Revisions-Commission (s. Preußen).

1852. Erlaß des österreichischen Finanz-Ministeriums, wegen Ausdehnung der im Erlaß vom 20. Juli 1850 bestimmten Zollfreiheit an der sächsischen Grenze, auf bisher ausgeschlossene Gegenstände. Wien, 16. Februar 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 50. S. 241.)

1852. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums über die Elbezoll-Ermäßigungen (s. Preußen).

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, wegen Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf das andere Staatsgebiet durch die gegenseitige Gendarmerie. Wien, 30. Juli 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 171. S. 792.)

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Königreich Sachsen, wegen gegenseitiger Freizügigkeit der Pensionen und ähnlicher Bezüge. Wien, 12. November; Dresden, 23. October 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 236. S. 1019.)

1853. Zweiter Nachtragsvertrag zum österreichisch-deutschen Telegrafen-Verein (s. Deutschland).

1853. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und königlich sächsischen Regierung, daß jeder dieser Staaten seine ursprünglichen Angehörigen, auch wenn sie diese Staatsangehörigkeit verloren haben, so lange übernehmen wird, als sie nicht diesem anderen Staaten angehörig geworden sind. Wien, 18. März 9. April 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 88. S. 467.)

1853. Beitritt Sachsens zu dem österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher-Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

1854. Uebereinkommen zwischen der k. k. österreichischen und der k. sächsischen Regierung, wegen gegenseitiger Behandlung von Concurs-Fällen. Wien, 1. Jänner; Dresden, 6. Jänner 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 54. S. 243.)

Sachsen (Nebenlinien).

(Das Großherzogthum Sachsen-Weimar; die Herzogthümer Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha.)

Die Mitglieder der sächsischen Nebenlinie (der Ernestinischen), nämlich die Herzoge von Weimar, Gotha, Meiningen, Hildburghausen und Coburg, traten, eben so wie der sächsische Churfürst (s. Königreich Sachsen), dem Rheinbunde (1806), später der Allianz wider Napoleon (1813—1815) und dem deutschen Bunde bei (1815), wobei der Herzog von Weimar den Titel eines Großherzogs annahm (1815).

Im Jahre 1825 starb das herzogliche Haus Sachsen-Gotha-Altenburg in seinem Mannsstamme aus, und dessen Besitzungen wurden unter den übrigen drei herzoglichen Linien vertheilt.

Oesterreich schloß mit der großherzoglichen, so wie mit sämmtlichen herzoglichen sächsischen Regierungen ein besonderes Uebereinkommen wegen gegenseitiger unentgeltlicher Rechtspflege in Criminalsachen ab (1835); die sächsischen Länder erscheinen auch bei der österreichisch-preußischen Post-Convention (1843, 1844, 1850, 1851), dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853) und der Eisenacher Verpflegs-Convention (1853) betheiligt; gegenüber der herzoglich Coburg'schen Regierung endlich fand eine Ministerial-Erklärung bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit statt (1851).

1806. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Herzogen von Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meinin- [illegible] ldburghausen und Sachsen-Coburg, über den

Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Posen, 15. December 1806.

(Meyer, I. 126. — Martens, S. IV. 387.)

1813. Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich (in simili mit dem Kaiser von Rußland und König von Preußen) und dem Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld, wegen Beitritt des letzteren zur großen Allianz gegen Frankreich. Frankfurt, 24. November 1813.

(Martens, S. VIII. 109.)

1815. Beitritt des Großherzogs von Sachsen-Weimar und der herzoglich sächsischen Häuser zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, S. VI. 138.)

1815. Annahme des Titels „Großherzog" von Seite des Herzogs von Sachsen-Weimar und Bestimmungen über die Territorial-Verhältnisse des Großherzogthums. (Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland).

1815. Regulirung der Territorial-Verhältnisse des Herzogthums Sachsen-Coburg. (Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland).

1817. Garantie des Grundgesetzes über die landständische Verfassung des Großherzogthums Sachsen-Weimar durch den deutschen Bund, mit der motivirten Abstimmung Oesterreichs. Frankfurt, 13. März 1817.

(Meyer, II. 50.)

1818. Garantie des Grundgesetzes der landständischen Verfassung des Fürstenthums Hildburghausen durch den deutschen Bund. Frankfurt, 1. October 1818.

(Meyer, II. 103.)

1819. Frankfurter Territorial-Receß (s. Deutschland).

1822. Garantie des Gesetzes über die ständische Verfassung des Herzogthums Sachsen-Coburg durch den deutschen Bund. Frankfurt, 15. Juni 1822.

(Meyer, II. 227.)

1827. Succession in die herzoglich Sachsen-Gotha und Sachsen-Altenburgischen Lande; Bundesbeschluß hierüber. Frankfurt, 25. Jänner 1827.

(Meyer, II. 298.)

1835. Uebereinkunft zwischen der österreichischen Regierung (mittelst Erklärung der kaiserlichen Gesandtschaft in Dresden)

und der großherzoglichen Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach, dann den herzoglichen Regierungen von Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, wegen gegenseitiger unentgeltlicher Justizpflege in Criminalsachen. Weimar, 23. December 1834; Altenburg, 31. December 1834; Coburg, 1. Jänner 1835.

(Hof-Decret vom 7. Februar 1835: J. G. S. 1835. Nr. 2688. S. 135. P. G. S. Bd. 63. S. 54.)

1835. Gleiches Uebereinkommen mit Sachsen-Meiningen. Meiningen, 15. März 1835.

(Hof-Decret vom 10. April 1835: J. G. S. 1835. Nr. 10. S. 5.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection, zu dessen Gebiet auch Sachsen-Weimar-Eisenach, Coburg-Gotha und Meiningen-Hildburghausen gehören (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1850. Beitritt von Sachsen-Altenburg zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Preußen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, 1. Bd. S. 26; 2. Bd. S. 367.)

1851. Beitritt des fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postgebietes zu dem deutsch-österreichischen Postverein (s. Bremen).

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und dem Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha, wegen gegenseitiger Aufhebung der Abfahrtsgelder von Verlassenschaften, auch in Bezug auf Ungarn und dessen Nebenländer. Wien, 13. März 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 65. S. 292.)

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf das Gebiet der Herzogthümer Sachsen-Coburg-Gotha, wegen der Aemter Königsberg und Volkenrode; und auf Sachsen-Weimar-Eisenach, in Beziehung auf die Aemter Allstedt und Oldisleben und das Vordergericht Ostheim; dann die zu dem thüring'schen Zollvereine gehörigen Gebietstheile (s. Deutschland und Preußen).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Sardinien

(Königreich).

Der Herzog von Savoyen erhielt im Utrechter Frieden (1713) mit der Erwerbung von Sicilien den Königstitel, welcher durch den Quadrupel-Vertrag (1718), auf das für Sicilien eingetauschte Sardinien übertragen wurde. Wie im Frieden von Turin (1703) und von Wien (1738) — als Schluß des spanischen Erbfolgekrieges — ward Sardinien auch im österreichischen Erbfolgekriege durch den Wormser Vertrag (1743), zum Lohne für seinen Zurücktritt von der französisch-spanischen Allianz, mit österreichischen Antheilen Ober-Italiens vergrößert, nachdem es kurz vorher mit in der Reihe der Prätendenten auf Carl's VI. Erbe aufgetreten war*). Im Frieden von Aachen (1748) erhielt es noch das Gebiet von Anghiera, Theile des Paveſano zwiſchen Ticino und Po, mit Ausnahme der Inſel vor Pavia, dann das Vigevanesco, Theile von Anglea, le grande Alpi und das Valleſe bis in die Mitte des Lago maggiore, endlich die Anwartſchaft auf Theile von Piacenza für den Fall des Erlöſchens der männlichen Descendenz Don Philipps, des neuen Herzogs von Parma.

Mit Frankreich und Spanien erledigte es dieſe Reverſionsfrage von Piacenza, deren unklare Faſſung im Aachner Frieden Sardiniens Beitritt zu demſelben verhindert hatte, in der Pariſer Convention vom 10. Juni 1762. Im franzöſiſchen Revolutionskriege hielt Sardinien zu Oeſterreich, wurde aber von den Franzoſen überwältigt. Das Königreich Sardinien verſchwand unter der Herrſchaft Napoleons, der es größtentheils Frankreich einverleibte. Nach dem Sturze Napoleons wurde es wieder hergeſtellt, und beſteht gegenwärtig aus dem Herzogthum Savoyen (der Wiege des ſardiniſchen Königreichs), dem Fürſtenthum Piemont, mehreren ehemals lombardiſchen Gebietstheilen am weſtlichen Ufer des Teſſins, dem Herzogthum Montferat, der Grafſchaft Nizza, dem Herzogthum Genua (der alten Republik) und den Inſeln Sardinien und Capreja mit den Nebeninſeln. An den Kriegen wider den Kaiſer Napoleon, den Verhandlungen des Wiener Congreſſes und an der heiligen Allianz (1814—1815) nahm Sardinien, ſowie an den darauf gefolgten diplomatiſchen Verhandlungen zur Wiederherſtellung der ſtaatlichen Verhältniſſe Europa's (1816–1820), weſentlichen Antheil. Später wurden die im König-

*) Durch den Tractat von Turin 8. November 1703 — (Traités de la maison de Savoie, II. 203) — trat nämlich Kaiſer Leopold I. dem Herzoge Vittore Amadeo von Savoyen mehrere Theile des Herzogthums Mailand, als: die Provinzen Alexandria und Valenza, mit allem Gebiet zwiſchen dem Po und Tanaro, dann die Provinzen Lomellina und Valſeſin ab. Im Tractat von Laxenburg, 6. Juni 1736 — (Traités, II. 479) beſtätigt im Wiener Frieden vom 18. November 1738 — (Traités, II. 479.) — trat Carl VI. an den König Carlo Emanuele Novarra, Tortona, dann die Gebiete von S. Fedele, Torre di Forti, Granedo und Campo maggiore ab.

reich ausgebrochenen revolutionären Bewegungen durch den Beistand Oesterreichs unterdrückt (1821—1823).

Mehrere Uebereinkommen: wegen Auslieferung der Deserteure (1817, 1822, 1823, 1826, 1834) und der Verbrecher (1838, 1848, 1849), insbesondere der politischen Verbrecher (1834), dann wegen Herstellung der Straßen über den Splügen und S. Bernadino (1824), wegen Festsetzung der Vermögens-Freizügigkeit (1824), wegen Hintanhaltung des Schmuggels (1834) und Behandlung der Durchzuggüter (1835), wegen Aufrechthaltung der tractatmäßigen Rechte der Grenzanwohner (1839, 1843, 1844), wegen Befreiung von Hafengebühren bei gezwungenen Einläufen (1840), wegen Beschützung des literarischen und artistischen Eigenthums (1840), endlich wegen der Ausführung gerichtlicher Requisitionen (1839, 1841), Regulirung des Postwesens (1844) und der Seeverklarungen (1848) — sollten das freundnachbarliche Einvernehmen zwischen Oesterreich und Sardinien bekräftigen, das jedoch von letzterem durch seine Kriegserklärung (1848) zerrissen wurde. Der Krieg endete mit der Niederlage der sardinischen Armee bei Novarra und mit dem Friedensschlusse von Mailand (1849), laut welchem alle zwischen Oesterreich und Sardinien abgeschlossenen Staatsverträge und Uebereinkünfte, welche am 1. März 1848 in Kraft waren (mit Ausnahme der veralteten Convention über den Salz-Transit, vom 11. März 1751) wieder bestätigt wurden. Seitdem hat auch Oesterreich mit Sardinien einen neuen Handels- und Schifffahrtsvertrag (1851, 1852) sowie einen Vertrag zur Unterdrückung des Schleichhandels (1851), einen Telegrafen- und einen Postvertrag (1853) geschlossen, die bestehende Freizügigkeit des Vermögens noch ausgedehnt (1852) und die Vollziehbarkeit der sardinischen Urtheile in Oesterreich näher bestimmt (1853). In neuerer Zeit gab die von der kaiserlichen Regierung unterm 13. Februar 1853 verfügte Sequestration der in der Lombardei gelegenen Güter jener lombardischen Edelleute, die ihren Aufenthalt im Königreiche Sardinien genommen und von dort aus die politische Agitation im lombardisch-venetianischen Königreiche zu unterhalten suchen, Anlaß zu lebhaften Erörterungen; diese Maßregel ist jedoch durch Verfügungen des kaiserlichen General-Gouverneurs Grafen Radetzky wesentlich gemildert worden (1854).

1742. Deduction über die Rechte des Hauses Savoyen auf das Herzogthum Mailand.

(Olenschlager, Geschichte des Interregni, T. III. p. 254. — Rousset, XVI. 350.)

1742. Tractat zwischen der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Theresia, und dem König Carl Emanuel III., um sich dem spanischen Heere in Italien zu widersetzen. Turin, 1. Februar 1742.

(Wenck, I. p. 672. — Traités de la maison de Savoie, III. 1.)

1743. Allianz-T[illegible] von Ungarn

und Böhmen, Maria Thereſia, dem Könige von Sardinien, Carl Emanuel III., und der Krone England, mit ſeparirten und geheimen Artikeln, geſchloſſen zu Worms, 13. September 1743 (ſ. Großbritannien).

1747. Tractat zwiſchen Ihrer Majeſtät der Königin von Ungarn und Böhmen und Sr. Majeſtät dem König von Sardinien, bezüglich des Unternehmens wider Genua. Turin, 3. Mai 1747.

(Traités de la maison de Savoie, V. 215.)

1748. Convention defenſiver Allianz wegen des Feldzuges gegen Frankreich, geſchloſſen zwiſchen der Königin Maria Thereſia von Ungarn und Böhmen, den Königen von Großbritannien und Sardinien und den vereinigten Staaten der Niederlande (ſ. Großbritannien.)

1748. Tractat zwiſchen Ihrer Majeſtät der Kaiſerin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majeſtät dem König von Sardinien, wegen des der Inſel Corſica gegen die Republik Genua zu leiſtenden Beiſtandes. Turin, 29. Februar 1748.

(Traités, V. 222.)

1748. Präliminarien des Aachner Friedens mit einem Separat- und geheimen Artikel. Aachen, 30. April 1748.

(Traités, III. 33.)

1748. Aachner Friedens-Tractat zwiſchen der Kaiſerin Maria Thereſia und der Krone England einerſeits, und dem Könige von Frankreich und dem König von Spanien andererſeits, nebſt ihren Verbündeten und Anhängern (ſ. Frankreich).

1748. Ceſſions-Acte des Königs von Sardinien (als Art. VII. des Aachner Friedens) in Betreff von Piacenza. Aachen, 18. October 1748.

(Wenck, II. 347. — Traités, III. 51.)

1748. Beitritt des Königs von Sardinien zu vorſtehendem Friedens-Tractate. Aachen, 7. November 1748.

(Wenck, II. 390. — Traités, III. 73.)

1748. Convention zwiſchen den zu Nizza verſammelten Miniſtern, wegen Vollzuges des Friedens-Tractates (ſ. Frankreich).

1751. Convention zwiſchen Oeſterreich und Sardinien, bezüglich des Tranſits des aus Genua und Venedig kommenden Salzes. . . . ., 11. März 1751.

(Citirt im Artikel X. des Tractates vom 4. October 1751, und außer Kraft geſetzt durch den Artikel VI. des Friedensſchluſſes vom 6. Auguſt 1849.)

1751. Tractat zwiſchen der Kaiſerin Maria Thereſia und

dem Könige von Sardinien, zur Beilegung der über den Vollzug der Tractate von 1703, 1738, 1743 und 1748 entstandenen Differenzen, dann wegen des Handels und Verkehrs der gegenseitigen Unterthanen in den an Sardinien abgetretenen Gebietstheilen zwischen den beiderseitigen Staaten. Mailand, 4. October 1751.

(Murhard, n. S. I. 746. — Traités, III. 92.)

1752. Präliminar-Artikel zwischen Oesterreich, Spanien, Toscana und Sardinien, dann Tractat (traité dit d'Italie) zwischen dem Kaiser, dem König von Sardinien Carl Emanuel III. und dem König von Spanien, mit Separat-Artikeln, wegen Begünstigung der gegenseitigen Unterthanen (s. Spanien).

1752. Beitritt des Herzogs Philipp von Parma zum vorstehenden Tractat. Madrid, 16. August 1752.

(Traités, III. 138.)

1753. Beitritt des Kaisers als Herzogs von Toscana zu vorstehendem Tractat. Madrid, 23. Jänner 1753.

(Traités, III. 141.)

1763 Convention zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien, bezüglich der Reversion von Piacenza. Paris, 10. Juni 1763.

(Koch, tableau des révolutions etc. II. 150.)

1763. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Thresia und dem König von Sardinien, wegen Aufhebung des Heimfallsrechtes (droit d'aubaine). Wien, 31. August 1763.

(Codex Austr. T. VII. p. 527. — Traités, III. 251. — Hof-Decret vom 24. März 1825: J. G. S. 2080.)

1765. Convention zwischen der Kaiserin Maria Thresia und dem König von Sardinien, wegen Errichtung des Collegiums Ghislieri zu Turin, in Gemäßheit des Tractates vom 4. October 1751. Mailand, 27. Juni 1765.

(Murhard, n. S. I. 37. — Traités, III. 261.)

1775. Convention zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und Sr. Majestät dem König von Sardinien, bezüglich der in den sardinischen Staaten gelegenen Güter der Jesuiten-Collegien zu Mailand. Mailand, 23. September 1775.

(Traités, V. 304.)

1783. Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Thresia und dem König Carl Emanuel von Sardinien, wegen

Aufhebung des Heimfallsrechtes (droit d'aubaine). Wien, 31. Auguſt 1783.

(Murhard, n. S. I. 30.)

1786. Convention zwiſchen dem Kaiſer und dem König von Sardinien, bezüglich des Fluſſes Ticino. . . . ., 11 November 1786.

(Citirt bei Luca, Polit. Cod. T. XI. p. 114.)

1792. Convention zwiſchen dem Kaiſer und dem König von Sardinien, wegen gegenſeitiger Auslieferung der Verbrecher. Mailand, 21. April 1792*).

(Murhard, n. S. II. 81. — Traités, III. 529.)

1794. Tractat zwiſchen Sr. kaiſerlichen Majeſtät und dem König von Sardinien gegen Frankreich. Valenciennes, 23. Mai 1794.

(Traités, III. 540. — Murhard, n. S. II. 87.)

1801. Friedensſchluß von Lüneville, worin die Liguriſche Republik (Genua) mitbegriffen, und von Seite des deutſchen Reiches auf die im Liguriſchen Gebiete befindlichen Reichslehen Verzicht geleiſtet wird (ſ. Deutſchland).

1814. Erſter Pariſer Frieden (ſ. Frankreich).

1814. Verhandlungen über die Vereinigung des Herzogthums Genua mit den Staaten des Königreichs von Sardinien. Wien, 12. December 1814.

(Martens, S. VI. 85.)

1814. Beitrittserklärung der Bevollmächtigten des Königs von Sardinien zu der Erklärung des Wiener Congreſſes vom 12. December 1814, über die Entweichung Napoleons von der Inſel Elba (ſ. Frankreich). Wien, 17. December 1814.

(Martens, S. VI. 91.)

1815. Bedingungen, unter welchen die Gebietsabtretungen von Seite Sardiniens an den Canton Genf ſtatt finden ſollen. Wien, 26. März 1815.

(Martens, S. VI. 175.)

1815. Beſchloſſener Artikel über vorbemeldete Abtretungen. Wien, 29. März 1815 (XII. Beilage der Wiener Congreß-Acte — ſ. Deutſchland).

(Martens, S. VI. 177.)

1815. Tractat zwiſchen dem Kaiſer von Oeſterreich und ſei-

---

*) In dieſer Convention geſchieht von früheren Uebereinkommen Erwähnung, und namentlich von einer Conventions-Erneuerung ddo. 15. October 1781.

nen Verbündeten einerseits und dem König von Sardinien andererseits, wegen Beitritt des letzteren zum Allianz-Tractate vom 25. März 1815 gegen Frankreich (s. Großbritannien). Wien, 9. April 1815.

(Martens, S. VI. 130.)

1815. Tractat zwischen Oesterreich, England, Rußland, Preußen, Frankreich und Sardinien (nebst einem Zusatzartikel zwischen Oesterreich und Sardinien), betreffend die Bedingungen der Vereinigung von Genua mit dem Königreich Sardinien, dann die Abtretungen Sardiniens an den Canton Genf. Wien, 20. Mai 1815 (XIII. Beilage der Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland).

(Martens, S. VI. 298.)

1815. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Sardinien, zur Regulirung der militärischen Gegenstände bezüglich des Krieges gegen Frankreich. Wien, 1. Juni 1815.

(Murhard, n. S. I. 447.)

1815. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Verpflegung der österreichischen Truppen auf ihrem Durchmarsche durch die königlich sardinischen Staaten, in Folge der Convention vom 1. Juni 1815. Turin, 14. Juni 1815.

(Murhard, n. S. I. 453.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte über das Königreich Sardinien, die Angelegenheiten des Monte Napoleon ꝛc. (s. Deutschland und Kirchenstaat).

1815. Protocoll über die, hinsichtlich der von Frankreich abgetretenen Gebietstheile zu treffenden Bestimmungen, die Gebietseinrichtungen in Deutschland und das Wehrsystem des deutschen Bundes, dann die Befestigung Savoyens. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VII. 406.)

1815. Acte über die Uebergabe an den König von Sardinien, bezüglich des Theiles von Savoyen welcher nach dem ersten Pariser Frieden bei Frankreich geblieben war, nach dem zweiten aber an Sardinien zurückgestellt wurde. Chambéry, 15. December 1815.

(Traités, IV. 234.)

1815. Zweiter Pariser Frieden (s. Frankreich).

1816. Beitritt des Königs von Sardinien, Victor Emanuel, zur heiligen Allianz zwischen den Kaisern von Oesterreich und Rußland und dem König von Preußen, vom 14. September 1815 (s. Deutschland). Stupinis, 8. Juni 1816.

(Murhard, n. S. II. 275.)

1816. Tractat zwischen Sardinien und der Schweiz. Turin, 16. März 1816. (Beilage des Frankfurter Territorial-Receßes vom 20. Juli 1819 — s. Deutschland).

1816. Beitritt des Königs von Sardinien zu der Wiener Congreß-Acte vom 9. Juni 1815. St. Petersburg, 25. November 1816.

(Traités, IV. 298.)

1817. Annahme der vorstehenden Beitrittserklärung von Seite der verbündeten Mächte und Frankreichs. Paris, 20. Jänner 1817.

(Traités, IV. 298.)

1817. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Wien, 13. Mai 1817.

(Kaiserliches Patent vom 3. Juli 1817: P. G. S. Bd. 45. S. 186.)

1818. Convention zwischen Oesterreich, England, Rußland und Preußen einerseits und Frankreich andererseits, in Betreff der Privatforderungen an Frankreich (s. Frankreich).

1818. Beitritt des Königs von Sardinien zu dieser Convention. Paris, 5. Juni 1818.

(Traités, IV. 428.)

1818. Annahme dieser Beitrittserklärung von Seite Oesterreichs. Paris, 6. Juni 1818.

(Traités, IV. 130.)

1818. Tractat zwischen Oesterreich, England, Preußen und Rußland einerseits und Frankreich andererseits, wegen Beendigung der militärischen Besetzung Frankreichs (s. Frankreich).

1819. Beitritt des Königs von Sardinien zu diesem Tractate. London, 22. März 1819.

(Murhard, II. 384.)

1819. Haupt-Receß der Territorial-Commission zu Frankfurt (s. Deutschland).

1820. Beitritt des Königs von Sardinien zu diesem Receß und Annahme dieser Beitrittserklärung. Paris, 10. August 1820.

(Traités, V. 206.)

1821. Tractat zwischen Oesterreich, Preußen, Rußland und Sardinien, wegen Besetzung einer militärischen Linie in den königlich sardinischen Staaten. Novarra, 24. Juli 1821*).

(Martens, S. X. 658).

*) Die Verhandlungsacten über den Ausbruch der Revolution im Königreich Sardinien (März 1821 — Dezember 1822) und den Congreß der verbündeten Mächte: Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, zu Laibach und Verona, sehe man bei „Martens", S. IX. 650 u. f.

1822. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen provisorischer Fortdauer der Wirksamkeit des am 17. Mai 1822 abgelaufenen Deserteur-Cartels vom J. 1817 bis zum Abschlusse einer neuen Convention (s. 1823).

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Juli 1822: P. G. S. Bd. 50. S. 567.)

1822. Tractat zwischen denselben Höfen, wegen Aufhebung der zeitweiligen militärischen Linie im Königreich Sardinien. Verona, 14. December 1822.

(Martens, S. X. 633.)

1823. Erneuerte Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. Turin, 11. Juli 1823 (die Ratificationen ausgewechselt zu Turin, 6. Juni 1826).

(Traités, V. 530. — Mil. Ges. Samml. 1826. Nr. 113. S. 342. — — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1826, Notizenblatt, 423.)

1824. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Herstellung und Erhaltung der Straßen über den Splügen und den S. Bernardino. Wien, 20. Mai 1824.

(Martens, S. X. 446.)

1824. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages vom Jahre 1763 auf die seitdem mit beiden Monarchien vereinigten Länder. Wien, 19. November 1824 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 3. März 1825).

(Hof-Decret vom 24. März 1825: J. G. S. Nr. 2080. S. 292. — P. G. S. Bd. 53. S. 30).

1826. Kundmachung der Convention zwischen Oesterreich und Sardinien vom 11. Juli 1823, wegen Erneuerung des Uebereinkommens bezüglich der gegenseitigen Auslieferung der Deserteure. Wien, 27. Februar 1826.

(Oesterreichisches Patent vom 27. Februar 1826: Mil. Ges. Samml. 1826. Nr. 113. S. 342. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1826, Notizenblatt, 243.)

1834. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, sich wechselseitig nicht blos die gemeinen, sondern auch die politischen Verbrecher auszuliefern. Turin, 19. März 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 17. April 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 111.)

1834. Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Hintanhaltung des Schmuggels auf den Grenzwässern des Lago maggiore, des Po und des Tessins. Turin, 4. December 1834 (kaiserliche Ratification: Wien, 16. März 1835; die Ratificationen ausgewechselt zu Turin, am 14. April 1835).

(Traités, V. 60. — Martens, S. XVII. 198. — Martens et Cussy, IV. 401.)

1835. Bestimmungen über die Behandlung der Durchzugsgüter bei ihrem Austritte aus Oesterreich und ihrem Eintritte in Sardinien, in Gemäßheit der Convention vom 4. December 1834. Wien, 15. Juli 1835.

(Hofkammer-Decret vom 15. Juli 1835: P. G. S. Bd. 63. S. 288. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, Notizenblatt 315.)

1838. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Turin, 6. Juni 1838 (in den Ratificationen ausgewechselt den 7. Juli 1838).

(Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1838; J. G. S. 1838. Nr. 286. — P. G. S. Bd. 66. S. 197. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1839, Notizenblatt 38.)

1839. Vorschrift über die Zustellung gerichtlicher Acten an Parteien im Königreiche Sardinien. Wien, 15. Jänner 1839.

(J. G. S. 1839. Nr. 327. S. 322.)

1839. Erklärung der königlich sardinischen Regierung, daß die Bestimmungen des neuen sardinischen Gesetzbuches, über den Grundbesitz an der Landesgrenze, an den tractatmäßigen Rechten der österreichischen Unterthanen nichts ändern sollen. Turin, 13. April 1839.

(Hofkanzlei-Decret vom 2. Jänner 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 2. — J. G. S. 1840. Nr. 401. S. 383. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1840, Notizenblatt 83. — Erläuterung des k. k. illyrischen Guberniums, ebenda, Notizenblatt 135.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen gegenseitiger Befreiung von Hafengebühren, in Fällen gezwungenen Einlaufens (relâche forcée). Wien, 17. April; Turin, 26. April 1840.

(Traités, VI. 153. — Martens et Cussy, V. 34.)

1840. Convention zwischen Oesterreich und Sardinien zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums und zur Hintanhaltung des Nachdrucks. Wien, 20. Mai 1840 *).

(J. G. S. 1840. Nr. 441. S. 492. — P. G. S. Bd. 68. S. 358. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, Notizenblatt 377. — Traités, VI. 156.)

1840. Erklärung des sardinischen Gesandten über den Sinn des Artikels XIV. der vorstehenden Convention. Wien, 23. Juli 1840.

(Traités, VI. 168.)

1841. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien,

*) Im selben Jahre traten dieser Convention noch bei: Modena (27. October), Toscana (31. October), Lucca (6. November), Rom (16. November) und Parma (25. November) (s. die bezüglichen Länder).

über die Modalitäten bei Zustellung gerichtlicher Acte. Wien 11.; Genua, 22. November 1841.

(Hof-Decret vom 20. December 1841: J. G. S. 1841. Nr. 579. S. 674. — Traités, VI. 236.)

1843. Circular des Mailänder Guberniums, über die Behandlung der sardinischen Unterthanen aus den abgetretenen Ländertheilen hinsichtlich ihrer Staatsbürgerschaft, mit Rücksicht auf den Tractat vom J. 1751 und den ersten Pariser Frieden vom J. 1814. Mailand, 15. Mai 1843.

(Raccolta degli atti del governo, Vol. I. p. II. p. 123.)

1844. Postvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Wien, 14. März 1844.

(Hofkammer-Präsidial-Decret vom 27. April 1844: Verordnungsblatt der k. k. obersten Hof-Postverwaltung, 4. Bd. S. 212; dann S. 246. — Murhard, n. r. VI. 313.)

1844. Circular des Mailänder Guberniums, mit Modificirung des Circulars vom 15. Mai 1843, wegen der sardinischen Unterthanen aus den abgetretenen Gebietstheilen. Mailand, 20. Juni 1844.

(Raccolta degli atti etc. I. p. II. p. 164.)

1844. Tractat bezüglich der Reversion von Lucca und Parma. Florenz, 28. November 1844 (s. Parma).

1848. Note des königlich sardinischen Staatssecretärs für die auswärtigen Angelegenheiten an den kaiserlichen Gesandten in Turin, mit Freundschaftsversicherungen für Oesterreich. Turin, 8. Februar 1848.

(Wiener Zeitung vom 2. April 1848.)

1848. Note desselben an denselben, denselben Gegenstand betreffend. Turin, 22. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 2. April 1848.)

1848. Aufkündigung Sardiniens, bezüglich des Vertrages wegen Auslieferung der Verbrecher vom 6. Juni 1838. Turin 22. März 1848 *).

(Justiz-Hof-Decret vom 26. April 1848: J. G. S. 1848. Nr. 1138. S. 616.)

1848. Manifest des Königs von Sardinien, Carl Albert, an das Volk des lombardisch-venetianischen Königreiches, womit er demselben seinen Beistand im Kampfe wider Oesterreich verkündet. Turin, 23. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 2. April 1848.)

*) Diese Aufkündigung wurde nach dem Friedensschlusse vom J. 1849 wieder zurückgenommen.

1848. Schreiben des königlich sardinischen Contre-Admirals über die Blokade von Triest (s. Deutschland).

1848. Waffenstillstand zwischen der österreichischen und sardinischen Armee, zur Vorbereitung von Friedens-Unterhandlungen. Mailand, 9. August 1848.

(Wiener Zeitung vom 15. August 1848.)

1848. Verordnung hinsichtlich der von den sardinischen Behörden aufzunehmenden Seeverklarungen. Wien, 28. August 1848.

(J. G. S. 1848. Nr. 1178. S. 655.)

1849. Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Sardinien. Mailand, 6. August 1849 (österreichische Ratification: 14. August; sardinische: 12. August 1849 *).

(Reichsgesetzblatt 1849. 349. S. 596. — Oesterreichische Zeitschrift für Rechts- und Staatswissenschaft, 1849, Gesetzchronik S. 218.)

1851. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Wien, 18. October 1851 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 22. Februar 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 69. S. 301. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1852, Bd. I. S. 163).

1851. Vertrag zwischen Oesterreich und Sardinien, zur Unterdrückung des Schleichhandels auf dem Lago maggiore, dem Ticino und dem Po. Turin, 22. November 1851 (die Ratificationen ausgewechselt in Wien, 22. Februar 1852).

(Reichsgesetzblatt 1852. 70. S. 324.)

1852. Verordnung der kaiserlichen Ministerien der Finanzen und des Handels, womit einige neu angeordnete Zollbefreiungen und Zollbegünstigungen im Verkehr mit Sardinien kundgemacht werden. Wien, 12. März 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 71. S. 337.)

1852. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Sardinien, wegen Aufhebung des im Freizügigkeitsvertrage vom 19. November 1824 bestimmten Vorbehalts rücksichtlich des Communal-Abfahrtsgeldes. Turin, $\frac{19}{21}$. Juni 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 144. S. 676.)

1852. Verordnung der kaiserlichen Ministerien der Finanzen und des Handels, womit jene Zollbefreiungen und Begünstigungen kundgemacht werden, welche von Seite Sardiniens in Folge des Handelsvertrages vom 18. October 1851 für den Verkehr aus und nach Oesterreich eingeräumt worden. Wien, 28. Juni 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 154. S. 715.)

*) Den Beitritt Modena's und Parma's s. bei diesen Staat

1853. Verordnung des kaiserlichen Justiz-Ministeriums über die hierlands zu bewerkstelligende Vollziehung rechtskräftiger Urtheile der königlich sardinischen Gerichtsbehörden in Civil-Rechtssachen und anderer gerichtlicher Requisitionen derselben. Wien, 22. Jänner 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 13. S. 117.)

1853. Verhandlungen wegen des von Seite Oesterreichs auf die Güter der nach dem Königreiche Sardinien emigrirten Lombarden gelegten Sequesters.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom Mai 1853. Nr. 140. 141.)

1853. Postvertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Turin, 28. September 1853 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 12. December 1853).

(Reichgesetzblatt 1853. 36. S. 165).

1853. Telegrafen-Vertrag zwischen Oesterreich und Sardinien. Turin, 28. September 1853 (ratificirt zu Turin, am 24. November; zu Wien, am 19. December; zu Turin in den Ratificationen ausgewechselt am 29. December 1853).

(Reichsgesetzblatt 1854. 30. S. 138.)

1854. Erlaß des General-Gouverneurs des lombardisch-venetianischen Königreichs, F. M. Grafen Radetzky, wegen Aufhebung des über das Vermögen mehrerer flüchtiger Lombarden und Venetianer verhängten Sequesters. Verona, 4. Mai 1854.

(Gazetta uffiziale di Venezia, vom 6. Mai 1854.)

Schaumburg

(Fürstenthum Schaumburg-Lippe).

(S. Lippe).

Schwarzburg

(zwei Fürstenthümer: Schwarzburg Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt).

Die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt traten dem Rheinbunde bei (1807), und dann der Wiener Allianz und dem deutschen Bunde (1815). Die Post ist in diesen Fürstenthümern theils preußisch, theils unter fürstlich Thurn- und Taxis'scher Administration (1843, 1844, 1850); sie sind auch an dem österreichisch-preußischen Zollvertrage betheiligt (1853) und sind Theilnehmer des Uebereinkommens [illegible] der Kranken (1853.)

[illegible] dem Kaiser der Franzosen und den Sondershausen und Rudolstadt, über

den Beitritt der letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Martens, S. IV. 485.)

1815. Beitritt der vorgedachten Fürsten zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1815.

(Martens, VI. 138.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1851. Beitritt der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung zum deutschen Postverein (s. Bremen und Deutschland).

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf das von Preußen umschlossene Gebiet der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen, so wie auf das Gebiet des thüring'schen Zollvereins (s. Deutschland).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S, 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Schweden

(Königreich Schweden und Norwegen).

Die Politik Schwedens und insbesondere seine Stellung zu Oesterreich ward zunächst durch sein Verhältniß zu Frankreich influencirt. Vom Beginn unserer Periode (1740) bis zum Ausbruche der französischen Revolution (1789) war der Einfluß Frankreichs in Schweden vorherrschend. Im österreichischen Erbfolgekriege (s. Baiern) galt es, Rußland als den Alliirten Oesterreichs im Norden zu beschäftigen. Der Feldzug der Jahre 1741 und 1742 endigte mit dem für Schweden unglücklichen Frieden von Abo (1743), in welchem auch die Thronfolge dem holsteinischen Prinzen, Adolf Friedrich, Onkel des nachmaligen Kaisers von Rußland, Peter III., zugesichert wurde. Dieser Prinz, welcher im J. 1751 den schwedischen Thron bestieg, auf welchem seine Descendenz bis zum Jahre 1818 saß, wurde in Folge der neuen Wendung der französischen Politik, als Ergebniß des Kaunitz-Choiseul'schen Vertrages (1758), in den siebenjährigen Krieg zwischen Oesterreich und Preußen verwickelt. Als aber Peter III., ein leidenschaftlicher Verehrer Friedrich des II., nach Elisabeths Tode zur Regierung Rußlands gelangte und seine Truppen zurückberief, folgte auch Schweden diesem Beispiele und schloß, trotz dem 1758 mit Oesterreich und Frankreich eingegangenen Bündnisse, seinen Separatfrieden mit Preußen zu Hamburg (1762). Gustav III., welcher durch die Revolution des Jahres 1772

die königliche Macht den ständischen Eingriffen gegenüber befestigte, trat gleich Oesterreich der bewaffneten Neutralität des Jahres 1780 (s. Rußland) bei, was ihn nicht hinderte, der Insinuation der Höfe von London und Berlin Folge zu leisten, als diese, um zu Gunsten der Pforte während des russisch-österreichischen Krieges gegen dieselbe eine Diversion im Norden hervorzurufen, es unternahmen Schweden zum Kriege gegen Rußland zu bereden. Auch dießmal erlitt Schweden, trotz einzelner Erfolge, im Ganzen nur Verluste und mußte im Frieden von Wäräla (1790), die in früheren Verträgen (1720, 1742) gemachten Abtretungen, d. h. den status quo vor dem Kriege bestätigen. Derselbe Gustav wollte später an der Spitze der ersten großen Coalition zur Wiederherstellung der Autorität Ludwigs XVI. nach Frankreich ziehen, als ihn der Dolch Ankerströms in Folge einer Adelsverschwörung niederstieß.

Zum zweiten Male trat Schweden der bewaffneten Neutralität im J. 1800, und ebenso ein Jahr darauf dem in der St. Petersburger Convention von Alexander eingeschlagenen entgegengesetzten, den englischen Prätensionen günstigerem Systeme bei. Der Sturz Gustavs IV., der dem Beispiele seines Vaters folgend, sich an die Spitze eines Kreuzzuges gegen Napoleon stellen wollte und durch die Revolution des J. 1809 zur Abdankung genöthigt wurde, hatte die Erhebung seines Onkels, des Herzogs von Südermanland, als König Carl XIII., und bald darauf die Adoption des französischen Marschalls Bernadotte durch den neuen König zur Folge. Der schwerste Verlust, der von Finnland, der Kornkammer Schwedens, welches von den Russen, seit dem Tilsiter Frieden (1807) Napoleons Alliirten, im Kriege gegen Gustav IV. erobert worden war, mußte selbst nach des Königs Absetzung im Frieden zu Friedrichsham (1809) bestätigt werden. Hierauf schloß Schweden eine Allianz mit Rußland und England zu Oerebro in Finnland (1812), trat der neuen großen Coalition (1813)—der sechsten in der Reihenfolge— bei, und erhielt im Kieler Frieden (1814) Norwegen, einen schwachen Ersatz allerdings für Finnland, wogegen Dänemark Pommern, und für Abtretung desselben an Preußen, das Herzogthum Lauenburg erhielt.

Bernadotte bestieg nach dem Tode Carls XIII. den schwedischen Thron, als König Carl Johann XIV. (1818); der Prinz Gustav Wasa, Sohn des abgesetzten Königs Gustav, welcher gegen den Beschluß des Wiener Congresses in Bezug auf die Erhaltung der neuen Dynastie auf dem schwedischen Throne protestirt hatte (1814—1815), nahm seinen Aufenthalt in Wien. —

Oesterreich hat mit Schweden ein Uebereinkommen wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit (1819) und einen Handels- und Schifffahrts-Tractat (1831) geschlossen, auch die Reciprocität bezüglich des Verfahrens in Todesfällen zugesichert (1847). Bei dem Uebereinkommen über die dänische Successions-Frage (1852) erscheint Schweden als Mit-Contrahent.

1757. Convention über den Vollzug des westphälischen Friedens;

1757. Subsidien-Convention mit Oesterreich und Frankreich (s. Frankreich).

1760. Beitritt des Königs von Schweden zu dem Allianz-

Tractat vom 30. December 1758 zwischen Oesterreich und Frankreich (s. Frankreich). Stockholm, 17. September 1760.

(Wenck, III. 268.)

1763. Beitritt Schwedens zu dem Hubertsburger Frieden (s. Preußen).

1774. Erklärung des deutschen Kaisers an den König von Schweden, als Herzog von Holstein, bezüglich des Austausches von Oldenburg und Olmenhost (s. Dänemark). Wien, 27. December 1774.

(Martens, I. 732; III. 263.)

1790. Friedensschluß zwischen Schweden und Rußland. Wäralä, 14. August 1790.

(Martens, IV. 517.)

1807. Friedensschluß von Tilsit (s. Deutschland).

1809. Friedensschluß zwischen Schweden und Rußland. Fredrichsham, 17. September 1809.

(Martens, I. 19.)

1809. Friedensschluß zwischen Schweden und Großbritannien. Oerebro, 20. November 1809.

(Martens, V. 431.)

1813. Convention der verbündeten Mächte (worunter auch Schweden) gegen Frankreich, geschlossen zu Teplitz (s. Preußen).

1813—1815. Coalition der europäischen Mächte wider Frankreich und Verhandlungen des Wiener Congresses (s. Deutschland).

1814. Erklärung des gewesenen Königs von Schweden, Gustav IV., an die am Wiener Congreß versammelten Mächte, über seine Ansprüche an den schwedischen Thron. Leipzig, 9. November 1814.

(Murhard, n. S. I. 346.)

1819. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Schweden, wegen Abschaffung des jus detractus. Stockholm, 2. September 1819.

(Hofkanzlei-Decret vom 15. Jänner 1820: J. G. S. 1820. Nr. 1642. S. 185. — P. G. S. Bd. 48. S. 8.)

1831. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich österreichischen und der königlich schwedisch-norwegischen Regierung, über die gleich günstige Behandlung der gegenseitigen Handelsschiffe. Wien, 3. Jänner 1831.

(Hofkammer-Decret vom 11. Februar 1831: P. G. S. Bd. 59. S. 25.)

1832. Kaiserliche Verordnung, durch welche dem Prinzen Gustav Wasa, dessen Familie und gesammten Dienerschaft die Ge-

richtsbarkeit des kaiserlichen Oberst-Hofmarschall-Amtes eingeräumt wird. Wien, 26. September 1832.

(Hof-Decret vom 26. October 1832: J. G. S. 1832. Nr. 2578. S. 70.)

1847. Verordnung wegen des Verfahrens bei Todesfällen österreichischer Unterthanen in Schweden oder Norwegen, und schwedischer Unterthanen in Oesterreich. Wien, 10. December 1847.

(J. G. S. 1847. Nr. 1104. S. 479.)

1850. Kaiserliche Verordnung, wornach Prinz Gustav Wasa und dessen Familie des privilegirten Gerichtsstandes der Mitglieder des kaiserlichen Hauses theilhaftig bleiben sollen. Wien, 6. Juli 1850.

(Reichsgesetzblatt 1850. 314. S. 1317.)

1852. Tractat über die Succession in Dänemark (s. dieses).

Schweiz

(Die schweizerische Eidgenossenschaft, mit 22 Cantonen: Uri, Schwyz, Glarus, Zug, Appenzell [Außerrhoden und Innerrhoden], Unterwalden [Obwalden und Nidwalden], Graubündten, Wallis, Sanct Gallen, Aargau, Thurgau, Waadt, Genf, Tessin, Zürich, Basel [Stadt-Theil und Land-Theil], Schaffhausen, Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Neuenburg).

Mit mehreren Cantonen der helvetischen Conföderation, wie sie im westphälischen Frieden (1648) als ein Verein unabhängiger Republiken anerkannt worden war, sind von den österreichischen Regenten Verträge abgeschlossen worden, in Betreff der Beziehungen zu dem Herzogthume Mailand (1752, 1775, 1762, 1753), dann wegen Gleichstellung der Angehörigen verschiedener Schweizer-Gebiete mit den österreichischen Unterthanen in Concurs- und Executionsfällen (1787, 1788, 1789, 1791).

In Folge der französischen Revolution wurde der Schweizer'sche Staatenbund in eine helvetische Republik (1798) umgestaltet, und diese wieder von Napoleon in einen weniger centralisirten Bundesstaat umgewandelt (1803). Durch den Reichs-Deputations-Receß erhielt die helvetische Republik zur Vergütung ihrer Rechte und Ansprüche auf die von ihren geistlichen Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben, über welche bei der allgemeinen Entschädigungsmaßregel in Deutschland disponirt worden war, das Bisthum Chur und die Herrschaft Trasp (1803). Der Wiener Congreß, bei dem auch einige Territorial-Verhältnisse der Schweiz gegenüber von Oesterreich und Sardinien geregelt wurden, stellte den alten Föderalismus mit 22 unabhängigen Cantonen wieder her (1815), bis nach manchen innern Kämpfen und dem Bürgerkriege mit dem Sonderbunde (1847), die heute bestehende centralisirte Verfassung zu Stande kam (12. September 1848).

Im Laufe dieses Jahrhunderts sind zwischen Oesterreich und der schweizerischen Eidgenossenschaft folgende, theils für die ganze Schweiz, theils für

Cantone giltige Verträge geschlossen worden, und zwar: wegen gegenseitiger Vermögens-Freizügigkeit (1804, 1816, 1818, 1821, 1837, 1851), wegen Auslieferung der Verbrecher (1828), wegen der Entschädigung bezüglich der in der Valtellina von den Franzosen confiscirten Güter — Confisca reta — (1833, 1838), wegen der Post (1843, 1849, 1852) und der Telegrafenlinien (1852). Bezüglich der Trauungen der Graubündtner erfolgte eine besondere Kundmachung (1836). Das Asyl, welches die Schweiz den politischen Flüchtlingen einräumte, rief mancherlei Complicationen mit den benachbarten Staaten, namentlich mit der französischen und der österreichischen Regierung hervor (1834, 1836, 1838, 1848), welch letztere sich endlich gezwungen sah, wegen der vom Canton Tessin offen an den Tag gelegten Begünstigung revolutionärer Umtriebe und seiner Uebergriffe bezüglich der katholischen Institute im Canton, an denen österreichische Unterthanen betheiligt sind, als Retorsionsmaßregel die Sperre dieses Cantons gegen die Lombardie und die Abschaffung der Tessiner aus Oesterreich zu verfügen (1853), überhaupt aber das Verbot des Wanderns österreichischer Handwerker nach der Schweiz zu erlassen (1853).

1752. Grenzvertrag zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, Herzogin von Mailand, und den zwölf helvetischen Cantonen dießseits der Berge, mit einem Separat-Artikel. Varese, 2. August 1752.

(Wenck, III. 35.)

1762. Conventions-Project zwischen dem kaiserlichen Minister und den Standes-Deputirten der Gemeinen drei Bündten, zur Regulirung der Verhältnisse zwischen Mailand und Graubündten. Mailand, 25. Juni 1762 (von der Kaiserin ratificirt unterm 7. October und von der Republik Graubündten unterm $\frac{4}{15}$. September 1762).

(Wird im nachstehenden Tractat erwähnt.)

1763. Definitiver Tractat zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Theresia, als Herzogin von Mailand, und löblichen Gemeinen dreien Bündten (Graubündten), zur Regulirung der gegenseitigen Beziehungen. . . . ., 8. Hornung 1763.

(Martens, VI. 5.)

1775. Convention zwischen der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand, mit den vier italienischen Aemtern (baillages) in der Schweiz, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure. . . . ., 20. Februar 1775.

(Martens, S. II. 156.)

1787. Uebereinkommen wegen gleichmäßiger Behandlung der österreichischen Unterthanen und der Schweizer des Cantons Zürch in Concurs- und Executions-Fällen.

(Hof-Decret vom 24. September 1787: J. G. S. S. 157. Nr. 725.)

1787. Ein gleiches bezüglich der Bewohner des Cantons Bern.
(Hof-Decret vom 5. November 1787: J. G. S. 163. Nr. 742.)

1788. Ein gleiches bezüglich der Bürger und Insassen von Winterthur.
(Hof-Decret vom 12. Februar 1788: J. G. S. S. 37. Nr. 780.)

1788. Ein gleiches bezüglich der Schweizer der Stadt Basel.
(Hof-Decret vom 5. Mai 1788: J. G. S. S. 50. Nr. 818.)

1788. Ein gleiches wegen der Schweizer aus dem Canton Freiburg, der Berner'schen Municipalstadt Peterlingen (Payerne), und der unter dem Fürstbischofe von Basel und dem Abte von Pfeffers stehenden Bezirke.
(Hof-Decret vom 7. Juli 1788: J. G. S. S. 162. Nr. 853.)

1788. Uebereinkommen wegen gegenseitiger Behandlung der österreichischen Unterthanen und der Bürger und Insassen des Cantons Uri in Concurs-Fällen, je nachdem sie mit einem Unterpfand versehen sind oder nicht.
(Hof-Decret vom 16. Juni 1788: J. G. S. S. 76. Nr. 842.)

1788. Uebereinkommen wegen gleichmäßiger Behandlung der österreichischen Unterthanen und der Bürger und Insassen des Cantons Schafhausen, dann der Städte Aarau, Baden, Biel, Brugg, St. Gallen, Lenzberg, Mellingen, Michelhausen und Hofingen, in Concurs- und Executions-Fällen.
(Hof-Decret vom 16. Juni 1788: J. G. S. S. 77. Nr. 843.)

1788. Ein gleiches wegen der Unterthanen des Cantons Freiburg.
(Hof-Decret vom 7. Juli 1788: J. G. S. S. 162. Nr. 853.)

1788. Ein gleiches wegen der Bürger und Angehörigen der Stadt und Republik Genf.
(Hof-Decret vom 14. August 1788: J. G. S. S. 172. Nr. 872.)

1788. Oesterreichische Verordnung wegen Nachsetzung der Unterthanen und Insassen des dem Fürst Abte von St. Gallen gehörigen Bezirkes nach allen österreichischen Gläubigern in Concurs- und Executions-Fällen.
(Hof-Decret vom 21. August 1788: J. G. S. S. 173. Nr 877.)

1788. Uebereinkommen wegen gleichmäßiger Behandlung der Einwohner der Stadt Stein am Rhein mit den österreichischen Unterthanen in Concurs- und Executions-Fällen.
(Hof-Decret vom 1. September 1788: J. G. S. S. 177. Nr. 881.)

1788. Ein gleiches bezüglich der Schweizer aus dem Lande Neuenburg (Neufchatel) und Valengin.
(Hof-Decret vom 20. October 1788: S. 191. Nr. 906.)

1788. Uebereinkommen, wodurch den Bürgern und Insassen des Cantons Schwyz und Unterwalden in Concurs- und Executions-Fällen gleiches Recht mit jenen des Cantons Uri, den Bürgern und Insassen der Stadt Bremgarten aber unbedingt gleiche Behandlung mit den österreichischen Unterthanen zugestanden wird.

(Hof-Decret vom 20. October 1788: S. 191. Nr. 907.)

1788. Uebereinkommen wegen gleichmäßiger Behandlung der Unterthanen und Insassen des Gerichtsbezirkes des Fürst-Abten zu Einsiedl und der Stadt Lausanne.

(Hof-Decret vom 10. November 1788: J. G. S. S. 195. Nr. 917.)

1789. Uebereinkommen wegen Behandlung der Bürger und Insassen der Stadt Rappersweiler in Concurs- und Executions-Fällen, mit Rücksicht auf das Vorhandensein eines Pfandrechtes.

(Hof-Decret vom 16. Februar 1789: J. G. S. S. 24. Nr. 974.)

1789. Uebereinkommen wegen gleichmäßiger Behandlung der Bürger und Insassen der Stadt Altstetten im obern Rheinthal in Concurs- und Executions-Fällen mit den österreichischen Unterthanen.

(Hof-Decret vom 26. November 1789: J. G. S. S. 88. Nr. 1079.)

1791. Ein gleiches bezüglich der Bürger und Insassen der deutschen Gemeinvogteien, wo die eidgenössischen Stände der Schweiz regieren.

(Hof-Decret vom 25. August 1791: J. G. S. S. 65. Nr. 197.)

1798. Uebereinkommen zwischen den kaiserlichen Generälen und dem Kriegsrath des Freistaates der drei Bünde, wegen Beschützung des Cantons durch k. k. Truppen. Chur, 17. October 1798.

(Martens, VII. 297.)

1801. Friedensschluß von Lüneville (s. Frankreich).

1803. Entschädigung der helvetischen Republik durch den Haupt-Receß der außerordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg (s. Deutschland).

1804. Staatsvertrag zwischen Sr. k. k. apostolischen Majestät und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über die gegenseitige Freizügigkeit des Vermögens. Bern, 3. August 1804.

(Kaiserliches Patent vom 21. August 1804: J. G. S. 1804. Nr. 680. S. 24. — P. G. S. 22. Bd S. 68.)

1815. Declaration der bei dem Wiener Congresse verbündeten Mächte, in Betreff der Schweiz. Wien, 20. März 1815.

(Martens, S. VI. 157.)

1815. Proclamation der schweizerischen Tagsatzung an sämmtliche Eidgenossen, bezüglich der Wiederherstellung der Ruhe in Europa. Zürch, 24. März 1815.
(Martens, S. VI. 163.)

1815. Note der Minister der vier großen Mächte (Oesterreich, Großbritannien, Rußland und Preußen) an die schweizerische Tagsatzung, wegen Beitritts der Schweiz zur Coalition wider Frankreich. Zürch, 6. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 166.)

1815. Antwort der Tagsatzung. Zürch, 12. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 168.)

1815. Beitritt der schweizerischen Eidgenossenschaft zu dem Allianz-Tractate vom 25. März 1815 wider Frankreich (s. Großbritannien). Zürch, 20. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 170.)

1815. Beitritt der schweizerischen Eidgenossenschaft zu der Erklärung der beim Wiener Congresse vertretenen verbündeten Mächte wider Napoleon (s. Frankreich). Zürch, 27. Mai 1815.
(Martens, S. VI. 173.)

1815. Bestimmungen über die Schweiz; Vereinigung des Walliser Landes, des Gebietes von Genf, des Fürstenthums Neuenburg, des Bisthums Basel und des Gebietes von Bienne mit der Schweiz; Cession von Razüns an Graubündten (Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland).

1815. Cession Sr. Majestät des Königs von Sardinien, bezüglich eines Theils von Savoyen zu Gunsten des Cantons Genf (s. Sardinien).

1815. Schweizerische Beitrittsurkunde zu den Verhandlungen des Wiener Congresses. Zürch, 12. August 1815 *).
(Martens, S. VIII. 184.)

1815. Protocoll des Wiener Congresses über vorstehende Cession. Wien, 29. März 1815 (XII. Beilage der Congreß-Acte).
(Martens, S. VI. 177.)

1815. Uebereinkommen des Wiener-Congresses, wegen Vereinbarung der Thäler von Valtellin, Chiavenne und Bormio (ehemaliges Departement der Adda) mit der österreichischen Monarchie. Wien, 18. März 1815.
(Murhard, n. S. I. 427.)

1815. Cession der dem ehemaligen Bisthum Basel am linken Rheinufer angehörig gewesenen Gebietstheile, ausgespro-

*) Die Acten über die neue Verfassung der Schweiz 1814—1816 sehe man bei Martens, S. VIII. 161—224.)

chen und bestätigt durch die am Wiener Congresse verbündeten Mächte in der Congreß-Acte (s. Deutschland).

1815. Acte über die immerwährende Neutralität der Schweiz, anerkannt durch die alliirten Mächte. Paris, 20. November 1815.

(Martens, S. VI, 740 und S. VIII. 186.)

1816. Oesterreichisch-kaiserliche Bestätigung dieser Acte. Wien, 10. August 1816.

(Murhard, n. S. I. 508.)

1816. Oesterreichische Verordnung bezüglich der von der Schweiz abzuverlangenden Reciprocitäts-Reverse in Vermögens-Exportations-Fällen. Wien, 13. Mai 1816.

(J. G. S. Nr. 1244. S. 357. — P. G. S. Bd. 44. S. 170.)

1818. Ausdehnung des Freizügigkeitsvertrages vom Jahre 1804 auf die ganze österreichische Monarchie und die zwei und zwanzig Cantone der Schweiz. Bern, 22. Jänner 1818.

(Hof-Decret vom 18. Juli 1818: J. G. S. 1818 Nr. 1475. S. 41. — Hofkanzlei-Decret vom 9. April 1818: P. G. S. Bd. 40. S. 72.)

1821. Gegenseitige Erklärungen wegen Ausdehnung des Freizügigkeits-Vertrages zwischen Oesterreich und der Schweiz vom Jahre 1804 auf den neuen Länderbestand beider contrahirenden Staaten. Zürch, 16. August 1821.

(Martens, S. IX. 558.)

1828. Vertrag zwischen Oesterreich und der Schweiz, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Zürch, 14. Juli 1828 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 13. September 1828*).

(Oesterreichisches Patent vom 4. August 1828: P. G. S. Bd. 56. S. 255. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1828, Notizenblatt S. 478. — Hof-Decret vom 10. October 1828: J. G. S. 1828. Nr. 2364. S. 133. — Martens, S. XI. 646 und XIII. 22.)

1833. Ultimatum in Betreff der confisca reta. Mailand 25. September 1833.

(S. unten die Kundmachung vom 8. November 1838.)

1834. Verhandlungen in Betreff der in der Schweiz sich aufhaltenden politischen Flüchtlinge, insbesondere: Note der Bundesregierung an den k. k. Gesandten, Zürch, 18. März; Note des k. k. Gesandten an die Bundesregierung, Zürch, 23. April; Note desselben an den Vorort, Zürch, 20. Juni 1834.

(Murhard, III. 799—849.)

*) Die Wirksamkeit dieses auf 25 Jahre geschlossenen Vertrages — welchem übrigens nur die Cantone Zürch, Bern, Luzern, Uri, Schwytz, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg beigetreten waren — ist am 13. September 1853 abgelaufen.

1834. Verbot zur Reise und Wanderung der österreichischen Handwerker in den Canton Bern. Wien, 29. October 1834.

(Hofkanzlei-Decret vom 31. October 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 247.)

1835. Depesche des Staatskanzlers Fürsten Metternich an den kaiserlich österreichischen Gesandten in der Schweiz, dieses Verbot betreffend. Wien, 8. Juli 1835.

(Murhard, n. r. VI. 599.)

1836. Fernere dießfällige Verhandlungen.

(Murhard, n. S. III. 855—864.)

1836. Bekanntmachung, daß keine im Auslande erfolgte Trauung von Graubündtner Angehörigen ohne vorher erhaltene Einwilligung der Cantons-Regierung als giltig anerkannt wird.

(Hofkanzlei-Decret vom 3. October 1836: P. G. S. Bd. 64. S. 872.)

1836. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der Schweiz, wegen Bestätigung und Erweiterung des Vertrages von 1804 und 1821 über die gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit. Bern, 23. Christmonat 1836.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. März 1837: J. G. S. 1837. Nr. 185. S. 117. — P. G. S. Bd. 65. S. 91. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1837, Notizenblatt, S. 132.)

1838. Oesterreichische Depesche an den k. k. Gesandten in der Schweiz, die Umtriebe des jungen Italiens betreffend. Venedig, 8. October 1838.

(Martens, S. XIX. 736.)

1838. Circular der schweizerischen Bundesregierung an die Cantonal-Regierungen über vorstehende Depesche. Luzern, 7. November 1838.

(Martens, S. XIX. 734.)

1838. Kundmachung des (am 25. September 1833) in Mailand geschlossenen Uebereinkommens zwischen Oesterreich und der Schweiz, über die Entschädigung des Cantons Graubündten, bezüglich der unter der französischen Herrschaft im Jahre 1797 in der Valtellina confiscirten Güter. Mailand, 8. November 1838.

(Martens et Cussy, IV. 541.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection — wegen Schaffhausen — (s. Bremen).

1847—1848. Verhandlungen mit der Schweiz bund und die neue schweizerische Bundesacte bet

(Murhard, n. r. XI. 3—168.)

1848. Correspondenz des kaiserlichen Feldmarschalls Grafen Radetzky mit der tessinischen Cantonal-Regierung und dem schweizerischen Bundesrathe, das Benehmen des Cantons Tessin gegenüber der Revolutions-Partei betreffend. Mailand, Lugano und Bern, im August—September 1848.

(Murhard, n. r. XI. 135—145.)

1849. Postvertrag zwischen dem österreichischen Kaiserstaate und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Bern, 2. Juli 1849.

(Reichsgesetzblatt 1849. 307. S. 478. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, 101—128.)

1851. Uebereinkommen zwischen der kaiserlich österreichischen Regierung und dem schweizerischen Bundesrathe, wegen Aufhebung der in städtische, herrschaftliche oder Communal-Cassen fließenden Abfahrtsgelder in allen Ländern der österreichischen Monarchie und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Wien, 14. November 1851 (schweizerische Erklärung: Bern, 26. November; ausgewechselt daselbst am 1. December 1851).

(Reichsgesetzblatt 1852. 8. S. 39.)

1852. Vertrag zwischen der kaiserlich österreichischen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über den Anschluß der österreichischen an die schweizerischen Telegrafen-Linien. Lindau, 26. April (in den Ratificationen ausgewechselt zu Wien am 25. November) 1852.

(Reichsgesetzblatt 1853. 5. S. 9.)

1852. Uebereinkunft zwischen den Staaten des deutsch-österreichischen Postvereins (s. Deutschland) und der schweizerischen Eidgenossenschaft, über die Grundlagen für die Regulirung der Postverhältnisse. Lindau, 23. April 1852.

(Beilage des nachstehenden Postvertrags zwischen Oesterreich und der Schweiz.)

1852. Postvertrag zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und der schweizerischen Eidgenossenschaft. Lindau, 26. April 1852 (ratificirt von Oesterreich am 1. August 1853; von der Eidgenossenschaft im October 1853).

(Reichsgesetzblatt 1854. 17. S. 19.)

1852. Note des österreichischen Geschäftsträgers an den schweizerischen Bundesrath, bezüglich der von den Tessiner Cantonal-Behörden über die Grenze abgeschafften lombardischen Klostergeistlichen, und mit Androhung einer gegen den Canton Tessin zu verhängenden Grenzsperre. Bern, 21. December 1852.

(Augsburger allgemeine Zeitung Nr. 89. März 1853.)

1853. Erwiederung des schweizerischen Bundesrathes. Bern, 3. Jänner 1853.

(Augsburger allgemeine Zeitung Nr. 90. März 1853.)

1853. Erwiederung des österreichischen Geschäftsträgers, mit einer Eingabe der vertriebenen Capuziner an die kaiserliche Regierung. Bern, 22. Jänner 1853.

(Augsburger allgemeine Zeitung Nr. 91. 1. April 1853.)

1853. Verordnung des kaiserlichen Feldmarschalls Grafen Radetzky, über die gegen den Canton Tessin verfügte Grenzsperre. Verona, 13. Februar 1853.

(Wiener Zeitung vom 21. Februar 1853.)

1853. Noten des österreichischen Geschäftsträgers über die verfügte Absperrung der lombardischen Grenze gegen die Schweiz und die Theilnahme des Cantons Tessin an dem Mailänder Attentat vom 6. Februar 1853. Bern, 18. Februar 1853.

(Augsburger allgemeine Zeitung Nr. 95. 96, April 1853.)

1853. Erwiederung des schweizerischen Bundesrathes und fernere Verhandlungen hierüber.

(Augsburger allgemeine Zeitung, April 1853.)

1853. Verordnung der kaiserlich österreichischen Ministerien des Innern und des Handels, dann der obersten Polizeibehörde, enthaltend das Verbot des Einwanderns der österreichischen Handwerksgesellen und der ihnen gleichzustellenden Fabriksarbeiter in die Schweiz. Wien, 17. Juli 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 140. S. 817.)

Sicilien

(Königreich beider Sicilien oder Neapel).

Das Königreich beider Sicilien, nach dem spanischen Erbfolgekrieg im Utrechter Frieden (1713) und im Vertrage der Quadrupelallianz (1718) Oesterreich zugetheilt — s. Spanien — war im Wiener Frieden vom 18. November 1738, als Schluß des polnischen Erbfolgekrieges — (bei „Wenck" I. 1 bis 216) — als ein selbstständiges Königreich und als Secundogenitur des Hauses Spanien-Bourbon an Don Carlos abgetreten worden. Im österreichischen Erbfolgekriege — s. Baiern — mit Frankreich und Spanien gegen Oesterreich verbündet, trat es, zufolge der Allianz von 1756 und dem Bourbonischen Familienpact (1761), entschieden auf Oesterreichs Seite und accedirte wie dieses im Jahre 1781 der Erklärung an Rußland). Zu Neapel gehörte auch

Toscana's und einen Theil von Elba begreifend, welcher von Philipp II. (1557) mit Neapel vereinigt, 1801 an Frankreich abgetreten, 1815 im Wiener Congresse aber bei Toscana für immer belassen wurde.

Die als Rückschlag der französischen Revolution aus dem Königreich beider Sicilien entstandene Parthenopeische Republik (1798) machte bald wieder der Herrschaft des Königs Ferdinand Platz (1799), bis dieser von Napoleon abgesetzt wurde, welcher zuerst seinen Bruder Josef (1805) und dann seinen Schwager Joachim Murat (1808) zum König von Neapel ernannte. Bei dem Falle Napoleons schloß sich Murat an Oesterreich an (1814), sprang aber nach Napoleons Rückkehr von Elba wieder um und wollte die Selbstständigkeit Italiens durchführen; er verlor jedoch mehrere Gefechte wider die Oesterreicher und in Folge dessen den Thron. Seine bewaffnete Incursion bei Pizzo mißlang; er ward gefangen und am 13. Oktober 1815 hingerichtet; Ferdinand aber zog wieder in Neapel ein und nahm sohin an den Verhandlungen des Wiener Congresses Theil (1815). Die spanische Revolution gab zum Ausbruche einer durch die Carbonari vorbereiteten Revolution in Neapel den Anlaß, welche durch Oesterreich unterdrückt wurde, und worüber die Congreß-Verhandlungen in Troppau und Laibach erfolgten (1820 — 1821). Im Jahr 1848 wurde das gute Einverständniß zwischen der österreichischen und neapolitanischen Regierung in Folge der revolutionären Ereignisse zeitweilig getrübt, jedoch bald wieder hergestellt.

Das Kaiserhaus Oesterreich trat übrigens mit der königlichen Familie der Bourbone von Neapel durch die Heirat der Erzherzogin Marie Clementine mit dem Prinzen Leopold von Salerno (1816) und der Erzherzogin Therese mit dem Kronprinzen (dermaligen Könige) Ferdinand II. (1837) in nähere Verwandtschafts-Verhältnisse.

Besondere vertragsmäßige Bestimmungen zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien bestehen bezüglich der Vermögens-Freizügigkeit und Befreiung von Abfahrtsgeldern (1818, 1819, 1840, 1844), der Zustellung gerichtlicher Acte (1821, 1835), der Befreiung von Schiffsgebühren bei gezwungenem Einlaufen (1843), der Auslieferung der Verbrecher und Deserteure (1822, 1845), endlich des Handels und der Schiffahrt (1846, 1851).

1744. Manifest der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Theresia, wider den König beider Sicilien, und Gegen-Manifest. . . ., März 1744.

(Rousset, T. XVIII. p. 367. 372.)

1752. Beitritt des Königs beider Sicilien zum Tractat vom 14. Juni 1752 zwischen Oesterreich, Spanien und Sardinien (s. Spanien).

1759. Tractat zwischen der Kaiserin, Königin von Ungarn

und Böhmen, und dem Könige beider Sicilien, Carl III., über die Verhältnisse in Italien. Neapel, 3. October 1759.
(Wenck, III. 206.)

1761. Bourbon'scher Familienpact (s. Spanien).

1798. Allianz-Tractat zwischen dem Kaiser, König von Ungarn und Böhmen, Franz II., und dem König beider Sicilien, Ferdinand IV. Wien, 19. Mai 1798.
(Martens, VII. 253.)

1814. Separat-Acte des königlich neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über eine Erklärung des zum Abschlusse einer Allianz mit Neapel bevollmächtigten österreichischen Ministers, wegen Erhaltung des Königs Joachim Napoleon im Besitze des Königreiches Neapel. Neapel, 8. Jänner 1814.
(Martens, S. IX. 32.)

1814. Artikel aus der bezüglichen Instruction des kaiserlich österreichischen Gesandten.
(Martens, S. IX. 33.)

1814. Allianz-Tractat zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige beider Sicilien, Joachim Napoleon, mit fünf geheimen und einem Additional-Artikel. Neapel, 11. Jänner 1814.
(Martens, S. V. 660.)

1814. Zweiter Additional-Artikel zu vorstehendem Tractate. Chaumont, 3. März 1814.
(Martens, S. V. 666; S. IX. 32.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte in Betreff des Königreiches beider Sicilien und über die Wiedereinsetzung des Königs von Neapel Ferdinand IV *) (s. Deutschland).

1815. Tractat offensiver und defensiver Allianz zwischen Oesterreich, Großbritannien, Rußland und Preußen einerseits, und Sr. Majestät dem Könige beider Sicilien andererseits. ..., April 1815.
(Angedeutet bei Murhard, n. S. I. XV.)

1815. Tractat offensiver und defensiver Allianz zwischen Oesterreich und den beiden Sicilien. Wien, 12. Juni 1815.
(Erwähnt bei Martens, S. IX. 577.)

1816. Heiratsvertrag zwischen dem Prinzen Leopold von

---

*) Nach der Wiedervereinigung seiner sämmtlichen Staaten diesseits und jenseits der Meerenge zu einem **Königreiche beider Sicilien**, nannte er sich **Ferdinand I.**

Salerno und der Erzherzogin Marie Clementine von Oesterreich. Wien, 26. Juli 1816.

(Erwähnt bei Martens, S. IX. 579.)

1818. Oesterreichische Erklärung über die von Seite Oesterreichs gegen das Königreich beider Sicilien zu beobachtende Befreiung vom Heimfallsrechte. Wien, 4. October 1818.

(J. G. S. 1818. Nr. 1515. S. 62. — P. G. S. Bd. 47. S. 303. — Martens, S. IX. 416.)

1819. Zweite österreichische Erklärung über denselben Gegenstand, bezüglich des lombardisch-venetianischen Königreiches. Wien, 6. Jänner 1819.

(Martens, S. IX. 417.)

1819. Decret des Königs von Neapel bezüglich der Befreiung der österreichischen Unterthanen im Königreich beider Sicilien vom Heimfallsrechte, in Folge der vorstehenden österreichischen Erklärungen. Neapel, 26. Februar 1819.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. Juli 1819: P. G. S. 1819. Bd. 47. S. 303. — Martens, S. IX. 415.)

1819. Convention zwischen Oesterreich und Sicilien, wegen Herabsetzung des neapolitanischen Contingents auf 12.000 Mann. Wien, 4. Februar 1819.

(Erwähnt bei Martens, S. IX. 577.)

1820—1821. Verhandlungen der Congresse zu Troppau und sohin zu Laibach, nämlich:

1820. Proclamation des Königs der beiden Sicilien, Ferdinand I., über die Verleihung einer Constitution an die sicilianische Nation. Neapel, 6. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 562.)

1820. Ernennung des Herzogs Franz von Calabrien, Sohnes des Königs, zu des letzteren Stellvertreter. Neapel, 6. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 562.)

1820. Proclamation des Königs, wegen Annahme der spanischen Constitution von 1812 für das Königreich beider Sicilien. Neapel, 7. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 563.)

1820. Decret des Herzogs von Calabrien, wegen Annahme der gedachten Constitution. Neapel, 7. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 564.)

1820. Confidentielle Note des österreichischen Cabinets an die

deutschen Höfe, welche die Vorfälle in Neapel für unrechtmäßig erklärt. Wien, 25. Juli 1820.

(Martens, S. IX. 565.)

1820. Note des neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herzogs von Campochiaro, im Namen des Königs beider Sicilien, an alle Höfe Europa's, zur Widerlegung der vorgedachten österreichischen Note. Neapel, 1. October 1820.

(Martens, S. IX. 568.)

1820. Note des neapolitanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Staatskanzler Fürsten Metternich. Neapel, 1. October 1820.

(Murhard, n. r. IV. 183.)

1820. Bericht des neapolitanischen Ministers des Auswärtigen an das National-Parlament, über die Verhältnisse des Königreiches beider Sicilien zu dem Auslande. Neapel, 4. October 1820.

(Martens, S. IX. 576.)

1820. Eigenhändiges Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich an Se. Majestät den König beider Sicilien, welches denselben einladet, bei dem Congreß in Laibach zu erscheinen *). Troppau, 20. November 1820.

(Martens, S. IX. 385.)

1820. Zusagende Antwort des Königs beider Sicilien. Neapel, 11. December 1820.

(Martens, S. IX. 588.)

1820. Botschaft des Königs an das National-Parlament über seine Abreise nach Laibach. Neapel, 7. December 1820.

(Martens, S. IX. 589.)

1820. Erklärung der Höfe von Oesterreich, Rußland und Preußen an die deutschen und nordischen Höfe, über den Zweck des Troppauer Congresses (Maßregeln gegen die Ereignisse in Spanien, Neapel und Portugal). Troppau, 8. December 1820.

(Martens, S. IX. 592.)

1821. Erklärung des englischen Cabinets über vorstehende Erklärung. London, 19. Jänner 1821.

(Martens, S. IX. 595.)

---

*) Gleiche Schreiben ergingen auch von Seite des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen, dann ein ähnliches vom König von Frankreich.

(Martens, S. IX. 585—587.)

1821. Erklärungen des ruſſiſchen Cabinets, über die Verhandlungen in Troppau und Laibach. Laibach, $\frac{3}{15}$. Jänner 1821.
(Martens, S. IX. 599. 607.)

1821. Schreiben des Königs beider Sicilien an ſeinen Sohn, den Prinz-Regenten, über den Beſchluß der verbündeten Mächte, die Rechtmäßigkeit der Sachlage in Neapel nicht anzuerkennen. Laibach, 28. Jänner 1821.
(Martens, S. IX. 609.)

1821. Oeſterreichiſche Erklärung über das Vorrücken der öſterreichiſchen Armee gegen Neapel. Wien, 13. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 611.)

1821. Bericht des neapolitaniſchen Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten an den Prinz-Regenten, über ſeine Miſſion in Laibach. Neapel, 15. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 620.)

1821. Manifeſt der neapolitaniſchen Regierung gegen die Laibacher Beſchlüſſe. Neapel, 17. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 624.)

1821. Proclamation des Königs beider Sicilien, Ferdinand I., worin die Operationen der öſterreichiſchen Armee für die einer befreundeten (nicht feindlichen) Armee erklärt werden. Laibach, 23. Februar 1821.
(Martens, S. IX. 630.)

1821. Convention zwiſchen dem öſterreichiſchen und neapolitaniſchen Truppen-Commandanten, wegen Einſtellung der Feindſeligkeiten. Großpriorat von Neapel bei Capua, 20. März 1821.
(Martens, S. IX. 632.)

1821. Convention über die Beſetzung von Neapel durch die öſterreichiſchen Truppen und die Räumung von Gaeta und Pescara. Averſa, 23. März 1821.
(Martens, S. IX. 633.)

1821. Ruſſiſche Erklärung über die Verhandlungen von Troppau und Laibach. Laibach (28. April a. St.), 10. Mai 1821.
(Martens, S. IX. 634.)

1821. Erklärung, welche bei dem Schluſſe des Congreſſes zu Laibach im Namen der Höfe von Oeſterreich, Preußen und Rußland veröffentlicht wurde. Laibach, 12. Mai 1821.
(Martens, S. IX. 638. 641.)

1821. Convention über die militäriſche Beſetzung des Königreiches beider Sicilien durch die öſterreichiſchen Truppen, geſchloſ-

sen von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und Rußlands einerseits, und jenem Neapels andererseits. Neapel, 18. October 1821 (die Ratificationen ausgewechselt zu Neapel, 8. Jänner 1822).

(Martens, S. IX. 64.)

1821. Oesterreichische Verordnung wegen Zustellung der gerichtlichen Erläße königlich neapolitanischer Gerichte an österreichische Unterthanen. Wien, 19. Jänner 1821.

(J. G. S. 1821. Nr. 1731. S. 2.)

1822. Convention zwischen dem kaiserlich österreichischen commandirenden Generalen in Neapel und dem königlich neapolitanischen Kriegs- und Marine-Minister, wegen Auslieferung der Deserteure auf die Zeit der Anwesenheit der k. k. Truppen in dem Königreiche beider Sicilien. Neapel, 14. October 1822.

(Hofkriegsrätbliche Verordnung vom 30. Mai 1823: Mil. Ges. Samml. 1823. Nr. 47. S. 45.)

1823. Convention zwischen den Höfen von Wien und Neapel, unter Beitritt der Höfe von Berlin und St. Petersburg, über die Größe der österreichischen Besatzung im Königreiche beider Sicilien. Neapel, 24. April 1823.

(Erwähnt bei Martens, S. X. b. 763.)

1824. Additional-Convention, bezüglich dieser Angelegenheit. Neapel, 31. August 1824.

(Erwähnt bei Martens, S. X. b. 763.)

1825. Weitere Additional-Convention. Mailand, 28. Mai 1825.

(Martens, S. X. b. 762.)

1835. Oesterreichische Verordnung über die Zustellung der an die österreichischen Gerichte gelangenden gerichtlichen Vorladungen aus dem Königreiche beider Sicilien. Wien, 20. Mai 1835.

(Hof-Decret vom 25. Mai 1835: J. G. S. 1835. Nr. 23. S. 9. — P. G. S. Bd. 63. S. 319. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1835, Notizenblatt S. 388.)

1840. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und neapolitanischen Regierung, wegen gegenseitiger abzugsfreier Ausfolglassung der Verlassenschaften. Wien, 2. November 1840.

(J. G. S. 1840. Nr. 473. S. 536.)

1843. Uebereinkommen zwischen der österreichischen und neapolitanischen Regierung, wegen Befreiung von Schiffsgebühren in Fällen gezwungenen Einlaufens in die gegenseitigen Häfen. Wien, 4. November 1843.

(Martens et Cussy, V. 369.)

1844. Staatsvertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König beider Sicilien, wegen gegenseitiger Aufhebung des Abfahrtsgeldes. Wien, 19. April 1844 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt unterm 26. Juni 1844).

(P. G. S. Bd 71. S. 152. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1844, Notizenblatt S. 398. — Mil. Ges. Samml. 1844. 43. S. 61.)

1845. Staatsvertrag zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König beider Sicilien, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und Militärpflichtigen. Wien, 24. October 1845 (in den beiderseitigen Ratificationen ausgewechselt zu Wien am 3. März 1846).

(P. G. S. Bd. 74. S. 85. — J. G. S. 1845. Nr. 917. S. 297. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1846, Gesetzchronik Nr. 130.)

1846. Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und dem Königreiche beider Sicilien. Neapel, 4. Juli 1846 (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 3. October 1846).

(P. G. S. Bd. 74. S. 142. — J. G. S. 1846. Nr. 973. S. 340. — Martens et Cussy, V. 672.)

1848. Schriftenwechsel zwischen dem kaiserlichen Gesandten in Neapel, Fürsten Felix Schwarzenberg, und dem dortigen Minister-Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten Cariati, über die gewaltsame Abreißung des österreichischen Wappens von dem Gesandtschafts-Hôtel. Neapel, 27. — 28. März 1848.

(Wiener Zeitung vom 9. April 1848.)

1848. Erklärung des kaiserlich österreichischen Ministers des Aeußern, daß den Vertretern Neapels und Toscana's am kaiserlich österreichischen Hofe die Pässe ausgefertigt wurden. Wien, 26. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 26. April 1848.)

1851. Erlaß des österreichischen Ministers des Aeußern, womit die zwischen der österreichischen und neapolitanischen Regierung verabredeten Zusatzbestimmungen zu dem Handelsvertrag vom J. 1846 kundgemacht werden. Wien, 26. October 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 235. S. 620.)

Spanien

(Königreich).

Durch die Theilung der österreichischen Erblande unter Carl V. und Ferdinand I. (1522) war Spanien, welches der Sohn Maximilian des I., Philipp, durch seine Vermählung mit der Infantin Johanna, Tochter der Isabelle von Castilien und Ferdinand's von Arragonien (1496), für Oesterreich erworben hatte, an die Descendenz Carl des V. gekommen. Nach dem Absterben des Habsburgischen Herrscherstammes in Spanien mit den Tode Carl des II. (1700), bestieg das Haus Bourbon in der Person Philipps von Anjou, Enkels Ludwigs XIV., den spanischen Thron, worüber der spanische Erbfolgekrieg ausbrach. Im Utrechter Frieden vom $\frac{11}{22}$. Juli 1713 — (s. bei Dumont, T. VIII. P. I. p. 393) — wurde diesem Hause der Besitz Spaniens gesichert, dieß jedoch von Oesterreich erst im Wiener Frieden (vom 30. April 1725 — s. bei Dumont, T. VIII. P. II. p. 113 —) förmlich anerkannt. Philipps Sohn Don Carlos, nachmals (seit 1759) als Carl III. König von Spanien, erhielt im spätern Wiener Frieden (1738), welcher den über Erledigung des polnischen Thrones geführten polnischen Erbfolgekrieg beschloß, das Königreich beider Sicilien (s. dieses), und sein jüngerer Bruder Don Philipp ward in Folge des Aachner Friedens (1748) Gründer einer neuen Dynastie in Parma. Im österreichischen Erbfolgekrieg unter den Mitprätendenten des österreichischen Erbes kämpfend (s. Bayern), trat der König von Spanien später der bourbonschen-österreichischen Allianz im siebenjährigen Kriege gegen Preußen bei, und schloß als Frankreichs Streitgenosse in den Kriegen gegen England mit letzterem und Sardinien den Tractat von Paris (1763).

Spanien gehörte mit zu den Mächten, welche mit dem revolutionären Frankreich Frieden eingingen (zu Basel 1795). Der Friedensfürst Godoy erobert (1801) im kurzen Feldzuge gegen Portugal Olivenza. Im unfreiwilligen Bunde mit Frankreich wird Spaniens Flotte bei Trafalgar (1805) vernichtet. Seine amerikanischen Colonien, größer als ganz Europa, geh'n in Folge innerer Zerrüttung des Mutterlandes seit 1810 nach und nach, bis auf Cuba, verloren. Napoleon, welcher den König Ferdinand VII. gezwungen, dem spanischen Thron zu entsagen, setzt seinen Bruder, den König Josef von Neapel, auf denselben (1808); die spanische Nation erhebt sich jedoch gegen die französische Herrschaft, und unter dem Beistande Englands wird diese gebrochen. Mit dem gleichzeitig erfolgten Sturze Napoleons kommt dann Ferdinand VII. in sein Königreich zurück (1814), worauf Spanien an den Verhandlungen des Wiener Congresses Theil nimmt (1815), und mit den verbündeten Haupt-Mächten einen Vertrag über die dereinstige Reversion Parma's und seiner Nebenländer an Spanien abschließt (1817). Da König Ferdinand [illegible] ausgearbeitete Constitution vom 18. März Aufstand (1820), welcher über Be-

schluß der am Congreß zu Verona versammelten Mächte durch ein französisches Heer unterdrückt wird (1823). Mit der Prinzessin Maria Christine von Neapel vermählt, hinterläßt Ferdinand die pragmatische Sanction vom 29. März 1830, wornach mit Aufhebung des Erbfolge-Gesetzes Philipps V., aber im Einklange mit den altcastilischen Rechten und mit der (1789) von Carl IV. geordneten Successsion, der Thron auch für die weibliche Nachkommenschaft erblich erklärt wird. Lange wüthet der Bürgerkrieg zwischen den Anhängern des Infanten Don Carlos, des Bruders Ferdinands, und jenen der von letzteren hinterlassenen Tochter Isabella (1833 — 1839). Diese behauptet den Thron, wird jedoch durch einen Aufstand gezwungen, die Constitution von 1812 anzunehmen (1836), welche aber wesentlich modificirt wird (1837). In Folge dieser Bewegungen riefen die conservativen Mächte (Oesterreich, Preußen, Rußland, Neapel und — damals auch — Sardinien) ihre Repräsentanten aus Spanien zurück, und erst im Jahre 1848 stellte Oesterreich den diplomatischen Verkehr mit Spanien wieder her.

Den Ausländern in Spanien, und insbesondere den österreichischen Unterthanen sind besondere Vorrechte: als jene eines eigenen Gerichtsstandes, der Befreiung von Municipal-Lasten, vom Militärdienste u. s. w. durch den Utrechter Frieden von 1713, und durch den aus Anlaß des Wiener Friedens zwischen dem Kaiser Carl VI. und dem König von Spanien, Philipp V., geschlossenen Handels- und Schifffahrts-Tractat von Wien, 1. Mai 1725 — (s. bei Dumont, T. VIII. P. II. S. 114; Hauterive et Cussy, P. II. T. I. p. 63.) — eingeräumt; das neue spanische Fremdengesetz (17. November 1852) beabsichtigt jedoch einige Modificirungen dieser Privilegien. In dem eben gedachten Tractate vom 1. Mai 1725 wurde für die Unterthanen Oesterreichs und Spaniens auch eine gegenseitige Vermögens-Freizügigkeit in Erbschaftsfällen zugesichert. In letzter Zeit ist zwischen Oesterreich und Spanien ein Postvertrag zu Stande gekommen (1852).

1740—1748. Acten, Protestationen und Manifeste zwischen Oesterreich und Spanien, über die Ansprüche Spaniens auf die österreichische Erbschaft (s. auch Baiern und Frankreich).

(Rousset, XV. 1. 37.; XVI. 158. — Martens, guide dipl. I. 423. — Wenck, II. 312—431.)

1748. Friedens-Präliminarien zwischen Frankreich, Großbritannien und den vereinigten Niederlanden, geschlossen zu Aachen (s. Frankreich).

1748. Beitritt des Königs von Spanien zu den Friedens-Präliminarien von Aachen. Aachen, 28. Juni 1748.

(Wenck, II. 326.)

1748. Definitiver Friedens-Tractat zu Aachen (s. Frankreich).

1748. Protestation bezüglich der Souveränität und Großmeister-Stelle des Ordens des goldenen Vließes, und Gegen-Pro-

testation der Kaiserin Maria Theresia. Aachen, 20. und 26. November 1748.

(Wenck, II. 421. 422.)

1752. Präliminar-Artikel zwischen Spanien, Oesterreich, dem Kaiser, als Großherzog von Toscana, und dem König von Sardinien. Madrid, 14. April 1752.

(Koch, I. 497. — Schöll, II. 462.)

1752. Allianz-Tractat zwischen der Kaiserin Königin, dem König von Spanien und dem König von Sardinien, unter Beitritt des Königs beider Sicilien und des Herzogs von Parma (traité d'Italie). Aranjuez, 14. Juni 1752.

(Wenck, II. 707.)

1759. Tractat zwischen der Kaiserin Maria Theresia und dem König Carl III. von Spanien, als König beider Sicilien (s. Sicilien).

1761. Bourbon'scher Familienpact zwischen Frankreich und Spanien. Paris, 15. August 1761.

(Martens, I. 2.)

1763. Tractat zwischen Frankreich, Spanien und Großbritannien wegen Bestätigung der älteren Friedensschlüsse. Paris, 10. Februar 1763.

(Martens, I. 33.)

1763. Convention zwischen den Königen von Sardinien, von Spanien und von Frankreich, wegen Durchführung mehrerer Bestimmungen des Aachner Friedens vom J. 1748. Paris, 10. Juni 1763.

(Martens, I. 80.)

1763. Erklärung Oesterreichs in Betreff der vorstehenden Convention zwischen Sardinien, Spanien und Frankreich. Paris, 10. Juni 1763.

(Martens, guide dipl., Espagne et Autriche, I. S. 424.)

1795. Friedensschluß zwischen Spanien und Frankreich. Basel, 22. Juli 1795 (s. Preußen).

(Martens, VI. 124.)

1814. Protokoll der Bevollmächtigten Oesterreichs, Deutschlands, Großbritanniens und Preußens, wegen der Theilnahme Frankreichs und Spaniens an den Verhandlungen des Wiener Congresses. Wien, 22. September 1814.

(Murhard, n. S. I. 334.)

1815. Erklärung Spaniens, wegen seines Beitritts zur großen Allianz wider Frankreich vom 25. März 1815 (s. Großbritannien), und über die Verhandlungen des Wiener Congresses

bezüglich der Reversion von Parma u. s. w. Wien, 30. März; 4. April; 18. Juni 1815.

(Martens, S. VI. 465—474.)

1815. Wiener Congreß-Acte (s. Deutschland).

1817. Tractat zwischen Oesterreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland, als Vollzug des Art. 99 der Wiener Congreß-Acte, über die Reversion von Parma, Piacenza, Guastalla und Lucca 2c. (s. Parma).

1852. Postvertrag zwischen Oesterreich und Spanien. Aranjuez, 30. April 1852 (kaiserliche Ratification: Ofen, 21. Juni 1852; die Ratificationen ausgewechselt zu San Ildefonso am 24. August 1852).

(Reichsgesetzblatt 1853. 126. S. 705.)

1852. Königlich spanisches Decret wegen Regulirung der Rechtsverhältnisse der Ausländer in Spanien. Madrid, 17. November 1852.

(Officielle Madrider Zeitung vom 26. November 1852.)

Toscana

(Großherzogthum).

Nach dem Aussterben des Hauses Medicis mit dem Herzoge Johann Gasto (1737), erhält Toscana im Wiener Frieden (1738) — s. Sicilien — den Herzog von Lothringen, Franz Stephan, Gemal Maria Theresia's, der sein Stammland an Frankreich abtritt, zum Gebieter *). Sein Sohn Leopold II. besteigt (1790) den Thron von Oesterreich, und durch Wahl den des deutschen Reiches. Ihm folgt in der Regierung in Toscana, das seit 1765 zur Secundo-Genitur des Hauses Oesterreich bestimmt wurde, sein zweitgeborner Sohn Ferdinand III., der Vater des jetzt regierenden Großherzogs.

Das Großherzogthum Toscana wird in Folge des Lüneviller Friedens (1801) zum Königreich Hetrurien, unter der Regierung des Sohnes des damaligen Herzogs von Parma von der spanisch-bourbon'schen Linie, umgewandelt, der Großherzog Ferdinand aber anfänglich mit der churfürstlichen Würde in Deutschland und dem Besitze von Salzburg, Berchtesgaden und einem

---

*) Die Investitur-Acte des Kaisers Carl VI. an den Herzog von Lothringen und Bar, Franz III. (nachmals Kaiser Franz I.), über das Großherzogthum Toscana: Wien, 24. Jänner 1737 — sehe man bei „Martens", S. I. 234; — den Wiener Frieden, vom 18. November 1738, zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich in den „Traités de la maison de Savoie", I. 497.

Theile von den Bisthümern Passau und Eichstädt entschädigt (1802, 1803), was er jedoch nach dem Preßburger Frieden (1805) mit dem Besitze des bairischen Fürstenthums Würzburg vertauschen muß. Das Königreich Hetrurien wird später mit dem Kaiserthum Frankreich vereinigt und in drei Departements getheilt (1808), deren Statthalterei der Schwester Napoleons, Elise Bacciochi, überlassen wird (1809). Nach dem Sturze Napoleons kommt es, mit dem (bereits 1801 im Vertrage von Florenz) von Ferdinand IV. von Neapel an Toscana abgetretenen Stato dei presidii (s. Sicilien), an den früher regierenden Zweig der habsburg-lothring'schen Linie zurück (1815), wobei festgesetzt wird, daß nach dem Tode der Erzherzogin Maria Louise von Parma das Herzogthum Parma an den Herzog von Lucca kommen, das Herzogthum Lucca aber mit dem Großherzogthum Toscana verbunden werden soll (1817) — ein Fall, der im Jahre 1847 eintrat (s. Parma).

Seitdem blieben die Beziehungen Toscana's zu Oesterreich jene eines freundnachbarlichen, durch die Verwandtschaft der beiden regierenden Häuser noch fester begründeten Einverständnisses, das nur durch die Ereignisse des Jahres 1848 zeitweilig etwas gelockert wurde.

Besondere vertragsmäßige Uebereinkommen bestehen bezüglich des Handels (1777), der Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen (1784, 1785, 1807, 1821), der Auslieferung der Verbrecher (1829) und der Deserteure (1834), der Correspondenz der Gerichtsbehörden (1839, 1846), der Unterdrückung des Nachdruckes (1840); dann hinsichtlich der gerichtlichen Requisitionsschreiben (1846), der Verpflegung der im Großherzogthum stationirenden österreichischen Truppen (1850), der Post (1850, 1851) und der Eisenbahnen (1851).

1752. Allianz zwischen Oesterreich, dem Kaiser, als Großherzog von Toscana, Spanien und Sardinien (s. Spanien).

1763. Patent des Kaisers Franz I., worin er das Großherzogthum Toscana als eine Secundo-Genitur des Hauses Oesterreich erklärt. . . ., 14. Juli 1763.

(Martens, guide dipl. II. 1212.)

1763. Verzichtleistung des Kaisers Josef II. bezüglich des Großherzogthums Toscana. . . ., 14. Juli 1763.

(Martens, guide dipl., II. 1212.)

1770. Edict über die Abschaffung des Heimfallrechtes zwischen den österreichischen Staaten und dem Großherzogthum Toscana. Wien, 14. April 1770.

(Codex austriacus, T. VI. p. 336.)

1777. Handels-Tractat zwischen der Kaiserin Königin, als Herzogin von Mailand und Mantua, dem G[illegible] a. cana und dem Herzog von Modena (s.

1784. Vertrag zwischen dem Kaiser als Herzog von Mailand und Mantua, und dem Großherzog von Toscana, über gegenseitige Gleichstellung ihrer Unterthanen in Bezug auf Erwerb und Erbfähigkeit. . . . , 4. December 1784 (kaiserliche Ratification: 31. December 1784; großherzogliche: 31. Jänner 1785).

(Martens, II. 542. — Storia dell' anno 1785. p. 243.)

1785. Oesterreichisches Patent über die Vermögens-Freizügigkeit, welche sich auch auf die toscanischen Staaten zu erstrecken hat. Wien, 14. März 1785.

(J. G. S. 1785. Nr. 396. S. 15. — Martens, II. 561. — Linden, „das Abfahrtsgeld", S. 2.)

1790. Verzichterklärung Sr. Majestät des Kaisers Leopold II. auf das Großherzogthum Toscana, zu Gunsten seines zweiten Sohnes, des Erzherzogs Ferdinand und dessen männlicher Nachkommen, nebst der Investitur-Acte über das Großherzogthum, dann der förmlichen Abtretungs-Acte des Kaisers Leopold II. und des Erzherzogs (nachmaligen Kaisers) Franz an die Secundo-Genitur. Wien, 21. Juli 1790.

(Martens, VI. 278.)

1791. Annahme-Acte des Großherzogs Ferdinand III. über diesen Verzicht; Bestätigung der Gesetze ꝛc. des Großherzogthums. Wien, 22. Februar 1791; Huldigungs-Acte: Florenz, 16. März 1791.

(Martens, VI. 283.)

1795. Friedens-Tractat zwischen dem Großherzog von Toscana und der französischen Republik. Paris, 19. Februar 1795.

(Martens, VI. 455.)

1801. Friedens-Tractat von Lüneville, worin auch die Abtretung des Großherzogthums Toscana an Parma stipulirt wird (s. Deutschland).

1802. Convention zwischen dem Kaiser von Deutschland und dem ersten Consul der französischen Republik, wegen Entschädigung des Großherzogs von Toscana für diese Abtretung (s. Deutschland).

1803. Haupt-Schlußreceß der Reichs-Deputation (s. Deutschland), worin dem Großherzoge Ferdinand für die Abtretung von Toscana Salzburg, Berchtesgaden und Theile der Bisthümer Passau, Eichstädt u. a. m. zugewiesen werden.

1805. Friedensschluß von Preßburg, durch welchen Salzburg und Berchtesgaden an Oesterreich, und dafür das Fürstenthum Würzburg an den Erzherzog Ferdinand, Churfürsten von Salzburg, kommt (s. Deutschland).

1806. Uebergabe von Salzburg und Berchtesgaden durch den Churfürsten Erzherzog Ferdinand an den Kaiser von Oesterreich, in Folge des Preßburger Friedens. Wien, 12. März; Salzburg, 1. März 1806.

(Martens, S. IV. 247.)

1806. Tractat zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Erzherzog Ferdinand, als Großherzog von Würzburg, wegen Beitritt des letzteren zum Rheinbund (s. Deutschland). Paris, 15. September 1806.

(Martens, S. IV. 345.)

1807. Vorschrift über die abzugsfreie Erfolglassung der Verlassenschaften aus Oesterreich in das Königreich Hetrurien. Wien, 7. Februar 1807.

(P. G. S. Bd. 28. S. 27.)

1807. Tractat zwischen dem König von Baiern und dem Erzherzog Ferdinand, Großherzog von Würzburg, bezüglich der ritterschaftlichen Besitzungen im Großherzogthum Würzburg. Würzburg, 16. Juni 1807.

(Martens, S. IV. 402.)

1815. Bestimmungen der Wiener Congreß-Acte über das Großherzogthum Toscana (s. Deutschland).

1817. Tractat über die Reversion von Parma an den Infanten Don Carl Ludwig und von Lucca an Toscana (s. Parma).

1821. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen. Florenz, 31. August 1821 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 28. Februar 1822).

(J. G. S. 1822. Nr. 1847. S. 83. — P. G. S. Bd. 50. S. 45.)

1829. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher. Florenz, 12. October 1829 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 6. August 1834).

(Hofkanzlei-Decret vom 6. August 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 194. — J. G. S. 1834. Nr. 2668. S. 122. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1834, Notizenblatt, S. 150. 227.)

1829. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen gegenseitiger Auslieferung der Militär-Deserteure. Florenz, 12. October 1829 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 6. August 1834).

(Oesterreichisches Patent vom 6. August 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 203. — Mil. Ges. Samml. 1834. Nr. 60. S. 63. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1834, Notizenblatt, S. 363. Nr. 155.)

1839. Oesterreichische Verordnung über die Correspondenz

der diesseitigen unteren Gerichtsbehörden mit den toscanischen. Wien, 27. März 1839.

(J. G. S. 1839. S. 325. Nr. 352.)

1840. Convention zwischen Oesterreich und Toscana, wegen Beitritt des letzteren zum österreichisch-sardinischen Vertrage zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums. Florenz, 31. October 1840 (die Ratificationen ausgewechselt in Florenz am 12. December 1840).

(Hofkanzlei-Decret vom 30. December 1840: J. G. S. 1840. S. 544. Nr. 488. — P. G. S. Bd. 68. S. 358.)

1844. Tractat zwischen Toscana, Lucca und Modena, für den Fall der Reversion von Parma ꝛc. (s. Parma).

1846. Verordnung über die Correspondenz mit Toscana bei gerichtlichen Requisitionen. Wien, 4. März 1846.

(J. G. S. 1846. Nr. 942. S. 320.)

1848. Erklärung des kaiserlich österreichischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, daß den Vertretern Neapels und Toscana's am kaiserlichen Hofe die Pässe ausgefertigt wurden. Wien, 26. April 1848.

(Wiener Zeitung vom 26. April 1848.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Toscana, in Betreff der Verpflegung der österreichischen Hilfstruppen auf toscanischem Gebiete. Florenz, 22. April 1850 (die Ratificationen daselbst ausgewechselt am 20. Mai 1850).

(Reichsgesetzblatt 1850. 246. S. 999.)

1850. Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Toscana, über die Grundlagen des österreichisch-italienischen Postvereins. Florenz, 5. November 1850 (kaiserliche Ratification: 30. November 1850).

(Reichsgesetzblatt 1851. 53. S. 153. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. I. Bd. S. 43.)

1850. Special-Postvertrag zwischen Oesterreich und Toscana zum Vollzuge des eben gedachten Vertrages. Florenz, 5. November 1850 (kaiserliche Ratification: 30. November 1850).

(Reichsgesetzblatt 1851. 53. S. 165. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. I. Bd. S. 48.)

1851. Erlaß des österreichischen Handels-Ministeriums, womit die Verlängerung des Termins für den Vollzug der vorgedachten Post-Convention bis 1. April 1851 kundgemacht wird. Wien, 14. Februar 1851.

(Reichsgesetzblatt 1851. 53. S. 174. — Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. I. Bd. 91.)

1851. Eisenbahn-Vertrag zwischen Oesterreich, dem Kirchenstaate, Modena, Parma und Toscana (s. Kirchenstaat).

1851. Uebereinkommen der Postverwaltungen der zum deutsch-österreichischen Postverein gehörigen Länder einerseits (s. Deutschland) und Toscana's andererseits, wegen der Brief-Frankirungen. (Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851. IV. Bd. S. 527.)

Türkei

(Kaiserthum).

Der verhängnißvolle Friede von Belgrad, (vom 18. September 1739) — s. bei Wenck, I. 316 bis 413 —, so wie der von Preußen und den Seemächten (s. Großbritannien) vermittelte Szistower Friede (1791), gaben, bis auf das Temeser Banat, der Türkei Alles zurück, was Oesterreich durch Eugen's und Laudon's Siege erworben hatte. Um so unglücklicher war die Pforte in den mit Rußland geführten Kriegen (s. Rußland). Wie die territorialen Verhältnisse Oesterreichs zur Türkei auf dem Szistower Frieden, beruhen die commerciellen zunächst noch immer auf dem Passarowitzer Frieden von 1718 *) und dem Sened von 1784. An den Verträgen, welche die Anerkennung Griechenlands herbeiführten, hat sich Oesterreich nicht betheiligt; dagegen nahm es activen Antheil an den, die Integrität der Pforte garantirenden Verträgen von 1840 und an der See-Expedition in Syrien gegen den Pascha von Egypten. Die Reformversuche Mahmuds II. (1808) und Abdul Meschids wohlgemeinter Hattischeriff von Gülhane (1839) konnten die fortschreitende Schwäche des türkischen Reiches nicht aufhalten. Algier ist eine französische Provinz geworden (1830); Egypten, dessen Differenzen mit der Pforte durch den Quadrupel-Tractat beigelegt wurden (1840), erkennt mit seinen Nebenländern nur eine Art von Süzeränität der Pforte mehr an; Griechenland wurde ein ganz unabhängiger Staat (1832); auch Montenegro behauptet sich fortan als solcher (1853). Ein eigenes Verhältniß waltet hinsichtlich der Donaufürstenthümer Moldau, Walachei und Serbien ob. Dieselben haben zwar nicht

---

*) Handels- und Schifffahrts-Tractat zwischen dem Kaiser Carl VI. und dem Sultan Achmed Chan: Passarowitz, 27. Juli 1718; kaiserliche Ratification: Wien, 16. August 1718 (28. Schaaban 1130) — bei Dumont, T. VIII. P. I. p. 528; dann Raccolta dei trattati, p. 4. — Die früheren Handels-Stipulationen finden sich in dem Friedensschlusse zwischen dem Kaiser Leopold I. und dem Sultan Mustapha II.: Carlowitz, 26. Jänner 1699 (5. Schaaban 1111) — bei Dumont, T. VII. P. II. p. 448; Raccolta dei trattati, p. 2.

aufgehört, nominell Provinzen des türkischen Reiches zu sein, jedoch erhielt Rußland in Folge der mit der Pforte abgeschlossenen Verträge von Bukarest (1812), Akerman (1826) und Adrianopel (1829) ein Schutzrecht über diese Fürstenthümer, denen durch ein „organisches Statut" die Selbstständigkeit ihrer inneren Verwaltung eingeräumt wurde (1832, 1838) — s. die Anmerkung S. 252 und den Hattischerif S. 253.

Die österreichische Regierung war bisher bedacht, die Integrität des türkischen Reiches, sowie ein gutes Einvernehmen mit der türkischen Pforte zu erhalten, welches nur durch die Frage über die Behandlung der ungarischen politischen Flüchtlinge getrübt zu werden drohte (1849—1853).

In letzterer Zeit kam Oesterreich in die Lage, mehrere seiner Reclamationen an die Pforte durch Absendung eines eigenen Commissärs zur Geltung zu bringen (1852); in dem zwischen Rußland und der Türkei, unter dem Beitritt Frankreichs und Großbritanniens, bezüglich des Schutzrechtes des ersteren über die Bekenner der griechischen Religion in dem türkischen Reiche ausgebrochenen Kriege, beobachtet Oesterreich die Neutralität (Juni 1854).

Hinsichtlich der beiderseitigen Handels- und Zollverhältnisse, dann der Jurisdictions-Rechte der österreichischen diplomatischen Missionen und Consular-Behörden in der Levante, stehen noch die Bestimmungen der alten Tractate in Kraft, in Gemäßheit welcher Oesterreich über seine im türkischen Reiche befindlichen Unterthanen die strafrechtliche Jurisdiction unbedingt, die civilrechtliche aber dann ausübt, wenn kein ottomanischer Unterthan bei dem Rechtshandel betheiligt ist, in welch' letzterem Falle jedoch der österreichische Unterthan vor den türkischen Gerichten stets durch einen Abgeordneten der kaiserlich österreichischen Mission vertreten wird. Ueber diesen Gegenstand sind zeitweilig von beiden Seiten besondere Verordnungen ergangen (1806, 1808, 1816, 1820, 1822, 1825, 1826, 1837, 1838, 1839, 1843, 1844); ebenso bezüglich der Quarantäne-Anstalten (1805, 1839, 1840, 1853) und des Paßwesens (1822, 1835, 1847). Die österreichische Regierung erließ noch überdieß besondere Verordnungen zum Schutze der türkischen Minderjährigen (1815), dann über die Ausstellung von Notariats-Urkunden in der Türkei (1818); ferner bezüglich der Aufnahme türkischer Unterthanen in den österreichischen Staatsverband (1816, 1834, 1845), der Abhandlung türkischer Verlassenschaften (1840, 1852, 1853), der Erwerbung der Staatsbürgerschaft in Serbien (1845), endlich bezüglich der Post (1844). Die Unfähigkeit der türkischen Unterthanen zum Besitze von Realitäten in Oesterreich und zur Erwerbung durch letztwillige Anordnungen blieb aus Reciprocität aufrecht erhalten (1816); hinsichtlich der Donaufürstenthümer jedoch wurde die Erbfähigkeit, sowie die Vermögens-Freizügigkeit, aus demselben Grunde, ausgesprochen (1820, 1821).

1739. Definitiver Friedens-Tractat zwischen dem römischen Kaiser Carl VI. und der ottomanischen Pforte. Belgrad, 18. Sep-

tember 1739 (14. Dschemaſiul-achir 1152); vom Kaiſer ratificirt am 22. October und die Ratificationen ausgewechſelt zu Belgrad, 5. November 1739.

(Wenck, I. 326. 362. 365. — Raccolta dei trattati, p. 32.)

1740. Convention zwiſchen Ihrer Majeſtät der Königin Maria Thereſia und der ottomaniſchen Pforte, nach dem Belgrader Frieden. . . ., 20. Auguſt 1740 (Dſchemaſiul-ewwel) 1153.

(Hammer, IX. 638.)

1741. Convention zwiſchen Ihrer Majeſtät der Königin von Ungarn und Böhmen, Maria Thereſia, und dem Sultan Mahmud Chan, zur Erläuterung des Belgrader Friedens vom 18. September 1739. Conſtantinopel, 2. März 1741 (24. Silhidſche 1154).

(Wenck, I. 585.)

1741. Abgrenzungs-Revers zwiſchen Oeſterreich und der Pforte, längſt der Save und Unna, in Folge der vorſtehenden Convention. Bonorcacz, 11. Mai 1741 (24. Sfafer 1154).

(Hammer, IX. 299. 638.)

1741. Abgrenzungs-Inſtrumente zwiſchen dem Banat und der Walachei. . . . ., 4. Juni 1741 (19. Rebiul-ewwel 1154).

(Hammer, IX. 300. 638.)

1741. Abgrenzungs-Revers zwiſchen Siebenbürgen und der Walachei. Rui Wadului, 28. Juni 1741 (13. Rebiul-achir 1154).

(Hammer, IX. 300. 638.)

1744. Inſtrument, wegen der Final-Ausgleichung der Grenzſtreitigkeiten an der Corrana und der Unna, zwiſchen Croatien und Bosnien. Conſtantinopel, 19. Jänner 1744 (11. Dſchemaſiul-achir 1210).

(Hammer, IX. 300.)

1747. Convention zwiſchen Sr. Majeſtät dem römiſchen Kaiſer, Franz I., Großherzog von Toscana, und dem Sultan Mahmud Chan, durch welche der Belgrader Friedensſchluß vom 18. September 1739 für immerwährend giltig erklärt*) und die gegenſeitigen Handelsbeziehungen neuerdings feſtgeſetzt werden. Conſtantinopel, 25. Mai 1747 (15. Dſchemaſiul-ewwel 1160); ratificirt in Wien, 27. Juni; in Conſtantinopel, 27. Juli 1747 (20. Redſcheb 1160).

(Raccolta dei trattati, p. 36. — Martens, S. I. 290.)

1748. Friedens- und Handelsvertrag zwiſchen Sr. kaiſerli-

*) Vier Jahrhunderte lang gewährten die Osmanen den Ungläubigen blos Capitulationen und keinen beſtändigen Vertrag. Erneuerung desſelben fand ſo vielen Widerſpruch im Sinn des islamitiſchen Geſetzes. (Hammer,

chen Majestät für die Erbländer Sr. Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Königreiche Tunis. . . ., 23. December 1748.

(Hauterive et Cussy, P. II. T. I, S. 216. — Martens, S. I. 315.)

1749. Friedens- und Handelsvertrag zwischen Sr. kaiserlichen Majestät für die Erblande des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen, und dem Bey von Tripolis. . . ., 27. Jänner 1749.

(Hauterive et Cussy, P. II. T. I. S. 206. — Martens, S. I. 320.)

1753. Geheimer Artikel zwischen Oesterreich und Rußland, die ottomanische Pforte betreffend (s. Rußland.)

1755. Erneuerte Urkunde des österreichischen Schifffahrts-Vertrages mit Tripolis. . . ., 1755 (1168).

(Hammer, VIII. 188.)

1761. Friedens- und Handelsvertrag zwischen Preußen und der Pforte. Constantinopel, 22. März 1761.

(Martens, III. 194. — Wenck, III. 270.)

1768. Ferman der Pforte an den Gouverneur von Belgrad, den Handel Oesterreichs betreffend. . . ., Jänner 1768 (Schaaban 1181).

(Zimmerl, alphabetisches Handbuch, S. 526.)

1768. Oesterreichisches Reglement über die Zulassung der türkischen Unterthanen zum Handel in Oesterreich. Wien, 16. Juni 1768.

(Codex Austriacus, T. IV. p. 1118. [conf. 1163.] — Zimmerl, alphabetisches Handbuch, S. 519.)

1770. Oesterreichische Verordnung über die den türkischen Unterthanen eingeräumte Handelsfreiheit. Wien, 19. März 1779.

(Codex Austriacus, T. VI. p. 1317 [conf. 1345 bis 1346]. — Zimmerl, alphabetisches Handbuch, S. 531.)

1771. Handels- und Friedens-Convention zwischen Oesterreich und der Pforte. Constantinopel, 6. Juli 1771 (nicht ratificirt).

(Wenck, III. 820. — Martens, VI. 134.)

1771. Subsidien-Convention Mustapha's III. mit Oesterreich. . . ., 6. Juli 1771 (2. Rebiul-ewwel 1183).

(Hammer, VIII. 376.)

1774. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der Pforte. Kutschuk-Kainardje (Klein-Kainardsche) bei Silistria 10. (21.) Juli 1744 (20. Rebiul-achir 1186), ratificirt zu Constantinopel, 28. Jänner 1775 (s. Rußland).

1775. Convention zwischen Oesterreich und der Pforte über die Abtretung der Bukowina. Constantinopel, 7. Mai 1775.

(Citirt im II. Artikel des Szistower Tractats von 1791.)

1775. Oesterreichische Verordnung über die Unfähigkeit der türkischen Unterthanen, etwas von einem österreichischen Unterthanen durch Erbschaft zu erwerben.

(Allerhöchste Entschließung vom 22. December 1775. — Theresianische Gesetzsammlung, 7. Bd.)

1776. Oesterreichische Verordnung über die Erbunfähigkeit der türkischen Unterthanen in Oesterreich.

(Hof-Rescript vom 8. Jänner 1776. — Theresianische Gesetzsammlung, 7. Bd. — Meine „Behandlung der Ausländer" 68.)

1776. Convention zwischen Oesterreich und der Pforte, über die Grenzbezeichnung der Bukowina. Constantinopel, 12. Mai 1776.

(Citirt im II. Artikel des Szistower Tractats von 1791).

1776. Oesterreichische Verordnung über die Unfähigkeit der türkischen Unterthanen, Grundbesitz in Oesterreich zu erwerben.

(Hof-Rescript vom 23. October 1776. — Theresianische Gesetzsammlung, 7. Bd. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 62.)

1777. Grenzvertrag zwischen Oesterreich und der Pforte.

(Citirt bei Martens, guide diplomatique, T. II. p. 1224.)

1777. Auswechslung der Grenz-Convention zwischen Oesterreich und der Pforte. . . ., 2. Juli 1777.

(Citirt bei Martens, guide diplomatique, T. II. p. 1224.)

1783. Sened der Pforte zu Gunsten der österreichischen Unterthanen gegen die Feindseligkeiten der drei Barbaresken-Staaten. Constantinopel, 8. August 1783 (9. Ramazan 1197).

(Raccolta dei trattati, p. 44; das Datum wird im Index dieser raccolta mit 16. October, in der Vorrede aber mit 8. August 1783 angegeben).

1783. Befehl des türkischen Kaisers an den Hospodar der Walachei, die Aufnahme eines österreichischen Geschäftsträgers betreffend. Constantinopel, 16. October 1783 (Silkide 1191).

(Martens, III. 278.)

1784. Erneuerter Handels-Tractat zwischen dem römischen Kaiser und dem Bey von Tunis. . . ., 4. Jänner 1784.

(Citirt in der Storia dell' anno 1784, p. 263.)

1784. Oesterreichische Verordnung, laut welcher das in jeder Provinz bestehende Landrecht den in dem Bezirke der Provinz befindlichen Unterthanen der ottomanischen Pforte, sie mögen als Kläger oder Beklagte [illegible] als die privilegirte Instanz zugewiesen ist.

(Hof-D-

1784. Sened der Pforte, **den Handel der österreichischen Unterthanen betreffend. Constantinopel, 24. Februar 1784** (2. Rebiul-achir 1198) sammt den **bezüglichen Fermanen vom Mai 1784** (Redscheb 1298*).

(Raccolta dei trattati, p. 50. — **Handlungsverständnisse** zwischen dem kaiserlichen Hofe und der ottomanischen Pforte. **Wien**, 1715 bei Hartl. — Martens, II. 511. III. 720. IV. 458.)

1784. Hattischerif oder Acte des Sultans Abdul Hamid zu Gunsten der Fürstenthümer Walachei und Moldau. Erneuert 1784.

(Martens, III. 281.)

1784. Chrisovol des Fürsten der Moldau an die armenischen Handelsleute, welche österreichische Unterthanen sind. Jassy, 9. März 1784.

(Martens, III. 292.)

1786. Oesterreichische Verordnung über die Einbürgerung ottomanischer Unterthanen in Oesterreich. Wien, 16. Jänner 1786.

(P. G. S. 1786. 33.)

1786. Ferman der Pforte an den Fürsten der Walachei, das Weiderecht der siebenbürgischen Schafhirten betreffend. Constantinopel, 4. October 1786 (Sfafer 1201).

(Raccolta dei trattati, p. 152.)

1788. Kriegserklärung Oesterreichs an die Pforte. . . . „ 1788.

(Martens, II. 12. 225.)

1789. Oesterreichische Verordnung über die Gleichstellung ottomanischer und österreichischer Unterthanen in Concurs-Fällen.

(Hof-Decret vom 4. Juni 1789: J. G. S. 1915.)

---

*) In diesem Sened ist (Artikel V) den Oesterreichern die gleiche Berechtigung mit den andern meist begünstigten, in der Türkei handeltreibenden Nationen zugesichert. Es ist demnach bei Beurtheilung der österreichischen Handelsverhältnisse in der Türkei auch die Kenntniß der von der Pforte mit den übrigen Nationen geschlossenen Handelsverträge nöthig. Ein vollständiges Verzeichniß aller Capitulationen, Friedensschlüsse, Handelsverträge und anderer Tractate des osmanischen Reiches, von der Gründung desselben bis zum Frieden mit Rußland zu Kainardsche im Jahre 1774, findet man in „Josef von Hammer's Geschichte des osmanischen Reiches" IX. Bd. S. 277; die späteren in den bekannten Werken von Martens und Murhard. — Auch sehe man in dieser Beziehung: Raccolta dei trattati e delle principali convenzioni concernenti il commercio e la navigazione dei Sudditi austriaci negli stati della Porta Ottomana, Wien, k. k. Staatsdruckerei, 1844.

1790. Waffenstillstand zwischen Oesterreich und der Pforte. . . . ., 19. September 1790.

(Martens, IV. 571.)

1791. Friedens-Tractat zwischen Sr. Majestät dem Kaiser Leopold II. und der Pforte, unter Vermittlung Preußens und der niederländischen Generalstaaten. Sistow, 4. August 1791.

(Raccolta dei trattati, p. 167. — Martens, V. 18. 28. 29.)

1792. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte, geschlossen zu Jassy (s. Rußland).

1795. Ferman des Sultans Selim III. an den Woywoden der Moldau, die Handelsprivilegien der Oesterreicher betreffend. Constantinopel, 1795 (Mitte Schewwal 1210).

(Raccolta dei trattati, p. 146.)

1795. Convention zwischen Oesterreich und der Pforte, über die Berechtigung der Grenze Croatiens in Folge des Sistower Friedens. . . ., 28. September 1795.

(Martens, II. 1226.)

1798. Oesterreichische Verordnung, nach welcher die Rechtsgeschäfte der türkischen Unterthanen auch in Concurs-Fällen vor die k. k. Landrechte gehören.

(Hof-Decret vom 8. Juni 1798: J. G. S. 419.)

1802. Accession der Pforte zum Tractat von Amiens (s. Großbritannien).

1803. Ferman der Pforte über das unredliche Benehmen türkischer Unterthanen in Wechselsachen. Constantinopel, Mitte Mai 1803 (Ende Moharrem 1218).

(Hof-Decret vom 8. December 1803: J. G. S. 637.)

1805. Oesterreichisches Patent über die Vorschriften zur Hintanhaltung der Pest. Wien, 21. Mai 1805 *).

(J. G. S. 1805. Nr. 731. S. 55.)

1806. Oesterreichische Verordnung über die Handelsrechte der türkischen Unterthanen in Oesterreich.

(Hofkammer-Decret vom 26. Juli 1806. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 236.)

---

*) Die zahlreichen Pestvorschriften sehe man bei „Kudler, Erklärung des Strafgesetzbuches über schwere Polizeiübertretungen" §. 147; — s. ferner die unten vorkommende Verordnung vom 10. November 1853.

1808. Oesterreichische Verordnung über die türkischen Großhändler.

(Hofkammer-Decret vom 21. Mai 1808. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 10.)

1812. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der Pforte, geschlossen zu Bukarest (s. Rußland).

1815. Oesterreichische Verordnung wegen Bestellung eines Vormundes für minderjährige Kinder der im Oesterreichischen sterbenden türkischen Unterthanen.

(Hof-Decret vom 22. April 1815: J. G. S. 1815. Nr. 1144. S. 268.)

1815. Großherrlicher Ferman an die Veziere und Oberbefehlshaber an dem Ufer der Donau sowohl, als an die Oberrichter, Richter, Mauthner und sämmtliche türkische Behörden und Gerichtsbarkeiten, zur Sicherung der österreichischen Donau-Schifffahrt. Constantinopel, in den ersten Tagen des Monats Rebiul-achyr 1230.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. Mai 1815: P. G. S. Bd. 43. S. 259.)

1815. Oesterreichische Verordnung, bezüglich der Ertheilung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Rajas.

(Hofkanzlei-Decret vom 30. November 1815: P. G. S. Bd. 43. S. 372.)

1816. Oesterreichische Verordnung über die Unfähigkeit türkischer Unterthanen zum Besitze von Realitäten in Oesterreich.

(Hof-Decret vom 24. Februar 1816: J. G. S. 1214. S. 327.)

1816. Bestimmung der Gerichtsbarkeit über die türkischen Unterthanen im Fiumaner und Istrianer Bezirke.

(Hof-Decret vom 4. Mai 1816: J. G. S. 1816. Nr. 1240. S. 347.)

1816. Oesterreichische Verordnung über die Aufnahme der türkischen Unterthanen in den österreichischen Staatenverband durch die politischen Behörden, statt des niederösterreichischen Landrechtes.

(Hof-Decret vom 14. Dezember 1816: J. G. S. 1816. Nr. 1302. S. 412.)

1818. Oesterreichische Verordnung, bezüglich der Giltigkeit der in den ottomanischen Ländern ausgestellten Notariats-Urkunden.

(Hofkanzlei-Decret vom 16. April 1818: J. G. S. 1818. Nr. 1436. S. 16.)

1820. Oesterreichische Verordnung, über die nach der Moldau stattfindende Vermögensfreizügigkeit.

(Hofkanzlei-Decret vom 24. Februar 1820: J. G. S. 1820. Nr. 1651. S. 194.)

1820. Oesterreichische Verordnung über die Protokollirung der Handlungsfirmen türkischer Unterthanen.

(Hof-Decret vom 25. August 1820: J. G. S. 1820. Nr. 1692. S. 234.)

1821. Oesterreichische Verordnungen durch welche die Einwohner der Moldau von der bezüglich der Türken in Oesterreich bestehenden Erbunfähigkeit ausgenommen werden.

(Hof-Decret vom 4. Februar und vom 6. April 1821: J. G. S. 1821. Nr. 1752. S. 246. — S. auch J. G. S. 1820. Nr. 1712, dann P. G. S. Bd. 49. S. 12.)

1822. Befehl der ottomanischen Pforte, daß jeder Reisende sich bei dem Eintritte in das ottomanische Gebiet mit einem besonderen türkischen Passierscheine (Teskere) zu versehen habe.

(Hofkanzlei-Decret vom 23. Februar 1822: P. G. S. Bd. 50. S. 42.)

1822. Oesterreichische Verordnung, die Gerichtsbarkeit des Stadt- und Landrechtes zu Rovigno, über die in dessen Bezirke sich aufhaltenden türkischen Unterthanen betreffend. Wien, 25. Mai 1822.

(Hof-Decret vom 3. Juni 1822: J. G. S. 1822. Nr. 1867. S. 107.)

1823. Oesterreichische Verordnung über die Päße der türkischen Unterthanen. Wien, 11. September 1823.

(Meine „Behandlung der Ausländer in Oesterreich." S. 237.)

1825. Oesterreichische Verordnung, wegen Einführung des allgemeinen Zollsystems auch gegen die türkische Grenze. Wien, 15. Juni 1825.

(Hofkanzlei-Decret vom 22. August 1825: P. G. S. Bd. 53. S. 175. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1825, Notizenblatt, S. 291.)

1826. Oesterreichische Verordnung, wegen Evidenzhaltung der türkischen Unterthanen durch die Landrechte. Wien, 5. Februar 1826.

(Hof-Decret vom 18. Februar 1826: J. G. S. 1826. Nr. 2165. S. 6.)

1826. Oesterreichische Verordnung über die Gerichtsbarkeit der Militärgerichte bezüglich durchreisender Türken.

(Hofkriegsraths-Verordnung vom 28. Juni und 14. November 1826: Mil. Ges. Samml. 1826. Nr. 88. und 135. S. 318 und 375.)

1826. Vertrag zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte, bezüglich der Donaufürstenthümer, geschlossen zu Akerman (s. Rußland).

1826. Oesterreichische Verordnung, die Ausfertigung der Päße für die türkischen Unterthanen durch die niederösterreichische

Regierung und die Zuweisung der Handels- und Wechselstreitigkeiten türkischer Unterthanen an das niederösterreichische Merkantil- und Wechselgericht betreffend. Wien, 27. October 1826.

(J. G. S. 1826. Nr. 2258. S. 52. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1826, Notizenblatt S. 52.)

1829. Oesterreichische Verordnung bezüglich der Gerichtsbarkeit der k. k. Merkantil- und Wechselgerichte über osmanische Unterthanen.

(Hof-Decret vom 10. April 1829: J. G. S. 1829. Nr. 2391. S. 148.)

1829. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte, geschlossen zu Adrianopel (s. Rußland).

1832. Vertrag über die endliche Berichtigung der griechischen Angelegenheiten, und über die Wahl des Oberhauptes des neuen griechischen Staates, abgeschlossen zwischen Frankreich, Großbritannien und Rußland einerseits, und Baiern andererseits (s. Griechenland).

1832. Organisches Gesetz über die Fürstenthümer Moldau und Walachei *).

1833. Friedens-Tractat zwischen Rußland und der ottomanischen Pforte, geschlossen zu Constantinopel (Hunkiar-Iskelessi) — (s. Rußland).

1833. Erklärung der serbischen Regierung, über die den in Serbien handeltreibenden österreichischen Unterthanen eingeräumten Begünstigungen.

(Hofkanzlei-Decret vom 21. October 1833: P. G. S. Bd. 61. S. 245. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1833, Notizenblatt S. 422.)

---

*) Das organische Gesetz ist die während der Besetzung der Donaufürstenthümer durch die russischen Truppen im Jahre 1829—1830 von einer Commission moldauischer und walachischer Bojaren unter dem Vorsitze des damaligen russischen General-Consuls, Staatsrathes Minciaky, bearbeitete Landesverfassung, welche in Petersburg einer Revision unterzogen, sodann von den beiden Schutzmächten, Rußland und der Türkei, genehmiget und bestätiget wurde, und seit 1832 in den beiden Fürstenthümern als Landesgesetz eingeführt ist. Im Druck erschien dieses Gesetz für die Moldau in moldauischer Sprache zu Jassy im Jahre 1837; mit Hinweglassung des I. Hauptstückes, das von dem Staatsrechte und der Wahl des regierenden Fürsten handelt, und des VII. Hauptstückes, über die Organisation der Miliz. Eine französische Uebersetzung erschien unter dem Titel: Réglement organique de la Principauté de Moldavie, zu New-York, ohne Jahreszahl. In der Walachei erschien das organische Gesetz unter der russischen Verwaltung in der Landessprache gedruckt; es erhielt dann noch viele Zusätze, welche nachträglich als Supplemente ebenfalls im Drucke erschienen sind.

1834. Oesterreichische Verordnung über die Einbürgerung ottomanischer Unterthanen in Oesterreich.

(Hofkanzlei-Decret vom 10. April 1834: P. G. S. Bd. 62. S. 98. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 27.; auch bezüglich der früheren, diesen Gegenstand betreffenden Verordnungen.)

1835. Oesterreichische Verordnung, inwieferne die in der Türkei ohne österreichische Pässe sich aufhaltenden österreichischen Unterthanen als befugt Abwesende zu betrachten sind.

(Hofkanzlei-Decret vom 4. Juni 1835: P. G. S. Bd. 63. S. 219. — Justiz-Hofdecret vom 13. Juli 1835: J. G. S. 1835. Nr. 27. S. 11.)

1837. Oesterreichische Verordnung über die Zeugengebühren bei Vorrufung von Zeugen aus dem türkischen Gebiete in Criminal-Angelegenheiten vor die dalmatinischen Gerichte. Wien, 3. März 1837.

(J. G. S. 1837. Nr. 180. S. 115.)

1837. Oesterreichische Verordnung über die Behandlung der nach der Türkei ausgewanderten Juden.

(Hofkammer-Decret vom 7. August 1837, 36.463. — Hofkanzlei-Decret vom 7. September 1837: P. G. S. Bd. 65. S. 47. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 241.)

1838. Uebereinkommen zwischen der moldauischen Regierung und den Königreichen Galizien und Lodomerien, dann dem Großfürstenthume Siebenbürgen, wegen gegenseitiger Auslieferung der Deserteure und Vagabunden. Jassy, 15. April 1838.

(Hofkanzlei-Decret vom 8. Juni 1838: P. G. S. Bd. 66. S. 215.)

1838. Handelsvertrag zwischen der Pforte und Großbritannien. Balta-Liman bei Constantinopel, 16. August 1838.

(Raccolta dei trattati, p. 172.)

1838. Handelsvertrag zwischen der Pforte und Frankreich. Constantinopel, 25. September 1838.

(Martens, S. XIX. 861.)

1838. Hattischerif des Sultans, mit dem neuen organischen Statut für das Fürstenthum Serbien. Constantinopel, Mitte Schewwal 1253 (December 1838).

(Ranke, S. 351.)

1839. Organisches Reglement des Gesundheitsrathes zu Constantinopel, über die Provenienzen zur See. Constantinopel, 10. Juni 1839.

(Martens, S. XX. 920.)

1839. Erklärung der k. k. österreichischen Internuntiatur, über den provisorischen Beitritt Oesterreichs zu dem englisch-türkischen und französisch-türkischen Handels-Tractate vom Jahre 1838. Constantinopel, 27. August 1839.

(Raccolta dei trattati, p. 194.)

1839. Erwiederung der Pforte an die k. k. Internuntiatur. Constantinopel, 21. August 1839 (13. Schaban 1255).

(Raccolta dei trattati, p. 198.)

1840. Organisches Reglement des Gesundheitsrathes zu Constantinopel, betreffend die Provenienzen zur See. Constantinopel, 27. Mai 1840.

(Murhard, n. r. I. 115.)

1840. Oesterreichische Verordnung über die Abhandlung der Verlassenschaften der in Oesterreich sterbenden türkischen Unterthanen. Wien, 24. Juni 1840 *).

(Hofkanzlei-Decret vom 10. Juli 1840: J. G. S. 1840. Nr. 453. S. 514. P. G. S. Bd. 68. S. 272.)

1840. Quadrupel-Tractat zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits und der Pforte andererseits, die Pacificirung der Levante und Beilegung der Differenzen mit dem Pascha von Egypten betreffend. London, 15. Juli 1840 **).

(Murhard, n. r. I. 156. 538.; II. 127.)

1840. Handelsvertrag zwischen den Staaten des deutschen Zollvereins (s. Deutschland, S. 58) und der Pforte. Constantinopel, $\frac{1}{12}$. October 1840.

(Martens et Cussy, V. 78.)

1841. Convention zwischen Oesterreich, Großbritannien, Preußen und Rußland einerseits und der Pforte andererseits, wegen Festhaltung des Grundsatzes, daß den fremden Kriegsschiffen zu Friedenszeiten die Durchfahrt durch die Meerenge der Dardanellen und des Bosphorus untersagt sein soll. London, 13. Juli 1841.

(Murhard, n. r. II. 126—128.)

1842. Ferman des Sultans über die Absetzung des Fürsten der

---

*) S. jedoch unten die Vorschrift vom 17. December 1852 und 15. Juni 1853.

**) Die früheren Verhandlungen über das Verhältniß des Vicekönigs von Egypten, Mehmed Ali, zur Pforte, sehe man bei „Martens," S. XX. 10, 108 und „Murhard," III. 28, 94. — Die auf den Quadrupel-Tractat bezügliche diplomatische Correspondenz sehe man bei „Murhard," n. r. I. 164 bis 206; dann die officielle Bekanntgebung des Tractats an die deutsche Bundesversammlung in der Bundesfitzung vom 12. November 1840, ebenda S. 538.

Walachei, Alexander Ghika. (Kundgemacht zu Bukareſt am 4. September 1832).

(Murhard, n. r. III. 603.)

1843. Weſirial-Schreiben an den Muſchir von Bosnien und den Gouverneur der Herzegowina, wegen Beobachtung der alten Handels-Tractate Oeſterreichs mit der Pforte. Conſtantinopel, 26. September 1843 (4. Zilkide 1259.)

(Raccolta dei trattati, p. 202.)

1843. Weſirial-Schreiben an den Hoſpodar der Walachei, die tractatmäßig von den öſterreichiſchen Unterthanen zu zahlenden Mautgebühren betreffend. Conſtantinopel, 30. October 1843 (8. Silhidſche 1259).

(Raccolta dei trattati, p. 206.)

1844. Weſirial-Schreiben an den Fürſten von Serbien, denſelben Gegenſtand betreffend. Conſtantinopel, 9. Jänner 1844 (18. Silhidſche 1259).

(Raccolta dei trattati, p. 208.)

1844. Beſtimmungen über die Aufhebungen des Frankaturzwanges bei den Correſpndenzen aus Oeſterreich über Belgrad nach Conſtantinopel ꝛc. Wien, 30. Jänner 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. oberſten Hof-Poſtverwaltung, 4. Bd. S. 104.)

1844. Note des Staatskanzlers Fürſten Metternich an die franzöſiſche und engliſche Regierung, wegen Revidirung des türkiſchen Zolltarif. Wien, März 1844; Antwort des engliſchen Miniſteriums: Whitehall, 17. April 1844.

(Murhard, n. r. VII. 587.)

1844. Beſtimmungen über die Aufhebung des Frankaturzwanges bei den zur See beförderten Correſpondenzen aus Oeſterreich nach der Levante. Wien, 26. Juni 1844.

(Verordnungsblatt der k. k. oberſten Hof-Poſtverwaltung, 4. Bd. S. 270.)

1845. Oeſterreichiſche Kundmachung der Vorſchriften hinſichtlich der Erwerbung der Staatsbürgerſchaft im Fürſtenthum Serbien, nach §. 44 des ſerbiſchen bürgerlichen Geſetzbuches.

(Hofkanzlei-Decret vom 26. October 1845: P. G. S. Bd. 73. S. 181. — Zeitſchrift für öſterreichiſche Rechtsgelehrſamkeit, 1845, Notizenblatt S. 518.)

1847. Verordnung der k. k. Internuntiatur, betreffend die Reiſe- und Aufenthaltsurkunden öſterreichiſcher Unterthanen in der Türkei. Conſtantinopel, 3. Auguſt 1846.

(Oeſterreichiſche Zeitſchrift für Rechts- und Staatswiſſenſchaft, 1847, Geſetzchronik Nr. 60.)

1852. Vorschrift für die Abhandlung der Verlassenschaften türkischer Unterthanen, in der Instruction für das gerichtliche Verfahren außer Streitsachen in Ungarn, Croatien, Slavonien, der serbischen Woiwodschaft und dem Temeser Banat (§. 139 — 141). Wien, 17. December 1852.

(Reichsgesetzblatt 1852. 263. S. 1170.)

1853. Correspondenz des österreichischen Feldmarschall-Lieutenants, Grafen Leiningen, mit dem osmanischen Minister des Aeußern, Fuad Efendi, über die Forderungen Oesterreichs an die Pforte. Constantinopel, Februar 1853.

(Augsburger allgemeine Zeitung 1853. Nr. 118. 19. April.)

1853. Verordnung des kaiserlichen Justiz-Ministeriums, wegen Einführung der Instruction über das gerichtliche Verfahren außer Streitsachen vom 17. December 1852 in Siebenbürgen. Wien, 15. Juni 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 109. S. 577.)

1853. Verordnung des kaiserlichen Justiz-Ministeriums mit Vorschriften über die Bestrafung der Vergehen gegen die Pestanstalten. Wien, 10. November 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 240. S. 1229.)

Waldeck

(Fürstenthum).

Das Fürstenthum Waldeck trat dem Rheinbunde (1807), sodann der Allianz wider Frankreich und dem deutschen Bunde bei (1815). Die Post ist preußisch (1844, 1850, 1853); Waldeck und Pyrmont sind bei dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853) betheiligt; die Waldeck'sche Regierung ist dem Eisenacher Uebereinkommen wegen Verpflegung der Kranken (1853) beigetreten.

1807. Tractat zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Fürsten von Waldeck, über den Beitritt des letzteren zum Rheinbunde (s. Deutschland). Warschau, 18. April 1807.

(Martens, S. IV. 485.)

1815. Beitritt des Fürsten von Waldeck-Pyrmont zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 27. April 1817.

(Martens, S. VI. 138.)

1844. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, bezüglich des Postverkehrs mit mehreren deutschen Ländern (s. Preußen).

1850. Oesterreichisch-deutscher Postverein (s. Deutschland).

1853. Anwendung der Bestimmungen des österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrages auf das Gebiet der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont (s. Deutschland und Preußen).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1850, 2. Bd. S. 142. — Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1855. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Württemberg

(Königreich).

Für den Verlust an überrheinischen Besitzungen seit 1791 wurde das Herzogthum Württemberg durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß (1803) mit bedeutender Gebiets-Vermehrung entschädigt. Gleichzeitig erlangte es die Churwürde, 1805 die königliche Würde, und gewann durch den Preßburger Frieden 48 und eine halbe Quadratmeile mit 158.000 Einwohnern, dann bei der Aufhebung des deutschen Ordens im Rheinbundsgebiete (1809) das Fürstenthum Mergentheim, und zuletzt beim Grenz- und Cessions-Vertrag mit Baiern (28. Mai 1810) eine Vermehrung von 125.948 Einwohnern. Württemberg trat dem Rheinbunde (1806) bei, schloß sich dann der Allianz wider Napoleon an und ward Mitglied des deutschen Bundes (1813—1815).

Zwischen Oesterreich und Württemberg bestehen eigene Uebereinkommen wegen Auslieferung der Deserteure (1817) und wegen der Vermögens-Freizügigkeit (1837, 1853); auch sind besondere Verordnungen wegen der gegenseitigen Behandlung der Auswanderer (1821, 1835), der Verpflegung der durchmarschirenden Truppen (1822) und der Kranken (1840, 1853), ferner wegen der Hausirer (1836) und der Schüblinge (1827) kundgemacht worden. Die Post steht dem Fürsten Thurn und Taxis zu (1843); doch ist Württemberg dem deutsch-österreichischen Postvereine (1851) beigetreten, so wie es sich auch dem deutsch-österreichischen Telegrafen-Vereine (1851) und dem österreichisch-preußischen Zollvertrage (1853) angeschlossen hat.

1802. Friedens-Tractat zwischen der französischen Republik und dem Herzoge von Württemberg. Paris, 20. April 1802.

(Martens, S. III. 225.)

1803. Entschädigung des Herzogs von Württemberg durch den Reichs-Deputations-Hauptreceß (s. Deutschland).

1805. Friedensschluß von Preßburg (s. Deutschland).

1806. Beitritt des Königs von Württemberg zum Rheinbunde (s. Deutschland).

1806. Württembergische Proclamation über die Annahme des königlichen Titels für das Haus Württemberg. Stuttgart, 1. Jänner 1806.

(Martens, S. VI. 226.)

1806. Weitere Verordnung hierüber. Stuttgart, 23. August 1806.

(Martens, S. IV. 339.)

1809. Kaiserlich österreichische Verordnung wegen Verhängung des Sequesters auf das Vermögen der königlich württembergischen Unterthanen, als Retorsions-Maßregel. Wien, 29. März 1809.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. März 1809: P. G. S. Bd. 32. S. 72.)

1810. Convention wegen Aufhebung des Sequesters in den rheinischen Bundesstaaten (s. Frankreich).

1813. Präliminar-Tractat einer Allianz zwischen Oesterreich und Württemberg. Fulda, 2. November 1813 (Beitritt Preußens: Frankfurt, 21. November 1813).

(P. G. S. Bd. 41. S. 106. — Martens, S. V. 643.)

1815. Convention zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Württemberg, über den Durchmarsch der österreichischen Truppen durch die württembergischen Staaten. Wien, 5. April 1815.

(Martens, S. VI. 185.)

1815. Beitritt des Königs von Württemberg zur großen Wiener Allianz vom 25. März 1815 (s. Großbritannien). Wien, 30. Mai 1815.

(Martens, S. VI. 153.)

1815. Vertrag wegen der Besitzungen des deutschen Ordens (s. Baden).

1815. Artikel über die Fluß-Schifffahrt in Deutschland (XVI. Beilage der Wiener Congreß-Acte — s. Deutschland).

1817. Cartel zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen Auslieferung der Deserteure. Wien, 6. December 1817.

(Oesterreichisches Patent vom 24. Mai 1818: P. G. S. Bd. 46. S. 162.)

1821. Verordnung bezüglich der Auswanderung österreichischer Unterthanen nach Württemberg.

(Hofkanzlei-Decret vom 11. October 1821: P. G. S. Bd. 49. S. 305. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 35.)

1822. Convention wegen Verpflegung der nach oder aus Mainz marschirenden österreichischen Truppen (s. Baden).

1827. Verordnung über die Modalitäten bei Abschiebungen württembergischer Unterthanen aus Oesterreich. Wien, 19. April 1827.

(Tirolische Gesetzsammlung Bd. 1827. S. 814. — Meine „Behandlung der Ausländer" S. 35.)

1835. Verordnung bezüglich der Auswanderung österreichischer Unterthanen nach Württemberg. Wien, 4. November 1835.

(Meine „Behandlung der Ausländer" S. 35.)

1836. Bestimmungen, unter welchen fremden Krämern der Besuch der Märkte in dem Königreich Württemberg gestattet ist.

(Hofkanzlei-Decret vom 14. Juli 1836: P. G. S. Bd. 64. S. 808.)

1837. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen Ausdehnung der bundesmäßigen Vermögens-Freizügigkeit auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder der österreichischen Monarchie (mit Ausnahme Ungarns und Siebenbürgens). Stuttgart, 30. October; Wien, 25. Nober 1837.

(Hofkanzlei-Decret vom 13. December 1837: J. G. S. 1837. Nr. 245. S. 162. — P. G. S. Bd. 65. S. 545. — Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit, 1838, Notizenblatt S. 31.)

1840. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen gegenseitiger Verpflegungskosten-Bestreitung für erkrankte unbemittelte Unterthanen.

(Hofkanzlei-Decret vom 29. October 1840: P. G. S. Bd. 68. S. 346.)

1843. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection (s. Bremen).

1843. Postvertrag zwischen Oesterreich und Württemberg. Frankfurt a. M., 23. April 1843.

(Martens et Cussy, V. 306. — Murhard, n. r. V. 266.)

1843. Bekanntmachung der Thurn- und Taxis'schen General-Direction der königlich württembergischen Posten, über die Aufhebung des Frankirungszwanges und sonstige Bestimmungen bezüglich der Correspondenzen zwischen Oesterreich und Württemberg. Frankfurt a. M., 15. September 1843.

(Murhard, n. r. V. 268.)

1851. Anschluß Württemberg's an den deutsch-österreichi Telegrafen-Verein (s. Deutschland).

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, II. Bd. S

1851. Postvertrag zwischen der k. k. österreichischen und der königlich württembergischen Postverwaltung, als Beitritt Württembergs zum deutsch-österreichischen Postverein (s. Deutschland). Wien, 19.; Stuttgart, 24. August 1851.

(Verordnungsblatt des k. k. Handels-Ministeriums, 1851, III. B. 463.)

1853. Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Württemberg, wegen Ausdehnung der Vermögens-Freizügigkeit auch auf die Vermögensausfuhr aus und nach Ungarn, Croatien, Slavonien, Siebenbürgen, die Woywodschaft Serbien und das Temeser Banat. Wien, 13. April; Stuttgart, 20. April 1853.

(Reichsgesetzblatt 1853. 115. S. 653.)

1853. Beitritt Württembergs zum österreichisch-preußischen Zoll- und Handelsvertrage (s. Deutschland).

(Reichsgesetzblatt 1853. 208. S. 1117.)

1853. Eisenacher Verpflegs-Convention (s. Deutschland).

Nachträge

während

des Druckes.

Zu Baden:

1854. Verordnung des kaiserlichen Ministeriums des Innern, womit der Beitritt der großherzoglich badischen Regierung zu dem zwischen mehreren deutschen Regierungen wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener gegenseitiger Staatsangehörigen zu Eisenach am 11. Juli 1853 (s. Deutschland) abgeschlossenen Vertrage bekannt gemacht wird. Wien, 21. Mai 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 125. S. 474.)

Zu Baden, Baiern und Württemberg.

1854. Uebereinkunft zwischen Oesterreich, Baiern, Württemberg und Baden, wegen gemeinsamer Ueberwachung der Bodensee-Grenze, zur Beseitigung des Schleichhandels.

(Regierungsblatt für das Königreich Baiern, vom 17. Mai 1854.)

Zu Deutschland:

1854. Erlaß des kaiserlichen Ministeriums des Aeußern, zur Kundmachung des in der dritten Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 26. Jänner 1854 gefaßten Beschlusses, wegen gegenseitiger Auslieferung gemeiner Verbrecher auf deutschem Bundesgebiete. Wien, 5. April 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 76. S. 289.)

Zu Frankreich:

1854. Verordnung des kaiserlich-österreichischen Handels-Ministeriums, wodurch die Instruction für die k. k. österreichischen Consular-Aemter in Frankreich und Algerien, in Betreff ihrer Amtshandlungen in Sauvetage-Fällen vorgeschrieben wird. Wien, 13. Juni 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 147. S. 603.)

Zu Frankreich, Großbritannien, Preußen, Rußland und Türkei:

1854. Protocoll der Wiener Conferenz, unterzeichnet von den Repräsentanten Oesterreichs, Englands, Frankreichs und

Preußens, über die russisch-türkische Angelegenheit. Wien, 9. April 1854.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 4. Mai 1854.)

1854. Erlaß der kaiserlichen Ministerien des Aeußern, des Innern, der Justiz und des Handels, sowie des Armee-Obercommando's, womit die von den k. k. Behörden und Unterthanen während des, zwischen England, Frankreich und dem osmanischen Reiche einerseits, und Rußland andererseits ausgebrochenen Krieges, hinsichtlich des Handels und der Schifffahrt auf dem Meere zu beobachtenden Grundsätze kundgemacht werden. Wien, 25. Mai 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 127. S. 477.)

1854. Erlaß der kaiserlichen Ministerien des Handels und der Finanzen, über das Aus- und Durchfuhrs-Verbot von Waffen und Munition während des dermaligen Krieges. Wien, 31. Mai 1854.

(Reichsgesetzblatt 1854. 135. S. 494.)

1854. Staatsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien zur Unterstützung des Kaisers der Osmanen wider Rußland. London, 10. April (in den Ratificationen ausgewechselt am 15. April 1854).

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 25. April 1854.)

1854. Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und Preußen. Berlin, 20. April 1854.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 25. April, dann vom 28. Mai [mit dem Zusatzartikel] 1854.)

1854. Tripel-Allianz-Vertrag zwischen England, Frankreich und der ottomanischen Pforte. Constantinopel, 12. März (in den Ratificationen daselbst ausgewechselt am 8. Mai) 1854.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 27. Mai 1854.)

1854. Protocoll der Wiener Conferenz, gezeichnet von den Repräsentanten Oesterreichs, Preußens, Englands und Frankreichs, mit Hinblick auf den österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzvertrag und die englisch-französische Allianz. Wien, 23. April 1854.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 1. Juni 1854.)

1854. Instruction der türkischen Regierung an ihre General-Commandanten, Gouverneurs ꝛc., wegen eventueller Aufnahme kaiserlich österreichischer Interventions-Truppen auf türkischem Gebiete, zum Schutze wider den griechischen Aufstand und die Montenegriner.

(Augsburger allgemeine Zeitung vom 9. Juni 1854.)

(Geschlossen Ende Juni 1854.)

In der Buchhandlung von **Carl Gerold & Sohn** sind nachstehende sehr empfehlenswerthe Werke erschienen und zu haben:

Denkschriften, die, des österreichischen Handelsministers über die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung, beleuchtet mit Rücksicht auf die Neugestaltung des deutschen Bundes. gr. 8. 1850. br. 2 fl. — 1 Rthlr. 20. Ngr.

Dessáry, Alois, die österreichische Postverfassung. Mit Benutzung amtlicher Quellen systematisch dargestellt. Mit 11 Tarifen nebst verschiedenen Beilagen. gr. 8. 1848. br. 3 fl. 30 kr. — 2 Rthlr. 20 Ngr.

Feuerbach, Anselm Ritter v., Betrachtungen über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerechtigkeitspflege. gr. 8. 1821. Zweiter Band, auch unter dem besonderen Titel: Ueber die Gerichtsverfassung und das gerichtliche Verfahren Frankreichs, in besonderer Beziehung auf die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. gr. 8. 1825. br. 7 fl. 24 kr. — 4 Rthlr. 27½ Ngr.

Erster Band apart 3 fl. 24 kr. — 2 Rthlr. 7½ Ngr.
Zweiter Band apart 4 fl. — 2 Rthlr. 20 Ngr.

— — aktenmäßige Darstellung merkwürdiger Verbrechen. Dritte unveränderte Auflage. (Einzig vollständige Original-Ausgabe.) Mit einer Einleitung von C. J. A. Mittermaier. gr. 8. 1849. br. 3 fl. — 2 Rthlr.

— — Lehrbuch des gemeinen in Deutschland giltigen peinlichen Rechts. Mit vielen Anmerkungen und Zusatzparagraphen und mit einer vergleichenden Darstellung der Fortbildung des Strafrechts durch die neuen Gesetzgebungen herausgegeben von C. J. A. Mittermaier. Vierzehnte sehr vermehrte und völlig umgearbeitete Originalausgabe. Mit Privilegium gegen den Nachdruck. gr. 8. 1847. 5 fl. 15 kr. — 3 Rthlr. 15 Ngr.

Hammer-Purgstall, Khlesl's, des Cardinals, Directors des geheimen Cabinets Kaisers Matthias, Leben. Mit der Sammlung von Khlesl's Briefen, Staatsschreiben, Vorträgen, Gutachten, Decreten, Patenten, Denkzetteln und andern Urkunden, beinahe tausend bis auf einige wenige ungedruckt. In vier Bänden. Mit einem Facsimile Khlesl's. geh. 20 fl.

Helfert, Handbuch des Kirchenrechts aus den gemeinen und österreichischen Quellen zusammengestellt. Zum 3. Mal verbessert und vermehrt herausgegeben von Josef Alex. Helfert. gr. 8. 1848. 5 fl. — 3 Rthl. 20 Ngr.

Helfert Darstellung der Rechte, welche in Ansehung der heiligen Handlungen, dann der heiligen und religiösen Sachen sowohl nach kirchlichen, als nach österreichisch bürgerlichen Gesetzen Statt finden. Zweite Auflage. gr. 8. 1843. 3 fl. — 2 Rthlr. 16 Ngr.

— — von dem Kirchenvermögen und dem Religionsfonde. gr. 8. 5 fl. — 3 Rthlr. 25 Ngr.

— — Jos. Alex., über den Gerichtsstand der minderjährigen Witwe nach den Grundsätzen des österreichischen Rechtes. gr. 8. 1847. 1 fl. 20 kr. — 1 Rthl.

Hermann, Ludwig, Sammlung der im Lehrbuch des heutigen römischen Rechts, vom Hrn. Geh. Justizrathe und Professor Dr. Mackeldey, citirten Belegstellen. Zwei Theile. gr. 8. 1832. 3 fl. — 2 Rthl.

Höfken, Gust., Deutsche Auswanderung und Colonisation mit Hinblick auf Ungarn. gr. 8. Mit einem Colonisationsplan. 1850. geh. 1 fl. 20 kr. — 1 Rthlr.

Korrespondenz, militärische, des Prinzen Eugen von Savoyen. Aus österreichischen Originalquellen. Herausgegen von F. Heller. 1. Band. (Jahr 1694—1702.) 2 Band. (Jahr 1703 bis Ende August 1705.) gr. 8. Mit Eugen's Bildniß und Autograph. br. Jeder Band 5 fl. — 3 Rthlr. 20 Ngr.

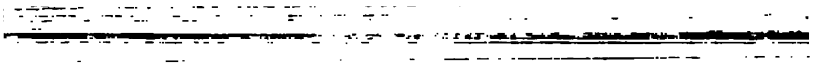
Leutrum, Adolf (Freih. v.), Beiträge zur Gestaltung einer deutschen Diplomatie. 8. 1848. br. 24 kr. — 8 Ngr.

Maucher, Ignaz, die österreichische Strafprozeß-Ordnung vom 17. Jänner 1850. Ein alphabetisch geordnetes Repertorium zur schnellsten Auffindung der in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen. gr. 8. 1850. geh. 1 fl. 30 kr. — 1 Rthlr.

Mayern, Franz Ferdinand v., über den Geist der Befestigungskunst in den verschiedenen Geschichtsepochen. Mit 1 Plane. gr. 8. 1848. brosch. 2 fl. — 1 Rthlr. 15 Ngr.

Savigny, Fried. C. v., das Recht des Besitzes. Eine civilistische Abhandlung. Sechste vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. 1837. 5 fl. 3 Rthlr. 10 Ngr.

Schmitthenner, Friedr., zwölf Bücher vom Staate oder systematische Encyklopädie der Staatswissenschaften. Erster Band. Auch unter dem Titel: Grundlinien der Geschichte der Staatswissenschaften, der Ethnologie, des Naturrechts und der Nationalökonomie. Zweite Auflage. gr. 8. 1839. br. 5 fl. 30 kr. — 3 Rthlr. 20 Ngr.



80/94 (P
60,—

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD AUXILIARY LIBRARY
STANFORD, CALIFORNIA 94305-6004
(415) 723-9201
All books may be recalled after 7 days

DATE DUE